

50

Ökonomische Ursachen des Zerfalls Jugoslawiens und der Transformationsprozess in Kroatien 1990-2000

Diplomarbeit
verfasst von Zeljko Brkic

Betreuer:
Prof. Dr. Dr. h.c. Bernd Hamm (Soziologie)

Trier, im Januar 2001

Universität Trier
Fachbereich IV, VWL

Ökonomische Ursachen des Zerfalls Jugoslawiens und der Transformationsprozess in Kroatien 1990-2000

Diplomarbeit
verfasst von Zeljko Brkic

Betreuer:
Prof. Dr. Dr. h.c. Bernd Hamm (Soziologie)

Trier, im Januar 2001

“Und schwer wog jedes Wort in jedem Aufruf eines jeden Herrschers. Von diesen Worten werden Länder zerteilt, Menschenleben zerstört. So etwas nannte man ‚Samen ... Leitstern ... Sorgen des Thrones‘, um es nicht beim wahren Namen nennen und sagen zu müssen, was es war: dass Länder und Gebiete und mit ihnen auch die lebenden Menschen und ihre Niederlassungen wie Kleingeld von Hand zu Hand gingen, dass der rechtgläubige und gutwillige Mensch auf Erden nicht einmal so viel Frieden findet, wie er für seine kurze Lebenszeit braucht, dass sich sein Stand und Besitz unabhängig von ihm und entgegen seinen Wünschen und besten Absichten änderten.”

(Ivo Andric: Die Brücke über die Drina. München, 1993, S. 304)

Inhalt

	Seite
Einleitung	1
Teil I Das Ende Jugoslawiens – das Ende eines Modernisierungsweges	5
1. Zur Politischen Ökonomie Jugoslawiens unter Tito	6
1.1 Die Phase des administrativen Sozialismus 1945-1950. Jugoslawiens Weg in die Moderne	7
1.1.1 Das rückständige "erste Jugoslawien"	7
1.1.2 Wiederaufbau des zerstörten Landes: ursprüngliche Akkumulation, Modernisierung und Industrialisierung	8
1.1.3 Föderale Einrichtung des Staates und etatistische Steuerung der Wirtschaft	11
1.2 Der Anfang des Selbstverwaltungssozialismus	13
1.2.1 Der Bruch mit Stalin 1948 und der Beginn des jugoslawischen Sonderweges	13
1.2.2 Die theoretischen Grundlagen des Selbstverwaltungssozialismus	16
1.2.3 Die jugoslawische Selbstverwaltung in der Praxis	17
1.2.4 Schwierigkeiten und Widersprüche bei der Umsetzung des Selbstverwaltungssozialismus	19
1.2.4.1 <i>Entscheidung über den Mehrwert auf der Betriebsebene</i>	20
1.2.4.2 <i>Widerspruch zwischen der Verwendung des Mehrwerts innerhalb des Betriebes für den Verbrauch oder die Akkumulation</i>	21
1.2.4.3 <i>Differenzierung der Lohnstruktur zwischen den Betrieben aus verschiedenen Branchen</i>	21
1.2.4.4 <i>Verbleib des Mehrwerts in den Regionen, in denen dieser produziert wurde</i>	22
1.3 Die Wirtschaftliche Entwicklung in Jugoslawien bis zum Ende der 60er Jahre	24
1.3.1 Die Grenzen des ökonomischen Wachstums und die marktwirtschaftlichen Reformen der 60er Jahre	26
1.3.2 Die ersten Zeichen der ökonomischen Krise	27
1.4 Die erste politische Krise: Der Egoismus der Republiken und der "kroatische Frühling"	29

1.4.1	Der wachsende Nationalismus in Kroatien und seine ökonomische Ursachen	29
1.4.2	Zuspitzung der Konflikte und Ende des "kroatischen Frühlings"	31
1.5	Die Verfassung von 1974 – der Anfang vom Ende Jugoslawiens	32
1.6	Der kreditfinanzierte Aufschwung der 70er Jahre und die Rolle der Außenverschuldung Jugoslawiens	37
1.6.1	Der Jugoslawische Außenhandel seit den Reformen der 60er Jahre	37
1.6.2	Die Entwicklung der Auslandsverschuldung Jugoslawiens	41
1.6.3	Wirtschaftliches Wachstum oder Entwicklung? Die Folgen der zunehmenden Weltmarktintegration	44
2.	Jugoslawien nach Tito	47
2.1	Wirtschaftskrise der 80er Jahre	47
2.1.1	Jugoslawien in der Schuldenkrise	47
2.1.2	Ökonomische Polarisierung	49
2.2	Die IWF-Strukturanpassungsprogramme und die Verschärfung der sozialen Krise	52
2.2.1	Die IWF-Stand-by-Arrangements und ihre ökonomischen und sozialen Auswirkungen	52
2.2.2	Die große Streikwelle 1987	55
2.3	Die Blockierung des ökonomischen Systems und die nationalistische Wendung der Unzufriedenheit	59
2.3.1	Die ökonomische Blockade	59
2.3.2	Der Crash von "Agrokomerc"	61
2.3.3	Nationalismus als Ausweg für die Elite	62
2.4	Das Ende des Selbstverwaltungssozialismus	63
2.4.1	Jugoslawismus unter dem Vorzeichen marktwirtschaftlichen Wandels – die kurze Ära des Ante Markovic	63
2.4.2	Die Schock-Therapie und der ökonomische Zusammenbruch	66
2.5	Der Weg der Republiken in die Selbständigkeit	69
2.5.1	Die ersten Wahlen in Jugoslawien nach Abschaffung des Einparteiensystems	69
2.5.2	Der endgültige Staatszerfall	71

3.	Die Neuordnung in Europa und ihre Folgen für Jugoslawien	74
3.1	Neue Kräfteverhältnisse in Europa seit Anfang der 90er Jahre	75
3.2	Die Legitimation der Zerstörung des jugoslawischen Staates	78
3.3	Die Rolle Europas bei der internationalen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens	80
Teil II	Der Transformationsprozess in Kroatien 1990-2000	84
4.	Die politische Verhältnisse in Kroatien seit 1990	85
4.1	Tudjman und die HDZ	85
4.2	Die Politische Entwicklung in Kroatien 1992-1995	88
4.2.1	Einführung des neuen politischen Systems und die Wahlen 1992	88
4.2.2	Die Etablierung der Herrschaft Tudjmans und seiner Partei HDZ	90
4.2.3	Das Verhältnis Kroatiens zu Bosnien-Herzegowina	93
4.3	Die politischen Verhältnisse in Kroatien 1995-1997	95
4.3.1	Die Rückeroberung der serbischen Gebiete und die Parlamentswahlen 1995	95
4.3.2	Die Kommunal- und Präsidentschaftswahlen 1997	98
4.4	Die Opposition in Kroatien	99
4.4.1	Parlamentarische Opposition	99
4.4.2	Außerparlamentarische Opposition	102
4.5	Der politische Umbruch Ende der 90er Jahre	104
4.5.1	Die Strömungen innerhalb der HDZ	104
4.5.2	Demaskierung des Regimes und Vorbereitung des Machtwechsels	106
4.6	Das Ende der HDZ-Ära	108

5.	Wirtschaftliche Transformation	112
5.1	Ökonomie und Politik der Transformation – Einige theoretische Vorklärungen	112
5.1.1	Privatisierung	112
5.1.2	Freie Marktwirtschaft und ökonomischer Neoliberalismus	114
5.2	Die Lage der kroatischen Wirtschaft in der ersten Hälfte der 90er Jahre	116
5.2.1	Der Wirtschaftskollaps Anfang der 90er Jahre	116
5.2.2	Das Stabilisierungsprogramm des Jahres 1993	118
5.2.3	Die Wirtschaftspolitik der kroatischen Regierung bei der Durchführung des Stabilisierungsprogramms	121
5.3	Die Privatisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel	124
5.3.1	Das Konzept der Privatisierung in Kroatien	124
5.3.2	Ergebnisse der Privatisierung	127
5.3.3	Eine Kritik der Privatisierung	129
5.4	Die wirtschaftliche Lage in Kroatien in der zweiten Hälfte der 90er Jahre	134
5.4.1	Ökonomische Ergebnisse der Transformation	134
5.4.2	Die kroatische Wirtschaft und das Ausland	139
6.	Die sozialen Folgen der Transformation	144
6.1	Soziale Polarisierung der Gesellschaft	144
6.2	Der soziale Verfall geht weiter	146
7.	Perspektiven nach dem Machtwechsel	149
	Fazit und Ausblick	153
	Der "Stabilitätspakt für Südosteuropa"- eine Entwicklungschance für die Länder des ehemaligen Jugoslawiens?	156
	Literaturverzeichnis	160
	Anhang	

Tabellenverzeichnis

	Seite
Tabelle 1: Jugoslawiens Handels- und Zahlungsbilanz 1964-1980	39
Tabelle 2: Regionale Orientierung des Exports und Imports im Zeitraum 1960-1980	40
Tabelle 3: Entwicklung der jugoslawischen Auslandsverschuldung 1966-1980	42
Tabelle 4: Indikatoren der jugoslawischen Wirtschaftsentwicklung 1980-1985	50
Tabelle 5: Ausgewählte Angaben über einzelne Republiken in der ehemaligen Föderation	68
Tabelle 6: Wirtschaftliche Grundindikatoren in Kroatien 1990-1993	118
Tabelle 7: Ergebnisse der Privatisierung in Kroatien (Stand Oktober 1995)	128
Tabelle 8: Ausländische Investitionen in Kroatien 1991-1995	129
Tabelle 9: Die wichtigsten wirtschaftlichen Indikatoren in Kroatien 1994-1999	135
Tabelle 10: Anteile wichtiger Handelspartner am kroatischen Außenhandel	140
Tabelle 11: Handel Kroatiens mit Deutschland	140

Abkürzungsverzeichnis

BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens (Savez Komunističke Jugoslavije – SKJ)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMWI	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
CEFTA	Central European Free Trade Area
DA	Dalmatinska akcija (Dalmatinische Aktion)
DEMOS	Demokratska opzicija Slovenije (Demokratische Opposition Sloweniens)
EG	Europäische Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FNRJ	Federativna Narodna Republika Jugoslavija
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HDZ	Hrvatska demokratska zajednica (Kroatische Demokratische Gemeinschaft)
HND	Hrvatski nezavisni demokrati (Kroatische Unabhängige Demokraten)
HNS	Hrvatska narodna stranka (Kroatische Volkspartei)
HRD	Hrvatski dinar (Kroatischer Dinar)
HRK	Hrvatska kuna (Kroatische Kuna)
HSLŠ	Hrvatska socijalno liberalna stranka (Kroatische sozial-liberale Partei)
HSP	Hrvatska stranka prava (Kroatische Partei des Rechts)
HSS	Hrvatska seljačka stranka (Kroatische Bauernpartei)
HTP	Hrvatske telekomunikacije i posta (Kroatische Telekommunikation- und Postunternehmen)
IDS	Istarski demokratski sabor (Istrische Demokratische Versammlung)
IHK	Industrie- und Handelskammer
INA	Industrija nafte Zagreb
IWF	Internationaler Währungsfonds
JNA	Jugoslovenska narodna armija (Jugoslawische Volksarmee)

KOMINFORM	Kommunistisches Informationsbüro
KPJ	Komunisticka Partija Jugoslavije (Kommunistische Partei Jugoslawiens)
LS	Liberalna Stranka Hrvatske (Liberale Partei Kroatiens)
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
NDH	Nezavisna Drzava Hrvatska (Unabhängiger Staat Kroatiens)
NGO	Non Gouvernant Organisation
NIN	Nedeljne Informativne Novine (Die Wöchentliche Informativne Zeitung)
NSDD	Nationale Sicherheitsdirektive (in USA)
NZZ	Neue Züricher Zeitung
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OOUR	Osnovna organizacija udruzenog rada (Basisorganisation der Assoziierten Arbeit)
PHARE	Poland and Hungary Action for Restructuring of of the Economy (Das Hilfsprogramm zur wirtschaftlichen Umgestaltung der osteuropäischen Länder)
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon)
SDA	Stranka demokratske akcije (Partei Demokratischer Aktion)
SDP	Socijaldemokratska partija Hrvatske (Sozialdemokratische Partei Kroatiens)
SDS	Srpska demokratska stranka (Serbische Demokratische Partei)
SFRJ	Socijalisticka Federativna Republika Jugoslavija (Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien)
SKH	Savez komunista Hrvatske (Bund der Kroatischen Kommunisten)
SKJ	Savez komunista Jugoslavije (Bund des Kommunisten Jugoslawiens)
SNS	Srpska narodna stranka (Serbische Volkspartei)
SZUP	Sluzba za zastitu ustavnog poretka (Dienst zum Verfassungsschutz)
taz	Die Tageszeitung
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (Der hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen)
UNO	United Nation Organization
UNPRA	United Nations Relief and Reconstruction Agency

VMRO

Innere Makedonische Revolutionäre Organisation

WAZ

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

WIIW

Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche

Anhangsverzeichnis

Anhang I: Interview mit prof. Dr. Zarko Puhovski, Zagreb

Anhang II: Interview mit Prof. Dr. Branko Horvat, Zagreb

Anhang III: Interview mit Prof. Dr. Dragomir Vojnic, Zagreb

Anhang IV: Interview mit Prof. Dr. Dragoljub Stojanov, Sarajevo

Einleitung

Das Thema der vorliegenden Arbeit sind die Ursachen des Zerfalls Jugoslawiens und die Transformation der Nachfolgerstaaten am Beispiel Kroatiens. Entgegen der im Westen weit verbreiteten These, nach der es sich bei dem blutigen Zerfall Jugoslawiens um alte religiöse und nationalistische Feindschaften handele, die während der kommunistischen Herrschaft nur unterdrückt waren, vertrete ich die These, dass die jugoslawische Krise und der Staatszerfall vor allem *ökonomische* Ursachen hatte. Die wirtschaftliche Krise, deren Wurzeln im jugoslawischen Modell der nachholender Modernisierung liegen und die Ende der 70er Jahre begann und während der 80er Jahre sich noch verschärfte, bot einen furchtbaren Nährboden für nationalistische und separatistische Strategien, die später zum Staatszerfall und dem Krieg führten.

Die zweite These, die ich in der Arbeit vertrete ist, dass der Transformationsprozess in den Nachfolgerstaaten Jugoslawiens nicht zu Demokratisierung und wirtschaftlichem Wohlstand führte - wie das die neuen und die alten politischen Eliten proklamierten- sondern es dabei vielmehr um die Etablierung von nationalistischen Diktaturen ging. Das Ziel der neuen MachtinhaberInnen war vor allem die Sicherung materieller Vorteile für sich und ihre Familien auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung. Unter der Parole der nationalen "Befreiung aus dem Völkergefängnis Jugoslawien" kam es in den Teilrepubliken – mit Ausnahme Sloweniens – zu einer skrupellosen Plünderung des Volksvermögen und zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Die Arbeit ist in zwei Hauptteile gegliedert. Der *Teil I* beschäftigt sich mit dem jugoslawischen "dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus, insbesondere aus ökonomischer Sicht. In Kapitel 1 wird dieser Weg vom Ende des Zweiten Weltkrieg bis zu Titos Tod im Jahre 1980 analysiert. Kapitel 2 liefert eine Analyse der von zahlreichen Krisen erschütterten jugoslawischen Gesellschaft vom Beginn der 80er Jahre bis zum endgültigen Zerfall Jugoslawiens 1991.

Einen besonderen Stellenwert bei der Analyse hat die Frage, warum und wie der gesamtjugoslawische Entwicklungsprozess auf der Basis von Selbstverwaltungssozialismus und Einparteienherrschaft mit den für jede Waren- und Arbeitsgesellschaft charakteristischen Konkurrenzgegensätzen auch harte Konflikte zwischen den Teilrepubliken immer wieder neu erzeugte. Je mehr die Entfaltung des Selbstverwaltungsmechanismus voranschritt, desto mehr Marktelemente drangen in das jugoslawische System ein. Dies begünstigte den für das

Marktsystem charakteristischen Konkurrenzkampf, einen Kampf um, mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise immer knappere, Ressourcen. Dies galt sowohl für die Einzelbetriebe als auch für die Regionen bzw. die Teilrepubliken, die mit der Verfassungsänderung 1974 faktisch einen Status von "Staaten im Staat" bekamen.

Die Krise der jugoslawische Gesellschaft war eine Krise der nachholenden Modernisierung des Landes. "Was immer die jugoslawische Führung in der jeweiligen Etappe als Lösung und neue Selbstverwaltungs-Errungenschaft präsentierte, es ordnete sich allemal in die verwickelte Verlaufsform der Krise nachholender nationalökonomischer Modernisierung ein"(Lohoff 1996, 82).

Zur Verschärfung der Krise haben sowohl innere als auch äußere Ursachen beigetragen. Zu den äußeren Ursachen zählt vor allem der seit der Mitte der 60er wachsende Einfluß des Weltmarkts und internationaler Organisationen auf die jugoslawische Wirtschaft und Gesellschaft. Die jugoslawische Führung versuchte seit Mitte der 60er Jahre, die Akkumulationskrise der jugoslawischen Wirtschaft durch die Weltmarktöffnung zu überwinden. Das strategische Ziel war, die jugoslawischen Unternehmen durch den Anpassungsdruck des Weltmarkts zu größerer ökonomischer Effizienz zu bewegen. Diese Konfrontation mit dem Weltmarkt hatte den Konkurrenzkampf sowohl auf der betrieblichen als auch auf der Ebene der Republiken zusätzlich verschärft. Gleichzeitig erhielt Jugoslawien in den 70er Jahren ausländische Kredite zu sehr günstigen Konditionen. Als sich Ende der 70er Jahre die Lage auf den Weltfinanzmärkten verschärfte, geriet Jugoslawien wie ein großer Teil der Entwicklungsländer in eine Schuldenkrise und wurde den strengen Strukturanpassungsprogrammen des IWF und der Weltbank unterzogen. Die ökonomische und soziale Lage verschlechterte sich in den 80er Jahren rapid. Es kam zu berechtigten sozialen Protesten der unzufriedenen jugoslawischen ArbeiterInnen. Die Eliten der einzelnen Republiken sahen sich durch diese gefährdet und es gelang ihnen, diese Proteste in nationalistische und chauvinistische umzulenken. Es fand eine "Ethnisierung des Sozialen" statt. Durch ihre Interventionen hat die "internationale Gemeinschaft" die krisenhafte Entwicklung noch zusätzlich gefördert.

In Kapitel 3 wird kurz auf die Gründe eingegangen, warum der Westen, und insbesondere Deutschland, die einseitige Separation der westlichen jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien trotz der vorhersehbaren Risiken eines blutigen Krieges unterstützte.

Im *Teil II* dieser Arbeit wird der Alleingang Kroatiens nach dem Erreichen der Unabhängigkeit analysiert. Kroatien ist für eine Analyse des Transformationsprozesses

besonders gut geeignet, weil gerade diese Teilrepublik, neben Slowenien, die wirtschaftlich entwickeltste war und für die Transformation und eine spätere Angliederung an die EU die besten sozioökonomischen Voraussetzungen von allen ehemals sozialistischen Ländern hatte. In Kapitel 4 wird die *politische* Transformation in Kroatien analysiert. Diese ist durch eine Herrschaft der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) des Präsidenten Franjo Tudjman gekennzeichnet. Die HDZ hatte kein ausgearbeitetes politisches Konzept. Ihr Programm beinhaltete symbolische Werte, wie z.B. Souveränität und Unabhängigkeit, mit denen die Menschen lange manipuliert werden konnten. Die Parteimitglieder hielten die entscheidenden Positionen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Macht in ihren Händen und nutzten diese für eine skrupellose Bereicherung auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung aus.

Eng damit verbunden ist die *wirtschaftliche* Transformation Kroatiens, der sich Kapitel 5 widmet. Dabei werden die sog. "Einführung der Marktwirtschaft" und der Prozess der Privatisierung der gesellschaftlichen Produktionsmitteln näher erörtert. Es werden auch die Konsequenzen der blind angewendeten neoklassischen ökonomischen Theorie diskutiert, welche den Beratungen der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank zugrunde lag.

Die *soziale* Lage in Kroatien, die das Thema des 6. Kapitel ist, stellt nur eine logische Konsequenz der durchgeführten politischen und wirtschaftlichen Transformation dar. Die vorher vorhandene Mittelschicht ist über Nacht verschwunden. Die kroatische Gesellschaft wurde in eine schmale Schicht der Reichen und eine breite Schicht der Armen gespalten.

Mit den möglichen *Perspektiven* nach dem Machtwechsel und dem politischen Abgang der HDZ befasst sich Kapitel 7.

Am Ende werden die möglichen Zukunftsperspektiven der jugoslawischen Nachfolgerstaaten kurz angesprochen.

Für den Teil I meiner Arbeit habe ich mich auf eine Auswertung der im deutschen Sprachraum verfügbaren Literatur beschränkt. Was den Teil II der Arbeit betrifft, so sind in Deutschland die Literaturquellen nicht ausreichend vorhanden. Deshalb machte ich im Frühjahr und im Sommer 2000 zwei kurze Forschungsreisen in die kroatische Hauptstadt Zagreb, wo ich die Gelegenheit hatte, einige Interviews mit kroatischen Wissenschaftlern zu machen, die im Anhang der Arbeit dokumentiert sind. Prof. Dr. Zarko Puhovski, Prof. Dr. Branko Horvat und Prof. Dr. Dragomir Vojnic sind in Kroatien sehr angesehene Personen und alle drei als gute Kenner der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation in Kroatien

bekannt. Die Gespräche mit Ihnen haben mir geholfen, die komplexen Zusammenhänge des Transformationsprozesses in Kroatien besser zu verstehen.

Das Interview mit dem Ökonomen und dem ehemaligen Mitglied der Regierung von Bosnien-Herzegowina, Prof. Dr. Dragoljub Stojanov führte ich im Frühjahr 2000 in Sarajevo. Das Gespräch steht mit dem Thema des zweiten Teils "Transformation in Kroatien" nicht in unmittelbarer Verbindung, ist aber sowohl für die Transformation der ehemals sozialistischen Ländern allgemein als auch für die Perspektive der Nachfolgerstaaten Jugoslawiens, was das Thema der letzten Kapitel der Arbeit ist, von Bedeutung. Deshalb ist auch dieses Interview im Anhang dokumentiert.

Drei dieser Interviews sind in etwas verkürzter Form im Jahr 2000 in der deutschen Presse veröffentlicht worden.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass das Thema der Arbeit mich auch aus persönlichen Gründen (meine Herkunft) sehr interessiert. Das Geschehen in Jugoslawien, und später in Kroatien, habe ich als Insider mitverfolgt, teilweise auch miterlebt. Für mich verstehen sich einige Zusammenhänge und Ereignisse "von selbst". Bei der Bearbeitung habe ich versucht die Zusammenhänge so zu schildern, dass sie auch für die LeserInnen, die sich mit dem Thema nicht näher befasst haben, verständlich sind.

Teil I: Das Ende Jugoslawiens – das Ende eines Modernisierungsweges

1. Zur Politischen Ökonomie Jugoslawiens unter Tito

Im Widerstandskampf der kommunistischen Partisanenarmee unter Josip Broz Tito gegen die deutschen und italienischen Besatzer und ihren kroatischen Vasallenstaat formierte sich zum ersten Mal in der Geschichte eine gesamtjugoslawische Bewegung, die in der Volksfront ihren organisatorischen Ausdruck fand. Dieser gelang es nach dem Sieg der Alliierten über die Achsenmächte am 7. März 1945, eine provisorische Regierung zu bilden und im November 1945 eine überwältigende Stimmenmehrheit¹ für die Liste der von Titos kommunistischer Partei dominierten Volksfront zu gewinnen.

Einerseits gebar der gemeinsame Erfolg im Partisanenkampf im neuen Staat Jugoslawien einen Mythos nationaler Einheit, andererseits sollte im Gedächtnis bleiben, dass die heftigen Kämpfe zwischen den verschiedenen jugoslawischen Armeeverbänden (der kroatisch-faschistischen Ustascha, den serbisch-monarchistischen Cetniks, der slowenischen "Weißen Garde", den bosnisch-moslemischen SS-Einheiten und der kommunistischen Partisanenarmee unter Tito) während und kurz nach der Besatzung des Landes zu "tiefen Wunden" führten, die "eine schwere Hypothek für das weitere Zusammenleben der Völker in Jugoslawien" (vgl. Hartmann 1998, 66) bedeuteten und später zur Grundlage der nationalistischen Propaganda in den 80er Jahren werden sollten (vgl. Calic 1996, 51-56 oder Sundhausen 1992, 25-30).

Nach der Etablierung ihrer Herrschaft über das jugoslawische Staatsgebilde begab sich die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) daran, die Ökonomie des Landes einem Modernisierungskurs zu unterziehen. Dieser nahm bis zum Zerfall Jugoslawiens verschiedene Phasen² an, die im folgenden dargestellt werden sollen.

¹ Diese Stimmenmehrheit von 90,5 % in der ersten und 88 % in der zweiten gesetzgebenden Kammer war auch Ergebnis KP-bestimmter Wahlgesetzgebung und politischer Verfolgung von Oppositionsparteien (vgl. Lohoff 1996, 36).

² Diese Phasen sind zeitlich nicht immer klar voneinander zu trennen. Sie beschreiben vielmehr die strukturelle Abfolge von Entwicklungsstadien der politischen Ökonomie Jugoslawiens und sollen den Zusammenhang von gesamtjugoslawischer Ökonomie und regionalen Nationalismen verdeutlichen, der durch das schrittweise Scheitern des jugoslawischen Modernisierungsweges immer sichtbarer wurde.

1.1 Die Phase des administrativen Sozialismus 1945 –1950. Jugoslawiens Weg in die Moderne

1.1.1 Das rückständige “erste Jugoslawien”

Im rückständigen "ersten Jugoslawien" (1919-1941) gab es zwar einen unreglementierten Markt, seine Reichweite blieb aber sehr beschränkt. Insbesondere die ländliche Bevölkerung, die vor dem Zweiten Weltkrieg 90 % der Gesamtbevölkerung ausmachte, war in ihrem Alltagsleben am Marktgeschehen nur peripher beteiligt. Obwohl sie ihre Überschussproduktion verkaufte und Fertiggüter bezog, war ihre Lebensweise in hohem Maße auf Selbstversorgung ausgerichtet und blieb ihr jedes auf betriebliche Rentabilität orientierte Wirtschaften fremd. Strenggenommen – aus der makroökonomischen Perspektive betrachtet – existierte im ersten Jugoslawien keine Volkswirtschaft (vgl. Lohoff 1996, 47).

Der historische Hintergrund der verschiedenen Regionen Jugoslawiens war von großer Bedeutung für ihre Entwicklung. Die nördlichen Regionen (Slowenien, Kroatien und die autonome Region Vojvodina) gehörten vor dem Ersten Weltkrieg zur österreichisch-ungarischen Monarchie, die sich damals im Prozess der Industrialisierung befand und bestrebt war, aus ihren Kolonien Rohstoffe und billige Arbeitskräfte abzuführen. Deshalb bestand in diesen Regionen eine grundlegende Struktur, insbesondere Straßen und Eisenbahnen, die nach dem Krieg auch die Basis des Aufbaus bildeten. Außerdem war die Bevölkerung in diesem Teil bereits zu einem gewissen Grad qualifiziert, im Industriesektor beschäftigt und stellte gleichzeitig eine der größten damaligen Arbeiterbewegungen auf dem Balkan. Der jugoslawische Süden (Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Serbien) war im Gegensatz dazu 500 Jahre lang von den Türken besetzt. Dadurch blieb die Produktionsweise der Einheimischen weitgehend unverändert, jedoch wurden Steuern und andere Abgaben gefordert. Die Menschen lebten in Großfamilien; Arbeit und Produkte wurden untereinander geteilt (vgl. Herbert 1988, 142).

Der Zweite Weltkrieg zerstörte das schwache ökonomische Leben und seine infrastrukturellen Voraussetzungen fast vollständig. Von 1941-1945 fielen in Jugoslawien 1,7 Millionen Menschen dem Kriege zum Opfer. Hinzu kamen große materielle Schäden:

“Nach offiziellen ... Angaben belief sich der unmittelbare materielle Kriegsschaden auf 9,1 Milliarden Dollar (etwa das 3,7fache des durchschnittlichen Volkseinkommens der Jahre 1925-34). Die wichtigsten Industrie- und Verkehrseinrichtungen waren zertrümmert, zahlreiche Dörfer und Städte lagen in Schutt und Asche, die Währungen waren zerrüttet” (Sundhausen 1982, 143).

1.1.2 Wiederaufbau des zerstörten Landes: ursprüngliche Akkumulation, Modernisierung und Industrialisierung

Mit dem Wiederaufbau Hand in Hand ging die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft. Nach der ersten Konfiszierungswelle, die vor allem das Vermögen der "Kollaborateure" und Volksdeutschen betraf, befanden sich Ende 1945 bereits rund 80 % der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen in Staatseigentum. Die Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme des Agrarsektors wurde bis Frühjahr 1948 abgeschlossen (ebenda).

Um eine ökonomische Dynamik in Gang zu setzen, übernahm die KPJ zunächst das kommandowirtschaftliche Instrumentarium aus der Sowjetunion der 20er und 30er Jahre. Der Ausgangspunkt dieser Phase des "administrativen Sozialismus" war das "Grundgesetz über staatliche Wirtschaftsunternehmen" vom Juli 1946. Zwischen die Wirtschaftsministerien und die Geschäftsleitung der Unternehmen trat ein "administrativ-operatives Organ" – General- oder Hauptdirektion –, das eine größere Zahl gleichartiger Betriebe lenkte (ebenda). Mit dem "Gesetz über den Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1947-51" wurde ein erster umfassender Plan nach den Erfahrungen aus der Sowjetunion verabschiedet. Das Gesetz enthielt ein ehrgeiziges Entwicklungsprogramm mit Vorrang für den Ausbau der Grundstoff- und Schwerindustrie. Im Plan wurde eine fünffache Steigerung der Industrie im Vergleich zu 1939 vorgesehen. Dies war gewissermaßen der Aufbruch eines unterentwickelten und rückständigen Agrarlandes in die "Industrielle Revolution".

Unter Sozialismus verstand die neue Führung eine fortschrittliche, durchrationalisierte und von allen Privilegien befreite Gesellschaft, in der die Arbeit der höchste gesellschaftliche Wert sein sollte. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens sah es als ihre vorrangige Aufgabe an, Jugoslawien in die Moderne zu führen. Von dem Erfolg bei der Bewältigung dieser sozioökonomischen Aufgabe hing auch die Legitimation und die Stabilität ihrer Herrschaft ab.

Die These, die Titopartei führte Jugoslawien in die Moderne und der jugoslawische Sonderweg sei ein Modernisierungsweg, kann auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen. Inbegriff einer modernen Gesellschaft sind die pluralistische Mehrparteiendemokratie und die freie Marktwirtschaft. Diese beiden Elemente hat die KPJ außer Kraft gesetzt. Die marktwirtschaftlichen Elemente wurden nur sukzessiv und partiell eingeführt, und das Mehrparteiensystem kam erst kurz vor Ende Jugoslawiens. Wie kann dann dieser Weg als Modernisierungsweg bezeichnet werden?

Das wird deutlicher wenn man westliche Demokratie und Marktwirtschaft nicht als schon immer bestehende und überall auffindbare Muster behandelt, sondern diese als kontingente

Erscheinungen betrachtet, die in einer bestimmten historischen Phase und auf einem bestimmten Entwicklungsniveau der gesellschaftlichen Produktivkräfte entstanden. Marktwirtschaft und pluralistische Demokratie können sich nur dort herausbilden und funktionieren, wo die Menschen als Staatsbürger und Warensjekte handeln³. Sie haben den Nationalstaat und die nationale Volkswirtschaft zur Voraussetzung.

“Das demokratisch-marktwirtschaftliche System ist hingegen außerstande, seinen eigenen Bedingungs Zusammenhang herzustellen. In allen Gebieten der Erde, die in den letzten 150 Jahren versuchten, sich die Errungenschaften der westlichen Moderne zu eigen zu machen, ja selbst bei den westlichen Vorreitern Frankreich und England, stoßen wir, wenn wir historisch nur weit genug zurückgehen, auf diktatorische Regimes, die das Fundament für die Entwicklung der modernen Waren- und Arbeitsgesellschaft legten. Sie sorgten wesentlich für die Trennung der Menschen von ihren prä-warenförmigen Subsistenzmitteln, für die Verallgemeinerung der Lohnarbeit und für die Herausbildung eines Staatsbürgerbewusstseins. Diese Phase konnte auch Jugoslawien auf seinem Weg in die Moderne nicht erspart bleiben. Die autoritären Züge des Titoregimes dementieren denn auch dessen historische Modernisierungsfunktion keineswegs, sie reflektieren sie vielmehr” (Lohoff 1996, 45).

Der Prozess nachholender Modernisierung umfasst also im Grunde genommen zwei wichtige Elemente: die Herausbildung moderner Staatlichkeit und die Entwicklung einer modernen Nationalökonomie. Im Vorkriegsjugoslawien existierten zwar auf dem Papier parlamentarische Institutionen, aber weder gab es eine funktionsfähige pluralistische Demokratie noch eine Volkswirtschaft im modernen Sinne. Erst im Titostaat entstand in diesem geographischen Raum ein funktionsfähiges Staatswesen und ein jugoslawisches Gemeinwesen.

Die Voraussetzung jeder Modernisierungsstrategie, nämlich die Trennung der unmittelbaren ProduzentInnen von ihren Subsistenzmitteln, konnte in Jugoslawien nicht wie in der Sowjetunion durch Zwangskollektivierung erreicht werden, da die Masse der PartisanInnen Bäuerinnen und Bauern gewesen sind und die KPJ damit ihre Basis verloren hätte⁴. Es kam dennoch auch im agrarischen Sektor in den ersten Jahren nach Kriegsende zu wesentlichen

³ Erst in dem in Westeuropa entstandenen Kapitalismus handeln die Menschen als Staatsbürger und Warensjekte. Und erst dann wird hauptsächlich für den Markt produziert, so dass die Produkte menschlicher Arbeit zu Waren werden. Gleichzeitig wird die Arbeitskraft der Menschen zur Ware, weil sich ihr Preis auf dem Arbeitsmarkt durch Angebot und Nachfrage bildet. Mit dem Fortschritt des Kapitalismus werden immer mehr zwischenmenschliche Beziehungen über Märkte geregelt und werden von der Lage auf diesen Märkten abhängig.

⁴ Erst nach dem Bruch mit Moskau leitete die KPJ zum Beweis ihrer Ideologietreue eine Kollektivierungskampagne ein. Sie scheiterte aber an der unzulänglichen Ausrüstung der Gemeinschaftsbetriebe und dem passiven Widerstand der Bäuerinnen und Bauern. Die wirtschaftlichen Folgen der Reform auf dem Lande waren katastrophal. 1953 wurde die Reform rückgängig gemacht, wobei das Maximum für den privaten Grundbesitz auf 10-20 ha festgelegt wurde (vgl. Sundhausen 1982, 162).

Eigentumsveränderungen. Mit Verabschiedung des Gesetzes über die Agrarreform und Kolonisation wurde die Höchstgrenze für privaten Grundbesitz mit 25 bis 35 ha festgelegt. Enteignungen betrafen politische GegnerInnen, "Kollaborateure", GroßgrundbesitzerInnen, Banken, Großunternehmen, Kirchen und die vertriebenen Deutschen. Knapp 1,6 Millionen Bodenfonds wurde an 316. 000 Familien verteilt, darunter an eine Vielzahl von "KolonistInnen" aus den unterentwickelten Regionen Jugoslawiens, die in der Vojvodina und in Slawonien eine neue Heimat fanden (vgl. Sundhausen 1993, 104).

Statt Zwangskollektivierung gab der jugoslawische Staat positive Anreize für Industrialisierung, indem er überall und gerade auch in ländlichen Regionen unabhängig von deren Rentabilität neue Fabriken gründete und dafür sorgte, dass die Lebensbedingungen der jungen Industriearbeiterschaft attraktiver als diejenigen auf dem Lande waren. Der größte Teil der Landbevölkerung strömte in die Fabriken und beschäftigte sich mit der Landwirtschaft überwiegend nach Feierabend. So wurde die Bevölkerungsmehrheit sukzessive in die LohnarbeiterInnenexistenz hineingezogen und stellte die eigene Produktion über den Markt sicher.

Der Staat steuerte die Investitionsmittel überwiegend in den Produktionsgütersektor und sorgte damit für eine künstliche Verbilligung von Energie und Rohstoffen. Die jugoslawische Führung transferierte ein Drittel des Volkseinkommens in die industriellen Investitionsfonds, um eine schwerindustrielle Basis aufzubauen (vgl. Bonac 1976, 30). Die entscheidende Voraussetzung für diese Industrialisierung war aber die erzwungene Umverteilung der Einkommen aus dem vorindustriellen Bereich, insbesondere aus der Landwirtschaft. Die Expansion des industriellen Sektors, in dem die Wertschöpfung am Anfang zu gering war, wurde durch massive Eingriffe in die Austauschrelationen zwischen Landwirtschaft und Fertiggüterbereich ermöglicht. Die landwirtschaftlichen Preise wurden seitens der Zentralregierung systematisch nach unten gedrückt, und die Agrarprodukte wurden im Vergleich zu den Industriegüter künstlich verbilligt. Ergänzt durch ein entsprechendes Steuersystem sorgte das für den nötigen Ressourcenzufluss zugunsten des im Aufbau befindlichen industriellen Sektors⁵.

Zusätzlich sorgte der Staat auch für die Abschottung des Binnenmarktes durch ein Außenhandelsmonopol. Dies machte einerseits ein Ausweichen der benachteiligten AgrarproduzentInnen auf äußere Märkte unmöglich, andererseits schützte es die junge jugoslawische Industrie vor der ausländischen Konkurrenz.

⁵ So lag das Einkommen nicht landwirtschaftlich Erwerbstätiger durchgängig um 50 % höher als das der landwirtschaftlich Erwerbstätigen (vgl. Die Ethnisierung des Sozialen, Teil II).

Auf diese Art und Weise vollzog sich in Jugoslawien die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, die Trennung der unmittelbaren agrarischen ProduzentInnen von ihrem Landbesitz und ihre Verwandlung in moderne ArbeiterInnen. Dieser Prozess, der in anderen Weltregionen manchmal Jahrhunderte andauerte und mit großem Leid für viele Menschen verbunden war, verlief in Jugoslawien erstaunlich schnell und relativ reibungslos. Auf dem Weg zur Modernisierung und Industrialisierung stand der jugoslawischen Führung keine andere realistische Alternative zur Verfügung. Das war der erste Schritt Jugoslawiens in eine ArbeiterInnen Waren- und Geldgesellschaft mit allen später daraus resultierenden Konsequenzen.

1.1.3 Föderale Einrichtung des Staates und etatistische Steuerung der Wirtschaft

Obwohl in dieser ersten Phase die staatliche Planung der Ökonomie zentral war, verzichtete die KPJ-Führung auf Unitarismus, d.h. auf die Deklaration einer einheitlichen jugoslawischen Nation. Die am 31. Januar 1946 in Kraft getretene jugoslawische Verfassung erklärte Kroaten, Serben, Slowenen, Montenegriner und Mazedonier gleichermaßen zu staatstragenden Völkern⁶. Die KPJ versprach sich davon, die zwischen den Weltkriegen bestehende "Vorherrschaft Großserbiens" und den Zentralismus abzuschaffen und dem Staat eine föderative Struktur nach sowjetischem Vorbild zu geben. Die Ideale der Brüderlichkeit (bratstvo) und Einheit (jedinstvo) sollten

⁶ Erst 1963 wurde die nationale und kulturelle Gleichberechtigung der bosnischen Muslime ausdrücklich anerkannt.

in der Nachkriegszeit zu grundlegenden Bestandteilen der offiziellen Ideologie werden. Bereits im Dezember 1944 noch vor dem Ende des Befreiungskampfes Jugoslawiens hatte Tito erklärt:

“Das Wort Befreiungskampf des Volkes wäre nichts als eine Phrase, um nicht zu sagen ein Betrug, wenn es außer der Befreiung Jugoslawiens nicht zugleich die Befreiung der Kroaten, der Slowenen, der Serben, der Makedonier, der Albaner, der Moslems etc. und darüber hinaus Freiheit, gleiche Rechte und Brüderlichkeit für alle Völker Jugoslawiens bedeuten würde” (zitiert nach: Janigro 1992, 221).

Die Föderative Volksrepublik Jugoslawien (Federativna Narodna Republika Jugoslavija - FNRJ) bestand aus sechs Republiken: Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien. Der Volksrepublik Serbien wurden zwei national gemischte Gebiete, die autonome Provinz Vojvodina (mit ungarischer Minderheit) und das autonome Gebiet Kosovo-Metohien (mit albanischer Minderheit) zugeordnet. Die Verfassung hatte föderalistische Züge. Im Rahmen der Volksversammlung bestand neben der Volkskammer (Bundesrat), die von allen Staatsbürgern gewählt wurde, eine gleichwertige Landeskammer (Nationalitätenrat), die von den einzelnen Gliedstaaten und autonomen Provinzen gewählt wurde (vgl. Bonac 1976, 58). Die Souveränität der Gliedstaaten (mit jeweils eigenen Verfassungen und Regierungen) wurde jedoch stark durch die vom Bund vorbehaltenen Rechte begrenzt. Auf der höchsten politischen Ebene blieben Einheit und Führungsanspruch der KPJ und vor allem Titos unaufgefochten.

Nach der Verfassung existierten drei Eigentumsarten nebeneinander: das allgemeine Volkseigentum (Staatseigentum), das Eigentum der “genossenschaftlichen Organisationen des Volkes” und das Privateigentum, wobei letzteres durch verschiedene Gesetze immer mehr eingeschränkt wurde (ebenda).

Die zentrale ökonomische Planung setzte sich den Ausgleich zwischen den unterentwickelten – ehemals osmanischen – Regionen des Südostens und den wirtschaftlich leistungsfähigeren nordwestlichen Regionen – aus ehemals österreichisch-ungarischem Herrschaftsgebiet – zum Ziel. Die Wirtschaft in den

Teilrepubliken und Regionen wurde auf das gesamtjugoslawische Entwicklungskonzept ausgerichtet. Selbst die einzelne Betriebe waren bis ins Detail der Zentralplanung unterworfen. Da alle Gewinne nach Belgrad flossen und Belgrad gleichzeitig für alle Kosten und Verluste aufkam, bewirkte die Allokation der Mittel insgesamt praktisch die Subventionierung des unterproduktiven Südens durch den wirtschaftlich besserstehenden Nordwesten. Mit diesen nicht rückzahlungspflichtigen Mitteln wurden sogenannte “politische Fabriken” in Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien errichtet, aber auch der Bildungs- und Gesundheitssektor der weniger entwickelten Republiken ausgebaut, wovon nicht zuletzt auch die nationalen Minderheiten Nutzen hatten⁷ (vgl. Furtak 1975, 160).

Mit der Umlenkung der Investitions- und sonstigen Haushaltsmittel in den Süden wurde das Ziel verfolgt, die Entwicklungskluft zwischen den unterentwickelten südlichen Republiken und dem relativ reichen Slowenien und Kroatien zu reduzieren. Aus dem Prozess sollte eine homogene und moderne jugoslawische Volkswirtschaft resultieren. Die Wirklichkeit nahm aber einen entgegengesetzten Verlauf.

“Je mehr die Beseitigung der unmittelbaren Kriegsschäden sich ihrem Abschluss näherte und die Reorganisation der jugoslawischen Wirtschaft voranschritt, desto energischer machten sich auf allen Ebenen, zunächst bei den Einzelbetrieben, später auch bei den Republiken und Regionen, Sonderinteressen bemerkbar, und desto weniger gelang es der kommandowirtschaftlichen Zentrale, die entstehenden zentrifugalen Kräfte zu unterdrücken, ohne die ökonomische Weiterentwicklung abzuwürgen” (Lohoff 1996, 61).

1.2 Der Anfang des Selbstverwaltungssozialismus

1.2.1 Der Bruch mit Stalin 1948 und der Beginn des jugoslawischen Sonderweges

Jugoslawien war das einzige Land Europas, das die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg aus eigener Kraft aufgebaut hatte, und Tito genoss ein großes Ansehen bei den KommunistInnen in Ost und West. Außenpolitisch versuchte die neue jugoslawische Regierung von Beginn an, ihre Unabhängigkeit und Souveränität sowohl von den kapitalistischen Großmächten als auch von der Sowjetunion zu bewahren. Schon im Mai hatte Tito in einer Rede den festen Willen zur Unabhängigkeit betont: “Wir wollen nicht Wechselgeld sein. Wir wollen nicht, dass man uns in eine Politik der Einflussphären hineinzieht.” (zitiert nach: Thörner 1999, 81)

⁷ Den größten Nutzen aus dieser Entwicklungspolitik zog Montenegro. Dort erreichten im Durchschnitt der Jahre 1947 bis 1956 die Haushaltsausgaben pro Kopf der Bevölkerung die höchste Rate unter der Bevölkerung

Dennoch musste sich Jugoslawien gegen die hegemonialen Versuche von beiden Seite stark wehren. Die kapitalistischen Staaten versuchten, das strategisch wichtig gelegene Land, im Gegensatz zu den anderen von kommunistischen Parteien regierten Staaten Osteuropas, durch Hilfslieferungen und Kredite an sich zu binden. Über die UNO wurden zwischen 1945 und 1947 Güter und Werte in Höhe von 334 Mio. US-Dollar, darunter v.a. Nahrungsmittel, Medikamente und Ausrüstungsgüter für die zu 70 % zerstörte Industrie und Infrastruktur geliefert (vgl. Analyse und Kritik (ak), Nr. 340, 16). Die sowjetische Regierung wollte die relative Eigenständigkeit der jugoslawischen Politik nicht dulden und versuchte, sie mit diplomatischem Druck und wirtschaftlichen Mitteln stärker unter Kontrolle zu bringen. So bestimmte die UdSSR bis 1948 zu 50 % den jugoslawischen Außenhandel, gründete Gemeinschaftsunternehmen mit jugoslawischen Firmen und vergab – in geringem Maß – Kredite (ebenda).

Die Entwicklung der sozialistischen Umgestaltung verlief in Jugoslawien wesentlich schneller und mit weniger Widerstand als in den anderen Volksdemokratien. Stalin verfolgte diese Entwicklung mit Misstrauen, weil dadurch seine führende Rolle und die zentrale Position der Sowjetunion in der kommunistischen Welt gefährdet werden könne. Außerdem war die strategische Lage Jugoslawiens als Durchmarschgebiet zur Adria und als Einfallstor Richtung Italien und Griechenland in den Jahren nach Kriegsende für die UdSSR von großer Bedeutung.

Die KPJ-Führung wollte sich nicht dem von Stalin verordneten Prinzip der internationalen Arbeitsteilung, das die anderen sozialistischen Staaten in der Rolle der Rohmateriallieferanten für die Sowjetunion belässt, unterordnen. Tito einigte sich im August 1947 mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens Georgi Dimitrov auf die Ausarbeitung eines Beistandspaktes und einer Zollunion. Weitere Pläne sahen die Herausbildung einer Föderation vor, die Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, Rumänien, Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und eventuell Griechenland umfassen sollte (vgl. Gräfin Razumovsky 1978, 55 f. oder Calic 1999, 17)⁸. Stalin empfand diese Absichten als Verrat, und die Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau verschlechterten sich. Die sowjetischen Drohungen eskalierten mit dem Ausschluss Jugoslawiens aus der kommunistischen Weltorganisation (Kominform) am traditionsreichen 28. Juni 1948 (Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld). Es folgte der Kalte Krieg des sowjetischen

Jugoslawiens (vgl. Furtak 1975, 160 f.).

⁸ Bereits während des Zweiten Weltkrieges erwog Tito den Beitritt Jugoslawiens, Albanien, Bulgariens und möglicherweise Griechenlands zu einem südosteuropäischen Staatenbund. "Aber die südosteuropäischen Integrationspläne scheiterten am sowjetischen und britischen Widerstand – die Selbstorganisation der Balkanstaaten hätte die Region dem hegemonialen Einfluss der Großmächte entzogen" (Calic 1999).

Lagers gegen Jugoslawien, mit Medienkampagnen, Wirtschaftsblockade und militärischen Drohgebärden. Insbesondere die Wirtschaftsblockade traf das Land wegen seiner ökonomischen Abhängigkeit von den Ostblockstaaten schwer. Gleichzeitig wurden die “gesunden Kräfte” in der KPJ aufgefordert, ihre Führung zu stürzen. Tito reagierte darauf ebenfalls mit stalinistischen Mitteln: Die moskautreuen KommunistInnen wurden verhaftet und in ein Konzentrationslager auf der nördlichen Adriainsel Goli Otok verbracht. Es handelte sich dabei um 15.000-20.000 Personen (vgl. Fischer 1999, 42 oder Sundhausen 1993, 108).

Die Lage spitzte sich zu, und es häuften sich die Grenzzwischenfälle und Provokationen. Doch blieb der “heiße” Krieg aus, weil die westlichen Mächte erklärten, dass sie im Falle eines Angriffs auf Jugoslawien nicht neutral bleiben würden (vgl. Sundhausen 1993, 107). Während der Krise, die bis zum Tode Stalins 1953 andauerte, ging die jugoslawische Führung von der Defensive über in die Offensive. Damit entwickelte sich der Kommunismus von einem monolithischen zu einem polyzentrischen System.

Der Streit mit Stalin löste innerhalb der KPJ eine fundamentale Kritik am Stalinismus aus. Eine Gruppe von Theoretikern, allen voran Milovan Djilas, stellte eine Reihe von Forderungen auf, die gegen die Gefahr des staatlichen Dirigismus in der Gesellschaft gerichtet waren. Die aus der Kritik am sowjetischen Dogmatismus geborene Phase des Dialogs und des Experiments führte dazu, dass jene Kräfte in der KPJ an Auftrieb gewannen, die eine *Stärkung der Position der Einzelbetriebe* und deren *Anerkennung als Wirtschaftssubjekte* anstrebten. Bereits aus der Ausschaltung des moskautreuen Flügels der KPJ entstand Konfliktpotential. Da dieser durchweg eine zentralisierte Kommandowirtschaft nach sowjetischem Vorbild vertrat, wurden auch die Planwirtschaft und das bisherige Konzept des Sozialismus in Frage gestellt. Die Antwort auf die Frage nach der “wahren” Gestalt des Kommunismus fanden die jugoslawischen KommunistInnen in der Selbstverwaltung der ArbeiterInnen und BürgerInnen. So entstand der Selbstverwaltungssozialismus jugoslawischer Prägung als ein “dritter Weg” zwischen Kapitalismus und Staatsozialismus.

1.2.2 Die theoretischen Grundlagen des Selbstverwaltungssozialismus

Hinter dem Selbstverwaltungssozialismus stand zu keiner Zeit ein geschlossenes theoretisches Konzept, was besonders für die Anfangsphase gilt. Die neue Linie entstand mehr oder weniger aus einer Kette von empirisch abgeleiteten, experimentalen Ad-hoc-Maßnahmen. Die theoretische Herleitung erfolgte vor allem durch Auslegung der Marxschen Werke, insbesondere der Frühschriften. Einen zentralen Anknüpfungspunkt für ihre Vorstellungen

und damit auch für die theoretische Auseinandersetzung mit der sowjetischen Sozialismusvariante konnten die jugoslawischen KommunistInnen im “Kommunistischen Manifest” von 1848 finden. Darin haben Marx und Engels die Konzentration der “Produktion in den Händen der assoziierten Individuen” als Voraussetzung für die “freie Entwicklung aller” bezeichnet (Marx 1969, 70 f.). Sie sprachen zwar von der Überführung “aller Produktionsinstrumente in die Hände des Staates” (ebenda, 69), stellen das Staatseigentum jedoch nur für eine Übergangszeit fest, in der der Staat bloß das Herrschaftsinstrument des Proletariats ist. Der Staat sollte die Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft aneignen, was aber sein letzter selbständiger Akt als Staat vor dem “Absterben” ist.

Die Begründer des jugoslawischen Selbstverwaltungssystem konnten sich auch auf die tradierten Ideen ihrer Landesleute stützen. Unter dem Einfluss westlicher sozialistischer Ideen und der Pariser Kommune hatten die Serben Svetozar Markovic und Dimitrije Cenic bereits im 19. Jahrhundert Überlegungen zur Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung von Betrieben entwickelt. Die Konzeption von Markovic war ein einheitliches Selbstverwaltungssystem, in dem alle territorialen Verwaltungsorgane, Gemeinschaften und Organisationen nach Selbstverwaltungsgrundsätzen organisiert sein sollten (vgl. Furtak 1975, 20 f.).

Der Begriff des *gesellschaftlichen Eigentums* ist vom Staatseigentum strikt zu unterscheiden. Staatseigentum ist nach jugoslawischer Überzeugung dem Sozialismus ebenso fremd wie Privateigentum, da es ein Monopol wirtschaftlicher und politischer Macht darstellt und damit zur Ausbeutung der ArbeiterInnen beiträgt. Mit der Übergabe von Produktionsmitteln an die Arbeitskollektive werden diese zu gesellschaftlichem Eigentum. Somit übernehmen die Kollektive die Verwaltung und gleichzeitig die Entscheidungsbefugnis über die gesellschaftlichen Produktionsmittel, indem sie die Unternehmenspolitik bestimmen, in bezug auf Vermögensrechte und den Abschluss von Verträgen selbstständig entscheiden und über den im Unternehmen geschaffenen Mehrwert bzw. seine Verteilung verfügen. Die Verwaltung der gesellschaftlichen Mittel kann dem Kollektiv nicht entzogen werden (vgl. Djekovic 1991, 146).

Das jugoslawische Selbstverwaltungsmodell, ein einmaliges gesellschaftliches Experiment, erschien über Jahre hinweg der demokratischen Linken als eine Art Dritter Weg zwischen Kapitalismus und Realsozialismus, als Versuch einer radikalen Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft, als hoffnungsvoller Aufbruch in eine bessere Zeit und als Antwort auf die wachsenden Probleme der Moderne. Man glaubte, dass dieses Modell eine weitgehende Selbstbestimmung der arbeitenden Menschen ermöglichen würde, weil es keine

Ausbeutung von abhängig Beschäftigten durch KapitalistInnen oder durch den Staat mehr gäbe, da die Werktätigen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen zugleich wären.

1.2.3 Die jugoslawische Selbstverwaltung in der Praxis

Die relativ frühe Einführung der Selbstverwaltung verschaffte der Partei eine neue, antistalinistische Identität, hatte aber auch ökonomischen Gründe. Zu diesem Zeitpunkt war nämlich absehbar, dass die zentrale Verwaltungswirtschaft in ihrer reinen Form zu mangelhafter Motivation und Flexibilität in den Betrieben führen würde. Jetzt sollten die ProduzentInnen selber die Pläne für den jeweiligen Betrieb aufstellen, womit die Betriebe automatisch eine gewisse Autonomie erhielten und gleichzeitig marktwirtschaftliche Elemente wirksam würden. Das neue ökonomische System führte zu einer neuen Form der Marktwirtschaft, zur *“sozialistischen Marktwirtschaft”*.

Erste Schritte in Richtung der Arbeiterselbstverwaltung wurden bereits 1949 gemacht, als in 215 ausgewählten Betrieben ArbeiterInnenräte eingeführt wurden. Mit dem Grundgesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen vom Juni 1950 wurde die *“Arbeiterselbstverwaltung”* institutionalisiert (vgl. Furtak 1975, 259). In weit über 6.000 Betrieben wurden von der Belegschaft die ArbeiterInnenräte gewählt, die jeweils zwischen 15 und 120 Mitglieder hatten (vgl. Thörner 1999, 85). Obwohl die Räte gesetzlich über das Recht verfügten, über alle wichtigen Fragen der Unternehmensführung zu entscheiden, war ihre Stellung gegenüber dem staatlich beaufsichtigten Direktor sehr begrenzt. So behielt die Partei uneingeschränkt die totale Kontrolle über die Wirtschaft, insbesondere über die Verwendung des Mehrwerts, weil sie zu diesem Zeitpunkt einen *“Zustand der Anarchie”* befürchtete. Die ArbeiterInnenselbstverwaltung war somit am Anfang mehr symbolischer Art, aber sie leitete doch einen Prozess ein, in dessen Verlauf sich der Staat schrittweise aus dem Wirtschaftsleben zurückzog.

Schon 1952 erhielten die Betriebe das Recht, zwischen 3 % und 17 % (je nach Wirtschaftszweig) des erwirtschafteten Gewinns zu behalten, um daraus die Lohneinkommen sowie soziale und kulturelle Ausgaben für die Gemeinde zu bestreiten (vgl. Bonac 1976, 35). Im Jahr 1953 wurden die betrieblichen Produktionsgüter⁹ den Betrieben übereignet, die zum Ausgleich für deren Verwendung Zinsen an den Zentralstaat abführen mussten (ebenda).

⁹ Die Produktionsmittel waren in der Phase zentraler Verwaltungswirtschaft gesamtgesellschaftliches Eigentum, was dazu führte, dass sie in den Betrieben als *“freie Ressourcen”* betrachtet wurden. Das verleitete zu einem *“großzügigen und wenig rücksichtsvollen Umgang”* mit ihnen (Lohoff 1996, 70).

Die starre administrative Steuerung von Angebot und Nachfrage wich seitdem einer begrenzten Zulassung der "Gesetze des Marktes". Die bisherigen detaillierten Wirtschaftspläne wurden durch Rahmenrichtlinien des neuen "Gesellschaftsplans" ersetzt, die den einzelnen Betrieben einen größeren Spielraum einräumten (vgl. Sundhausen 1982, 163). Weitere Schritte zu einem "Selbstverwaltungssozialismus" mittels allmählicher Dezentralisierung und De-Etatisierung waren die Aufgabe des staatlichen Außenhandelsmonopols, die Stärkung der Autonomie der lokalen Gebietskörperschaften, von Unternehmen und Banken sowie die Übergabe zahlreicher Funktionen von Staat und Partei an gesellschaftlich-politische Organisationen. Gleichzeitig behielt die Staatsregierung jedoch Einflussmöglichkeiten, u.a. auf die langfristige Planung, die Vergabe von Investitionen, den Außenhandel und die Preisbildung (vgl. Analyse und Kritik (ak) 1992, Nr. 340, 16).

Auf der politischen Ebene wurden 1951 verschiedene Kompetenzen vom Bund auf die Republiken und von den Republiken auf die kommunalen Verwaltungsorgane übertragen. Die Befugnisse der "Volksausschüsse" auf der untersten Ebene erfuhren eine Stärkung, und ihre Mitglieder verwandelten sich von bloßen BefehlsempfängerInnen innerhalb eines hierarchischen Systems in EntscheidungsträgerInnen. Der Einfluss der ArbeiterInnen auf kommunaler Ebene sollte durch die Einführung von ProduzentInnenenräten als zweiter Kammer neben den bisherigen Kreis- und Stadträten auf kommunaler Ebene verstärkt werden. Auch im Belgrader Bundesparlament (skupstina)¹⁰ wurde als neue zweite Kammer ein ProduzentInnenrat eingerichtet, dessen VertreterInnen bei der Behandlung aller Wirtschafts- und Sozialfragen mit den Abgeordneten der politischen Kammer gleichberechtigt waren. Zudem gab es einen Nationalitätenrat als Untergliederung des Bundesrates, der sich aus Delegierten aller Republiken und autonomen Gebieten zusammensetzte. Dieser hatte vor allem gutachterliche Aufgaben und ein aufschiebendes Vetorecht bei Verfassungsänderungen, der Behandlung des Bundesgesellschaftsplans und insbesondere bei Maßnahmen, welche die Gleichberechtigung der Republiken und deren Verhältnis zum Bund berührten (vgl. Sundhausen 1982, 164).

1.2.4 Schwierigkeiten und Widersprüche bei der Umsetzung des Selbstverwaltungssozialismus

Die Selbstverwaltung selbst bildete aber einen Konfliktherd, der sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen einem partikularen, auf den Vorteil des Betriebskollektivs

¹⁰ Etwa vergleichbar dem Bundestag in Deutschland.

abgezielten Interesse einerseits, und der Notwendigkeit der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung andererseits, speist. Die eingeführten Selbstverwaltungselemente führten in den Betrieben nicht, wie erwartet, zur Förderung von Mitbestimmung, sondern waren vielmehr “Vehikel und Schauplatz harscher Verteilungskämpfe” (Lohoff 1996, 76). Diese ließen sich innerhalb der einzelnen Betriebe, zwischen den Betrieben sowie zwischen den einzelnen Regionen bzw. Teilrepubliken beobachten. Die Hauptursache für diese Entwicklung liegt darin, dass mit der Einführung der Selbstverwaltung der Waren- und Geldcharakter der gesellschaftlichen Produktion nicht beseitigt werden konnte und dass die einzelnen Wirtschaftssubjekte auf den verschiedenen Ebenen um ihren Anteil an Mehrwert konkurrierten.

In der Praxis zeigten sich vier problematische Bereiche bei der Umsetzung der Selbstverwaltung in der Praxis: a) Entscheidung über den Mehrwert auf der Betriebs- ebene; b) Widerspruch zwischen Verwendung des Mehrwerts innerhalb des Betriebes (Verbrauch oder Akkumulation); c) Differenzierung der Lohnstruktur zwischen den Betrieben aus verschiedenen Branchen und d) Verbleib des Mehrwerts in den Regionen, in denen dieser produziert wurde. Im folgenden sollen die vier Problembereiche kurz erläutert werden.

1.2.4.1 *Entscheidung über den Mehrwert auf der Betriebsebene*

Die führenden jugoslawischen TheoretikerInnen¹¹ erklärten den Lohn zum Bestandteil des einzelbetrieblichen *Profits* im Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsweise, bei der der Lohn Bestandteil der *Produktionskosten* ist. Das entsprach der Marxschen Mehrwerttheorie, wonach der Mehrwert ausschließlich aus dem Faktor Arbeit stammt (“variables Kapital”). Demnach übertragen die anderen beiden Produktionsfaktoren – Maschinen und Rohstoffe – lediglich ihren Wert in das neue Produkt und wurden deshalb von Marx “fixes Kapital” genannt. Im sozialistischen Selbstverwaltungssystem sollten diejenigen, die an der Schaffung des Mehrwerts beteiligt sind – nämlich die unmittelbaren ProduzentInnen –, darüber auch frei verfügen.

Die jugoslawischen Kommunisten beseitigten – die “Diktatur des Proletariats” ausübend – im wesentlichen das Privateigentum an den Produktionsmitteln¹², verwandelten aber die Macht “im Namen der Werktätigen” nicht in eine “Macht der Werktätigen”. Der weitere Ausbau des

¹¹ Vor allem Edvard Kardelj, Boris Kidric und Vladimir Bakaric.

Selbstverwaltungssysteme und die Verlagerung von immer mehr offiziellen Kompetenzen an die Basis haben daran nichts geändert. Die Geschäftsleitung, die seit den 60er Jahren formal nur weisungsgebundenes Exekutivorgan des Arbeiterrates war, dominierte jederzeit, dank ihres Wissensvorsprungs und ihrer markttechnischen Kompetenz, dessen Beschlussfassung¹³. Obwohl die theoretischen Grundlagen für eine private Aneignung des Mehrwerts beseitigt wurden, war in der Praxis zu beobachten, dass mit der "Herausbildung einer Schicht professioneller Verwalter der formal in den Besitz des werktätigen Volkes übergegangenen Produktionsmittel, die über deren Einsatz und über die Verwendung des Mehrwertes entschieden, [diese] dadurch eine privilegierte Position in der Gesellschaft erlangten und sich von den Arbeitern zunehmend verselbstständigten (Furtak 1975, 21).

1.2.4.2 Widerspruch zwischen der Verwendung des Mehrwerts innerhalb des Betriebes für den Verbrauch oder die Akkumulation

Eine stärkere Beteiligung der Arbeitsratsmitglieder ließ sich nur dann feststellen, wenn über die Einkommensverteilung entschieden werden sollte. Dabei zeigte sich noch ein weiterer Widerspruch: der zwischen der Wahrung des Interesses der ArbeiterInnen einerseits und der Wahrnehmung der Kapitalfunktionen andererseits. Die in der Verfassung verankerte Pflicht der ArbeiterInnen bestand darin, für die Prosperität ihres Betriebes zu sorgen und dadurch auch für die Prosperität der gesamten Gesellschaft ihren Beitrag zu leisten. Die Selbstverwaltungskörperschaften waren geneigt, "ihre Kapitalfunktion zu ‚vergessen‘ und den ihnen überantworteten Anteil an Mehrwert ‚aufzuessen‘, sprich die betrieblichen Investitionsfonds dem individuellen Einkommen der Beschäftigten zuzuführen" (Lohoff 1996, 73). Bei dem Konflikt, entweder die Löhne zu erhöhen und sich dadurch einen höheren Lebensstandard zu ermöglichen oder den Mehrwert für das Wohl des Betriebes und in seine Zukunft zu investieren, entschieden sich die unmittelbaren Produzenten meistens für die erste Variante. Angesichts dieser Praxis mussten die staatlichen Stellen weiterhin einspringen und die Akkumulation verordnen. Somit verwalteten sie wie bisher einen beträchtlichen Teil des Mehrwerts.

1.2.4.3 Differenzierung der Lohnstruktur zwischen den Betrieben aus verschiedenen Branchen

¹² Vorläufig auch in der Landwirtschaft. Die Kollektivierung führte jedoch zu großer Unruhe und zum Widerstand in der bäuerlichen Bevölkerung, was die Regierung zwang, ihre Politik zu ändern (1951-1953) (vgl. Herbert 1982, 45).

¹³ Dieses Phänomen war in den 60er und 70er Jahren Gegenstand mehrerer empirischer Untersuchungen. So kam eine teilnehmende Beobachtung an den Sitzungen der zentralen Arbeiterräte in 20 Arbeitsorganisationen aus vier Republiken in den Jahren 1966-69 zu folgendem Ergebnis: "Das Management bestritt drei Viertel der Diskussion und nahm rd. 85 % der für die Diskussion verwendeten Zeit in Anspruch, lieferte 90 % aller Antworten und unterbreitete drei Viertel aller Vorschläge." (Furtak, 1975, 195).

Die Umwandlung von Lohn zu "Mehrwert" ließ sich trotz vieler Versuche nicht per Dekret einführen und blieb in der Praxis eine Illusion. So war das individuelle Einkommen der ArbeiterInnen an den einzelbetrieblichen Gewinn gekoppelt, was zunächst zur Freisetzung überflüssiger Arbeitskräfte führte. Die Betriebe stellten aber die neuen ArbeiterInnen nur dann ein, wenn Bedarf vorhanden war. Die Anzahl der MitarbeiterInnen und ihr Umgang mit der Arbeitszeit schlug sich unmittelbar in der betrieblichen Kostenrechnung und dem individuellen Einkommen nieder. Außerdem führte die Mischung von Lohnform und Gewinn seit den 50er Jahren zu einer für den jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus charakteristischen Ausdifferenzierung der Lohnstruktur. Während das egalitäre Prinzip innerhalb der einzelnen Betriebe

beibehalten werden konnte¹⁴, wurden zwischen den Branchen und auch innerhalb der einzelnen Fertigungszeige die Lohnunterschiede immer größer. Das persönliche Einkommen hing viel mehr vom Erfolg des eigenen Unternehmens auf dem sozialistischen Markt ab als von der persönlichen Qualifikation und der eigenen Stellung innerhalb der Betriebshierarchie. So konnten weniger qualifizierte Beschäftigte aus florierenden Unternehmen, aus Betrieben mit marktbeherrschender Position oder aus Unternehmen, deren Produktion keiner Preisregulierung unterlag, ein höheres Einkommen erzielen als höhere und hochqualifizierte Angestellte in Betrieben mit schlechter Marktlage¹⁵ (vgl. Höpken/Sundhausen 1987, 871).

1.2.4.4 Verbleib des Mehrwerts in den Regionen, in denen dieser produziert wurde

Die Selbstverwaltung wurde nicht nur auf der Ebene der Produzentengemeinschaften, sondern auch in die Gebietskörperschaften eingeführt. Seit 1954 partizipierten die Kommunen und Republiken an den Gewinnen, die auf ihrem Territorium ansässige Betriebe erwirtschafteten. Gleichzeitig mit der Einführung der Selbstverwaltung verbreitete sich die Ansicht, dass der Mehrwert in der Region verbleiben sollte, in der er auch produziert worden war. Dieser Trend hatte zur Folge, dass der "reiche" Norden Jugoslawiens einseitig profitierte, während der Süden Entwicklungseinbußen hinnehmen musste.

Dies hatte langfristig sehr negative Wirkungen auf die sozioökonomische und damit auch die politische Einheit des Landes und wurden zu einem entscheidenden Faktor der inneren Instabilität Jugoslawiens. Dabei war die Umverteilung des Einkommens eine Folge der Arbeitsteilung zwischen den Republiken, die wie folgt entstand:

Bereits seit Wegfall der sowjetischen Hilfen und den Dürrejahre 1950 und 1952, war Jugoslawien gezwungen, Nahrungsmittel zu importieren. Die Devisenbeschaffung auf dem Weltmarkt schien am Anfang nur über den verstärkten Export von Rohstoffen und Agrarprodukten möglich. Um Infrastrukturkosten zu sparen, wurde die industrielle Erschließung z.B. des Kosovo oder Montenegros stark eingeschränkt und auf solche Produkte reduziert, die für Energie und Rohstoffgewinnung unerlässlich waren. Um möglichst schnell kapitalträchtigere Fertigwaren, wie z.B. Möbel oder Textilien, exportieren zu können, wurden Ausbau und Modernisierung der weiterverarbeitenden, exportorientierten

¹⁴ Die Differenzierung in der Entlohnung, die auf das Qualifikationsniveau zurückzuführen war, blieb gering. Das Verhältnis vom Einkommensunterschied zwischen einer/einem unqualifizierten ArbeiterIn und einer/einem Angestellte(n) mit Universitätsbildung betrug im Durchschnitt 1:2,6 (vgl. Höpken/Sundhausen 1987, 871).

¹⁵ So waren vor allem die Beschäftigten der Textilindustrie, der Landwirtschaft und der Tabakverarbeitung chronisch schlecht bezahlt.

Industrieunternehmen in Slowenien und Kroatien vorangetrieben. So verfestigte sich allmählich die "Arbeitsteilung", die dem Südosten die Energie- und Rohstoffproduktion sowie arbeitsintensive Produktionen zuwies, während der Nordwesten für die weiterverarbeitende Industrie zuständig war (vgl. Thörner 1999, 90f.).

Die wenig gewinnträchtigen Rohstoff- und Halbproduktproduzenten waren größtenteils in Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina angesiedelt und wurden vom Staat subventioniert. So konnte beispielsweise Slowenien seinen industriellen Vorrang nicht zuletzt deswegen ausbauen, weil es preisgünstiges Erz aus Montenegro und billige Kohle aus Bosnien-Herzegowina bekam (vgl. Oschließ 1992, 30). Durch die Fortentwicklung der betrieblichen Selbstverwaltung wurden die überwiegend in den entwickelten Regionen ansässigen, gewinnträchtigeren Betriebe bevorzugt, was eine krasse regionale Einkommenspolarisierung zur Folge hatte. Dasselbe gilt auch für die Verteilung von Investitionen und damit für den langfristigen Verlauf des Akkumulationsprozesses. Ernst Lohoff fasst wie folgt zusammen:

"Wo die Einzelbetriebe über ihre Gewinne selber verfügen, schrumpft der Redistributionsspielraum der Zentralgewalt, das Geld bleibt in den ‚reichen‘ Gebieten, die schon vorhandene Schere zwischen den ‚Gewinner- und Verliererregionen‘ öffnet sich weiter. Der Selbstverwaltungsgedanke entwickelte sich daher in Jugoslawien de facto allmählich zu einer Waffe des Nordens im Verteilungsstreit mit dem Süden. ... Der Triumph des Selbstverwaltungsgedankens gegenüber der zentralistischen Sozialismuskonzeption führte also nicht zur notwendigen und von der Tito-Administration projektierten Angleichung der Lebensbedingungen in Gesamtjugoslawien, sondern zu einem Auseinanderdriften der verschiedenen Landesteile, und untergrub schließlich die wirtschaftliche Einheit des Landes." (Lohoff 1996, 77f.).

1.3 Die wirtschaftliche Entwicklung in Jugoslawien bis zum Ende der 60er Jahre

1.3.1 Die Grenzen des ökonomischen Wachstums und die marktwirtschaftlichen Reformen der 60er Jahre

Mit dem Übergang zum Selbstverwaltungssozialismus erlebte Jugoslawien einen ökonomischen Aufschwung¹⁶. In den Jahren nach 1953 bis zum Beginn der 60er Jahre beliefen sich die Wachstumsraten auf 10,0 % bis 17,3 % (vgl. Lohoff 1996, 79). Die Industrialisierung schritt voran und das Land erreichte bei dem Zuwachs des Bruttosozialprodukts den europäischen Spitzenplatz zusammen mit Rumänien. Innerhalb eines Jahrzehnts, zwischen 1952 und 1962, verdreifachte sich der Wert der industriellen Produktion. Seit 1955 erhöhte sich der niedrige Lebensstandard der Bewohner aller Landesteile erheblich. Obwohl die relativen Entwicklungsunterschiede nicht behoben wurden, hoffte die jugoslawische Führung darauf, dass mit der Zeit das ganze Land von der Wirtschaftsdynamik erfasst würde.

Gleichzeitig mit dem enormen wirtschaftlichen Aufschwung zeigten sich die ersten ökonomischen Probleme: Inflation und eine defizitäre Außenhandelsbilanz. Die Ursache der Inflation lag darin, dass die Betriebe die sprunghaft gestiegene Nachfrage nicht befriedigen konnten. Das Außenhandelsdefizit erhöhte sich einerseits aufgrund der Importe moderner Investitionsgüter aus dem Westen, andererseits aufgrund erhöhter Rohstoffimporte. Da die Preise in der Rohstoff- und Energiewirtschaft weiterhin künstlich niedrig gehalten wurden, zeigten nämlich die Einzelbetriebe wenig Neigung, in diese Bereiche zu investieren, so dass diese hinter den expandierenden Sektoren zurückblieben. Außerdem hingen die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften von den Betriebsgewinnen der auf ihrem Territorium ansässigen Betriebe ab, woraus "politisch" gelenkte Investitionen in diejenigen Branchen resultierten, die attraktive Gewinne versprachen (vgl. Höpken/Sundhausen 1987, 894).

Seit Beginn der 60er Jahre hat sich auch die Politik der westlichen Staaten gegenüber Jugoslawien geändert. Auf das jugoslawische Engagement in der Blockfreien-Bewegung und die Wiederannäherung an die UdSSR reagierte die US-Regierung 1961 mit der Einstellung jeglicher Finanz- und Militärhilfe. Jugoslawien musste nun seine Zahlungsdefizite gegenüber den OECD-Staaten durch Kreditaufnahmen auf den kommerziellen internationalen

¹⁶ Hier sollte betont werden, dass Jugoslawien in erheblichem Ausmaß von US-amerikanischer Wirtschaftshilfe profitierte. Von 1946 bis 1962 stellte die USA Kredite in Höhe von 3,4 Mrd. Dollar, darunter je 0,7 Mrd. Militär- und Nahrungsmittelhilfe (Analyse und Kritik (ak) Nr.340, 1992, 16).

Finanzmärkten decken, was zu einer Vervierfachung der Auslandsverschuldung von 0,35 (1960) auf 1,42 Mrd. US-Dollar (1966) führte (vgl. Thörner 1999, 91 oder Conert 1982, 108). Bis Ende der 50er Jahre existierte in Jugoslawien eine Art duales System im Sinne der Gleichzeitigkeit bzw. des Nebeneinanders von Plan und Markt. Um die Wende von den 50er zu den 60er Jahren gewannen jene gesellschaftlichen und politischen Kräfte an Einfluss, die für eine Lösung der im dualen Wirtschaftssystem auftretenden sozioökonomischen Probleme, für die Ausweitung einzelwirtschaftlicher Autonomie und marktförmiger Entscheidungs- und Regulierungsprozesse eintraten. Die Reformen wurden seit Anfang der 60er Jahre sukzessiv eingeführt, 1965 dann jedoch in umfassender Weise realisiert (vgl. Conert 1982, 92). Diese waren vor allem von den slowenischen und kroatischen Regierungsmitgliedern gefordert worden. Es war kein Zufall, dass bereits damals die Auseinandersetzungen ein nationales Vorzeichen erhielten. Die Befürworter der marktwirtschaftlichen Reformen befanden sich in den nördlichen, "reichen" Republiken und ihren Parteiorganisationen. Die "Zentralisten" hingegen vertraten nicht nur das Interesse des Staatsapparates, der um seine Privilegien fürchtete, sondern auch die Interessen der südöstlichen rückständigen Regionen. Bei einer Abgabe der staatlichen Lenkungsinstrumentarien befürchteten diese erhebliche wirtschaftliche Rückschläge.

Ziel der Reformen war eine noch stärkere Integration in die "internationale Arbeitsteilung" mittels drastischer Exportsteigerungen und dem Import moderner Technologie. Um dies zu erreichen, wurden Planungskompetenzen von der Zentralregierung auf die Republikebene übertragen, der größere Verfügungsrechte über die Investitionsmittel eingeräumt wurden. Abgesehen von den auch weiterhin zentral bestimmten Investitionen im Bereich der Infrastruktur, der innerstaatlichen Entwicklungshilfe und der Energiewirtschaft wurden nunmehr alle Entscheidungen über Maßnahmen zum Wirtschaftswachstum auf die autonomen selbstverwalteten Arbeitsorganisationen übertragen (vgl. Thörner 1999, 91). Gleichzeitig begann die Regierung, das Subventionsnetz und die Zollschränken, die den heimischen Markt abschirmten, abzubauen. Um die heimischen Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger zu machen, wurde auch die jugoslawische Währung, der Dinar, abgewertet. Weiterhin wurde die De-Etatisierung der Investitionstätigkeit durchgeführt. Der Bundesstaat übertrug seine sowie die Investitionsfonds der Kommunen und Republiken den Banken. Die Geldinstitute hatten 1963 lediglich 8,3 % der Investitionsmittel bereitgestellt, die öffentliche Hand hingegen 51,6 % (vgl. Höpken/Sundhausen 1987, 903). Bereits 1966 erhöhte sich der Anteil der Geldinstitute auf 34,9 %, während Bund und andere Gebietskörperschaften lediglich 11,0

% aller Investitionsmittel bereitstellten. Der Trend setzte sich fort, und im Jahr 1970 erreichten die Banken einen Anteil von 44,1 % (ebenda).

Die Reform aber brachte nicht die erwarteten Ergebnisse. Die mit Abbau der Zollschranken erhoffte Exportoffensive blieb aus, stattdessen überschwemmten die überlegenen ausländischen Waren den jugoslawischen Markt. Der Warenabsatz sank, die Wachstumsraten fielen in den Keller. Die Wachstumseinbußen im Zusammenhang mit der schnellen Deagrarisierung¹⁷ sowie die Umstellung auf eine weniger beschäftigungsintensive Wirtschaftsweise haben seit Mitte der 60er Jahre die Zahl der Beschäftigungssuchenden drastisch anwachsen lassen. Die Arbeitslosigkeit überschritt 1966 die Schwelle von 500.000. Der Zuwachs des Handelsbilanzdefizits beschleunigte sich weiter. Da die jugoslawische Industrie die aus der Landwirtschaft freigesetzte Arbeitskraft nicht mehr absorbieren konnte, übernahmen die Arbeitsmärkte westlicher Länder diese Funktion. Seit Mitte der 60er Jahre strömten massenhaft jugoslawische ArbeitsmigrantInnen nach Westeuropa, insbesondere nach Westdeutschland. Die Überweisungen der jugoslawischen GastarbeiterInnen entwickelten sich unterdessen zur wichtigsten Devisenquelle und trugen entscheidend zum Ausgleich der hochdefizitären Zahlungsbilanz des Landes bei. Waren noch 1960 lediglich 15.000 JugoslawInnen im Ausland beschäftigt, erhöhte sich diese Zahl bis 1965 auf 300.000 und wuchs dann bis 1973 kontinuierlich auf schließlich 860.000 an (vgl. Lohoff, 1996, 87).

Die schwungvolle Expansion der industriellen Produktion und die Aufnahme der auf dem Land freigesetzten Bevölkerung war mit dem Übergang zur "sozialistischen Marktwirtschaft" abgeschlossen. Die Wachstumsrate der industriellen Produktion erreichte in den Jahren 1963 und 1964 mit 15,4 % bzw. 15,8 % ihr höchstes Niveau, seitdem begann sie aber allmählich zu sinken. Innerhalb von zwei Jahren halbierte sie sich auf 8,0 %. Der negative Trend setzte sich fort, und 1967 verzeichnete die jugoslawische Wirtschaft zum ersten Mal seit 1952 eine negative Wachstumsrate (minus 0,3 %) (ebenda).

1.3.2 Die ersten Zeichen der ökonomischen Krise

Mit der Reform von 1965 verschärfte sich ein Konflikt, der letztendlich für das Scheitern des jugoslawischen Modells entscheidend war: die unterschiedliche Interessenlage zwischen den "reichen" und "armen" Regionen und das mangelnde Verständnis der einen für die anderen,

¹⁷ Aufgrund der staatlichen Vernachlässigung des agrarischen Sektors kam es zu einer breiten Landflucht. Hatten 1931 nur 8,8 % der Bevölkerung in Ortschaften mit mehr als 20.000 EinwohnerInnen gelebt, so waren es 1971 bereits 26 %. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, der 1945 noch über

was immer wieder scharfe Verteilungskonflikte auslöste. Die Tatsache, dass dies unter dem kapitalistischen Gesellschaftssystem der Zwischenkriegsjahre nicht viel anders war, bestätigte, dass es sich bei dem jugoslawischen Selbstverwaltungsmodell viel mehr um eine nachholende Modernisierung bzw. Industrialisierung als um den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft der freien ProduzentInnen handelte.

Den meisten internen Auseinandersetzungen im BdKJ¹⁸ nach 1945 lagen ökonomische Interessengegensätze zugrunde. Das wurde insbesondere seit Beginn der 60er Jahre deutlich. Die Wirtschaftsreform von 1965 bedeutete praktisch einen Teilsieg der entwickelten Republiken Slowenien und Kroatien über die restlichen vier. Die “sozialistische Marktwirtschaft” – das wird später zunehmend deutlich sein – beruhte auf den gleichen Mechanismen und der gleichen inneren Logik wie die Marktwirtschaft westlicher Prägung, nämlich der Verfolgung eigener Interessen, wenn es nicht anderes geht, auch auf Kosten anderer. Die Funktionslogik beider Systeme ist identisch: Je mehr sie sich nach ihren inneren Prinzipien entwickeln – d.h. wenn sich die Kräfte des Systems der “Kontrolle” entziehen –, desto stärker wächst die Kluft zwischen seinen “armen” und “reichen” Elementen, ganz gleich, ob es sich dabei um Einzelpersonen, Unternehmen, Regionen, Staaten oder Kontinente handelt.

Dieser Tendenz konnte auch die Schaffung eines Bundesentwicklungsfonds nicht entgegenwirken. Demnach sollten 1,85 % (später 1,97 %) des im gesellschaftlichen Sektor erwirtschafteten Sozialprodukts von den reicheren Republiken für die Entwicklungshilfe innerhalb Jugoslawiens zur Verfügung gestellt werden (vgl. Sundhausen 1982, 188).

Zur Entwicklung in Jugoslawien seit der Wirtschaftsreform der 60er Jahre schrieb Holm Sundhausen 1982 folgendes:

“Das Ringen der acht politisch annähernd gleichstarken, hinsichtlich ihres Entwicklungsniveaus aber sehr unterschiedlichen Regionen um die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems und die Funktionsaufteilung zwischen Bund und Ländern trat Mitte der 60er Jahre in ein neues Stadium. Die verschärfte Arbeitsmarktsituation nach Einführung der “sozialistischen Marktwirtschaft” und die weltweiten Anpassungsschwierigkeiten nach den Ölpreiserhöhungen in den 70er Jahren lösten eine neue Welle von Verteilungskämpfen, von Egoismus, Ungerechtigkeiten und Intoleranz aus, in deren Verlauf die nationale Frage wieder ihre explosive Bedeutung erhielt (Sundhausen 1982, 188).

70 % gelegen hatte, sank Anfang der 60er Jahre unter 50 % und belief sich 1971 auf 38 %. Dabei verzeichnete Slowenien mit 20,4 % den geringsten und Kosovo mit 51,5 % den höchsten Anteil (vgl. Sundhausen 1982, 184).

¹⁸ Seit 1952 heißt die KPJ BdKJ - Bund der Kommunisten Jugoslawiens (Savez Komunističke Jugoslavije).

Die Entwicklungs- und Industrialisierungsstrategie orientierte sich bis Mitte der 60er Jahre am westlichen Industrialisierungsmodell. Das bedeutete hohe expansive Wachstumsraten, den Primat der Schwerindustrie und weiterer Produktivitätssteigerung, Massenkongüterproduktion und technologische Innovation (überwiegend über Westimporte). Diese Strategie baute auf dem modernisierungstheoretischen Paradigma auf, wonach Entwicklung in quantitativem Wachstum, das als Primärziel Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens habe, und in der Transformation einer "traditionellen" in eine "moderne" Gesellschaft bestehe. Jugoslawien erlebte einen ökonomischen Nachkriegsboom und konnte extrem hohe Zuwachsraten verzeichnen. Als die expansiven Zuwächse und Umstrukturierungen Mitte der 60er Jahre an ihre Grenzen stießen, begann die Krise des zweiten Jugoslawiens. Die Entwicklungsunterschiede im Lande wurden deutlich erkennbar, wodurch sich auch das Potential gefährlicher nationaler Spannungen erhöhte. Außerdem wurde Jugoslawien seit 1948 und vor allem seit den Wirtschaftsreformen schrittweise in die internationale Arbeitsteilung integriert. Westliche Banken, transnationale Konzerne sowie Ex- und Importeure orientierten sich ausschließlich an ihren Produktivitäts- und Rentabilitätskriterien. Mit der Öffnung zum Weltmarkt öffnete sich Jugoslawien auch den Auswirkungen der Krisenphänomene in den industriellen Ländern, die noch dadurch verstärkt wurden, dass die entwickelten Länder die nachteiligen Folgen auf weniger entwickelte Länder in vielerlei Hinsicht abwälzten: Zinserhöhungen, Protektionismus, restriktive Bedingungen des Technologie-Transfers, Verfall der Rohstoffpreise, Abschottung des Arbeitsmarkts etc. (vgl. Herbert 1988, 142).

1.4 Die erste politische Krise: Der Egoismus der Republiken und der "kroatische Frühling"

1.4.1 Der wachsende Nationalismus in Kroatien und seine ökonomischen Ursachen

Aufgrund der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Einbußen im Lebensstandard der Bevölkerung kam es in Jugoslawien 1968 zu einer breiten sozialen Protestbewegung. Diese wurden seitens der Republikführungen in nationalistischer Hinsicht instrumentalisiert. Hauptsächlich die slowenische und die kroatische Administration forderten mehr Unabhängigkeit und die Einschränkung der Macht Belgrads. Tito und die Parteiführung mussten sich wieder mit dem Phänomen Nationalismus auseinandersetzen, obwohl sie geglaubt hatten, diesen mit der Schaffung des sozialistischen und föderalistischen Staates besiegt zu haben. Folgendermaßen analysierte Tito den neuen Nationalismus:

“Wie der Nationalismus unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft nur eine Ausdrucksform der bürgerlichen Klasseninteressen ist, so ist unter den Bedingungen unserer Gesellschaft der Nationalismus hauptsächlich eine Erscheinung des Bürokratismus ... Doch wenn er erst einmal auftritt, selbst unter diesen neuen Vorzeichen, tendiert er dazu, sich mit dem ‚klassischen‘ bürgerlichen Nationalismus zu verbinden und sich seiner Ideen zu bedienen” (zitiert nach: Thörner 1999, 92f.).

Tito erkannte klar den Klassencharakter des Nationalismus. Er sah aber nicht eindeutig dessen Ursprung im Anwachsen der sozialen Ungleichheit, die sich seit der Einführung der “sozialistischen Marktwirtschaft” immer stärker manifestierte.

Die erste Offenbarung des kroatischen Nationalismus war der sog. “kroatische Frühling” (hrvatsko proljeće) mit seinem Beginn im Jahr 1967. Anfangs bezog sich der kroatische Nationalismus vor allem auf eine angebliche Überfremdung der kroatischen Sprache durch das Serbische¹⁹. Im Verlauf der Protestbewegung wurde die Kulturkritik dann zunehmend durch politische und ökonomische Inhalte überlagert. Die innerjugoslawische Umverteilung wurde als “ökonomische Versklavung und Mehrwertdiebstahl” angeklagt und die Bundesrepublik Jugoslawien als “Ausbeuter” beschimpft (vgl. Ströhm 1976, 197f.). Als Argument wurde vorgebracht, dass das in Kroatien pro Kopf erwirtschaftete Volkseinkommen den jugoslawischen Durchschnitt um 25 % übertraf, das persönliche Einkommensniveau aber lediglich um 6 % höher lag (vgl. Lohoff 1996, 93). Dabei wurde übersehen, dass die transferierten Gewinne vornehmlich auf dem jugoslawischen Binnenmarkt erwirtschaftet wurden und ohne den Bestand Jugoslawiens überhaupt nicht zustande gekommen wären.

Insbesondere sah sich die kroatische Parteiführung durch das Devisenproblem benachteiligt: 1970 wurden in Kroatien – vor allem dank des schnell expandierendem Tourismus – 29,1 % aller Devisen erwirtschaftet, Kroatien durfte aber nur zwischen 7 und 10 % einbehalten (vgl. Furtak 1975, 161f.). Der Rest musste an die Nationalbank in Belgrad abgeliefert werden, was der politischen Dominanz Serbiens im Bankensystem angelastet wurde²⁰. Ab Januar 1970 beklagte sich das Zentralkomitee Kroatiens offen darüber, “dass Kroatien zum Vorteil anderer Republiken wirtschaftlich ausgeplündert, Kapital in Serbien konzentriert, unrentable Projekte in unterentwickelten Republiken mit kroatischem Kapital und deshalb auf Kosten des entwicklungsfähigeren Kroatien finanziert würden” (ebenda, 178).

¹⁹ Im März 1967 unterzeichneten 130 Intellektuelle und einige kulturelle Organisationen eine “Deklaration über Namen und Rolle der kroatischen Sprache, in der sie das “Abkommen” von Novi Sad aus dem Jahre 1954 über gemeinsame “serbo-kroatische” oder “kroatisch-serbische” Sprache aufkündigten und nur noch eine “kroatische Sprache” als die ihre anerkennen wollten (vgl. Meier 1999, 199).

Die Reaktion Titos bestand zunächst darin, Partei- und Staatsaufbau weiter zu föderalisieren. Im März 1969 beschloss der BdKJ, die Parteileitung einem Präsidium zu übertragen, das nach einem genau festgelegten Proporz der Republiken besetzt wurde. Damit war praktisch eine Föderalisierung des Bundes der Kommunisten vollzogen. Ähnliches vollzog sich auch auf staatlicher Ebene. An Stelle des bisherigen Staatspräsidenten wurde ein kollektives Führungsgremium eingeführt, in das jede Republik und autonome Provinz²¹ einen Vertreter entsandte. Der Vorsitz im Staatspräsidium sollte nach Titos Abgang regelmäßig in genau festgelegter Reihenfolge wechseln. Somit konnten die wichtigsten Entscheidungen in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien nur nach Abstimmung zwischen den Republik- und Provinzvertretern getroffen werden. Weiterhin erfuhren die Zuständigkeiten des Bundes eine drastische Einschränkung zugunsten der einzelnen föderalen Elemente. Seit Ende der 60er Jahre erhielten die Länder 50 % der bisherigen Bundessteuereinnahmen, und ab 1971 wurde die Kontrolle über die Banken den Arbeitsorganisationen übertragen, die ihre Mittel dort angelegt hatten.

1.4.2 Zuspitzung der Konflikte und Ende des "kroatischen Frühlings"

All diese Maßnahmen genügten jedoch nicht, und der Konflikt spitzte sich soweit zu, dass seit 1970, und verstärkt seit 1971, zahlreiche kroatische Firmen ihren Verpflichtungen aus den meist ungünstigen Kreditverträgen mit den Belgrader Banken nicht mehr nachkamen. Am 5. November 1971 forderte das kroatische ZK ultimativ, dass künftig jede Teilrepublik über die erwirtschafteten Devisen selbst verfügen solle. Die kroatische Bewegung entwickelte sich zu einer Massenbewegung (genannt "Maspok", als Abkürzung für "masovni pokret" = Massenbewegung), erreichte über die Parteilisten hinaus weitere Schichten und stellte die bis dahin schwerste Krise Jugoslawiens seit Ende des Zweiten Weltkrieges dar. Die Lage verschärfte sich im November 1971 weiter als 30.000 StudentInnen in einen unbefristeten Streik traten, mit dem sie die kroatische Parteispitze unterstützen wollten. Zudem wurden auf den Demonstrationen Forderungen nach der Errichtung eines kroatischen Nationalstaates und der Aufstellung einer kroatischen Armee erhoben, wobei die "unterentwickelten" Republiken als Last und Grund für das angebliche wirtschaftliche Zurückbleiben Kroatiens diskreditiert

²⁰ Die meistens in Belgrad angesiedelten Großbanken und Außenhandelsgesellschaften waren aus serbischer Sicht der einzige Ausgleich für die Unterlegenheit der serbischen Betriebe im produktiven Bereich und wurden seitens serbischer Führung als wirtschaftspolitisches Instrument benutzt.

²¹ Nach Verfassungsnovellen von 1967/68 wurden die autonomen Gebiete (Autonome Pokrajine) Kosovo und Vojvodina in ihren Autonomierechten praktisch den Republiken gleichgestellt, wenngleich sie in allen Punkten dieselben Rechten erhielten (vgl. Sundhausen 1993, 118).

wurden. Die kroatischen ParteiführerInnen Savka Dabcevic-Kucar und Miko Tripalo verurteilten zwar die nationalistischen Entgleisungen, versuchten aber, sich mit scharfer Kritik am “jahrzehnten langen Unitarismus und Zentralismus” an die Spitze der Bewegung zu setzen (vgl. Sundhausen 1993, 120). Ende 1971 erzwang der damals fast achtzigjährige Tito mit massiven Drohungen den Rücktritt der kroatischen Parteiführung sowie die Beendigung aller Streiks. Der “kroatische Frühling” endete mit zahlreichen Verhaftungen und Verurteilungen. Außerdem wurden in den nächsten zwei Jahren Hunderte von profilierten liberalen Funktionären und einige tausend als allzu liberal erachtete Wirtschaftsführer abgesetzt.

Misstände und Fehlentwicklungen, die auch in national homogenen Staaten üblich sind, wurden seitens der Führung des “kroatischen Frühlings” ausschließlich durch das nationale Prisma betrachtet und gedeutet. Zur Krise äußerte sich Mitte 1971 der kroatische Professor Branko Horvat, einer der bekanntesten jugoslawischen Ökonomen und damaliger Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts in Belgrad:

“Wenn irgendetwas nicht taugte – und vieles taugte nicht –, dann richtete sich Kritik nicht gegen die führende Mannschaft der Bundesregierung oder des Zentralkomitees, an deren Spitze nicht nur Serben, sondern auch Kroaten, Slowenen und andere standen – nein, angeschuldigt wurde immer Belgrad. Und da Belgrad auch die Hauptstadt Serbiens war, waren die Implikationen offensichtlich.” (zitiert nach: Sundhausen 1982, 195).

Durch die Stärkung der kroatischen Nationalisten fühlten sich nicht nur in Kroatien beheimatete SerbInnen bedroht (etwa 14 % der Republikbevölkerung), sondern auch diejenigen, die für das jugoslawische Modell gekämpft hatten. Die Krise löste auch in Serbien nationalistische Reaktionen und Polemiken aus. Während die nationalen Minderheiten in Serbien, vor allem Albaner und Ungarn²², mit den autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina einen den Republiken fast ebenbürtigen Status erhielten, kam es jedoch nicht in Frage, einen ähnlichen Status den in Kroatien lebenden SerbInnen einzuräumen.

1.5 Die Verfassung von 1974 – der Anfang vom Ende Jugoslawiens

Mit der Bekämpfung des “kroatischen Frühlings” war zwar Titos Machtmonopol wieder hergestellt, aber damit konnten nur die Symptome bekämpft werden. Als Zugeständnis an die

²² Anfang der 70er Jahre betrug der Anteil der albanischen Bevölkerung in Serbien 12 % und der Ungarn 5 % (vgl. Sundhausen 1982, 196).

nationalistischen Forderungen erließ die jugoslawische Regierung daraufhin Verfassungsreformen, durch die das politische und wirtschaftliche System weiter regionalisiert wurde. Die Neuregelung der umstrittenen Devisenverteilung erfolgte schon im Januar 1972. Auf der Grundlage eines neuen Gesetzes konnten Exportfirmen 20 % (vorher 7 %-12 %) und Tourismusunternehmen 45 % (vorher 12 %) ihrer Deviseneinnahmen für sich beanspruchen. Der Rest wurde zwischen Bund und Republiken aufgeteilt (Sundhausen 1982, 196). Die Föderalisierung und Regionalisierung des Einheitsstaates nahm weiter zu. Ernst Lohoff bemerkte dazu:

“Die Kluft zwischen Slowenien und Kroatien einerseits und den südlichen Landesteilen andererseits hatte sich so weit geöffnet, dass es unter den Bedingungen der 70er Jahre schlechterdings unmöglich geworden war, eine einheitliche gesamtjugoslawische Entwicklungsstrategie zu formulieren. Während im Süden nur ein rigoros etatistisches Regime den steckengebliebenen Prozess der Basisindustrialisierung einstweilen vor dem Kollaps retten konnte, blockierte im Norden gerade die Übermacht der ad-

ministrativen Elemente den anstehenden Übergang vom einseitig extensivem Wachstum zu einem diversifizierten Wirtschaftsgefüge" (Lohoff 1996, 97).

Die schon lang vorbereitete neue Verfassung trug diesen Umständen Rechnung. Der am 21.2.1974 verabschiedete Verfassungsentwurf erhob die Republiken und autonomen Provinzen zu den eigentlichen Trägern der Souveränität mit weitgehenden Rechten, die sogar – unter bestimmten Bedingungen – die Möglichkeit einer Unabhängigkeitserklärung und Ablösung von der Föderation vorsahen. Der Bundesstaat wurde zu einem gemeinschaftlichen Instrument der Republiken degradiert. Die starke Stellung der Republiken und autonomen Provinzen gründete sich vor allem auf die Verankerung des Konsensprinzips im Parlament. In seinen beiden Häusern – dem proportional zur Bevölkerungszahl bestellten Bundesrat (Savezno Vijece) und dem gleichmäßig aus Vertretern der föderalen Einheiten zusammengesetzten Rat der Republiken und autonomen Provinzen (Vijece Republika i Pokrajina) – waren die Delegierten Vertretungskörper dieser föderalen Einheiten. Sogar im Bundesrat wurden die Fragen, die "das allgemeine Interesse" einer Republik oder autonomen Provinz berührten, dem Konsensprinzip und damit faktischem Vetorecht unterstellt (vgl. Meier 1999, 202). Somit wurde Jugoslawien zu einem völlig unregierbaren Land.

Außerdem fielen alle wesentlichen Kompetenzen zur makroökonomischen Steuerung nun an die Republiken und autonomen Provinzen, die in der Folge zu recht unterschiedlichen Einzelregelungen fanden. Dadurch entstanden acht Wirtschaftsgebiete mit eigenen Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkten. In der jahrelang umstrittenen Investitionspolitik sowie im Bereich des Steuer- und Finanzwesens gab die Bundesregierung ihre bisherige Vorrangstellung auf. In ihrem Entscheidungsbereich verblieben nur noch die Außenpolitik, die Verteidigungspolitik (mit Einschränkungen), die allgemeine Staatssicherheit, die Sorge für eine einheitliche Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Festlegung von allgemeinen Grundsätzen der Gesellschafts- und Rechtsordnung (vgl. Thörner 1999, 94).

Eine zusätzliche Neuheit gegenüber den vorherigen Verfassungen war die Einführung des Delegiertensystems, das an die Stelle des früheren parlamentarischen Wahlsystems trat. In der Praxis funktionierte das System so: Die BürgerInnen wählten einige Personen ihrer unmittelbaren Umgebung z.B. am Arbeitsplatz, in der Kommune sowie in gesellschaftspolitischen Organisationen. Insgesamt wurden auf diese Weise etwa eine Million Delegierte nominiert, die sich zu mehr als 100.000 Delegationen formierten. Aus diesen Delegationen wurden die Abgeordneten für die Parla-

mente der Gebietskörperschaften gewählt. Die neugeschaffene Institution der Delegation wurde sozusagen zwischen die Wähler und Abgeordneten geschoben. Mit diesem weltweit einmaligen Delegiertensystem wurde Jugoslawien nach Titos Worten zum “Staat der Volksausschüsse, zum Staat des Typs der Pariser Kommune und des Leninschen Sowjets” (zitiert nach: Sundhausen 1982, 201).

In der Praxis erwies sich das System als kompliziert und zeitraubend. Breite Schichten der Bevölkerung mussten arbeiten und besaßen weder Zeit noch die für die politische Arbeit notwendigen Kenntnisse. Das System war als demokratische Gestaltung “von unten” konzipiert, wobei die Kommunen die Republik und die Republiken die Föderation gestalten sollten. Die Delegierten in den Gebietskörperschaften sollten an die Weisungen ihrer Basis gebunden sein. In der Wirklichkeit konnte die Basis keine effektive Kontrolle ausüben, da der Informationsfluß kaum gewährleistet war, was das Interesse der Bevölkerung schwächte. Die Parlamente der Republiken gewannen gegenüber den Kommunen an Unabhängigkeit, und im Verlauf der Jahre übte die Republikzentrale immer stärkeren Einfluss auf ihre Basis aus. Es wurde, ähnlich wie in den westlichen Demokratien, eine Schicht “professioneller Politiker” geschaffen, die abgekoppelt von der Basis lediglich am Erhalt ihrer Positionen und Privilegien interessiert war.

Ein weiterer wichtiger Teil der Verfassungsreform betraf die Lohn- und Betriebspolitik. Zum wichtigsten Selbstverwaltungsorgan wurde statt der “Arbeiterorganisation” die “Grundorganisation” (OOUR – Osnovna Organizacija Udruzenog Rada), die zwischen 50 und 500 ArbeiterInnen umfasste. In Großbetrieben gab es somit mehrere Grundorganisationen, die dort in etwa den Abteilungen entsprachen. Auf den Vollversammlungen der Grundorganisationen wurden Ausgaben, Programm- und Personalentscheidungen getroffen und die Löhne festgelegt, wobei die vom jeweiligen Betrieb erwirtschafteten Gewinne als wesentliches Kriterium herangezogen wurden.

Die Grundorganisationen eines Unternehmens wählten den zentralen Arbeitsrat, der seinerseits den Generaldirektor bestimmte. Diese(r) war an die Weisungen des Arbeitsrats gebunden, übte sein Amt vier Jahre aus und konnte wieder eingesetzt werden. Die Mitglieder des Arbeitsrats konnten hingegen für höchstens zwei Jahre in die selbe Funktion gewählt werden, womit auf dieser Ebene die Verfestigung von Machtstrukturen verhindert werden sollte. Da dies nicht gleichermaßen für die Funktion des Generaldirektors galt, konnten die Inhaber dieser Position ihren erheblichen Wissens- und Informationsvorsprung weiter ausbauen und die Entscheidungen mehr oder weniger nach ihrem Willen treffen. Die Absegnung dieser Entscheidungen durch den Arbeitsrat war oft nur formaler Natur. Durch die

Regionalisierung der innerstaatlichen Entscheidungsstrukturen und die zunehmende Verknüpfung der Selbstverwaltung mit marktwirtschaftlichen Zielsetzungen kam es zudem mehr und mehr zu einem unkontrollierbaren Wettbewerb zwischen den Unternehmen und zur Entstehung einer neuen privilegierten Gesellschaftsschicht, den Managern und Technokraten auf der oberen Ebene der betrieblichen Bürokratie. Das führte unter anderem auch zum Anwachsen der Einkommensunterschiede innerhalb der Betriebe. Daraus resultierte zunehmende Unzufriedenheit der ArbeiterInnen, die sich ab den 70er Jahren immer öfter durch Streiks manifestierte²³ (vgl. Herbert 1982, 111ff.).

Der Verfassung von 1974 und ihrem prinzipiellen Verständnis von Föderation lag eine ideologische Prämisse zugrunde: Der Staat – sowohl auf der Republik- als auch auf der Bundesebene – soll und muss absterben und sich in sogenannte Gesellschafts-politische Gemeinschaften (*drustveno-politicke zajednice*) umwandeln, in der die Interessen der Bevölkerung und des arbeitenden Volkes verwirklicht werden. Die in der westeuropäischen Forschung beliebte These, die Föderalisierung Jugoslawiens sei ein Zugeständnis an die Forderungen des “kroatischen Frühlings” trifft nicht ganz zu. Mit den im Juni 1971 verabschiedeten Amendment der Verfassung wurde die Föderation als freiwillige Staatsgemeinschaft aller Völker und ihrer Republiken neu definiert (vgl. Semanov 1998, 12). Die Tendenz zeichnete sich bereits in der zweiten Hälfte der 60er Jahre ab. So war die Föderalisierung die Folge der Liberalisierung – verstanden als Anerkennung der Interessenverschiedenheit, die mit der graduellen Einführung des marktwirtschaftlichen Systems immer sichtbarer wurde. Damit war die Föderalisierung nicht die unmittelbare Folge des “kroatischen Frühlings”, sondern es bestand zwischen beiden ein wechselseitiger Zusammenhang: der “kroatische Frühling” war sowohl Folge der bisherigen Föderalisierung als auch Ursache der weiteren Föderalisierung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Verfassungsreformen von 1971-74 Interessen- und Machtgruppen, wie Kommunen, Branchen und Verbänden, Großunternehmen und Banken, die Möglichkeit eröffneten, ihre Ziele auf Kosten der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse durchzusetzen. Der unmittelbare Streit zwischen diesen Wirtschaftssubjekten, der bisher nur untergründig war und sich als ideologischer Richtungskonflikt äußerte, rückte in den Vordergrund. 1982 schrieb Holm Sundhausen dazu noch vorsichtig:

²³ Die Streiks waren weder erlaubt noch verboten. Eigentlich waren sie eine widersprüchliche gesellschaftliche Erscheinung in einem ArbeiterInnenstaat. Da in dem Selbstverwaltungssystem alle wichtigen Entscheidungen von den ArbeiterInnen bzw. ihren VertreterInnen getroffen werden – damit auch über Einkommensverteilung – sollte es an sich keinen Grund zum Streik geben. Die Streiks der ArbeiterInnen würden sich gegen sie selbst richten.

“Mit der quasi-konföderativen Umgestaltung Jugoslawiens seit Anfang der 70er Jahre wurden den wirtschaftlichen Egoismen der Republiken und den Abkapselungstendenzen der Selbstverwalter Möglichkeiten eröffnet, die zu schweren innerjugoslawischen Störungen bei der Versorgung der Bevölkerung und Industrie sowie zu gesamtwirtschaftlich nachteiligen Disproportionen führen können” (Sundhausen 1982, 204).

Tito selbst wurde mit der Verfassung von 1974 als Präsident auf Lebenszeit bestätigt²⁴ und von den gesetzlichen Bestimmungen der “Rotation”, also der Unzulässigkeit, Ämter über mehrere Perioden auszuüben, ausdrücklich ausgenommen. Einige Analytiker der jugoslawischen Entwicklung waren sich der Bedeutung seiner charismatischen Rolle und seiner Autorität für den Zusammenhalt Jugoslawiens bewusst. So schrieb Carl Gustaf Ströhm bereits 1976 folgendes:

“Solange das jugoslawische Selbstverwaltungssystem durch die Kontrolle des Bundes der Kommunisten ausbalanciert wird, solange auch die persönliche Autorität Titos und anderer kommunistischer Führer hier eine Rolle spielt, so lange ist mit Reibungen nicht zu rechnen. Aber was wird geschehen, wenn eines Tages irgendwelche Kräfte die theoretischen Spielregeln der Selbstverwaltung und das Räteprinzip wörtlich nehmen, die Kontrolle der Partei ausschalten und eine jugoslawische Republik konstruieren sollten? Zu Lebzeiten Titos ist das undenkbar – aber die Vorstellung, dass es den jugoslawischen Kommunisten eines Tages mit dem von ihm geschaffenen System so ergehen sollte wie dem Zauberlehrling im Märchen, der den Besen nicht mehr bändigen kann, ist nicht ganz abwegig. Dann könnte das gleiche System, das sich als Element der Stabilisierung Jugoslawiens erwiesen hat, plötzlich zu einem Faktor extremer Instabilität werden” (Ströhm 1976, 153f.).

Im Grunde genommen war mit der Verfassung vom 1974 der Zerfall Jugoslawiens vorprogrammiert, obwohl dieser erst Ende der 80er Jahre offenkundig wurde. Die knapp zwanzig Jahre, die zwischen dem Scheitern der Reformen und dem Staatsniedergang vergingen, lassen sich als eine Art “historische Inkubationszeit” beschreiben.

1.6 Der kreditfinanzierte Aufschwung der 70er Jahre und die Rolle der Außenverschuldung Jugoslawiens

Die bisherige Analyse beschränkte sich auf die endogenen Faktoren der Entwicklung, die für das jugoslawische Modell charakteristisch sind, wie Parteiherrschaft, “sozialistische Marktwirtschaft” und Arbeiterselbstverwaltung. Diese Entwicklung war aber in all ihren Phasen von den langfristigen Trends der Weltmarktentwicklung abhängig und spiegelte sie auf ihre Art und Weise wider. Die jugoslawische Krise war die Krise der nachholenden

Modernisierung unter den am Ende der fordistischen Ära herrschenden globalen Rahmenbedingungen. Schon der Prozess der Basisindustrialisierung, mit der Jugoslawien eine moderne Warengesellschaft aufbaute, mit seinen enormen Wachstumsraten im industriellen Sektor und der Absorption der auf dem Land freigesetzten Arbeitskraft, entsprach dem gleichen Muster, nach dem in anderen Ländern die Errichtung der fordistischen Industrien erfolgte. Die ökonomischen und politischen Entwicklungen der 60er und 70er Jahre standen ebenfalls in einem Kontext, auf den die jugoslawische Führung wenig Einfluss ausüben konnte. Das Land öffnete sich zum Weltmarkt, wo es aber auf nicht ähnlich günstige Rahmenbedingungen wie zu Zeiten des weltweiten Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg traf. In den 60er und 70er Jahren wurde im Westen die Einführung arbeitssparender Fertigungstechnologien angestrebt. Die jugoslawische Wirtschaft befand sich zu diesem Zeitpunkt gerade im Übergang von einem extensiven, auf einer gesamtwirtschaftlich sehr hohen Investitionsrate und einem hohen Beschäftigungszuwachs basierendem Wachstum, zu mehr kapitalintensiven, am Produktivitäts- indikator orientierten Formen der Produktion. Die "Integration in das System der internationalen Arbeitsteilung" sollte diesen Übergang stimulieren, indem die jugoslawischen Unternehmen durch außenwirtschaftliche Liberalisierung dem Konkurrenzdruck der kapitalistischen Industrie ausgesetzt werden.

1.6.1 Der jugoslawische Außenhandel seit den Reformen der 60er Jahre

Die im Zuge der Wirtschaftsreformen in ihren ökonomischen Entscheidungen selbstständig gewordenen Unternehmen nutzten in großem Umfang die außenwirtschaftliche Liberalisierung zum Import von Produktionslizenzen, Ausrüstungen und Maschinen. Die damit erzeugten Produkte wurden aber viel mehr auf dem Inlands- als auf dem wettbewerbsintensiven Weltmarkt abgesetzt. Mit diesen Importen erfolgte jedoch eine weitere Einfuhrabhängigkeit in bezug auf Ersatzteile, Vorprodukte und teilweise auch auf Rohstoffe. Für die Betriebe stieg der Rationalisierungsdruck, ohne dass dementsprechend die Märkte bzw. Absatzmöglichkeiten expandiert hatten. Mit der schrittweisen Öffnung der Grenze wurden immer mehr ausländische Waren, vor allem Investitionsgüter importiert, allerdings ohne Steigerung der Exporte im gleichen Umfang. Die jugoslawischen Produkte waren wegen der Produktivitätsunterschiede den Produkten aus den westlichen Staaten unterlegen und konnten deshalb auch auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sein.

²⁴ Zum diesem Zeitpunkt war Tito schon 82 Jahre alt.

Wie bereits erwähnt, nahm die Weltmarktabhängigkeit Jugoslawiens nach dem Kominform-Ausschluss zu, und das westliche Kapital – anfangs vor allem das US-amerikanische – stieg in einer frühen Phase der jugoslawischen industriellen Entwicklung im Balkanraum ein. Diese Politik der Einflussnahme wurde dann über die Aufnahme in den IWF und den Beitritt zum GATT fortgeführt. Dazu kamen noch die verstärkte Importkreditierung der nachholenden jugoslawischen Entwicklung, der Aufbau von westeuropäischer Technologie und Kapital- bzw. Zinsabhängigkeit, die besonderen EG-Handelsabkommen, Gründungen von Joint-Ventures (bereits 1967) und Wirtschaftskooperationen und Lizenzproduktionen. Insbesondere seit Mitte der 60er Jahre führte dies zu einer starken Importabhängigkeit und einem wachsenden Handels- und Zahlungsbilanzdefizit. Obwohl das Handelsdefizit schon seit 1947 negativ war, verschlechterte sich die negative Zahlungsbilanz nachhaltig von 348 Mio. Dollar 1970 auf ca. 2,3 Mrd. Dollar 1980 (Tabelle 1).

Tabelle 1: Jugoslawiens Handels- und Zahlungsbilanz 1964-1980 (in Mio. Dollar)

Jahr	Export	Import	Saldo der Handelsbilanz	Importdeckung in %	Saldo der Zahlungsbilanz
1964	493	1323	-430	67,5	-236
1965	1091	1288	-197	84,7	-148
1970	1679	2374	-1195	58,4	-348
1971	1814	3252	-1438	55,8	-357
1974	3805	7520	-3715	50,6	-1183
1975	4072	7697	-3624	52,9	-1003
1976	4878	7367	-2489	66,2	-165
1977	5256	9633	-4377	54,6	-1582
1978	5671	9988	-4317	56,7	-1256
1979	6794	14019	-7225	48,5	-3661
1980	8978	15064	-6086	59,6	-2291

Quelle: Djekovic 1982, 4 (Originalquelle: Statisticki godisnjak SFRJ 1981, S. 93f; OECD Economic Surveys: Yugoslavia. Paris May 1981, S. 60.)

Bis Mitte der 70er Jahre konnte das Handelsbilanzdefizit zum überwiegenden Teil noch durch Einnahmen aus dem Nichtwarenverkehr gedeckt werden, wobei die Überweisungen von GastarbeiterInnen und die Einnahmen aus dem Tourismus eine wichtige Rolle spielten. Seit 1975 kam es aufgrund der Rezession in den westlichen Ländern zu einer Stagnation sowohl bei den Überweisungen von GastarbeiterInnen als auch bei den Tourismuseinnahmen. Das Handelsbilanzdefizit konnte immer weniger aus diesen Quellen saniert werden und stieg seitdem erheblich (vgl. Djekovic 1982, 4).

Seit Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion (1954) und des Osteuropahandels (Teilmitgliedschaft im RGW) 1965 übernahm der jugoslawische Wirtschaftsraum eine Funktion als Vermittlung- und Transitagentur für Technologie- und Investitionsexporte nach Osteuropa, vor allem in die Sowjetunion. Jugoslawien wurde, zugespitzt formuliert, zur Durchgangszone, in der mit westlichem Kapital und westlicher Technologie für den osteuropäischen und sowjetischen Markt produziert wurde. Die Exporte nach Osteuropa nahmen insbesondere in den 70er Jahren zu. Während der Anteil der jugoslawischen Exporte in RGW-Länder 1970 noch 32,5 % betrug, stieg er im Jahr 1980 auf 46,1 %. Gleichzeitig verringerte sich im gleichen Zeitraum der Anteil der Importe in die OECD-Länder um mehr als 20 %²⁵ (Tabelle 2).

²⁵ Die zunehmende West-Ost-Verschiebung der jugoslawischen Ausfuhren hatte folgende Ursache: Ein großer Teil jugoslawischer Industrieprodukte war nach ökonomischen Produktivitätskriterien im Westen nicht

Tabelle 2: Regionale Orientierung des Exports und Imports im Zeitraum 1960-1980 (in %)

Region	Exporte							
	1960	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980
	52,5	55,9	35,6	41,7	40,0	38,4	41,2	37,4
RGW	32,3	32,5	47,1	42,3	40,1	42,9	42,1	46,1
3. Welt	15,2	11,6	17,3	16,0	19,9	18,6	16,7	16,5
Region	Importe							
	1960	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980
	60,8	67,8	60,7	54,8	56,9	56,3	57,3	52,8
RGW	25,7	20,7	24,6	29,7	28,8	29,8	27,5	30,1
3. Welt	13,5	11,5	14,7	15,5	14,3	13,9	15,2	17,1

Quelle: Djekovic 1982, 4 (Originalquelle: OECD: Economic Survey: Yugoslavia. Paris, May 1981, S. 59)

Liliana Djekovic fasst es wie folgt zusammen:

“So werden Rohstoffe und importierte, mit Westkrediten finanzierte Produktionsmittel für den Export in den Osten gebunden und die Exportsteigerung auf westliche Märkte behindert. Kurzum: der Osten kauft den Großteil der Waren, der Westen gibt den Großteil der Kredite, wodurch sich die Westverschuldung Jugoslawiens immer weiter erhöht” (Djekovic 1983, 22).

Die jugoslawische Ökonomie geriet damit in eine zweifache Abhängigkeit: Für den notwendigen Reproduktionsgüterimport, wie Energie, Rohstoffe, Halbfertigwaren,

konkurrenzfähig Die Arbeitsproduktivität der jugoslawischen Wirtschaft war in der 70er Jahren dreimal niedriger als in den meisten hoch oder mittelentwickelten Ländern (vgl. Djekovic 1982, 3). Für die mit westlichen Ausrüstungen erzeugten Massenverbrauchsgüter war der östliche Markt weit zugänglicher, so dass sich mit wachsender Verschuldung im Westen eine simultane Exportabhängigkeit vom RGW-Markt bzw. von der Sowjetunion ergab. Die RGW-Länder, vor allem die Sowjetunion, waren an den mit westlichen Technologien erzeugten jugoslawischen Produkten interessiert, da sie diese nicht mit konvertibler Währung bezahlen mussten. Die Preise für Warentausch wurden in bilateralen Verhandlungen ausgehandelt, ohne Rücksicht auf die Weltmarktpreise. Auf diesem Wege erhielt Jugoslawien auf dem RGW-Markt wichtige Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas, die es auf dem Weltmarkt in Devisen bezahlen müsste (ebenda, 8 f.).

musste sie auf bilateraler Clearingbasis nach Osteuropa industrielle Fertiggüter exportieren. Für die Herstellung der Fertiggüter war sie wiederum auf Kapitalgüterimporte – Maschinen, Technologie – auf kreditfinanzierter Basis aus dem Westen angewiesen. Damit die Stabilität dieses Wirtschaftsraumes erhalten blieb und dieser in keine der beiden Einflussphären anhaltend einbezogen werden konnte, wurde Jugoslawien sowohl mit westlichen Krediten als auch mit sowjetischem Öl und Erdgas ausreichend versorgt²⁶.

1.6.2 Die Entwicklung der Auslandsverschuldung Jugoslawiens

Bis 1960 führten die beim Prozess der forcierten Industrialisierung Jugoslawiens anfallenden Importüberschüsse jedoch nicht zu gravierender Auslandsverschuldung, im wesentlichen infolge von Hilfen der UNPRA (United Nations Relief and Reconstruction Agency), von Reparationsleistungen der Feindmächte des Zweiten Weltkrieges und von westlicher Wirtschaftshilfe, vor allem seitens der USA, deren Motiv die Unterstützung der jugoslawischen Abspaltung vom KOMINFORM war (vgl. Conert 1982, 107). Zum Übergang von den 50er zu den 60er Jahren wurden diese Hilfslieferungen und Zahlungen weitgehend eingestellt, nicht zuletzt auch wegen der Verminderung der Bedeutung Jugoslawiens im Zuge der Koexistenzpolitik der Großmächte und der Normalisierung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und den RGW-Staaten. Ab diesem Zeitpunkt musste Jugoslawien das weiterhin wachsende Außenhandelsdefizit durch Kredite abdecken, wodurch die Auslandsverschuldung rasch zunahm. Seither bewegt sich die jugoslawische Wirtschaft in einem Teufelskreis: Das Außenhandelsdefizit sollte durch “Integration in das System der internationalen Arbeitsteilung” überwunden werden. Dazu wurden noch zusätzliche Maßnahmen getroffen, die die Auslandsverschuldung erhöhten, ohne dass die – aus ökonomischer Sicht – strukturellen Ursachen der jugoslawischen Exportschwäche gegenüber den westlichen Industrieländern beseitigt werden konnten.

Aus den bereits erwähnten Gründen entwickelte sich die jugoslawische Verschuldung in den 50er Jahren in bescheidenem Maße: 1949 betrug sie 68 Mio.

²⁶ Die sowjetischen Erdölimporte deckten Anfang der 80er Jahre ca. 51 % des jugoslawischen Bedarfs. Außerdem vergab die RGW-Investitionsbank an Jugoslawien seit 1978 auch die Hartwährungskredite (vgl. Die Ethnisierung des Sozialen, Teil I).

US-Dollar, 1955 255 Mio. US-Dollar und 1960 353 Mio. US-Dollar. Zwischen 1960 und 1965 stieg die Auslandsverschuldung um 201,7 % auf 1065 Mio. US-Dollar (zwischen 1955 und 1960 betrug dieser Anstieg 38,4 %) (vgl. Conert 1982, 108).

Die Wirtschaftsreform von 1965, die unter dem Motto der “Entstaatlichung” stand, bedeutete, dass nicht mehr der Staat Auslandskredite für die Wirtschaft aufnehmen sollte, sondern dass die einzelnen Betriebe dazu selbst berechtigt und dafür verantwortlich sind. Dadurch wurde die Zunahme der Auslandsverschuldung beschleunigt, wobei sich die Struktur änderte: Während die Regierungskredite im Jahr 1963 an der jugoslawischen Verschuldung einen Anteil von 49 % und Kredite ausländischer Banken und Lieferanten von 32 % hatten, änderte sich dieses Verhältnis bis 1971 auf 27 % gegenüber 62 % (ebenda)²⁷. Tabelle 3 zeigt die Entwicklung der jugoslawischen Verschuldung zwischen 1966 und 1980:

Tabelle 3: Entwicklung der jugoslawischen Auslandsverschuldung 1966-1980 (in Mio. US-Dollar):

Jahr	Verschuldung insgesamt	Index
1966	1418	100
1970	2350	166
1975	6584	464
1978	11832	834
1979	14900	1051
1980	19100	1347

Quelle: Conert 1982, 108

Jugoslawien hatte in den 70er Jahren den gleichen Weg beschritten, den gleichzeitig auch andere Schwellenländer der Dritten Welt einschlugen. Damals verlief die Kapitalexpansion der entwickelten Industriestaaten intensiver als je zuvor, was den Entwicklungsländern “die Gelegenheit” bot, ihre bereits seit längerem eingeleitete Industrialisierung und Modernisierung durch Aufnahme von Krediten auf den internationalen Finanzmärkten voranzutreiben. Die internationalen Geld- und Kreditmärkte wurden mit den Liquidmitteln geradezu überschwemmt. Die jahresdurchschnittlichen Steigerungsraten des Kreditvolumen der “Eurodollarmärkte” betragen in den 70er Jahren etwa 25 % (vgl. Altvater/Hübner 1988, 20). Auch die Banken der entwickelten Industrieländer begannen in dieser Phase, sich transnational zu organisieren und entwickelten sich seit Ende der 60er Jahre zu wichtigen

²⁷ Zum größten Teil bestand die jugoslawische Auslandsschuld gegenüber OECD-Ländern. An den Regierungskrediten waren die RGW -Staaten noch mit 32 % beteiligt (vgl. Conert 1982, 108).

Financiers der Länder der Dritten Welt. Als die Investitionen in den entwickelten Industrieländern infolge der Weltwirtschaftskrise zurückgingen und die Profite auf den internationalen Geld- und Kreditmärkten “gelagert” wurden, waren die Bedingungen für einen neuen dynamischen Verschuldungsschub gegeben. Günstig wie nie zuvor nach dem Zweiten Weltkrieg konnten potentielle Schuldner auf die Mittel der privaten Banken zurückgreifen. Dank der günstigen Zinskonditionen und vor allem wegen der weitgehend auflagenfreien Kreditvergabe wurden die privaten Eurobanken zu den größten Kreditgebern der Dritten Welt. Die Vorstellungen, dass das Kapital dem Fortschritt in diesen Ländern dienen sollte, blieb gewissermaßen ein frommer Wunsch: Für die Kreditgeber standen Profit und andere Ziele im Vordergrund, wodurch die Unterwerfung, Ausbeutung und Abhängigkeit dieser Ländern eine neue, “neoliberalistische”, Form gewann. Dies bringt Ljubomir Madzar treffend zum Ausdruck:

“Es zeigte sich, dass unser Wirtschaftswachstum wesentlich vom Auslandskapital abhängt und unsere Wirtschaft ihm strukturell und institutionell angepasst wurde” (zitiert nach: Vucic 1988, 291).

Zwischen 1971 und 1980 wuchs die Außenverschuldung jahresdurchschnittlich um ca. 23 % und erreichte Anfang der 80er Jahre eine Höhe von fast 20 Mrd. US- Dollar. Sie wurde nach 1965 zum entscheidenden Stabilitätsfaktor der jugoslawischen Binnenwirtschaft und ermöglichte wesentlich den Investitionsboom der 70er Jahre. Die mit dem hohen Investitionstempo steigende Binnennachfrage verursachte eine starke Erhöhung der Energie- und Rohstoffpreise, die die jugoslawischen “terms of trade” verschlechterte. Diese Tendenz deckte sich zugleich mit der wirtschaftlichen Rezession in den westeuropäischen Ländern, so dass die Zuwächse jugoslawischer Exporte erheblich unter dem geplanten Soll blieben. Dieser Umstand hatte die vorige Euphorie für eine westliche Orientierung und Weltmarktöffnung gedämpft.

1.6.3 Wirtschaftliches Wachstum oder Entwicklung? Die Folgen der zunehmenden Weltmarktintegration

Die Wachstumsraten der Industrie lagen von 1971-75 jährlich bei durchschnittlich 7,8 % und von 1976-80 noch bei 6,7 % (vgl. Conert 1988, 186). Der Lebensstandard stieg an, so dass kein großer Unterschied zu den Nachbarländern Österreich und Italien mehr bestand. Allerdings gingen die Zuwachsraten des Realeinkommens bis Ende des Jahrzehnts stetig zurück, und der interne Wachstumsprozess geriet so in immer stärkerem Maße unter Druck. Die hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten der 70er Jahre haben aber weniger die Entwicklung des Landes beeinflusst. Josip Zupanov urteilte zu dieser Problematik:

“Während der gesamten Nachkriegsperiode verzeichneten wir größtenteils ein Wirtschaftswachstum und weniger eine Entwicklung. Die Wachstumsquote der Produktion und des Sozialproduktes resultierte aus dem Bau neuer Fabriken, die auf Basis klassischer Technologie die Arbeitskräfte extensiv nutzten. Wenn es eine Entwicklung gab, ist sie weder aus den wirklichen Bedürfnissen der Wirtschaft noch aus inneren schöpferischen Potenzialen hervorgegangen, sondern wurde von außen aufgezwungen (Lizenztechnologie und Organisation). Im Gegenteil, man strebte danach, die qualitativen Änderungen zu annullieren (dieselbe Technologie brachte kleinere Produktionsergebnisse als in den Ländern, aus denen man sie einfuhrte) (zitiert nach: Vucic 1988, 291).

Die Gesamtwert aller jährlichen Investitionen überstieg 35 % des Bruttosozialprodukts. Der Großteil der Mittel wurde dabei auf viele kleinere Projekte verstreut²⁸. Bei den Entscheidungen über die Mittelverwendung dominierten vor allem politische und weniger ökonomische Kriterien; oft handelte es sich um einen politischen Voluntarismus, wodurch objektive Bewertungsmechanismen bei der Nutzung verfügbarer Ressourcen vernachlässigt wurden. So wurde in Jugoslawien eine Wirtschaftsstruktur geschaffen, die mit einer Ausrichtung auf einen gesamtstaatlichen Markt wenig zu tun hatte. Die Republiken und autonomen Provinzen hatten ihre eigenen Entwicklungsstrategien, die nicht miteinander übereinstimmten. Das führte zur Aufteilung des einheitlichen jugoslawischen Marktes, zum Auseinanderbrechen des normalen Kreislaufs von Reproduktion, Geldmitteln, Waren, Kapital und Devisen zwischen den Republiken und autonomen Provinzen und sogar zwischen kleineren politisch-sozialen Einheiten. Unter diesen Umständen mangelte es überall an Geldmitteln, so dass immer mehr das Auslandskapital eingesetzt wurde. Jovan Miric drückt diesen Zustand an aller Schärfe aus:

²⁸ So wurden ca. 50 % der Mittel auf nur 300 größere Projekte, der Rest auf 30 000 kleinere Objekte verteilt. Die Finanzierung erfolgte zu 20 % aus Eigenmitteln, zu 60 % aus Krediten jugoslawischer Banken und zu 20 % aus direkten Krediten vom Ausland (vgl. Djekovic 1983, 21).

“Es entbehrt jeder wirtschaftlichen und anderen Logik, dass sich unsere Republiken und Autonomen Gebiete so rasend schnell die Attribute eigener Staatlichkeit und Unabhängigkeit gesichert haben und gleichzeitig bis zum Hals in den Lizenzen und Finanz-Hinterhalt des internationalen Kapitals gefallen sind. Wir gerieten also in ein erniedrigendes Abhängigkeitsverhältnis nach “außen”, damit wir “innen” die (auch aus importierten Leinen gemachten) Fahnen der Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Souveränität schwenken können! Es bedroht uns also nicht unsere Unterordnung gegenüber der entwickelten Welt und die Abhängigkeit vom internationalem Kapital, sondern uns bedroht das Volk, mit dem wir das gemeinsame Schicksal seit Jahrzehnten teilen! Wir verzierern unseren nationalen und politischen Umhang mit den Attributen der Selbstständigkeit und Souveränität, um die Serben von den Kroaten, die Slowenen vor den Mazedoniern, die Vojvodiner vor den Montenegriner zu schützen” (zitiert nach: Vucic 1988, 292).

Aufgrund des ständigen Zuflusses von ausländischem Kapital blieben Verteilungskonflikte von größerer politischer Bedeutung aus. Die Sonderinteressen aller Wirtschaftssubjekte wurden sozusagen auf Pump befriedigt. Die Regierungen der weniger entwickelten Republiken konnten den Industrialisierungsprozess fortsetzen, indem sie weiterhin ohne Rücksicht auf Rentabilitätskriterien “politische Fabriken” errichteten. Aber der Zustand war auch für slowenische und kroatische Betriebe vorteilhaft. Ihre Ware war zwar auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig, dafür stand ihnen jedoch immer noch in Jugoslawien sichere Absatzmärkte offen. Ihre oft monopolistische Stellung ermöglichte ihnen befriedigende Verdienstmöglichkeiten.

Trotz der Zuwachsraten stieg die Arbeitslosigkeit stetig an und erreichte 1980 im Landesdurchschnitt 11,9 %. Im wesentlichen handelte sich dabei um ein regionales Sonderproblem der südlichen Republiken: Während in Kroatien die Quote niedrig blieb und in Slowenien die Arbeitslosigkeit ein unbekanntes Problem war, erreichte die Arbeitslosenquote in Mazedonien und Kosovo bedrohliche 21 % bzw. 27 % (vgl. Höpken/Sundhausen 1987, 876).

Auch ein anderes wirtschaftliches Problem wurde in den 70er Jahren sichtbar, nämlich die Inflation. Mit der steigenden Binnennachfrage wuchs zugleich die Geldnachfrage, die vornehmlich mit Hilfe der Notenpresse befriedigt wurde. Die Geldmenge vervielfachte sich, und ihr Wachstum stand in überhaupt keinem Verhältnis zur Steigerung der realen Produktion. Diese Entwicklung heizte die Inflation an: 1970 lag sie bei 11 % und 1971 bei 18 %. 1975 überschritt die Inflationsrate die 25 %-Marke mit steigender Tendenz (vgl. Lohoff 1996, 108)²⁹. Zusammen mit dem noch viel größerem Problem der angehäuften

²⁹ Die steigende Inflation stimulierte zusätzlich sowohl die wirtschaftliche als auch die private Kreditnachfrage. Der reale Zinsrate war negativ (Inflationsrate war höher als Zinsniveau), was die Kreditaufnahme in die Höhe trieb.

Auslandsschulden stellte das eine schwere Hypothek für die weitere Zukunft dar. 1980 lagen die staatlichen Devisenreserven bei 2,5 Mrd. US-Dollar bei jährlichen Zinszahlungen von 2 bis 3 Mrd. US-Dollar. Die für 1981 anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen entsprachen 25 % sämtlicher Devisenzuflüsse des Landes in konvertiblen Valuten.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre spitzten sich die Widersprüche der jugoslawischen Modernisierung nicht zu, weil sie mit geliehenem Geld verdeckt waren. Das ganze Land lebte – nach den Gesetzen des Ware-Geld-Systems beurteilt – über seine Verhältnisse. Die Krise und die Eskalation der Widersprüche konnten damit nicht beseitigt werden und wurden lediglich in die Zukunft verschoben. Anfang der 80er Jahre fand sich Jugoslawien zusammen mit vielen anderen Drittweltländern in der berüchtigten Schuldenfalle wieder.

2. Jugoslawien nach Tito

2.1 Die Wirtschaftskrise der 80er Jahre

2.1.1 Jugoslawien in der Schuldenkrise

Am 4. Mai 1980 starb Josip Broz Tito. Mit ihm verlor Jugoslawien seinen mächtigen politischen Begründer und Garanten seiner Einheit. An Titos Stelle trat ein achtköpfiges Staatspräsidium, das aus jeweils einer Vertretung der sechs Republiken sowie der beiden autonomen Provinzen bestand.

Die wirtschaftliche Lage Jugoslawiens war schon zu dieser Zeit sehr schwierig. Die Regierung wollte aber keine Panik verbreiten und signalisierte nach außen Normalität. Selbst die Löhne erhöhten sich ein letztes Mal: 1980 betrug der monatliche Durchschnittsverdienst umgerechnet 491 DM und lag somit deutlich unter dem Vorjahresniveau, 1981 stieg er auf 615 DM und erreichte 1982 mit 660 DM seinen historischen Höchststand (vgl. Lohoff 1996, 110). Die Auslandsverschuldung stieg aber weiter und erreichte fast die Grenze von 22 Mrd. US-Dollar, die Inflation überschritt schon 1980 die 45 %. Das Handelsbilanzdefizit erhöhte sich im selben Jahr auf 24,5 Mrd. US-Dollar, und die Deckungsquote für seinen Ausgleich sank erneut auf das Niveau der 50er Jahre (vgl. Conert 1988, 182 f.). Die Ausgangsposition für Jugoslawiens Ökonomie nach Titos Tod beschreibt Novica Vucic wie folgt:

“Innere Widersprüche der Anpassung (übten) einen immer stärkeren Druck zu höherer Auslandsverschuldung aus, und die Anlehnung an ausländische Geldmittel überschritt die kritische Grenze, jenseits derer die positiven Effekte auf das Wirtschaftswachstum sich zu verlieren beginnen. Auf diese Weise stieß Jugoslawien Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre auf ernste Probleme der außenwirtschaftlichen Zahlungsfähigkeit. Jede weitere Auslandsverschuldung diente im wesentlichen der Bewältigung kurzfristiger Probleme der außenwirtschaftlichen Zahlungsfähigkeit” (Vucic 1988, 296).

Die Umstände auf dem Weltmarkt und die Politik der westlichen Industriestaaten trugen ihrerseits zur Verschärfung der Krise in den für “unterentwickelt” gehaltenen Ländern bei. Diese drückten sich u.a. aus in erheblichen Ölpreissteigerungen (1979/80), dem Zusammenbruch der Preise zahlreicher Rohstoffe, dem inflationären Anstieg der Preise von Industriegütern aus den kapitalistischen Zentren, massiven Zinserhöhungen auf den internationalen Kreditmärkten, einer weitgehenden Reduzierung der Kreditvergabe an Nicht-OECD-Staaten sowie wachsendem Protektionismus der westlichen Industrieländer.

Zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert kam der Anstoß für den Zusammenbruch des jugoslawischen Staates von außen (der erste jugoslawische Staat wurde im Frühjahr 1941 durch die deutsche Invasion zerstört). Die Umstände waren Anfang der 80er Jahre weniger dramatisch, die Folgen aber – das wird sich in einem Jahrzehnt zeigen – nicht weniger verheerend. 1982 verschlechterte sich die Fristenstruktur der Schulden, weil Jugoslawien jahrelang durch die Aufnahme kurzfristiger Kredite die Tilgung langfristiger Schulden finanzierte. In diesem Jahr war Jugoslawien nicht imstande, die Mittel für Tilgung und Zinszahlungen von 4,8 Mrd. US-Dollar aufzubringen, und verlor damit seine Kreditbonität³⁰. Seit Beginn der Schuldenkrise 1980 verhandelte die jugoslawische Regierung alljährlich mit dem IWF über neue Kredite und Umschuldungen. Im Februar 1981 erhielt Jugoslawien nach langen Verhandlungen mit 2,2 Mrd. US-Dollar den größten bis dahin überhaupt vergebenen Kredit. Er wurde in drei Tranchen ausgezahlt, und vor jeder Ausschüttung wurde erneut verhandelt. Anfang 1983 verhandelte Jugoslawien unter Einbeziehung des IWF mit Vertretern von 15 westlichen Regierungen und einem Bankenkonsortium über eine Umschuldung und erhielt einen Kredit in Höhe von 4,5 Mrd. US-Dollar. Im März 1984 wurden ebenfalls unter Mitwirkung des IWF 2 Mrd. US-Dollar gewährt (vgl. Conert 1988, 187 f.). Allerdings machte er die "marktwirtschaftliche Sanierung" und insbesondere den Ausgleich der hochdefizitären Handelsbilanz zur Bedingung seiner Hilfe. Da eine erhebliche Erhöhung der Exporte unter Weltmarktbedingungen nicht gelingen konnte, waren massive Importrestriktionen die einzige Lösung. Bis 1983 sanken die Einfuhren drastisch auf rund 12 Mrd. Dollar (1981 19 Mrd. Dollar), während sich die Ausfuhren leicht verringerten (1981 11 Mrd. Dollar) (vgl. Lohoff 1996, 111). Das hatte für die auf Importgüter angewiesene jugoslawische Wirtschaft fatale Folgen: Einerseits kam es zu Störungen der Reproduktionskreisläufe, andererseits wurde Jugoslawien vollständig von der technologischen Entwicklung abgeschnitten.

Bereits Anfang 1982 wurde seitens der jugoslawischen Regierung das Krisenmanagement zur Überwindung der Krise eingeleitet. Es kam zum Einsatz einer ständigen Kommission der Bundesversammlung der Föderation mit dem Ziel, die wirtschaftliche Misere zu analysieren und ein Programm zu ihrer Überwindung zu erarbeiten. Es wurde versucht, durch die Einführung von noch mehr marktwirtschaftlichen Elementen die Krise des Selbstverwaltungssozialismus zu bewältigen. Ein Maßnahmenpaket von 1983 umfasste folgende wichtige Punkte: Rückgewinn der Verfügung des Bundes über die

³⁰ Die ausländischen Gläubiger verzichteten auf Tilgungszahlungen und begnügten sich mit den fälligen Zinsen in Höhe von 2,0 Mrd. Dollar. Solange ein Schuldner die Zinsen zurückzahlt, sind die Kreditgeber nicht gezwungen, die Forderungen abzuschreiben und diese als Verluste in ihren Bilanzen auszuweisen. Deshalb waren die Banken und mit ihnen Weltbank und IWF an der Aufrechterhaltung der Fiktion von einer jugoslawischen Zahlungsfähigkeit interessiert.

Deviseneinnahmen, Dinarabwertung zwecks Exportförderung, restriktive Geldpolitik zur Nachfragedrosselung, Reduktion der öffentlichen Ausgaben zur Steigerung der Investitionskraft, Begrenzung des Masseneinkommens zur Drosselung des Nachfrageüberhangs und zur Eindämmung der Inflation, Senkung der Steuern und Abgabenquote für die Industrie zur Steigerung der Akkumulation sowie Verbesserung der Anlagebedingungen für Auslandskapital (vgl. Conert 1988, 187).

2.1.2 Ökonomische Polarisierung

Die erhoffte Wirkung dieser Maßnahmen blieb jedoch aus: Das Außenhandelsdefizit sank zwar bis 1985 um fast ein Viertel, und der Anteil des Exports in die OECD-Ländern stieg auf 48 %. Die Auslandsverschuldung ging geringfügig zurück und stagnierte in den Folgejahren. Der Preis dafür war jedoch zu hoch: Der Anteil des Bruttonationalprodukts, der für den Schuldendienst aufgewandt werden musste, stieg drastisch. Nach einigen Quellen wurden für die zweite Hälfte der 80er Jahre Quoten zwischen 40 % und 50 % errechnet (zitiert nach Gester 1995, 9). Die Pro-Kopf-Verschuldung Jugoslawiens lag 1986 mit 833 Dollar höher als die Polens (752 Dollar) und Rumäniens (491 Dollar) (ebenda). Tabelle 4 zeigt die wichtigsten Indikatoren der jugoslawischen Wirtschaftsentwicklung von 1980 bis 1985:

Tabelle 4: Indikatoren der jugoslawischen Wirtschaftsentwicklung 1980-1985

Indikator	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Wachstumsrate des realen Gesellschaftsprodukts	2,3	1,4	0,5	1,3	2,3	0,2
Wachstumsrate der realen Bruttoanlageinvestitionen	-5,9	-9,8	-5,5	-9,7	-10,0	-10,0
Wachstumsrate der Reallöhne (Netto)	-7,6	-5,2	-3,1	-10,5	-6,2	0,9
Wachstumsrate der Beschäftigung im gesell. Sektor	3,2	2,9	2,3	1,9	2,1	2,2
Arbeitslosenquote	13,5	13,6	14,1	14,6	15,3	16,0
Wachstumsrate der Einzelhandelpreise	30,4	46,0	29,5	39,1	56,7	75,7
Wachstumsrate der Warenexporte in US-\$ (fob)	32,1	13,7	0,4	-3,2	3,4	3,8
Wachstumsrate der Warenimporte in US-\$ (cif)	7,4	-3,6	-8,2	-8,8	-1,3	1,4
Verhältnis von Exporten zu Importen in %	59,6	70,2	76,8	81,6	85,4	87,5
Wachstumsrate der Auslandsschulden in US-\$	23,9	11,8	-3,6	0,8	-1,5	-1,5

Quelle: Eger 1987, 215. (Originalquelle: Offizielle Statistiken des statistischen Bundesamts Jugoslawiens)

Die drastische Außenverschuldung wurde noch begleitet durch eine Binnenverschuldung der Betriebe gegenüber den Banken in Höhe von ca. 30 Mrd. DM. Konnten die Betriebe im Jahre 1981 im Durchschnitt noch 62,9 % der Nettoeinnahmen zur eigenen Verfügung behalten, so waren es 1985 nur noch 50,4 % (vgl. Conert 1988, 190). Trotz der Anstrengungen der jugoslawischen Stabilisierungspolitik konnte die Inflationsrate nicht reduziert werden. Sie strebte seit Beginn der 80er Jahre immer neuen Höhepunkten zu: 1986 überschritt sie die 100 %-Marke und betrug 1987 offiziell 167 % (vgl. Djekovic 1988, 177). Obwohl die Entwicklung der Nominallöhne weitgehend derjenigen der Inflation folgte, konnten diese nicht Schritt halten und sanken im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1984 um 6,2 %.

Trotz des restriktiven Grundzugs der jugoslawischen Stabilisierungspolitik ging die Beschäftigung im gesellschaftlichen Bereich der Wirtschaft nicht zurück, sie nahm zwischen 1981 und 1985 jahresdurchschnittlich sogar um 2,3 % zu. Dies reichte jedoch nicht aus, um den Schul- und Hochschulabgängern Beschäftigung zu sichern, und die Arbeitslosenzahl

überstieg schon Anfang der 80er Jahre die Millionengrenze³¹. 1987 betrug sie nach offiziellen Angaben 1,1 Millionen und verzeichnete ein deutliches Nord-Süd-Gefälle: Während in Slowenien die Arbeitslosenquote nur 1,9 % betrug, wies Kosovo mit über 30 % die höchste Arbeitslosenquote des Landes auf (ebenda).

Der rapide fallende Lebensstandard der Bevölkerung und der Übergang zur Hyperinflation waren die Folgen des marktwirtschaftlichen Radikalkurses. Trotz der im Vergleich zu den Großschuldnern aus Lateinamerika "milden" Behandlung Jugoslawiens wuchs die Schuldenrate von 20 % 1980 auf 46,5 % 1987. Obwohl die SFRJ im Zeitraum von 1981-1987 30 Mrd. Dollar an die Gläubiger transferierte, blieb die Gesamtverschuldung bei ca. 20 Mrd. Dollar (Analyse und Kritik (ak) Nr. 340, 1992, 17).

Durch die Krise verschärfte sich die Konkurrenz sowohl zwischen den Republiken und autonomen Provinzen als auch zwischen den einzelnen Wirtschaftssubjekten. Anstatt sich gemeinsam für einen gesamtjugoslawischen Aufschwung einzusetzen, stritten die Einzelrepubliken um die knappen Devisen und Bundesmittel. So beklagte die Parteizeitung "Borba":

"Die Republiken und autonomen Provinzen fordern ohne Rücksicht auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens und dessen außenwirtschaftliche Probleme stets die gleiche Summe an Devisen. Sie verlangen außerdem für den ‚Export‘ von Waren in andere Republiken, in denen Devisen in Form von Vorleistungen für Rohstoffe, Reproduktionsmaterialien oder Lizenzen stecken, Kompensation."

"Es kommt häufig vor, dass Waren aus einer Republik exportiert werden, damit diese Republik ihre Devisenposition realisiert, und dass eben diese Waren zu einem höheren Preis für die Bedürfnisse einer anderen Republik importiert werden" (zitiert nach: Lohoff 1996, 113).

Die seitens der Führung des BdkJ vielfach eingeforderte Abkehr vom Republikegoismus blieb ein Wort auf dem Papier. Auch das Staatspräsidium zeigte im Lauf der Zeit zunehmend seine Handlungsunfähigkeit. Da in diesem Organ die Vertreter der Republiken saßen, zog jede Maßnahme, die das Interesse irgendeiner Republik tangierte, unverzüglich das Veto seiner Vertreter nach sich.

Die Folgen solcher Fehlentwicklungen waren in strukturschwachen Gebieten besonders hart. Die vergleichsweise weiter entwickelten Republiken Slowenien und Kroatien weigerten sich zunehmend, Mittel in die Entwicklungsfonds einzuzahlen. 1987 standen Kosovo, Mazedonien und Montenegro vor dem Bankrott. Zu dieser Situation befand Liliana Djekovic:

³¹ Ende 1985 schrieb Vladimir Karakesevic in der Zeitschrift Ekonomika: "In der Welt sind überwiegend Industriearbeiter arbeitslos, die ihre Arbeitsplätze verloren haben, während bei uns überwiegend die

“Interessenkonflikte zwischen den Republiken führen auf diese Weise zu einer Zersplitterung des jugoslawischen Marktes in acht Teilmärkte mit der Folge von Produktivitätsverlusten und von Fehl-allokationen der Produktionsfaktoren. Während die einzelnen Republikpläne lediglich den eigenen ehrgeizigen Zielen angepasst sind, kommt es auf Bundesebene zu Schwierigkeiten bei der Planung der Gesamtwirtschaft. Die Erfordernisse der Gesamtwirtschaft bleiben unbeachtet. Da ein freiwilliger interregionaler Wohlstandsausgleich auf der Basis von Absprachen zwischen den Republiken unterbleibt, werden bestehende Entwicklungsunterschiede nicht abgebaut, sondern im Gegenteil weiter zementiert und sogar vertieft. Der traditionelle Nord-Süd-Konflikt zwischen entwickelten und unterentwickelten Republiken verstärkt sich” (Djekovic 1991, 153 f.).

Während das Bruttosozialprodukt pro Kopf in der am weitesten entwickelten Republik Slowenien 1947 dreimal höher war als im Kosovo, war es 1980 bereits siebenmal so hoch. 1988 betrug das Pro-Kopf-Einkommen im Kosovo wenig mehr als ein Neuntel des slowenischen. Die Bruchlinie zwischen entwickelten und unterentwickelten Regionen entsprach ziemlich genau den Grenzen zwischen dem früheren Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich.

2.2 Die IWF-Strukturanpassungsprogramme und die Verschärfung der sozialen Krise

2.2.1 Die IWF-Stand-by-Arrangements und ihre ökonomischen und sozialen Auswirkungen

Im März 1985 bewilligte der IWF Jugoslawien einen auf ein Jahr begrenzten “standby”-Kredit von 300 Mio. Dollar. Dies galt als Voraussetzung für eine Umschuldung der Zahlungsverpflichtungen von 5,7 Mrd. Dollar, die 1985-1988 fällig wurden. In den Verhandlungen forderten die Gläubiger die Fortsetzung der Zusammenarbeit Jugoslawiens mit dem IWF “auf der Basis von verschärfter Kontrolle seiner ökonomischen Leistung” (Conert 1988, 188). Der jugoslawische Beobachter beschreibt die verschärfte Überwachung als ein “Verfahren, das die Prüfung der langfristigen Anstrengung der Mitgliedsländer, ihre Auslandsschulden zu verringern, durch den IWF sichern soll” (ebenda). Jugoslawien musste dem IWF vierteljährlich Rechenschaft geben, und seitens des IWF wurden zweimal jährlich “Konsultationen” durchgeführt.

Angehörigen der jüngeren Generation arbeitslos sind, die nach dem Abschluss keine Arbeit finden können” (zitiert nach: Osteuropa Archiv 36/1986, 618). 1983 gehörten 70 % aller Arbeitslosen zu den Berufsanfängern.

Im November 1987 verabschiedete die jugoslawische Regierung ein weiteres Programm zur Normalisierung der Außenliquidität und zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage, das mit dem mit dem IWF ausgehandelten Programm des einjährigen Stand-by-Arrangements abgestimmt wurde. Das zentrale Ziel der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes wurde die Herstellung eines wirtschaftlichen Gleichgewichtes auf Kosten des Konsums der Bevölkerung. Das Programm beinhaltete folgende konkrete Punkte: Bekämpfung der Inflation, Einführung des Realzinses, Festlegung der Grenze des Budgetverbrauchs und des übrigen öffentlichen Verbrauchs in Jugoslawien, Einführung nominaler Grenzen für das mögliche Wachstum der Löhne und Gehälter in allen wirtschaftlichen und allen übrigen Institutionen, Preisfreigabe, Liberalisierung der Importe, Einführung des freien Zugriffs zum Devisenmarkt und des liberalen Mechanismus der Bildung des Devisenkurses (praktisch weitere Dinarabwertungen), eine Finanzhilfe seitens des IWF und der Weltbank für die strukturelle Anpassung sowie die Förderung von Joint-Ventures (vgl. Kovac 1988, 158 ff.).

In Jugoslawien wurden die vom IWF gestellten Bedingungen nicht im Wortlaut publiziert, jedoch in der Tages- und Fachpresse benannt und diskutiert. Es bestand eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der Wirtschaftsphilosophie des IWF und der jugoslawischen Austeritäts- und Stabilisierungspolitik. Es steht fest, dass seit Anfang der 80er Jahre die von den Gläubigern Jugoslawiens verlangten Reformen ein wirtschaftliches und soziales Chaos ausgelöst hatten, dessen Ergebnis die Auflösung des Industriesektors und die allmähliche Demontage des jugoslawischen Sozialsystems war. Michel Chossudovsky, Wirtschaftsprofessor an der Universität Ottawa, schrieb zu den möglichen Hintergründen einer solchen Politik folgendes:

“In einer als ‚streng geheim‘ ausgewiesenen Nationalen Sicherheitsdirektive (NSDD 133) von 1984 mit dem Titel ‚US-Politik gegenüber Jugoslawien‘ hatte die Reagan-Administration die jugoslawische Ökonomie direkt ins Visier genommen, trotz der politischen Blockfreiheit Belgrads und dessen ausgedehnten Handelsbeziehungen mit den USA und der EG. Eine zensierte Version dieses Dokuments, die 1990 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, stimmt weitestgehend mit einer Nationalen Sicherheitsdirektive (NSDD) zu Osteuropa von 1982 überein. Zu den Zielen gehörten ‚ausgedehnte Bemühungen, eine ‚Stille Revolution‘ zum Sturz kommunistischer Regierungen und Parteien zu fördern‘ ... und die Reintegration der osteuropäischen Ländern in den Einflussbereich des Weltmarktes...

... Diese Reformen waren von der Unterzeichnung diverser Umschuldungsvereinbarungen mit öffentlichen und privaten Kreditgebern begleitet. Sie trugen dazu bei, die Institutionen des Bundesstaates zu schwächen, und schufen politische Spannungen zwischen Belgrad, den Republikregierungen und den Verwaltungen in den autonomen Provinzen. Ministerpräsidentin Milka Planinc, die das Programm durchführen sollte, musste dem

IWF eine unmittelbare Erhöhung der Schuldentilgungsrate und ihre Zustimmung zu anderen Maßnahmen aus dem Arsenal der Reaganomics zusagen (Chossudovsky, 1999 (1), 224, auch: Chossudovsky 1999 (2), 19 f.).

In dieser Periode kam die brutale Verarmung der Bevölkerung in Schwung. Die wirtschaftliche Krise bedrohte die politische Stabilität und führte später zu einer Wiederbelebung des Nationalismus. Zum ersten Mal nach der Befreiung des Landes durchlief die herrschende Klasse Jugoslawiens eine tiefe und dramatische Legitimitätskrise. Der "historische Optimismus" (Janingro 1992), der durch eine stetige dreißigjährige Entwicklung begründet war, wurde durch die ökonomische Krise plötzlich unterbrochen. 1982 wurde die Rationierung von Elektrizität und Benzin eingeführt, was zur mangelnden Versorgung der Bevölkerung führte. Zum ersten Mal bilden sich die für Staaten des sogenannten "Realsozialismus" typischen Schlangen vor den Lebensmittelläden, und die öffentlichen Küchen nahmen ihren Ende der 50er Jahre eingestellten Betrieb wieder auf. Das soziale Trauma zusammen mit dem Vertrauensverlust gegenüber dem politischen System finden Niederschlag in der "apokalyptischen Stimmung" (ebenda), die für die literarische, Film- und Musikkultur des Landes kennzeichnend war. Die führende Klasse und die gesamte Geschichte der Nachkriegszeit wurden in Frage gestellt. Die "schwarze Welle" der Veröffentlichungen von Romanen und Berichten politischer Gefangener und Verfolgter des Jahres 1948 führten zu einer Entmythisierung der Rolle von Tito.

Die Krise war gleichzeitig eine Krise der Selbstverwaltung und des Föderalismus zu einer Zeit, in der die Knappheit der Ressourcen und die Rückzahlung der Schulden zu den wichtigsten Anliegen der Bundesregierung wurden. Da somit die Säulen des Regimes umstürzten, ergab sich zwangsläufig ebenfalls eine Krise des "jugoslawischen Sozialismus", eine politische und moralische Krise, die sich durch Erscheinungsformen wie Korruption, Karrierismus im Apparat des Staates und der Partei immer weiter verschärfte. Die Krise der sozialistischen Werte kulminierte durch die Erkenntnis, dass auch die anderen sogenannten sozialistischen Länder vor den gleichen Problemen standen.

2.2.2 Die große Streikwelle 1987

Das wichtigste politische Ereignis der 80er Jahre findet auf sozialem Gebiet statt. Die soziale Konfrontation in Jugoslawien spitzt sich zu. Im März 1987 fragt "Die Zeit": "Revolution – nur in welche Richtung?", und in der Unterzeile heißt es: "Lohnstopp und Preiserhöhungen treiben die Arbeiter zu verbitterten Protesten" (zitiert nach: Die Ethnisierung des Sozialen,

Teil III). Tatsächlich stand damals das soziale Thema im Vordergrund, und nicht das nationale.

Daran schließt sich die für das gesamte Geschehen in Jugoslawien zentrale Frage an: Wie konnte es geschehen, dass die soziale Radikalisierung der Jahre 1982 bis 1987 von 1988 an in eine nationale überführt worden ist? Wie konnte der solidarische Kampf der jugoslawischen ArbeiterInnen in einen nationalen und religiösen übergehen?

Im Frühjahr 1987 kam es im gesamten Jugoslawien zu zahlreichen Streiks mit Schwerpunkt in Kroatien³². Die Streikwelle war eine Antwort auf den seit Jahren immer weiter sinkenden Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten. Der Anlass zum Streik bot ein Parlamentsbeschluss, wonach die Löhne auf dem Stand des vierten Quartals von 1986 eingefroren werden sollten, was in Einzelfällen Gehaltskürzungen bis zu 50 Prozent bedeutete. Gleichzeitig waren die Preise für Fleisch, Zucker und andere Grundnahrungsmittel erheblich erhöht worden. Im Juli 1987 wurde staatlicherseits verlautbart, 7000 defizitäre Betriebe müssten geschlossen werden, was 1,5 Millionen Menschen arbeitslos gemacht hätte. Betriebsversammlungen und Diskussionsveranstaltungen während der Arbeitszeit nahmen zu³³. Der durchschnittliche Reallohn eines jugoslawischen Arbeiters ging in

³² Nach Angaben des kroatischen Parlaments waren allein in Kroatien in der ersten Märzhälfte an 36 lokalen Streiks rund 6.500 Beschäftigte beteiligt. Zahlreiche ArbeiterInnen verweigerten die Annahme ihres gekürzten Lohns (taz, 21.3.1987).

³³ Die Stuttgarter Zeitung schrieb dazu: "Die soziale Abstammung der Streikenden ändert sich zusehends. Auf den Plan treten jetzt immer öfter Bau-, Metall- und BergbauarbeiterInnen, die in großen Betrieben beschäftigt sind. Ihre Streiks dauern nicht nur länger, sondern sie verbreiten auch eine klassenkämpferische Atmosphäre. Dazu kommt, dass von 6 Millionen ArbeiterInnen in Jugoslawien täglich über 700.000 unentschuldigt nicht zur Arbeit erscheinen. Das sind mehr als 10 Prozent. Weitere 400.000 verbringen täglich mit Sitzungen außerhalb des Hauses oder der Produktionsstätte ihren Arbeitstag (Stuttgarter Zeitung, 23.5.87).

der ersten Hälfte der 80er Jahre um 40 % zurück (vgl. Hofbauer 1999, 51).

Nach Angaben der jugoslawischen Zeitung NIN konnten 4 Millionen von insgesamt 6,7 Millionen Haushalten ihre Lebenshaltungskosten nicht mehr aus regulären Einkünften decken und waren auf Schwarzarbeit, Überweisungen aus dem Ausland oder andere Quellen angewiesen (zitiert nach: Gester 1995, 12). Eine besondere Rolle spielten damals die Beziehungen der ArbeiterInnen zum Land bzw. zur Landwirtschaft. Nebenerwerbslandwirtschaft oder zumindest verwandtschaftliche Beziehungen zum Dorf waren in vielen Fällen die einzige Möglichkeit, sich über Wasser zu halten. Unter 270.000 offiziell gemeldeten Arbeitslosen in Serbien lebten 60 % auf dem Lande und verfügten mehrheitlich über einen gewissen außererwerbswirtschaftlichen – meist landwirtschaftlichen – Rückhalt (vgl. Lohoff 1996, 118). Trotz der raschen Urbanisierung nach dem Zweiten Weltkrieg haben die meisten Menschen, die in die Städte abwanderten, ihr Land behalten. In den 80er Jahren hatten 50 % der Bevölkerung Landeigentum, obwohl nur noch 20 % dort lebten (vgl. Die Ethnisierung des Sozialen, Teil III). Unter diesem Aspekt diskutierten einige führende Gewerkschaftsmitglieder in Serbien über die Möglichkeit, diesen informellen Bereich in das gesellschaftliche und soziale Netz zu integrieren, um auf diese Weise eine Art “gemischte Landwirtschaft” zu stabilisieren. Dies sollte durch massive Förderung der Teilzeitarbeit geschehen. Diese Vorschläge setzten sich nicht in der Praxis durch, weil man glaubte, dass die jugoslawische Gesellschaft nur im Rahmen von Erwerbsarbeit und Warenproduktion die Probleme lösen könne. Der feste Glaube an den Prozess nachholender Entwicklung hatte alle Suche nach anderen Auswegen verhindert. Diese Überzeugung wurde noch verstärkt durch die Tatsache, dass alle Länder nachholender sozialistischer Modernisierung in einer Sackgasse steckten. Automatisch wurde dies als “Krise des Sozialismus” interpretiert, und alle Lösungsansätze gingen in Richtung Übernahme “effizienterer” marktwirtschaftlicher Elemente. Durch die Folgen der Krise waren zwar große Teile der Bevölkerung dazu gezwungen, ihre eigene Reproduktion jenseits von klassischer Erwerbsarbeit und Ware-Geld-Beziehungen zu bestreiten. Diese Entwicklung war aber kein bewusster gesellschaftlicher Akt. Sie fand bei den Entscheidungsträgern keine Unterstützung, und deshalb blieb sie in inoffiziellen Rahmen.

Im Jahr 1987 erreichten die Streiks mit 196.000 TeilnehmerInnen bei insgesamt 1.262 Streiks einen Höhepunkt (vgl. Thörner 1999, 98). Gestreikt wurde in Bergwerken, Krankenhäusern und Theatern und im ganzen Land. Dabei handelte es sich in 91 % der Fälle um finanzielle Forderungen (vgl. Janingro 1992, 216). Doch trotz des massiven Charakters der Proteste wurden die Streiks nicht politisch.

“Die ökonomische und politische Dezentrierung, die Tausende selbstverwaltete Institute und Organe, der Wust an Gesetzen, die Partizipation erschweren oder problematisch machen, die wachsende “republikanische” Aufteilung der kommunistischen Liga, das geringe Vertrauen in die offizielle Gewerkschaft – all das hat zur Desorganisation und Atomisierung der Arbeiterklasse geführt. Die Arbeiter sind gleichermaßen objektiv und subjektiv gespalten. Das System der ‚selbstverwalteten Abkommen‘, das mit dem Gesetz zur Gemeinschaftsarbeit 1976 eingeführt wurde, hat viele unerwünschte Auswirkungen gehabt, darunter extreme Lohnschwankungen, die z.B. in Kroatien je nach Sektor um das 15fache für dieselbe Aufgabe abwichen. Im Laufe der achtziger Jahre verfestigt sich der regionale Hiatus immer mehr: je südlicher der Standort, desto dramatischer der Überlebenskampf. Die Streikwelle hinterlässt einen psychologischen Schock, doch an den wirtschaftlichen Verhältnissen ändert sie nichts (ebenda, 216 f.).

Der Streik in Labin

Charakteristisch in mehrfacher Hinsicht für die damalige Situation war der Streik der Bergarbeiter der Bergwerke Labin in Kroatien/Istrien. Die Labiner Bergwerke besaßen in Jugoslawien eine stark symbolische Bedeutung: Nach dem heldenhaften Aufstand im Jahre 1921 wurde die erste Räterepublik auf dem Balkan gegründet. Sie dauerte nur eine Woche an und wurde von königstreuen Soldaten blutig niedergeschlagen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Bergwerk mit pompöser Geste den Arbeitern überreicht. Auf den Tag genau 66 Jahre nach Ausrufung der Labinska Republika traten diese am 8. April 1987 in den Ausstand. Ihre Forderungen waren 100prozentige Lohnerhöhung und Entlassung des Fabrikdirektors und des Betriebsleiters (taz, 4.5.1987). Der Streik zeugte von tiefem Misstrauen gegen das Selbstverwaltungssystem. Die Mitbestimmung der ArbeiterInnen im Betrieb erwies sich als bloße Rhetorik. Bei verschiedenen Befragungen gaben 58 % der ArbeiterInnen an, sie besäßen in ihren selbstverwalteten Betrieben überhaupt keinen Einfluss auf Entscheidungen. Bei politischen Abstimmungen würden doch nur “die Beschlüsse und Interessen von engen, einflussreichen und mächtigen gesellschaftlichen Gruppen durchgesetzt”, meinte die Hälfte der Interviewten (ebenda).

Die Lage in Labin spitzte sich zu. Die Regierung wollte auf die Anforderungen der ArbeiterInnen nicht eingehen und drohten sogar, den Streik gewaltsam zu brechen.

Die BergarbeiterInnen drohten ihrerseits für den Fall der Nichterfüllung ihrer Forderungen mit kollektivem Hungerstreik und der Sprengung einiger Kohlenschächte. Der Streik nahm aber zunehmend organisierte Formen an. Aus allen Teilen Jugoslawiens eilten Delegationen von Bergwerksleuten nach Labin und sagten ihnen Solidaritätsstreiks zu, sollten Sicherheitsorgane sie gewaltsam bezwingen (taz, 12.5.1987). Es wurde aber eine Mediensperre eingeführt, und die Medien berichteten nicht über alle Einzelheiten. Der Streik wurde nach 34 Tagen beendet. Um eine weitere Eskalation zu vermeiden, wurde den Anforderungen der ArbeiterInnen weitgehend zugestimmt. Die beiden höchsten Fabrikdirektoren reichten freiwillig ihren Rücktritt ein, die Löhne wurden mit sofortiger Wirkung um 46,5 % angehoben und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Aussicht gestellt (taz, 13.5.1987).

Mit dem späteren Vorgehen in Labin zeigten sich die ersten Anzeichen der Kanalisierung der sozialen Revolte in die nationalistische Bahn. Dazu schreibt die Zeitschrift Wildcat:

“Die streikenden Arbeiter waren überwiegend Bosnier. Die Bosnischen Arbeiter machten üblicherweise die miesen Jobs und waren außerdem von den traditionellen Verhandlungsmechanismen teilweise ausgeschlossen: zum einen weil sie aus einer anderen Republik kamen, zum anderen weil die Arbeiterselbstverwaltung insgesamt eine Domäne der höher qualifizierten ArbeiterInnen war. Die bosnischen Bergarbeiter forderten von der Republikgewerkschaft – also vom kroatischen Staat – Kredite für den Wohnungsbau zuhause in Bosnien. Außerdem verlangten sie die Bezahlung der Streiktage, was bis dahin in Jugoslawien nicht üblich war – und auch nicht nötig, wenn die Streiks nur zwei Stunden oder einen Tag dauerten. Eines der beiden Bergwerke wurde Anfang 1988 dichtgemacht, um das Unruhepotenzial, d.h. die Bosnier rauszukriegen (Wildcat Nr. 61, April/Mai 1993, S. 5/6, zitiert nach: Die Ethnisierung des Sozialen, Teil III).

2.3 Die Blockierung des ökonomischen Systems und die nationalistische Wendung der Unzufriedenheit

2.3.1 Die ökonomische Blockade

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur über Jugoslawien wurden in den 80er Jahren die niedrige Arbeitsproduktivität und die ständig steigenden Inflationsraten als Kernursachen der jugoslawischen Krise genannt. Liliana Djekovic schrieb dazu:

“Aus der Tatsache, dass die Arbeitslosenquote zwischen 1985 und 1988 in Jugoslawien bei wachsender Bevölkerung sowie stagnierendem Sozialprodukt stabil bleibt, kann auf ein deutliches Absinken der ohnehin niedrigen Arbeitsproduktivität geschlossen werden. Die Arbeitsproduktivität fällt in Jugoslawien seit 1960 permanent ab, bei bis Mitte der achtziger Jahre steigender Arbeitslosigkeit” (Djekovic 1991, 137).

Trotz der sinkenden Arbeitsproduktivität wuchsen die Nominallöhne. Die massive Senkung des Lohn- und Lebensstandardniveaus wurde hauptsächlich durch steigende Preise für Benzin, Strom und Nahrungsmittel erzwungen. Aufgrund des politischen Systems konnte es nicht zu Massenentlassungen kommen. Für die Ökonomen, die von der neoklassischen Schule ausgingen, war die “Überbeschäftigung” die Hauptursache des Problems. Nach ihnen waren es einfach zu viele Leute beschäftigt und verursachten zu hohe Kosten.

In Jugoslawien bestand aber ein ökonomischer Mechanismus, der trotz der Eingriffe des IWFs und des westlichen Kapitals zu sinkender Produktivität führte, der auf folgende Art und Weise funktionierte: Ein Betrieb macht langfristig Verluste (aus verschiedenen Gründen), und es werden Versuche gemacht, ihn über Kreditaufnahmen zu modernisieren. In den meisten Fällen gelingt es aber nicht, die Kosten zu senken oder den Absatz zu steigern. Nach marktwirtschaftlichen Gesetzen müsste der Betrieb in Konkurs gehen. Stattdessen kann er sich dank der Verbindungen zu Banken und politischer Verwaltung weiter verschulden. Dies passiert in Jugoslawien massiv und in tausenden von Betrieben. Der Reallohn der ArbeiterInnen ist zwischen 1980 und 1986 um 40 % gesunken (vgl. Die Ethnisierung des Sozialen, Teil III), und der nicht mehr durch Selbstverwaltung zu kontrollierende Druck der ArbeiterInnen wächst. Die Arbeiterselbstverwaltung rekrutierte sich aus höheren Schichten der Klasse, vor allem aus dem Management. Gegen sie sowie den politischen bürokratischen Apparat richtete sich die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen. Diese lokalen Eliten waren aber gleichzeitig an der Erhaltung der örtlichen Arbeitsplätze – dem “Standorterhalt” – interessiert. Da die Banken der Republiken politisch unabhängig von Belgrad waren, konnte es ihnen, durch halblegale und illegale Formen gelingen, weiter zu “frischem” Geld zu kommen, was

die Inflation noch weiter in die Höhe trieb. Außerdem übten die Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit Druck auf die Betriebe aus, zusätzliche ArbeiterInnen einzustellen, auch wenn die Betriebe bereits Überbeschäftigung aufwiesen und die Löhne unter der Armutsgrenze fielen³⁴. Im Stabilisierungsprogramm war eigentlich vorgesehen, dass die überflüssige Arbeitskraft im schnell entwickelten Privatsektor absorbiert wird. In der Realität entschieden die Kommunen über die Entwicklung des privaten Sektors. Die örtlichen Funktionären standen meistens seiner Ausweitung im Wege³⁵. Die IWF-Anpassungsprogramme zielten aber genau in diese Richtung: die öffentliche Verkündung der Abschaffung des Vorrangs des gesellschaftlichen Eigentums und Erreichung eines gesellschaftlichen Konsenses darüber. Die Bürokratie saß zu dieser Zeit zwischen zwei Stühlen. Der größte Teil des Managements vertrat, bewusst oder nicht bewusst, die neoklassische Wirtschaftstheorie und wollte einen von außen gesteuerten Übergang in ein "echtes" Marktwirtschaftssystem (vgl. Moneta 1992, 103). Die Frage war, auf welche Art und Weise das geschehen soll. Die Binnenverschuldung wuchs jährlich um 2 bis 3 Mrd. Dollar, und spätestens 1987 wird die Krise in der Weltpresse offen als Unregierbarkeit verhandelt (vgl. Die Ethnisierung des Sozialen, Teil III).

Bis 1987 waren die Banken in der Lage, ihre Bilanzen so zu gestalten, dass der Verlust nicht zum Zusammenbruch des gesamten staatlichen Bankwesens führte. Mit der Zeit akkumulierte sich das Krisenkapital, und den ausgegebenen Krediten stand kein realer Gegenwert gegenüber. Das äußere Merkmal dieser Entwicklung war ein negativer Realzins, d.h. die Inflation stieg schneller als die Zinsen. Der IWF bestand auf der Einführung eines positiven Realzinses, was bedeutet hätte, den Diskontsatz im Herbst 1987 auf 130 % zu heben. Anstatt der Banken und damit des politischen Regimes sollten die Betriebe pleite machen, indem sie die Zinsen nicht hätten bezahlen können.

2.3.2 Der Crash von "Agrokomerc"

Und tatsächlich kam es in Bosnien-Herzegowina zu einem Unternehmens-Crash und gleichzeitig zum größten Finanzskandal der Geschichte Jugoslawiens (taz, 27.8.1987). Das

³⁴ Schätzungsweise konnten in den 80er Jahren nach strenger Anwendung der marktwirtschaftlichen Kriterien mindestens 1,7 Millionen Beschäftigten im sozialistischen Sektor entlassen werden ohne Senkung der Produktion (zitiert nach: Die Ethnisierung des Sozialen, Teil III).

³⁵ Gabrielle Herbert weist im Interview mit J. Moneta auch auf das alte Zadruga-Element hin: "Es gibt eine Art ‚Familienkorruption‘, was sich in der Beschäftigungspolitik der Betriebe äußerst problematisch auswirkt. Betriebe verhalten sich häufig wie die alten Familienstrukturen – die serbischen "Zadugas" (Genossenschaft) ... Negativ jedoch ist, dass vor allem Freunde und Verwandte untergebracht werden. Die Wartelisten auf den Arbeitsämtern werden schlicht ignoriert" (Moneta 1992, 107).

Unternehmen "Agrokomerc" aus der kleinen westbosnischen Stadt Velika Kladusa hatte 13.500 Beschäftigte, war ein landesweit renommierter Agrokonzern und gleichzeitig Entwicklungsprojekt in Bosnien-Herzegowina. An ihm wurde der Zusammenbruch von Bank, regionaler Parteispitze und Betrieb exemplarisch manifest. Äußerlich bestand der Skandal darin, dass das Unternehmen ungedeckte Schecks in Höhe von 1,5 Mrd. Mark nicht bezahlen konnte, was zudem noch die Existenz der 63 landesweit in die Affäre verwickelten Banken aufs Spiel setzte (taz, 14.9.87). Bosnien-Herzegowina konnte der Forderung des Unternehmens zur Umschuldung der kurzfristigen Kredite in langfristige nicht nachgeben, so dass die Belgrader und Zagreber Banken sowie die Bundesregierung hätten einspringen müssen. Diese waren aber zu einer Umschuldung nicht bereit. In der Folge musste der bosnisch-herzegowinische Vertreter im jugoslawischen Präsidium Hamdija Pozderac, der im nächsten Jahr der Präsident geworden wäre, zurücktreten (ebenda). Weiterhin wurden der Generaldirektor Fikret Abdic und weitere 100 Leute verhaftet, der Präsident der Nationalbank der Teilrepublik wurde entlassen. Der ganze Konzern sollte in Konkurs gehen, der gesamten Region drohte ein Rückfall in eine soziale Misere. Die serbischen Banken bekamen seitens ihrer PolitikerInnen den Hinweis, sie sollten die bosnischen Wechsel nicht mehr annehmen. Die Regierung in Sarajevo wehrte sich gegen das Gleichsetzen von "Agrokomerc" mit der Teilrepublik.

Obwohl in anderen Republiken mit der Geldschöpfung im Prinzip nichts anders lief, ereignete sich dieser exemplarische Crash in Bosnien-Herzegowina. Das war nicht zufällig. Diese Teilrepublik galt nicht nur geographisch als wichtigstes Bindeglied Jugoslawiens. Wegen seiner Bevölkerungsstruktur (im Jahr 1991 44 % Muslime, 33 %, Serben, 17 % Kroaten und 6 % andere Nationalität) wurde sie oft als das kleine Jugoslawien bezeichnet. Diese Republik hätte und hat der nationalistischen Teilung Jugoslawiens den größten Widerstand entgegengesetzt. Strategisch bestand der Plan zur Aufteilung des Gesamtstaates bereits zu diesem Zeitpunkt in den Köpfen der PolitikerInnen im Norden. Nach diesem Plan sollte das Territorium dieser Republik zwischen einem vergrößerten Serbien und einem vergrößerten Kroatien aufgeteilt werden. Das war der wichtigste Grund, weshalb dieser "Staatsbankrott auf Teilrepublikebene" (Die Ethnisierung des Sozialen, Teil III) durchgezogen wurde.

2.3.3 Nationalismus als Ausweg für die Elite

Hunderte von berechtigten sozialen Protesten im ganzen Land gingen weiter. Sie waren gegen Verarmung, Existenzgefährdung gerichtet, aber auch gegen diejenigen, die sich in den 70er

und 80er Jahren auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung materiell bereicherten und zusätzlich viele anderen Privilegien für sich sicherten. Nachdem die Proteste in den Jahren 1987 und 1988 außer Kontrolle zu geraten drohten, haben im Jahr 1988 die lokalen Eliten die letzte Chance ihrer Rettung darin gesehen, die sozialen Proteste in nationalistische umzuleiten.

Im Jahr 1988 stellten Slowenien und Kroatien ihre Einzahlungen in den Gesamtjugoslawischen Entwicklungsfonds ab und plädierten für einen jugoslawischen Staatenbund und eine weitgehende Weltmarktintegration und Anbindung an die EG (vgl. Analyse und Kritik (ak) 340,1992, 17). Die PolitikerInnen der nördlichen Republiken "erklärten" in ihrem Populismus ihrer Nation, dass sie die Sozialpolitik nicht mehr finanzieren wollen (daher musste der Crash von Agrokomerc inszeniert werden). Vor den Massen unzufriedener ArbeiterInnen machten sie immer wieder die anderen Republiken – d.h. die anderen Nationen – für die Misere in Slowenien und Kroatien verantwortlich. Ihrem Volk versprachen sie Sanierung mit Europas Hilfe, während der Rest seinem Schicksal der "Unterproduktivität" überantwortet wird und der weiteren Krise überlassen werden kann. Die Strategie der serbischen Seite zielte auf den Erhalt des Gesamtstaates gegen eine Wegrationalisierung und Schrumpfung. Der zentrale Staatsapparat in Belgrad war nämlich mehrheitlich von SerbInnen besetzt und die serbische Elite wollte dadurch ihre materiellen Privilegien erhalten. In den Teilrepubliken blieb der Nationalismus das einzig verbliebene soziale Bindeglied zwischen unten und oben.

Das Jahr 1987 endete mit der Entmachtung des vermittelnden Flügels innerhalb der serbischen KP und mit der Machtübernahme von Milosevic, der ab 1988 den Nationalismus zur Durchführung seiner Ziele benutzt.

"Der Weg in den Krieg war damit vorgezeichnet, weil ein friedliches Teilungsarrangement zwischen den Republiken keine soziale Neuordnung und keine Zerstörung der Klasse und ihrer Kämpfe gebracht hätte. Die regionalen Eliten wären nun erst recht die Gegner im Klassenkampf geworden und hätten ihre Grenzträgerfunktion ausgespielt. Nur im Krieg gegen die Bevölkerung konnte der Sozialismus abgeschafft werden und die Deregulierung durchgesetzt werden" (Die Ethnisierung des Sozialen, Teil III).

2.4 Das Ende des Selbstverwaltungssozialismus

2.4.1 Jugoslawismus unter dem Vorzeichen marktwirtschaftlichen Wandels – die kurze Ära des Ante Markovic

Im Dezember 1988 trat erstmals nach nur zweijähriger Amtszeit eine jugoslawische Regierung zurück. Damit scheiterte auch das von Ministerpräsident Branko Mikulic entwickelte Modell der "verabredeten Ökonomie" (dogovorna ekonomija), nach dem die Wirtschaftssubjekte durch gegenseitige Kooperation Auswege aus der Krise suchen sollten. Die Appelle an die Wirtschaftssubjekte, sie sollen miteinander kooperieren, gleichzeitig auf dem Markt jeder für sich agieren und gegeneinander konkurrieren, konnte keinen Erfolg haben. Die Inflation kletterte im Dezember auf 250 % (vgl. Lohoff 1996, 116), die offizielle Arbeitslosigkeit betrug im Landesdurchschnitt 16 % (vgl. Djekovic 1991, 137), und die Reallöhne waren um mehr als ein Drittel niedriger als 1979 (ebenda, 139). Die Auslandverschuldung stieg auf 21 Mrd. Dollar, und nachdem Jugoslawien viele wirtschaftspolitische Auflagen nicht einhalten konnte, drohte der IWF mit einem Abbruch der Beziehungen (vgl. Thörner 1999, 102). Die eigentliche Ursache für das Scheitern der Regierung war die Zinspolitik für hochverschuldete Betriebe und damit die steigende Inflation. Um die Löhne der streikenden ArbeiterInnen zahlen zu können, waren immer wieder neue Banknoten gedruckt worden. Diese Politik war nicht mit dem Marktwirtschaftsprogramm vereinbar, dessen Durchführung den Zugang zu den internationalen Hilfgeldern garantierte.

Neuer Ministerpräsident wurde im Frühjahr 1989 der Kroat Ante Markovic. Als Wunschkandidat Sloweniens und Kroatiens – aber auch des IWF und der USA –

setzte er sich gegen den serbischen und montenegrinischen Kandidat Borisav Jovic durch ³⁶.

Die Regierung Markovics schlug einen neuen Kurs ein, der unter dem Namen “Sozialismus neuen Typs” propagiert wurde. Das bedeutete nichts anderes als ein strenges marktwirtschaftliches Schockprogramm und den Abschied vom Selbstverwaltungssozialismus. Markovic gehörte jedoch nicht zu den Gegnern des Einheitsstaates, sondern plädierte für einen zusammenhängenden jugoslawischen Markt, damit sich “Waren, Kapital und Arbeit frei bewegen können.”

Zu den zentralen sofortigen Maßnahmen der neuen Regierung gehörten die Freigabe der Preise und Anpassung der Zinssätze an das EG-Niveau³⁷.

Diese beiden Maßnahmen hatten katastrophale wirtschaftliche Folgen. Die Einführung positiver Zinsen als einer Art wirtschaftliches Realitätsprinzip führten zur völligen Demontage der jugoslawischen Wirtschaft. Da nicht nur nach den ökonomischen Kriterien unterproduktive, sondern ganze Sektoren wechselseitig verschuldet und deshalb zahlungsunfähig waren, konnte eine restriktive Geldpolitik auf keinen Fall zwischen lebensfähigen und vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt lange “überfälligen” Firmen unterscheiden. Mit dieser Maßnahme waren insbesondere die Betriebe in Serbien und den südlichen Republiken betroffen, weil bei ihnen die gegenseitigen Zahlungsrückstände unübersehbare Ausmaße angenommen hatten.

Auch die zweite Maßnahme – die Freigabe der Preise – schlug fehl. Mit der Aufhebung der Preisbindung wollten die Regierung und der IWF die wirtschaftlichen Beziehungen normalisieren. Da aber der jugoslawische Markt in fast allen zentralen Sektoren von Monopolanbietern beherrscht wurde, konnten nach diesem Schritt die Inlandspreise beliebig nach oben gehen. Diese Entwicklung beschleunigte weiter die Inflation. Die Inflationsrate betrug zum Beginn der Reformen 467 %, im Mai 1989 überschritt sie bereits die 600 %-, im September die 1000 %-Marke, und geriet so völlig außer Kontrolle (vgl. Lohoff 1996, 125). Die Folge der Hyperinflation war die

³⁶ Turnusgemäß hätte Jovic Ministerpräsident werden sollen. Nach den langen Verhandlungen und schließlich der Abstimmung setzte sich Markovic durch. Entscheidend dafür war, dass die VertreterInnen von Bosnien-Herzegowina und Mazedonien im Bundesparlament zum größten Teil ihre Stimme Markovic gaben.

³⁷ Die Einführung realer Zinssätze war in ein breiter angelegtes und von IWF abgesegnetes Konzept zur Sanierung des Bankwesens eingebunden. Die Weltbank stellte 1 Mrd. Dollar zur Installierung funktionsfähiger Banken. Dagegen wollte Markovic mit Einführung realer Sollzinsen eine ökonomische Grundlage für das Bankwesen schaffen. Die staatlichen Geldinstitute sollten nicht länger mit ihren Zuschüssen die unrentablen Betriebe über Wasser halten.

Entwertung der jahrelang angesparten Dinar-Sparguthaben der jugoslawischen Bevölkerung. Symptomatisch ist, dass dasselbe nach 1989 in allen "Reformstaaten" beobachtet werden konnte³⁸. Dazu erläutert Hannes Hofbauer:

"Die Hyperinflation diente zur Abschöpfung jener Geldmengen, die im neuen, konvertibel ausgerichteten System auch in ihrer Nachfragefunktion nicht mehr gebraucht würden. ... Nicht dollarisierbare Geldmengen waren für den Weltmarkt insofern gefährlich, als Investitionen oder Importe in ein Land ohne entsprechende Dollar- bzw. DM-Konvertibilität keinen kapitalistischen Sinn ergaben. Deshalb mussten die angesparten Werte der Bevölkerungsmehrheit enteignet werden (Hofbauer 1999, 55).

Im gleichen Jahr leitete die Markovic-Regierung auf Rat westeuropäischer und US-amerikanischer Berater das Finanzhandelsgesetz ein, mit dem Zweck, die Konkursentwicklung der Unternehmen zu beschleunigen. Das Gesetz verlangte, dass Unternehmen, die länger als 30 Tage innerhalb einer 45-Tage-Periode zahlungsunfähig waren, innerhalb der nächsten 15 Tage mit den Geldgebern beratschlagen mussten. Dieser Mechanismus ermöglichte es den Kreditgebern (einschließlich einheimischen und ausländischen Banken), ihre Kredite in Kontrollanteile bei den zahlungsunfähigen Unternehmen umzuwandeln. Die Regierung verlor nach dem Vollzug des Gesetzes jede Interventionsmöglichkeit. Im Falle, dass es zu keiner Einigung kam, wurde der Konkurs eingeleitet, wobei die Beschäftigten in der Regel ohne Abfindungszahlungen blieben (vgl. Chossudovsky 1999 (1), 226). Nach den Angaben des jugoslawischen Bundesministeriums für Industrie und Energie gingen infolge dieses Gesetzes 222 Betriebe in Konkurs und wurden 26 Betriebe liquidiert. Von den Maßnahmen waren 89.400 Beschäftigte betroffen (ebenda, 227).

Gleichzeitig wurden durch ein Unternehmensgesetz die "Basisorganisationen der Assoziierten Arbeit" (OOUR) aufgelöst. Nach dem neuen Gesetz sollten diese in privatkapitalistische Unternehmen umgewandelt werden, wobei der Arbeiterrat durch einen "Sozialrat" unter Kontrolle der Betriebseigner und ihrer Geldgeber ersetzt

³⁸ So war eine der ersten Maßnahmen von Jelzins Regierung in Russland die Freigabe der Preise. Die Reformen wurden in Zusammenarbeit mit IWF-Beratern durchgeführt mit dem Ziel der "Öffnung und Integration in den Weltmarkt". Demzufolge erhöhten sich die Preise in Russland im Jahr 1992 bis zu 2500 %. Das bedeutete eine große Enteignung des Vermögen der Bevölkerung. Die Sparguthaben der russischen BürgerInnen waren nicht das Altpapiers ihrer Sparbücher wert (vgl. Schmid 1998, 2 ff.).

werden sollte³⁹ (vgl. Thörner 1999, 104).

Infolge des oben genannten Bankgesetzes wurden die gesellschaftseigenen “Genossenschaftsbanken” liquidiert. Mehr als die Hälfte aller Banken des Landes wurden aufgelöst. Das komplette Bankensystem, bestehend aus der jugoslawischen Nationalbank, den Nationalbanken der acht Teilrepubliken und autonomen Provinzen sowie den Handelsbanken, war unter der Leitung der Weltbank zerschlagen worden (vgl. Chossudovsky 1999 (1), 226).

2.4.2 Die Schock-Therapie und der ökonomische Zusammenbruch

Im Dezember 1989 erließ die jugoslawische Regierung ein neues, mit dem IWF bis ins Detail abgestimmtes, “Antiinflationsprogramm”. Der Dinar wurde im Verhältnis 1:7 an die D-Mark gekoppelt und bis Mitte 1990 wurden alle Löhne und viele Preise eingefroren. Der IWF sicherte einen wiederholten Stand-by-Kredit in Höhe von 600 Millionen Dollar zu und ermöglichte die gerade überfällige Umschuldung der Auslandsverbindlichkeiten (vgl. Brey 1991 (1), 422). Dieses Konvertibilitätspaket wurde als “Sachs-Programm” bekannt, benannt nach dem US-Ökonomen Jeffrey Sachs, der von der Markovic-Regierung als Berater engagiert worden war und schon für die Regierungen in Bolivien und Polen Programme zur Umsetzung der IWF-Auflagen entworfen hatte.

Das Wirtschaftsprogramm sorgte zunächst für eine Senkung der Hyperinflation. Die Inflation fiel drastisch ab und erreichte im Juni 1990 mit minus 0,3 Prozent einen absoluten Tiefpunkt (ebenda, 423). Die “Nebenwirkungen” waren aber für die jugoslawische Wirtschaft genauso verheerend wie vorher die Inflation. Alle Landesteile waren durch das Programm benachteiligt. Die nördlichen Republiken mussten schwere Exporteinbußen (74%) hinnehmen, weil sich ihre Ware wegen des unrealistischen Wechselkurses auf dem Weltmarkt verteuerte und sie gezwungen waren, unter ihren Entstehungskosten zu verkaufen. Aus demselben Grund ging die Zahl der Übernachtungen in Kroatien um ein Drittel zurück. Die Preispolitik des Programms benachteiligte in noch stärkerem Maße Serbien als den größten Rohstoff- und Lebensmittellieferanten des Landes.

Viele Betriebe versuchten, den Konkurs zu umgehen, indem sie die Lohnzahlungen aussetzten. Eine Million ArbeiterInnen, was etwa 20 % der Industriearbeiterschaft entsprach,

³⁹ “Das Ziel war, die jugoslawische Ökonomie einer massiven Privatisierung zu unterwerfen und den öffentlichen Sektor aufzulösen. Wer sollte das durchführen? Die Bürokratie der kommunistischen Partei, insbesondere in Militär- und Geheimdienstkreisen, wurde umworben. Ihr wurde (vom IWF, d.A.) politische und wirtschaftliche Unterstützung unter der Bedingung angeboten, dass eine umfassende Abschaffung sozialer Rechte für die jugoslawische Arbeiterschaft umgesetzt wird” (Originalquelle: Dimitrije Boarov: A Brief Review

erhielten in den Anfangsmonaten des Jahres 1990 keine Löhne (vgl. Chossudovsky 1999 (1), 227). Die Reallöhne befanden sich im freien Fall, die Sozialprogramme waren zusammengebrochen, und die Arbeitslosigkeit wuchs aufgrund der Pleiten von Industrieunternehmen. Anfang März standen 2.760 Firmen mit 1,1 Millionen MitarbeiterInnen in Konkurs (Handelsblatt, 9.3.90). Nach Schätzungen der Weltbank gab es im September 1990 noch 2.435 Unternehmen, die "Verlust" machen bei einer verbliebenen Gesamtzahl von 7.531 Betrieben. Für diese Firmen, mit einer Gesamtzahl von 1,3 Millionen ArbeiterInnen, sollten Konkursverfahren eingeleitet werden. Wenn bedacht wird, dass vor September 1990 bereits 600.000 ArbeiterInnen entlassen worden waren, ergibt sich aus diesen Zahlen, dass IWF und Weltbank ca. 1,9 Millionen von insgesamt 2,7 Millionen jugoslawischen IndustriearbeiterInnen als "überflüssig" einstufen (vgl. Thörner 1999, 108). Diese Faktoren schufen in der Bevölkerung eine Atmosphäre sozialer Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Dazu kam noch die größte Enteignungsaktion der jugoslawischen Geschichte: Im November 1991 musste Markovic gestehen, dass 18 Milliarden Mark an Guthaben von Devisenkonten zum Zwecke der Schuldentrückzahlung, Haushaltsdefizitdeckung etc. ausgegeben worden waren, und eine Rückzahlung "bis auf weiteres" nicht möglich ist.

Trotz der Aktivitäten der Bundesregierung konnte diese die Lage immer weniger kontrollieren, weil sie seitens der Republiken konsequent ignoriert wurde. Weder führten diese die von der Zentralregierung beschlossenen Vorgaben aus, noch kamen sie ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Gesamtstaat nach. Zwischen den Republiken selbst herrschte bereits ein regelrechter Wirtschaftskrieg. Slowenien und Serbien boykottierten einander schon seit 1989/90; die Wirtschaftspolitik der Republiken bestimmten gegenseitige Einfuhrverbote. Zu diese Lage schrieb der Ökonom Mladen Lazic folgendes:

"Die verfeindeten Machthaber betrachteten die Wirtschaft von Anfang an als Mittel des gegeneinander geführten Kampfes, wobei die Schädigung des Gegners wichtiger zu sein schien als der eigene Nutzen; ein verhältnismäßig großer eigener Schaden, der infolge der Repressalien nicht ausbleiben konnte, wurde dafür im Kauf genommen" (zitiert nach: Domaschke/Schliewenz 1994, 26 f.).

Wie ernsthaft und gleichzeitig aussichtslos die Wirtschaftslage in Jugoslawien und in den einzelnen Republiken aussah, zeigt die Tabelle 5.

Tabelle 5: Ausgewählte Angaben über einzelne Republiken in der ehemaligen Föderation:

Republik/Autononomes Gebiet	Fläche in km ²	Einwohner in Mio. (1990)	BIP pro Kopf in \$	Ind.-Prod. 1991 zu 1990	Bruttoverschuldung in Mio \$*
Bosnien-Herzegowina	51.129	4,52	1.600	-24,0	1.677
Kroatien	56.538	4,69	3.400	-28,5	2.994
Mazedonien	25.713	2,13	1.400	-17,0	761
Slowenien	20.251	1,95	5.500	-12,4	1.788
Serbien**	88.361	9,88	2.200	-18,0	4.869
Kosovo	10.887	1,98	730	-20,0	726
Vojvodina	21.506	2,05	3.250	-14,0	841
Montenegro	13.812	0,64	1.700	-13,0	597
Jugoslawien ins.	255.804	23,81	2.600	-20,0	16.295

Quelle: Fischer Weltalmanach 1993, 411 f.

* Stand September 1990 ohne Aufteilung der nicht direkt zuzuordnenden Schulden auf Bundesebene (3.600 Millionen \$).

** inklusive Kosovo und Vojvodina

Serbiens Führung wollte die Politik der Bundesregierung nicht mehr weiterverfolgen, weil ihrer Republik in viel stärkerem Maße als den Nordrepubliken der Bankrott drohte. Im Herbst 1990 stellte Serbien seine Überweisungen an die Bundeskasse völlig ein. Im Januar 1991 bemächtigte sich Milosevic ohne Absprache mit der Bundesregierung der Notenbank und ließ für umgerechnet 1,8 Mrd. Dollar Dinar drucken. Damit wurden in den folgenden Tagen ausstehende Löhne von Staats- und Gemeindebediensteten ausbezahlt (vgl. Hofbauer 1999, 57). Das war der Todesstoß für den IWF-Sanierungsplan, der gerade auf Geldverknappungspolitik und Lohnkürzungen beruhte. Dieser Schritt stempelte Milosevic zum Feind der freien Marktwirtschaft. Damals mag im Westen der Meinungsumschwung vorbereitet gewesen sein, der letztlich zur Isolierung Serbiens geführt hat (ebenda). Jeffrey Sachs zog von Belgrad nach Ljubljana (Leibach), offensichtlich weil in IWF-Kreisen die Meinung herrschte, das Sanierungsprojekt sei in ganz Jugoslawien nicht mehr durchsetzbar. Außerdem zog der IWF Zahlungen in Höhe von 4 Mrd. Dollar zurück, die er bereits zugesagt hatte, während OECD, Weltbank und EG die Auszahlung eines Stand-by-Kredits von 2,5 Mrd. Dollar verweigerten (vgl. Lohoff 1996, 146). Spätestens damit hatte der jugoslawische Staat jede finanzielle Grundlage verloren und existierte nur noch formal.

2.5 Der Weg der Republiken in die Selbständigkeit

2.5.1 Die ersten Wahlen in Jugoslawien nach Abschaffung des Einparteiensystems

Der offene Wirtschaftskrieg, gegen den die Bundesregierung machtlos war, fand seinen Ausdruck auch in politischen Institutionen. Bevor der Staat zusammenbrach, löste sich der Bund der Kommunisten Jugoslawiens auf. Der XIV. außerordentliche Kongress des BdKJ brachte das Ende der Partei. Nach heftigen Diskussionen, bei denen es vor allem um die Aufhebung der von Serbien verhängten Wirtschaftsblockade gegen Slowenien ging, aber auch um die künftige Einrichtung der Föderation, verließen die slowenischen Vertreter den Kongress. Zuvor waren alle slowenischen Anträge von einer serbisch dominierten Mehrheit niedergestimmt worden (taz, 24.1.90). Ursprünglich hatte der Kongress das Machtmonopol der Partei abgeschafft und das Mehrparteiensystem eingeführt. Der Kongress wurde auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Er trat nicht mehr zusammen und ging in die Geschichte ein als letzter Kongress des BdKJ.

Im weiteren Verlauf verfolgte die slowenische Führung das Ziel einer Trennung von Jugoslawien und einer Integration in die Europäische Union. Kroatien fühlte sich von der serbischen Übermacht bedroht und folgte bald dem Vorbild seines Nachbarn. Das von Milosevic geführte Serbien versuchte, zur Not auch gewaltsam, den jugoslawischen Verbund zu erhalten. Während Montenegro die gleiche Sichtweise wie die serbische Führung vertrat, waren Bosnien-Herzegowina und Mazedonien unentschlossen. Einerseits balancierten sie zwischen den beiden Fronten, um eine Kompromisslösung zu erzielen, andererseits bereiteten sie sich auch langsam auf die Unabhängigkeit vor.

Im Frühjahr 1990 fanden in Slowenien und Kroatien die ersten Wahlen mit mehreren Parteien statt⁴⁰. In beiden Republiken gewannen die nationalistisch ausgerichteten Parteien, die sich klar vom jugoslawischen Sozialismus abgrenzten. In Slowenien erzielte das antikommunistische Zweckbündnis "Demokratische Opposition Sloweniens" (DEMOS) die absolute Mehrheit. Am 2. Juli 1990 verabschiedete das slowenische Parlament eine Deklaration, in der die staatliche Souveränität der Republik erklärt wurde, ohne formell die

⁴⁰ Das jugoslawische Parlament hatte zwar nach dem Ende des BdKJ ein Parteigesetz verabschiedet und das Mehrparteiensystem legalisiert und für den April 1990 Wahlen angesetzt. Diese kamen aber nie zustande.

Unabhängigkeit zu verkünden. Danach sollte Slowenien in Zukunft seine eigene Außen-, Wirtschafts-, Rechts- und Informationspolitik machen (vgl. Brey 1991 (2), 716).

In Kroatien stand bei den Wahlen die Lösung “der sogenannten kroatischen Frage” im Mittelpunkt. Damit war die angebliche Zurücksetzung der zweitgrößten jugoslawischen Republik “seit Jahrzehnten” gemeint. Träger dieses nationalistischen Gedankengutes war die “Kroatische Demokratische Gemeinschaft” (HDZ) des früheren Partisanengenerals Franjo Tudjman. Sie konnte schon im ersten Wahlgang die Abstimmung für sich entscheiden. Die Kommunisten als zweitstärkste Fraktion erreichten nur enttäuschende 10 % (ebenda, 711 f.).

Am 11. und 18. November fanden Wahlen in Mazedonien und Bosnien-Herzegowina statt. In Mazedonien gewannen die mazedonischen Nationalisten (VMRO) vor den Kommunisten und den Albanern, die in dieser Republik inzwischen 30 % der gesamten Bevölkerung stellten. In Bosnien-Herzegowina erlitten die Kommunisten eine weit empfindlichere Niederlage und errangen nur 14 Mandate im Parlament. Die große Mehrheit erhielten die nationalen Parteien. So errang die muslimische Partei SDA 86 die serbische SDS 70 und die kroatische HDZ 45 Sitze (ebenda, 713). Das entsprach ungefähr dem Anteil der drei Völker an der Bevölkerung in dieser Republik, so dass die Wahlen praktisch die Funktion einer Volkszählung erfüllten.

Völlig anders als im übrigen Jugoslawien endeten die ersten freien Wahlen in Montenegro und Serbien. Hier erzielten die bisherigen MachthaberInnen – die KommunistInnen unter Momir Bulatovic und die SozialistInnen unter Slobodan Milosevic – triumphale Ergebnisse.

2.5.2 Der endgültige Staatszerfall

Der politische Zerfall Jugoslawiens war nach den Wahlen unausweichlich, die Frage bestand lediglich darin, auf welche Art und Weise er geschehen würde. Die ökonomische Logik der nationalen Eliten war es, durch den Zugriff auf ein möglichst großes Stück des Konkurses des gesellschaftlichen Eigentums und durch Abschlagen der Verpflichtungen, die Bedingungen für das Überleben der nationalen Zentren sicherzustellen.

Die ökonomische Lage verschlechterte sich im Jahr 1991 weiter. Nach amtlichen Angaben standen 1.622 Betriebe mit 72.500 ArbeiterInnen vor dem Konkurs, weiteren 6.000 mit über 2 Mio. ArbeiterInnen wurden ebenfalls kaum Chancen auf ein Fortbestehen gegeben. Hunderttausenden Lohnabhängigen waren seit Monaten die Löhne nicht ausgezahlt worden. Die Gesamtkassen waren leer, und die Teilrepubliken zahlten nicht mehr ein (NZZ, 5.3.1991). Nach Angaben des zuständigen Parlamentausschusses benötigte der jugoslawische Staat ca. 4 Mrd. Dollar, um seine Außenliquidität zu bewahren (NZZ, 28.3.1991).

Zu diesem Zeitpunkt wurden Slowenien und Kroatien seitens der westlichen Medien bereits dem "westlich-bürgerlichen Lager" zugeordnet, während Serbien zum 1990 gar nicht mehr existierenden "östlich-sozialistischen Lager" gerechnet wurde (vgl. Thörner 1999, 108). Sämtliche Ereignisse wurden vereinfacht und ohne jede kritische Analyse als "Kampf der Demokratie gegen den Bolschewismus" dargestellt.

In Kroatien lebte, anders als im ethnisch homogenen Slowenien, eine knapp 600.000 Einwohner starke serbische Minderheit, die rund 12 % der Gesamtbevölkerung Kroatiens stellte⁴¹. Die nationalistische Welle und der antiserbische und antijugoslawische Fanatismus der AnhängerInnen der "Kroatischen Demokratischen Einheit" in Kroatien sowie die serbischen separatistischen Bestrebungen haben sich lange Zeit gegenseitig hochgeschaukelt. Bereits im Sommer 1989 kam es zu Massenprotesten der serbischen Minderheit gegen die kroatische Assimilierungspolitik und den "kulturellen Genozid". Ein Jahr später spitzte sich die Lage in der Krajina besonders zu. Es kam zur sogenannten "Balkanrevolution", als die Serben die Straßenbarrikaden errichteten.

Nach dem Wahlsieg der HDZ bereitete sich Kroatien auf den Krieg vor. Durch einen ständigen Zustrom an Waffen, Munition und Uniformen aus Deutschland und Österreich erhielt Kroatien Unterstützung. Der Vatikan gewährte Kroatien im Februar 1991 einen fast zinslosen Kredit in Höhe von 4 Mrd. Dollar. Das Geld, das erst nach zehn Jahren mit einem

⁴¹ Die überwiegende Mehrheit der Serben lebte in Ostslawonien und in der an Bosnien-Herzegowina grenzenden Krajina. Diese Gebiete waren Teile der ehemaligen österreichisch-ungarischen Grenze gegen die Osmanen.

symbolischen Zinssatz zurückgezahlt werden sollte, nutzte die kroatische Regierung zum Kauf von Waffen im Ausland (vgl. Thörner 1999, 110 f.).

Am 19. Mai wurde in Kroatien ein Referendum über die Unabhängigkeit durchgeführt, an dem sich nur die kroatische Bevölkerung beteiligte. 96 % der Wahlbeteiligten sprachen sich für die Unabhängigkeit aus (ebenda).

Im Juli 1991 reagierten die serbische Freischärler und die sie unterstützende Bundesarmee auf die kroatische Unabhängigkeitserklärung, indem sie den Krajina-Serben zu Hilfe eilten, womit der eigentliche jugoslawische Bürgerkrieg begann. Am 15. Januar 1992 wurden Slowenien und Kroatien von Deutschland und Österreich bzw. von den übrigen EU-Staaten international anerkannt.

Die alten und neuen politischen Eliten verfolgten eine Politik, die angesichts der verfallenden sozialen Ordnung das eigene politische Überleben sichern sollte. Die neuen sozialen Fronten wurden instrumentalisiert, und die verarmte und die unzufriedene jugoslawische Bevölkerung wurde entlang dieser Fronten gegeneinander ausgespielt. Die Machtinhaber konnten ihre Positionen nur durch Gewaltanwendung erhalten.

Für die politischen Eliten – gleich um welche Republik es sich dabei handelt – blieb die Verfügung über das gesellschaftliche Mehrprodukt entscheidend. Während des geltenden Rechts der Selbstverwaltung war dieses mittels politischer Funktionen gesichert und musste deshalb das politische Beziehungsgeflecht erhalten bleiben. Als die politischen Strukturen in konkurrierende Blöcke zerfielen, führte dies unausweichlich zum Kampf um den “eigenen” Wirtschaftsraum. Der Krieg war eine Folge der Tatsache, dass sich die Räume, in denen jeweils ein neues System errichtet werden sollte, territorial und in ihrer ethnischen Zusammensetzung überschneiden.

Viele AutorInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien wiesen in ihren Artikeln auf diese Zusammenhänge hin, wie z.B. Mladen Lazic:

“Die populistische kollektivistisch-nationalistische Mobilisierung der Bevölkerung bot den Führern und Herrschaftseliten in den einzelnen Republiken eine Legitimationsbasis. Der Genozid als Bodensatz der Vergangenheit, der von den Spitzen der Gesellschaft – in dem Verein mit der Intelligenz, den Medien usw. – ständig aufgerührt wurde, ‚würzte‘ diese Mobilisierung mit massiven Hass und Rachegefühlen. Die Förderer des Chauvinismus wurden gleichzeitig zu seinen Geiseln: Sie mußten ihre nationalen Programme ständig verschärfen (ein Abweichen davon wäre als ‚Volksverrat‘ ausgelegt worden), was zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen musste. ... Unter normalen Umständen hätte eine solche Verschlechterung der Lebensbedingungen sicher zu einer sozialen Revolte geführt. Aber in den ersten Monaten der Schaffung der ‚nationalen Souveränität‘ bot man der Bevölkerung eine Kompensation in Form von Symbolen – Fahnen, Hymnen, Wappen, Lieder etc. – an. Da sich Nahrung auf längere Sicht aber nicht durch Symbole ersetzen lässt

und dadurch das gesamte nationale Projekt in Frage gestellt worden wäre, zeigte sich die rettende Lösung in Form des Krieges: Die allgemeine Armut ließ sich nun als Folge der ‚fremden‘, vernichtenden Aggression und ‚unserer verzweifelten Anstrengung zur Erlangung und Bewahrung der Freiheit‘ darstellen” (Lazic 1992, 166 ff.).

3. Die Neuordnung in Europa und ihre Folgen für Jugoslawien

Der Krieg in Jugoslawien und die Entstehung neuer Staaten auf diesem Boden sollte nicht isoliert von der Einführung der neuen Welt- bzw. Europaordnung seit dem Zerfall des Sozialismus Ende der 80er Jahre betrachtet werden. In den Medien präsentierten sich die westlichen PolitikerInnen als neutrale Friedensstifter, die bemüht waren, die Konfliktparteien der jugoslawischen Krise “zur Vernunft” zu bringen und zu “friedlichen Lösungen” zu bewegen. Tatsächlich haben sie mit ihren Interventionen auf diplomatischer, militärischer und ökonomisch-sozialpolitischer Ebene die Eskalation des Krieges in Jugoslawien entscheidend beschleunigt. Den jeweiligen nationalen Machteliten ist es in Kooperation mit den internationalen Akteuren und Institutionen durch Ethnisierung von ursprünglich sozialen Konfrontationen gelungen, die Zusammenhänge unübersichtlich werden zu lassen. Das Ergebnis aller jugoslawischen Kriege im letzten Jahrzehnt ist die Zerschlagung und Neuzusammensetzung der jugoslawischen Gesellschaft und die Etablierung neuer, gewaltsam durchgesetzter und weniger widerständiger Sozialstrukturen. Eine solche Entwicklung hat die sogenannte “Internationale Gemeinschaft” durch ihre manchmal hilflos wirkende Verhandlungsdiplomatie entscheidend moderiert und gesteuert. Darauf weist der “Domino-Effekt” der jugoslawischen Kriegereignisse in Richtung von Westen nach Osten hin: Der erste, sogenannte “kleine Krieg” begann in Slowenien und dauerte eine Woche an (Juni/Juli 1991). Danach folgte der Krieg in Kroatien, der in seiner ersten Phase von Juni/Juli 1991 bis Januar 1992 andauerte. Er wurde im Mai und im August 1995 beendet, als die durch illegale Waffenlieferungen gestärkte kroatische Armee die serbisch besetzten Gebiete Ostslawonien und Krajina eroberte. Der Krieg in Bosnien-Herzegowina begann im April 1992 und endete im November 1995 mit dem Abkommen von Dayton. Der bis heute letzte Krieg im ehemaligen Jugoslawien fing im Sommer 1998 im Kosovo an und endete mit der NATO-Intervention gegen BR Jugoslawien, die vom März bis Juni 1999 dauerte.

Symptomatisch für alle Auseinandersetzungen ist es, dass es zu keiner gleichzeitigen Eskalation im gesamten ehemaligen Jugoslawien kam, sondern dass der eine Krieg anfang, als der andere beendet war. Diese Tatsache deutet darauf hin, dass dieser Krieg gesteuert und solange weitergeführt wurde, bis ein Ergebnis ausgekämpft und ausgehandelt ist, welches eine stabile “Neuordnung” der jugoslawischen Gesellschaft und des Balkanraumes versprach.

Dabei hat sich faktisch eine Aufteilung der Einflusszonen herauskristallisiert (vgl. Die Ethnisierung des Sozialen, Teil VII):

1.) Die deutsche Osteuropa-Politik forcierte eine selektive Angliederung derjenigen jugoslawischen Regionen an die EG, die die besten Voraussetzungen für ein kapitalistisch zu strukturierendes Akkumulationsregime vorwiesen. Sie unterstützte massiv und offensiv die entwickelten westlich-katholischen Teilrepubliken bei ihren Bemühungen, sich von den “subventionsbedürftigen” südlichen Regionen zu trennen.

2.) Die USA und die Mehrheit der EU-Staaten waren an einem “low-intensity”-Niveau des Krieges und seiner regionalen Begrenzung interessiert. Ihr Vorgehen beim Zerfall und der Neuordnung Jugoslawiens war eher zurückhaltend. Das macht sich z.B. bei der nicht völligen Isolierung des serbischen Regimes bemerkbar. Diese Strategie richtete sich offenbar gegen die Interessenpolitik des deutschen Kapitals, die bestrebt war, sich die voraussichtlich profitträchtigsten peripheren Regionen Osteuropas vorab zu sichern.

Eine ausführliche Analyse der Kriegereignisse und der westlichen Politik würde diese Arbeit überfrachten. Die aktive Rolle der deutschen Außenpolitik, insbesondere in bezug auf die schnelle Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, verdient aber bei der Analyse der politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in Kroatien entsprechende Berücksichtigung.

3.1 Neue Kräfteverhältnisse in Europa seit Anfang der 90er Jahre

Nach dem Zerfall der Sowjetunion haben sich die politischen Verhältnisse in Europa verändert. Insbesondere wuchs die politische Macht des wiedervereinigten Deutschland, nachdem es rund 50 Jahre lang blockiert war. Die großmachtpolitischen Ambitionen in Richtung Osten wurden offen diskutiert und realisiert. In vielen Strategiepapieren, Veröffentlichungen und Aussagen von führenden deutschen Politikern und Industriellen kann dieses Machtstreben belegt werden. So konstatierte der damalige Außenminister Klaus Kinkel in einem in der FAZ vom März 1993 veröffentlichten Aufsatz die beiden parallel zu meisternden Aufgaben für die Bundesrepublik:

“Im Inneren müssen wir wieder zu einem Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potenzial entspricht. Die Rückkehr zur Normalität im Inneren wie nach außen”.

Er definierte weiter die Perspektiven der Außen- und Weltpolitik Deutschlands:

“Wir sind aufgrund unserer Mittellage, unserer Größe und unseren traditionellen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa auch dazu prädestiniert, den Hauptvorteil aus der Rückkehr dieser Staaten nach Europa zu ziehen. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Stellung der deutschen Sprache und Kultur in Europa (...) Wir haben in die Wiedervereinigung eine Investition getätigt, die uns vorübergehend zu Einschränkungen zwingt, die sich in einigen Jahren auszahlen wird...”

Und noch weiter unten seine Forderung

“Wir müssen jetzt unsere Fähigkeit zur Normalität nach innen und nach außen unter Beweis stellen, wenn wir politisch nicht schwer Schaden nehmen wollen. Zu dieser Normalität gehört auch ein deutscher ständiger Sitz im Weltsicherheitsrat...” (Kinkel 1993).

Pünktlich zum Tag des Abzugs der letzten russischen Einheiten aus Deutschland (1. September 1994) veröffentlichte CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble zusammen mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundesfraktion Lamers ein Strategiepapier mit “Überlegungen zur europäischen Politik” (Überlegungen zur europäischen Politik. Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagfraktion vom 1. September 1994). Darin wurden die Ziele einer neuen deutschen Großmachtpolitik formuliert und die Bildung eines “Kerneuropas” mit Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten als Kern und Deutschland und Frankreich als “Kern des festen Kerns” gefordert. Im Papier wurde der Wille geäußert, nach fast 50 Jahren Abstinenz endlich wieder als kontinentale Ordnungsmacht aufzutreten. Schäuble und Lamers nennen als strategische Ziele neben der “Stabilisierung des Ostens” den Mittelmeerraum und die Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit der Türkei. Weiter wird im Papier betont, dass das Land “aufgrund seiner geographischen Lage und seiner Geschichte” zur Großmacht bestimmt ist. Falls Frankreich und die Benelux-Staaten der Bildung eines Kerneuropa nicht zustimmen, so könnte Deutschland “aus eigenen Sicherheitsgründen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europas alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen”.

Im Jahr 1991 prophezeite der Verleger Wolf Jobst Siedler:

“Wenn die Schwierigkeiten der Vereinigung überwunden sein werden – in fünf, zehn oder fünfundzwanzig Jahren, wird Deutschland gar nicht darum herumkommen, Osteuropa zu durchdringen, und wahrscheinlich wird ihm auf diesem Wege zufallen, was das Dritte Reich mit ein paar hundert Divisionen nicht erreichte – die Vorherrschaft in jenen unabsehbaren

Räumen zwischen Weichsel, Bug, Dnjepr und Don (...) Es wird für die Tschechoslowakei, für Ungarn, zum Teil auch für Polen die Führungsmacht sein” (Schwarz 1994, 251).

Die Bedeutung und Rolle Osteuropas aus Sicht der Verwertung des deutschen Kapitals brachte der IHK-Vorsitzende H.P. Stihl in seinem Artikel deutlich zum Ausdruck:

“Polen, Ungarn und die frühere Tschechoslowakei sind der Gemeinschaft ‚assoziert‘, also handelspolitisch eingebunden. Länder wie Estland, Lettland, Litauen und Slowenien werden folgen. (...) (Sie) sind auch als Produktionsstandorte interessant: sie liegen nah an der EG, die Türen der EG sind dank der Assoziierungsabkommen weitgehend offen, die Arbeitnehmerschaft ist qualifizierungsfähig, Steuern und Löhne niedrig” (Stihl 1993, 32).

Für Europa insgesamt “... muss ein Nebeneinander von unterschiedlichen Integrationsstufen – nach dem Muster ‚konzentrischer Kreise‘ – der Fortentwicklung der Gemeinschaft keineswegs abträglich sein” (ebenda, 33).

Was die “konzentrischen Kreise” mit abfallender wirtschaftlicher Intensität bedeuten könnten und welche Rolle Deutschland dabei spielen sollte, verdeutlichte der deutsche Unternehmensberater Roland Berger in einem Spiegel-Interview:

“Die Deutschen sollten sich auf ihre Stärke besinnen und sich von allem lösen, was andere auch und noch dazu billiger können. (...) Wir sind stark in allen wissenschaftsintensiven und kreativen Arbeiten, im Erfinden, Entwickeln, Konstruieren, in der Fertigung von technologischen Herzstücken und Spitzenprodukten. (...) Unsere Zukunft als Industrieland ist die eines Systemkopfes, aber nicht eines Herstellers von Profilstahl und eines Hemdennähers. (...) Der Weltmarkt wächst zu einer Einheit, und daher müssen wir die Arbeitsteilung unter den Ländern neu organisieren, nach dem Motto: Intelligenz in Deutschland, mehr Komponenten von draußen und mehr Montage vor Ort, im In- und Ausland (...)” (Der Spiegel, 18/1992, 154).

3.2 Die Legitimation der Zerstörung des jugoslawischen Staates

Eine zentrale ideologische Parole der jugoslawischen Desintegration ist die These vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker" gewesen, die ohne kritisches Hinterfragen als Recht auf Errichtung eines eigenen, ethnisch möglichst homogenen Nationalstaates vorausgesetzt wurde. Die im ersten Teil der Arbeit beschriebenen sozialen Konflikte, die auf Missstände und Ungleichmäßigkeiten wirtschaftlicher Art zurückzuführen sind, wurden auch seitens der internationalen – vor allem aber der deutschen – Politik als ethnische ausgegeben. Ähnlich wie bei den baltischen Republiken in der ehemaligen Sowjetunion, die ebenfalls innerhalb ihres Staates eine ökonomisch führende Stellung hatten, wurde die gleiche Argumentation auf die jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien angewendet. Dabei knüpfte die deutsche Politik an die inneren Widersprüche der Länder an, zum Zweck der Zerlegung oder Verkleinerung dieses Staates oder Staatenbundes bzw. der Herauslösung oder Abtrennung des betreffenden Teils eines solchen Staatenbundes. Weiteres Ziel der deutschen Politik ist es, die losgelösten Teile als wirtschaftlich und politisch abhängige Gebilde im Sinne der eigenen Großraumbildung anzugliedern (vgl. Göbel, 1997, 6f.). Unter der Parole vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker" wurde die Sezession der baltischen Staaten von der Sowjetunion ebenfalls unterstützt wie später die kroatische und slowenische Abtrennung von Jugoslawien. Es war nicht schwer vorherzusehen, dass die Volkszugehörigkeit als Kriterium für eine territoriale Einheit in einem gesellschaftlichen Raum wie dem Balkan nur in den Krieg führen konnte. Welche Ergebnisse eine solch einseitige Politik vorhergebracht hat, zeigt in tragischer Weise das Beispiel von Bosnien-Herzegowina, wo der jugoslawische Staatskonflikt zum mehrjährigen Bürgerkrieg eskalierte.

Die deutsche Presse unterstützte die Politik der Bundesregierung, wodurch die deutsche Öffentlichkeit auf die bevorstehenden Ereignisse vorbereitet wurde. So beklagt Viktor Meier in der *FAZ* die Haltung der USA und der EG, die zu lange versäumt hätten "den Serben" die Schuld an der Situation in Jugoslawien zu geben. Ihm zufolge blieb nichts anderes übrig, "als dass sich die neue Ordnung in Jugoslawien" auf Grund der Entwicklung der Machtverhältnisse und ohne Absicht auf eventuelle Folgen durchsetze. Er schließt mit den Worten: "Der jugoslawische Staat hat in einer bestimmten historischen Etappe seine Berechtigung gehabt. Jetzt hat er ausgedient" (Meier 1991).

Der Jugoslawien-Berichterstatter der *taz*, Erich Rathfelder, übt ebenfalls in seinem Kommentar zu den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens Kritik an der zögerlichen Politik des "Westens". Den jugoslawischen Einheitsstaat unter Tito bezeichnet er

als Diktatur und Völkergefängnis und fordert die EG auf, von der Vorstellung Abstand zu nehmen, den "längst ausgehöhlten Einheitsstaat" erhalten zu können (Rathfelder 1991).

In der deutschen Presse bildete sich allmählich eine Einheitsfront gegen alle Vermittlungsbemühungen für einen Erhalt Jugoslawiens. Um eine Berechtigung der slowenischen und kroatischen Sezessionsbestrebungen zu suggerieren, betonten deutsche JournalistInnen immer wieder angebliche kulturelle Unterschiede der jugoslawischen Bevölkerungsgruppen und stellten das Ganze als eine Frage der Zivilisation dar. Nach diesem Schema wurden Slowenen und Kroaten als "gut", europäisch und zivilisiert, die Serben hingegen als "böse", orientalisch und unzivilisiert dargestellt.

Diese deutsche Politik hatte mit den von ihr öffentlich proklamierten Prinzipien wie "Humanismus", "Menschenrechten" oder dem "Selbstbestimmungsrecht der Völker" wenig zu tun. Die aus dem antikolonialen Kampf stammende Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde im Fall Jugoslawiens zur reaktionären Parole, die auf tiefem rassistischen und völkischen Gedankengut basiert: Es wurde versucht "nachzuweisen", wie die Menschen verschiedener Herkunft, Sprache oder Religion, die fast fünfzig Jahre lang nach dem Zweiten Weltkrieg friedlich zusammenlebten, jetzt ihren "eigenen" Staat bräuchten, wobei der Vielvölkerstaat Jugoslawien als serbisch dominiertes "Völkergefängnis" bezeichnet wurde. Das Hauptproblem einer solchen Argumentation ist, dass dieses "Selbstbestimmungsrecht" den Völkern von der deutschen Außenpolitik äußerst selektiv und nach dem Kriterium der eigenen Interessenlage ausgelegt wurde (vgl. Göbel 1997, 11).

3.3 Die Rolle Europas bei der internationalen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens

Noch in der ersten Hälfte des Jahres 1991 hatten die zwölf Staats- und Regierungschefs der EG der jugoslawischen Regierung mitgeteilt, sie könne nur dann auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit und eine Assoziation mit der EG hoffen, wenn die "Einheit und territoriale Integrität" des Landes erhalten bleibe (vgl. Hort 1991, 579). Die Gemeinschaft werde die Unabhängigkeit erst dann anerkennen, wenn diese das Ergebnis interner Verhandlungen und Vereinbarungen sei. Zur Bekräftigung ihrer Position vergaben die EG-Regierungschefs am 24. Juni einen neuen Kredit in Höhe von mehr als 1,6 Mrd. DM an den jugoslawischen Gesamtstaat, womit, wie es in der Erklärung hieß, die Gemeinschaft die seit langem bestehende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Jugoslawien stärken wollte (vgl. Thörner 1999, 113). Diese Position der EG wurde auch seitens der USA unterstützt.⁴²

Die EG wurde in Deutschland wegen ihrer kompromissorientierten Haltung kritisiert. Die offizielle Wende der deutschen Politik erfolgte durch eine Erklärung Helmut Kohls am 1. Juli 1991. Dabei sprach sich der deutsche Kanzler nicht explizit für eine Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens aus, jedoch betonte er von nun an das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" als entscheidendes Kriterium der deutschen Politik im Jugoslawienkonflikt. Am gleichen Tag sprachen sich die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses überwiegend für eine Anerkennung Sloweniens und Kroatiens aus, falls es zu weiterer Gewaltanwendung durch die jugoslawische Armee kommen sollte (NZZ, 2.7.1991).

Diese Wende wurde zum Anlass, eine Sondersitzung der EG-Außenminister in Den Haag am 5.7.1991 einzuberufen. Die Deutschen wurden an die Gemeinschaftsdisziplin erinnert, weil der Fall Jugoslawien zur Spaltung der EG zu führen drohte. Der deutsche Außenminister Genscher gab diesem Druck nach und stimmte dem Abkommen von Brioni zu, das eine dreimonatige Aussetzung der Unabhängigkeitserklärungen vorsah (vgl. Thörner 1999, 130).

Die deutsche Seite setzte ihre Aktivitäten in Richtung der Anerkennung der westlichen jugoslawischen Teilrepubliken fort, trotz der Gegenhaltung der EG-Partner. Außenminister Genscher stand in täglicher Verbindung mit dem kroatischen Außenminister und ermutigte die Kroaten, die Föderation zu verlassen und ihre Unabhängigkeit zu erklären (vgl. Göbel 1997, 11). Als sich im November 1991 die Lage im jugoslawischen Krieg zuspitzte, erhöhte

⁴² So sprach sich der US-Außenminister Baker am 21. Juni 1991 gegen den Vollzug der Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens und forderte die Bewahrung der staatlichen Einheit. Auf der Pressekonferenz in Belgrad erklärte er: "Wir wollen nicht dass sich die Geschichte für Jugoslawien wiederholt (...) Wenn sich Slowenien in einigen Tagen unabhängig erklärt, werden wir diese Erklärung nicht anerkennen" (Hofbauer 1999, 58).

die Bundesregierung den Druck auf ihre EG-Partner, Kroatien und Slowenien anzuerkennen. Gleichzeitig bekräftigte die Bonner Regierung ihre Unterstützungsbereitschaft zugunsten Kroatiens durch einen Kredit in Höhe von 10 Mio. DM (Frankfurter Rundschau, 26.11.1991). Ohne in Details zu gehen, läßt sich resümieren, dass die deutsche Blockade-Politik in der Zeit vom Juli bis November 1991 ernsthafte EG-Vermittlungsbemühungen mit der Option auf Erhalt eines jugoslawischen Staates verhinderte. Folge einer solchen Politik ist eine starke Eskalation des Krieges, wozu die deutschen Waffenlieferungen und die deutsche Aufforderung an Kroatien, die Kämpfe fortzusetzen und dadurch die Anerkennung zu erreichen, entscheidend beitrugen (vgl. Göbel 1997, 9 ff.).

Trotz des heftigen Widerspruchs seiner EG-Partner, vor allem Frankreichs, erfolgte am 23. Dezember 1991 die versprochene Anerkennung Kroatiens und Sloweniens, und damit kam es zur absehbaren, vier Jahre anhaltenden Eskalation des jugoslawischen Bürgerkriegs. Auf diesem Weise ignorierte Deutschland sogar die Bedenken des damaligen UN-Generalsekretärs Perez de Cuellar, der in einem offenen Brief an den deutschen Außenminister Genscher vor einer "vorzeitigen selektiven und unabgestimmten Anerkennung" der beiden jugoslawischen Republiken warnte. Er schrieb weiter:

"Ich hoffe, dass Sie die große Besorgnis der Präsidenten von Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sowie vieler anderer zur Kenntnis genommen haben, wonach eine vorzeitige selektive Anerkennung die Ausweitung des gegenwärtigen Konflikts auf diese (politisch) hochgradig sensiblen Gebiete nach sich ziehen könnte."

Mit Verweis auf das Treffen der EG-Außenminister vom 8. November in Rom setzte de Cuellar fort:

"Wenn Sie sich bitte in Erinnerung rufen würden, dass die Erklärung der Zwölf in diesem Fall darauf abzielte, dass eine Anerkennung der Unabhängigkeit derjenigen Republiken, die das wünschen, nur im Rahmen einer umfassenden Lösung in Aussicht genommen werden kann..." (taz, 16.12.1991)

Am 15. Januar erfolgte schließlich die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die EG. Im Artikel "Deutsche Balkanpolitik unter Beschluss" in der "taz" vom 21. Juni 1993 wurde verdeutlicht, dass Hans Dietrich Genscher nicht nur List und moralischen Druck ins Spiel brachte, um seine EG-KollegInnen zu überzeugen⁴³:

⁴³ Die intensive Bemühungen der deutschen Außenpolitik in Richtung der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens beschränkten sich nicht nur auf die EG. Durch den weltweiten Druck des Außenministers Genscher, unter anderem auch auf die Drittweltländern, die zu diesem Zeitpunkt Stimmrecht im UN-Sicherheitsrat hatten,

“Nach Auskunft deutscher Diplomaten erreichte Bonn den Pariser Sinneswandel seinerzeit durch ‚übergroßes Verständnis‘ für die bis heute anhaltende französische Blockade eines GATT-Agrarkompromisses mit den USA. Die US-Regierung hatte damals mehrfach öffentlich die Erwartung geäußert, Kohl werde Mitterand zur Aufgabe dieser Blockade bewegen (...) Die Bedenken Londons gegen die schnelle Anerkennung überwand Kohl und Genscher im Herbst 1991, indem sie dem Wunsch der Regierung Major nach einer Ausnahmeregelung von den Sozialklauseln der Maastrichter Verträge zum Durchbruch verhelfen. Die Maastrichter Verträge wurden am 12. Und 13. Dezember abschließend verhandelt – zwei Tage vor dem EG-Beschluss zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Die Zustimmung der vier ärmeren EG-Staaten Griechenland, Spanien, Portugal und Irland erreichte die Bonner Regierung durch Zusagen für erhoffte deutsche Zahlungen an den EG-Ausgleichsfonds. Entsprechende politische Gegengeschäfte gab es im Zusammenhang mit den Maastricht-Verhandlungen auch mit Italien und den Niederlanden (taz, 21.6.1993).

Es lässt sich schlussfolgern, dass die Lenkung der EG-Politik, die die deutsche Außenpolitik durch intensive Aktivitäten erreichte, im jugoslawischen Konflikt dazu geführt hat, dass die gewachsenen überregionale Wirtschaftsstrukturen zusammengebrochen sind. Der Erhalt dieser Strukturen, trotz der Krise in den 80er Jahren, hätte diesen Staaten eine dem Westen gegenüber relativ unabhängige und eigenständige Entwicklung ermöglichen können. In kleine Einzelstaaten zersplittert, mit zerstörten Wirtschaftsstrukturen und mit einer auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähigen Industrie gerieten diese Staaten trotz ihrer formalen politischen Unabhängigkeit unter den Einfluss der entwickelten westlichen Industriestaaten der Europäischen Union.

Mit den neu entstandenen Staaten ging die EG-Politik, vor allem dank dem Einfluss der deutschen Seite, äußerst selektiv um. Die neuen Regierungen in Slowenien und Kroatien wurden von Beginn an und ohne jede Kritik, als europäisch, demokratisch und marktwirtschaftlich orientiert bezeichnet. Eine solche Politik des Westens

wurde erreicht, dass der Sicherheitsrat auf eine Resolution gegen solcher deutschen Politik bezüglich eines rechtmäßigen UNO-Mitglieds verzichtete (vgl. Spiegel Nr. 52/1991).

stimmte mit dem Unabhängigkeitsstreben der Eliten aus dieser Republiken überein. Im Unterschied dazu, wurden Serbien und Montenegro als “balkanisch”, undemokratisch und bolschewistisch dargestellt.

Welche Konsequenzen ein solches Vorgehen für die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung in Kroatien nach dem Erreichen seiner Unabhängigkeit hatte, soll die folgende knappe Analyse zeigen.

Teil II: Der Transformationsprozess in Kroatien 1990-2000

In diesem Teil der Arbeit wird die politische und wirtschaftliche Transformation analysiert sowie ihre sozialen Auswirkungen seit 1990 bis zum Machtwechsel im Jahr 2000 analysiert. Im Anschluss daran werden kurz die möglichen Perspektiven nach dem Machtwechsel angesprochen.

4. Die politischen Verhältnisse in Kroatien seit 1990

4.1 Tudjman und die HDZ

Die politische Entwicklung Kroatiens nach den ersten mehrparteiisch ausgerichteten Wahlen und dem Machtwechsel von 1990 wurde durch das ideologisch-politische Profil und die Präferenzen der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) und ihres Vorsitzenden Franjo Tudjman geprägt. Die HDZ wurde im Februar 1989 mit der finanziellen Hilfe der in Australien, Kanada, USA und anderen europäischen Ländern lebenden kroatischen Diaspora gegründet. Tudjman verfolgte drei Ziele: Kroatiens staatliche Unabhängigkeit, seine eigene führende Rolle in Kroatien und die Teilung Bosniens. In kaum mehr als einem Jahr machte Tudjman seine Partei zur führenden Kraft in Kroatien, wobei er unduldsam und skrupellos mit seinen GegnerInnen umging. Seine Verbindung zu nationalistischen Kreisen der Emigration, die ihn zu ideologischen, politischen und personellen Kompromissen zwang, wurde für den kroatischen Staat zu einer schweren Hypothek.

Die HDZ entwickelte sich aus einer rudimentären Partei kurz vor den Wahlen zu einer breiten bürgerlich-nationalistischen Bewegung, die mit ihrem nationalistischen Programm breite Schichten der Bevölkerung angesprochen hat. Diese Bewegung verfolgte zwei grundsätzliche Ziele: die staatliche Unabhängigkeit Kroatiens und die Zerschlagung des sozialistischen Regimes. Dabei appellierte sie hauptsächlich an nationale Gefühle und betrachtete sich als jene kroatische nationale Bewegung, die den "tausendjährigen Wunsch der Nation nach Selbstständigkeit" erfüllen wollte. Sie verherrlichte den mittelalterlichen kroatischen Staat und unterstrich die Zugehörigkeit der Kroaten zur westeuropäischen Kultur, die durch die katholische Kirche vermittelt wurde. Von den meisten gesellschaftlichen Bewegungen die Ende der 80er Jahre in Ost- und Mitteleuropa entstanden waren, unterschied sich die kroatische Nationalbewegung dadurch, dass sie von einer einzigen Partei und deren charismatischem Führer Franjo Tudjman angeführt wurde.

Tudjman war ein Repräsentant des kroatischen Kreises, der sich nach der Niederschlagung des "kroatischen Frühlings" 1970/1971 (vgl. Kapitel 1.4) herausgebildet hatte. Bei den

Wahlen im April/Mai 1990 errang Tujmans Partei über die Kommunisten und die von den führenden Personen des “kroatischen Frühlings” wie Miko Tripalo und Savka Dabcevic-Kucar geprägten Oppositionsparteien einen unerwartet hohen Sieg. Die HDZ gewann mit 42,3 % der Stimmen 55 Mandate und damit 68,8 % der Sitze. Der Bund der Kommunisten/Sozialdemokraten erreichte mit 35,3 % der Stimmen 20 von insgesamt 80 Mandaten der ersten Kammer⁴⁴. Die Koalition der Volksverständigung, die aus fünf bürgerlichen Parteien bestand, gewann mit 15 % der Stimmen lediglich drei Mandate, die serbische Demokratische Partei einen Sitz, wie auch ein einzelner unabhängiger Kandidat (vgl. Kasapovic 1999, 459). Angesicht der Sitzverteilung mit über 90 % für die beiden größten Parteien kann für die Periode bis zur nächsten Wahl von einem Zweiparteiensystem gesprochen werden.

Im Mai 1990 wurde Tujman zum Präsidenten Kroatiens gewählt. Die am 22. Dezember 1990 verabschiedete Verfassung garantierte formal Rechtsstaatlichkeit, Parteienpluralismus und alle Bürgerrechte, degradierte aber dadurch, dass allein die kroatische Bevölkerung zum “Staatsvolk” erklärt wurde, die in Kroatien lebenden SerbInnen zu einer Minderheit. Dadurch wurden die SerbInnen praktisch zu “AusländerInnen” im eigenen Land erklärt. Verbunden damit war das Verbot der von der serbischen Bevölkerung benutzten kyrillischen Schrift auf Ämtern und Gerichten. Als Schriftsprache wurde in der Verfassung ausschließlich Kroatisch in lateinischer Schreibweise zugelassen. Kurz darauf wurden SerbInnen mehr und mehr aus staatlichen Positionen gedrängt und von ihrer Arbeit entlassen. Das Wiederaufleben des kroatischen Nationalismus verstärkte zusätzlich den Wunsch der in der Krajina lebenden serbischen Bevölkerung nach Sezession.

Um eine nationale Identität zu stiften, griff die Tujman-Regierung auf Symbole des ersten faschistischen Ustascha-Staates zurück – des “Unabhängigen Staates Kroatien” (Nezavisna Drzava Hrvatska – NDH) – wie z.B. bei Staatswappen, Uniformen, Währungsnamen (“kuna”) etc. In der Eröffnungsrede auf dem ersten Parteitag der HDZ im Februar 1990 betonte Tujman, dass der “Unabhängige Staat Kroatien” nicht nur eine Schöpfung von Quislingen und faschistischen Verbrechern gewesen sei, sondern “Ausdruck der historischen Sehnsüchte des kroatischen Volkes nach einem souveränen Staat” (Hoppe 1997, 16).

Der kroatischen Führung fiel es schwer, in ein kritisches Verhältnis zum NDH-Staat zu treten. Unter dem Motto nationaler Versöhnung wurde die faschistische, später nationalsozialistische “Ustascha”-Bewegung, deren Mitglieder zwischen 1941 und 1945 in

⁴⁴ Bei den ersten Wahlen wurden noch die alten sozialistischen Körperschaften gewählt. Den Sabor (Parlament) bestand aus drei Kammern: neben der Abgeordnetenversammlung je eine der Provinzen und der Delegierten aus den Betrieben.

dem von Hitlers Gnaden “Unabhängigen Staat Kroatien” Genozid an SerbInnen, JudInnen, Romni und Roma und anderen Volksgruppen verübt haben, beschönigt und deren Akteure aufgewertet (Feral Tribune, 22.1.1996). Die alten “Ustascha”-Führer, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Völkermörder und Kriegsverbrecher verurteilt worden waren, wurden rehabilitiert und die Ausmaße der damaligen Vernichtungslager zunehmend geleugnet⁴⁵. Alles was an Sozialismus und die Einheit Jugoslawiens erinnerte, wurde verbannt: Straßen, Plätze und Schulen wurden nach Repräsentanten des “Ustascha”-Staates umbenannt. Andererseits hat der Staat gegen die sinnlose Zerstörung von 3000 (der insgesamt 4000) während des sozialistischen Kroatiens errichteten Denkmälern des antifaschistischen Kampfes nichts unternommen. Nach Auskunft des Simon-Wiesenthal-Zentrums konnten zurückgekehrte “Ustascha”-Emigranten sich in Kroatien frei bewegen⁴⁶ (vgl. Hoppe 1997, 15). Weiterhin erinnerte Simon Wiesenthal 1993 an die ersten Flüchtlinge des Jugoslawien-Konflikts:

“Man informiert uns heute über die serbischen Verbrechen in Bosnien, aber die ersten Flüchtlinge dieses Krieges waren gerade Serben, die Kroatien verlassen mussten ..., als dieses Land beschloss, die serbische Bevölkerung als eine ethnische Minderheit zu qualifizieren” (zitiert nach: Thörner 1999, 110).

Obwohl Milosevic offiziell Tudjmans Gegner war, bedurften beide einander, um ihre politischen Ambitionen weitertreiben zu können. Von Anfang an bevorzugten Tudjman und die HDZ eine autoritäre Machtausübung und führten sich als Repräsentanten der gesamten kroatischen Nation auf. Um sich für längere Zeit an der Macht etablieren zu können, benötigten sie gerade einen Krieg und all das, was ein solcher Krieg mit sich bringt: gesteigerten Nationalismus, Kriegswirtschaft, Zeit, um

⁴⁵ Die Ustascha-Veteranen erhielten höhere Renten als alte PartisanInnen, die im zweiten Weltkrieg gegen den kroatischen und deutschen Nazismus gekämpft haben.

⁴⁶ So wurde Dinko Sakic, der ehemalige Kommandant des Konzentrationslager Jasenovac, in dem die Ustascha etwa 700.000 Serbinnen und Serben, Jüdinnen und Juden und Romni und Roma ermordet haben, kehrte nach Kroatien und trat in kroatischen Medien als Held auf (vgl. Hoppe, 1997, 15).

hinter den Kulissen neue Machtverhältnisse gestalten zu können, Verstaatlichung des ehemals gesellschaftlichen Eigentums oder dessen Verteilung unter sich etc. Ihre Politik im jugoslawischen Konflikt war nicht kompromissorientiert, sondern kriegstreibend. Trotzdem wurden Tudjman und die HDZ in Europa als Demokraten und Kroatien als hilfloses Opfer der serbischen Aggression dargestellt.

4.2 Die politische Entwicklung in Kroatien 1992-1995

4.2.1 Die Einführung des neuen politischen Systems und die Wahlen 1992

Nach dem Wahlsieg der HDZ fiel die Bewegung nicht auseinander, sondern wurde institutionalisiert. Von 1990 bis 1995 – also bis zum militärischen Sieg Kroatiens im Krieg, als die beiden ursprünglichen Ziele der nationalen Bewegung verwirklicht wurden – praktizierte die herrschende Partei ein Modell des politischen Handelns, das auf einer Kombination von ordnungspolitischer Stabilität und Massenmobilisierung basierte. Um die Stabilität der politischen Ordnung zu gewährleisten, entschied sich die HDZ unter den beiden prinzipiellen Optionen für den französischen semi-präsidentiellen Verfassungstyp und für ein kombiniertes Wahlsystem (vgl. Kasapovic 1999, 457). Hinsichtlich der Vollmachten des/der direkt gewählten PräsidentIn – und vor allem in Hinblick auf das Verhältnis von Exekutive und Legislative – wird das Regierungssystem in Kroatien als “Prototyp” eines präsidentiellen Parlamentarismus betrachtet. Demnach ist der/die StaatspräsidentIn das Staatsoberhaupt und fungiert neben dem Parlament als TrägerIn der Volkssouveränität. Er/sie ernennt und entlässt Premierminister und Vizepräsidenten sowie Regierungsminister. Zudem hat er/sie die Möglichkeit, Regierungssitzungen einzuberufen, denen er/sie vorsitzt und deren Tagesordnung er/sie direkt bestimmen kann. Des Weiteren ist er/sie ermächtigt, das Parlament aufzulösen, falls dieses der Regierung das Misstrauen ausspricht oder dem Staatshaushalt nicht binnen eines Monats zustimmt. Schließlich hat er/sie das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu verabschieden und, im Kriegsfall oder Ausnahmezustand, außerordentliche Maßnahmen zu verfügen. Während der Kriegszeit machte der Präsident starken Gebrauch von diesen Befugnissen in Gestalt mehrerer Erlasse bezüglich der Innen- und Informationspolitik, der Justiz- und Sozialpolitik. Die Erlasse des/der PräsidentIn treten sofort in Kraft, und das Parlament kann sie erst nachträglich anfechten (vgl. Kasapovic 1999, 457f.).

Mit dem semi-präsidentiellen Regierungssystem hing die Einführung des kombinierten Wahlmodus unmittelbar zusammen. Die regierende Partei bevorzugte das Mehrheitswahlrecht

als institutionellen Mechanismus, mit dem die relative Stimmenmehrheit in die absolute Mehrheit der Mandate verwandelt werden konnte. Dadurch wurde eine Zusammenarbeit zwischen dem/der StaatspräsidentIn und einer parlamentarischen Mehrheit anderer Parteien verhindert (ebenda, 458).

Die Vorbereitungen auf die Wahlen zur neuen Kammer des Parlaments 1992 verliefen unter dem Eindruck der Kriege, der mit einem Waffenstillstand von Januar 1992 beendet worden war⁴⁷. Fast dreißig Prozent des kroatischen Territoriums fielen an die "Serbische Republik Krajina". Die UNO entsandte friedenserhaltende Truppen in die Region, die die Entmilitarisierung der Krajina überwachen und eine politische Lösung vorbereiten sollten. Kroatien wurde konfrontiert mit der Beseitigung der Folgen des Krieges, der wirtschaftlichen Misere und des psychologischen Drucks. Es herrschte also eine Atmosphäre, die nicht gerade demokratieförderlich war. Die Tendenz zur autoritären Machtausübung fand ihren Ausdruck in der Inhaftierung und Liquidierung der oppositionellen PolitikerInnen und JournalistInnen sowie in Repressionen gegen die nicht-kroatische Bevölkerung (vgl. Interview mit Zarko Puhovski Anhang I). Die Folge war, dass ein großer Teil der nicht kroatischen – vor allem serbischen – Bevölkerung und auch viele kroatische Intellektuelle das Land verließen⁴⁸. Die politischen Gegner wurden in Regierungskreisen als "Feind Kroatiens" diffamiert (vgl. Monnesland 1997, 435).

In einer solchen Atmosphäre wurden die Wahlen zum neuen Parlament im August 1992 durchgeführt. Nach der neuen Verfassung bestand das Parlament der Republik Kroatien aus zwei Kammern: dem Abgeordnetenhaus und dem Haus der Bezirke (der Gespanschaften) (vgl. Verfassung Republik Kroatien – Ustav Republike Hrvatske, Art 70, Abs. 2, aus: Narodne Novine, Nr. 56/1990). In der zweiten Kammer sind die 21 Regierungsbezirke (Gespanschaften, kroatisch: zupanije) vertreten. Innerhalb der zentralistischen staatlichen Strukturen stellen die Regierungsbezirke weder kulturgeschichtlich gewachsene Einheiten noch gegenwärtige Regionen dar. Vielmehr sind sie kleine administrative Verwaltungseinheiten mit begrenzten Befugnissen. Der zweiten Kammer sind verfassungsgemäß die Zuständigkeiten eines Rats- und Beratungsorgans mit aufschiebendem Vetorecht gewährt. Dadurch können die Gesetzesvorschläge der ersten Kammer vorübergehend suspendiert werden. Tatsächlich handelt es sich um ein asymmetrisches Zwei-Kammern-

⁴⁷ Obwohl die Kriegshandlungen eingestellt worden waren, herrschte kein wahrer Frieden, sondern ein angespannter Waffenstillstand, der voll ungelöster Probleme war.

⁴⁸ In ihrem Roman "Die Kultur der Lüge" beschrieb die kroatische Autorin Dubravka Ugresic (1995) den Zustand und die Repressionen in Kroatien in der ersten Hälfte der 90er Jahren. Aufgrund ihrer Äußerungen wurde sie als Verräter beschimpft und bezeichnet, weshalb sie das Land verlies und in Westeuropa lebte.

System, in dem die zweite Kammer nur mit begrenzten Befugnissen am Gesetzgebungsprozess teilnehmen darf (vgl. Kasapovic, 1999, 460).

In der Zeit zwischen den zwei Wahlen kam es zum Zerfall des linken Blocks. Der Grund dafür war der Abzug der serbischen Vertreter aus dem parteipolitischen Leben, die Abspaltung und die Formierung regionaler Oppositionsparteien und schließlich das Verlassen der Sozialdemokratischen Partei (SDP) seitens der linken und der rechten Kritiker⁴⁹ (vgl. Kasapovic 1999, 459). Bei den Wahlen konnte sich die HDZ als führende politische Kraft des Landes behaupten: sie errang mit 43,7 % der Stimmen 85 Mandate von 138 Sitzen im Abgeordnetenhaus (61,6 %). Es folgten die Kroatische Sozial-Liberale Partei (HSLs) mit 14, Sozialdemokratische Partei Kroatiens mit 11, Kroatische Volkspartei HNS) mit 6 und die rechtsextreme Kroatische Partei des Rechts (HSP) mit 5 Sitzen. Die kroatische Bauernpartei (HSS), die regionale Istrische Demokratische Versammlung (IDS), und die Serbische Volkspartei (SNS) erlangten je drei Sitze. Der Rest der Sitze wurde auf die kleineren regionalen Parteien oder unabhängige Kandidaten verteilt bzw. war für die serbische und andere nationale Minderheiten reserviert (vgl. Grdesic 1993, 300).

Bei den zugleich durchgeführten Präsidentschaftswahlen erhielt Tudjman die absolute Mehrheit der Stimmen (56,7 %) und wurde für die nächsten fünf Jahre im Amt bestätigt (ebenda).

4.2.2 Die Etablierung der Herrschaft Tudjmans und seiner Partei HDZ

Nach den Wahlen wurde die Schikanierung der politischen Gegner und andersdenkenden Menschen fortgesetzt. Die Pressefreiheit wurde praktisch aufgehoben, da die HDZ das staatliche Fernsehen und die wichtigsten Zeitungen über personelle Verflechtungen unter ihren Einfluss nahm. Kroatien erlebte eine Rückwärtsentwicklung, die sich durch Willkür, despotische Machtausübung von Präsident Tudjman, Vetternwirtschaft, Unterdrückung der Medien und der politischen Gegner und Beeinflussung der Justiz auszeichnete.

Die radikale Politik der HDZ zeichnete sich durch ethnischen Nationalismus und Autoritarismus aus. Der offene Nationalismus der HDZ wurde durch *drzavotvornost* (sinngemäß: Staatsschöpfung, Staatsaufbau, staatsaufbauender Charakter) ausgedrückt, d.h. die Bereitschaft, dem Vorrang der kroatischen Staatlichkeit (unter der HDZ-Regierung) alles andere – Demokratie, Wirtschaftsordnung usw. – zu unterwerfen.

⁴⁹ Die Sozialdemokratische Partei (SDP) wurde die offizielle Nachfolgepartei des Bund des Kroatischen Kommunisten (SKH).

Tudjman benutzte seine durch die Verfassung garantierte Vollmacht weit über die rechtlichen Kompetenzen hinaus und machte sich auch weniger legitime und weniger legale Herrschaftsmethoden zunutze. Dazu gehörte unter anderem die Bildung jener in der Verfassung nicht vorgesehen Gremien, die dennoch in der Lage sind, im Hintergrund die Fäden der Macht zu ziehen. So stehen beispielweise die Kompetenzen und Tätigkeiten der diversen Geheimdienste, vor allem der Dienst zum Verfassungsschutz (Sluzba za zastitu ustavnog poretka – SZUP) unter keiner parlamentarischen Kontrolle, obwohl sie über größere operative Zuständigkeiten verfügen als die Geheimdienste im sozialistischen Jugoslawien⁵⁰ (vgl. Krizan 1997, 962). Darüber hinaus durften die SZUP-Angestellten in allen Phasen eines Falles selbst exekutiv werden, einschließlich der Durchsuchung von Wohnungen ohne schriftlichen Durchsuchungsbefehl, Beschlagnahme von Beweismaterial und Verhaftungen. Die Opfer solcher Praxis waren meistens oppositionelle PolitikerInnen, JournalistInnen und serbische BürgerInnen (vgl. Interview mit Zarko Puhovski, Anhang I).

Dank der neuen Institution des Staatlichen Gerichtsrats (Drzavno Sudbeno Vijece) und der aus der Zeit des Sozialismus ererbten Institution der periodischen Wiederwahl (Bestätigung) der Richter stand ferner die gesamte Justiz unter dem Einfluss der herrschenden Partei, die bis 1997 90 % der Richterposten neu besetzte (vgl. Krizan 1997, 962).

Die vollständige Kontrolle der Gesellschaft mittels der Macht der HDZ kam auch in der Anbindung der Armee an die Partei zum Ausdruck. So wurde selbst von mittleren Offizieren die Mitgliedschaft in der Partei erwartet. Dasselbe galt für die von der Regierung ernannten Direktoren öffentlicher Unternehmen, für Schuldirektoren usw.

Der Tudjman-Kritiker und Publizist Slavko Goldstein stellt Tudjmans Pseudoideologie als ein eigenartiges Gemisch archaisch-mittelalterlicher Symbolik und Mythologie, einer nationalen Romantik aus dem vergangenen Jahrhundert und einer Fetischisierung des Staates und der Nation im Stil des Totalitarismus unserer Zeit dar. Dieses Regierungsstil hat durch absolutistische Elemente, wie die Vergötterung der Regierungspartei und Verteufelung der Opposition, paranoide “Verschwörungstheorien”, die permanente Produktion eines “Feindbilds”, Kokettieren mit Ustaschatum und Pflege eines neuen Führerkults, in der Gesellschaft eine depressive Atmosphäre geschaffen, die jeglichen Aufschwung und jegliche Initiative erstickte. In einem solchen Regime hätte kein demokratischer Rechtsstaat entstehen können (vgl. Goldstein 1996, 22).

⁵⁰ Der Chef des kroatischen Geheimdienstes bis Februar 1996 war Tudjmans ältester Sohn, Dr. Miroslav Tudjman. Angeblich auf Intervention Clintons löste ihn Tudjman von dieser Funktion, um ihn aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu ziehen.

Um die Art dieser Herrschaft zu bezeichnen, verwandte der kroatische Schriftsteller und Publizist Marinko Culic für den Titel seines Buches den Ausdruck “unaufgeklärter Absolutismus” (neprosvijeceni apsolutizam) (Culic, 1999).

Tudjman betrachtete den kroatischen Staat als sein Eigentum, und in seinen Augen war eine Machtteilung nicht nur höchst unerwünscht, sondern hätte zudem das Fortbestehen des Staates gefährdet. Folgendes Beispiel illustriert den für ihn und seine Partei typischen Herrschaftsstil: Als bei den Kommunalwahlen 1995 das Wahlbündnis von sieben Oppositionsparteien in Zagreb 64 % der Sitze im Rathaus errang, machte Tudjman von seinem Recht Gebrauch und weigerte sich unter Berufung auf das Gesetz über lokale Verwaltung viermal hintereinander, die BürgermeisterkandidatInnen der Opposition zu bestätigen. Schließlich ernannte Tudjman eine HDZ-Bürgermeisterin und verteidigte sein Vorgehen mit folgenden Worten: “Wir können nicht zulassen, dass hier in der Hauptstadt Kroatiens irgend welche oppositionellen Verhältnisse entstehen, welche die Stabilität des Landes aus dem Gleichgewicht bringen könnten” (Kasapovic 1999, 458).

Insgesamt hatte Tudjmans Regime den Charakter einer Plutokratie, deren Zusammenhalt auf mehreren nicht-institutionellen Säulen beruhte: uneingeschränkte Loyalität gegenüber dem Präsidenten, wechselseitige Verschaffung von vorteilhaften Positionen, verwandtschaftliche Bindungen und Kontrolle der gesamten Gesellschaft durch Machtstrukturen der HDZ (vgl. Lovric 1997, 2).

4.2.3 Das Verhältnis Kroatiens zu Bosnien-Herzegowina

Im folgenden soll ganz knapp auf das Verhältnis Kroatiens zu seinem Nachbarn Bosnien-Herzegowina eingegangen werden.

Tudjman leugnete nicht seine Ambitionen, den kroatischen Staat wieder "in seinen historischen Grenzen herzustellen". Das bedeutete, dass die Gebiete Srem (Serbien), Boka-Kotorska (Kroatien) und bosnisch-herzegowinische Gebiete mit überwiegend kroatischer Bevölkerung "naturrechtlich zu Kroatien gehören" (Culic 1999, 63). Für Tudjman entstand Bosnien-Herzegowina "durch osmanische Okkupation der ehemals kroatischen Gebiete" (ebenda, 64). Mehrmals betonte Tudjman, dass die bosnischen Moslems "historisch, sprachlich und geopolitisch überwiegend Kroaten" sind (ebenda, 64 f.). In Tudjmans Politik nimmt deshalb die Westherzegowina, ein überwiegend von Kroaten bewohnter Teil des südwestlichen Bosnien-Herzegowinas, einen besonderen Stellenwert ein. Das traditionell von den Franziskanern beeinflusste Gebiet mit den Zentren Mostar, Grude, Duvno (jetzt Tomislavgrad) und Siroki Brijeg erlebte in den 80er Jahren einen religiösen und politischen Aufbruch. Die verarmte Region ist ein klassisches Auswanderungsgebiet. Die herzegowinischen KroatInnen entwickelten durch ihre Geschichte ein besonders ausgeprägtes Nationalbewusstsein um ihre Zugehörigkeit zum Katholizismus und Kroatentum, die sie nach Kroatien und in die Diaspora transportierten.

Seit der Gründung des kroatischen Staates haben die "Herzegowiner" in der Regierung der HDZ und im Parlament eine einflussreiche Lobby (sog. "Herzegowiner Lobby") und wurden zum Sinnbild der nationalistischen Strömung in Kroatien und der HDZ. Auch auf andere Bereiche des öffentlichen Lebens Kroatiens übten sie einen großen Einfluss aus. Von etwa zwanzig MinisterInnen der HDZ-Regierung Mitte 90er Jahre waren vier Herzegowiner in Schlüsselfunktionen (vgl. Hoppe 1997, 23). Der wichtigste von ihnen war Verteidigungsminister Gojko Susak, der Jahrzehnte in Ottawa verbrachte und Tudjmans Aufstieg finanziell und politisch unterstützte.

Bereits zum Beginn des Krieges in Bosnien-Herzegowina wurde in Westherzegowina die sogenannte "Herzeg-Bosna", ein ethnischer und paramilitärischer Staat ausgerufen. Unter der Parole des Schutzes der kroatischen Minderheit, wurde "Herzeg-Bosna" seitens der HDZ und des kroatischen Staates entscheidend militärisch und finanziell unterstützt. Die kroatische Regierung stimulierte offen, manchmal sogar

unter Druckausübung, die Ansiedlung der KroatInnen aus Mittel- und Nordbosnien in diesem Gebiet. Dies war einer der Gründe, weshalb der kroatisch-bosniakische Krieg auf dem bosnisch-herzegowinischen Territorium im Jahr 1993 ausbrach und ein Jahr lang andauerte⁵¹. Nach den späteren Aussagen des damaligen Premierminister Nikica Valentic flossen während des kroatisch-bosniakischen Krieges vom Herbst 1992 bis Frühjahr 1994 von Kroatien nach Herzegowina Gelder in Höhe von über zwei Milliarden DM (Feral Tribune, 23.8.1999). Damit wurde der gesamte Staatsapparat dieses "Staates" finanziert: Militär, Polizei, Verwaltung, Parlament, Nachrichtenagentur, Universität in Mostar etc. Diese Art Hilfe setzte sich im geringeren Umfang auch in den darauffolgenden Jahren fort.

Es ist bemerkenswert, dass die politische Entscheidung über die Gründung der "Herzeg-Bosna" bereits im Sommer 1991 während des Zusammentreffens Tudjmans mit einer Gruppe der künftig führenden Personen dieses künstlichen Staates fiel (vgl. Culic 1999, 70). Das war fast ein halbes Jahr, bevor Kroatien international anerkannt wurde. Diese Tatsache untermauert die Behauptung, "Tudjman war Aggressor auf Bosnien-Herzegowina, bevor er überhaupt als ‚Befreier‘ seiner Nation rehabilitiert wurde" (ebenda). Weiterhin bedeutet dies, dass die kroatische Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina nicht, wie die offizielle Stellungnahme in Kroatien lautete, ihren "Staat" "als Antwort auf die serbische Aggression" in Bosnien-Herzegowina gegründet hat. Viel mehr weist das auf ein geheimes Abkommen zwischen Tudjman und Milosevic über die Teilung dieser ehemals jugoslawischen Republik in Karadjodjevo im Frühjahr 1991 hin. Diese Behauptung festigt auch die Tatsache, dass die "Herzeg-Bosna" offiziell im November 1991, und die Serbische Teilrepublik (Republika Srpska) im Januar 1992 gegründet worden waren.

Gleichzeitig mit der Gründung der "Herzeg-Bosna" wurden auch "rechtliche und politische Akte" angekündigt: die Durchführung eines Referendums, dessen Ziel "der Anschluss dieses Gebietes an die Republik Kroatien" war, als einer der ersten Schritte in Richtung der endgültigen Lösung – "Schaffung eines souveränen Kroatiens in seinen ethnischen und historischen (jetzt möglichen) Grenzen" (Culic 1999, 71).

Auf diese Pläne musste Tudjman im November 1995 unter dem starken internatio-

⁵¹ Bis zu diesem Zeitpunkt waren BosniakInnen und bosnisch-herzegowinische KroatInnen die Verbündete im Krieg gegen den bosnischen SerbInnen

nalen Druck endgültig durch seine Unterschrift unter den Dayton-Vertrag verzichten, mit dem die “internationale Gemeinschaft” entschied, Bosnien-Herzegowina als Staat innerhalb seiner alten Grenzen beizubehalten. Durch sein hartnäckiges Bestreben nach Ausweitung der kroatischen Grenzen auf Kosten Bosnien-Herzegowinas – d.h. durch Teilung und Zerschlagung eines, zu diesem Zeitpunkt, international anerkannten Staates – hatte Tudjman sich und seinem Staat einen langfristig schweren strategischen Schaden zugefügt. Durch die Verwicklung in einen einjährigen Krieg gegen die Bosniaken wurde Kroatien, aus der internationalen Sicht, vom Opfer selbst zum Aggressor und Protektor von Kriegsverbrechen. Kroatien verlor dadurch den größeren Teil seiner bis dahin errungenen Unterstützung und – fragwürdigen – Glaubwürdigkeit in der “internationalen Gemeinschaft”. Dies verzögerte für das Land einige Jahre lang den Zugang zu europäischen Institutionen und setzte es “stillen” Sanktionen der internationalen Finanzkreise aus. Gleichzeitig wurde Kroatien von den großzügigen “internationalen Hilfen” zum Wiederaufbau ausgeschlossen, die nun Bosnien-Herzegowina erhielt.

4.3 Die politischen Verhältnisse in Kroatien 1995-1997

4.3.1 Die Rückeroberung der serbischen Gebiete und die Parlamentswahlen 1995

Durch eine gezielte und illegale Aufrüstung der Armee mit westlicher Hilfe sowie durch die militärische Ausbildung durch westliches, in erster Linie US-amerikanisches Personal, bereitete sich die kroatische Armee auf Rückeroberung der serbischen Gebiete in Kroatien vor. Anfang Mai 1995 brach die kroatische Seite mit der Aktion “Blitz” (Bljesak) den seit einem Jahr in Kraft befindlichen Waffenstillstand und eroberte Westslawonien, wodurch erstmals im jugoslawischen Bürgerkrieg eine UN-Schutzzone angegriffen wurde. Der Schlag war von höchster Stelle geplant und wurde geopolitisch von den USA geduldet.

Drei Monate später, am 7./8. August, begann unter dem Namen “Sturmgewitter” (Oluja) die kroatische Großoffensive zur Eroberung der Krajina. Wie bereits in Slawonien leisteten die SerbInnen kaum militärischen Widerstand. Die kroatische Armee bekam von den USA militärische Unterstützung, was auch vom Sprecher des US State Department bestätigt wurde (vgl. Hofbauer 1999, 80). Diese Aktion initiierte die bislang größte Flüchtlingswelle des jugoslawischen Bürgerkriegs: 230.000 SerbInnen flohen Richtung Bosnien-Herzegowina und BR Jugoslawien (ebenda). Damit war der Krieg in Kroatien beendet.

Präsident Tudjman war mit seiner HDZ im Aufwind und wurde in den Medien als Triumphator dargestellt. Die Regierung nutzte die Gunst der Stunde, und gemäß Art. 73 der kroatischen Verfassung kam es, durch Selbstaflösung des Parlaments, zu vorgezogenen Neuwahlen im Oktober 1995⁵². Da Tudjman die Wahlen für den frühestmöglichen Termin (29. Oktober) ausschrieb, wurde der Wahlkampf somit extrem kurz. Die KandidatInnenlisten mussten bereits am 6. Oktober vorliegen, wodurch der Opposition nur rund zwei Wochen für die Einigung auf eine gemeinsame Strategie blieben.

Die Oppositionsparteien waren in den grundsätzlichen Fragen einig: Die Hauptangriffspunkte waren die unzureichende Realisierung des Rechtsstaates, die Haltung der HDZ in der Bosnien-Frage und vor allem die katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage weite Teile der Bevölkerung. Außerdem wurde der HDZ Bereicherung an der Privatisierung, Korruption und Kriegsgewinnlertum vorgeworfen. Die HDZ wies auf die verbesserte internationale Lage, auf die militärischen Erfolge und auf die für die Bevölkerung erreichte Sicherheit hin. Die Regierung Valentic betonte die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung und bei der Stabilisierung der Währung⁵³ (vgl. Heilborn 1995, 14).

Kurz zuvor wurde das Wahlrecht reformiert, mit dem Ergebnis, dass sich die Anzahl der Listenplätze zu Ungunsten der Direktmandate (80:28) erhöhte. Zusätzlich wurde die Sperrklausel für einzelne Parteien auf 5 %, für ein Zweiparteienbündnis auf 8 % und für größere Parteibündnisse auf 11 % differenziert (vgl. Heilborn 1995, 314). Durch den Massenexodus der kroatischen SerbInnen sank ihr Bevölkerungsanteil deutlich, wodurch sich die vorgesehene Mandatszahl ihrer Vertreter verringert hat. Die politisch radikalste Veränderung im neuen Wahlgesetz bestand darin, dass den im Ausland lebenden KroatInnen das Recht auf ihre Vertretung im Parlament gewährleistet wurde. Sie bekamen 12 festgelegte Sitze. Dieses Recht diente vor allem dazu, die Vertretung der bosnisch-herzegowinischen KroatInnen im Parlament zu ermöglichen. Die HDZ wollte damit zwei Ziele erreichen: zum einen die Stärkung der HDZ innerhalb des Parlaments, da alle Abgeordnete der KroatInnen aus Bosnien-Herzegowina Mitglieder der dortigen HDZ waren, zum anderen wurde der kroatische "Staat" Herzeg-Bosna in die politisch institutionelle Ordnung Kroatiens inkorporiert, was eine mehr als symbolische Bedeutung hatte (vgl. Kasapovic 1999, 458 f.).

Die durchgesetzten Wahlrechtsänderungen wirkten sich klar zu Gunsten der herrschenden Partei aus. Obwohl sie einen Stimmenanteil von 45,2 % erreichte, gewann die HDZ 58 % (74)

⁵² Regulär hätten die Wahlen im August 1996 gemeinsam mit Wahlen zum Haus der Gespanschaften (Zupanijski Dom) stattfinden sollen.

⁵³ Die Inflation wurde zwar von 2000 % auf Null gebracht, aber mit den schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen: die weit überwertete Kuna zerstörte die Exportchancen sowie die Fremdverkehrswirtschaft und wirkte negativ auf das Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit (dazu mehr im Kapitel 5)

der Abgeordnetensitze. Die HSLS gewann 12, die HSS und SDP je 10, die HSP und IDS je 4 Mandate. Den Rest der Sitze erhielten HNS (2) sowie einige kleinere Parteien. Auf die Abgeordneten der serbischen und anderer Minderheiten entfielen 3 bzw. 4 Mandate (Statisticke Informacije 1999, 10). Ein solches Wahlergebnis wurde insbesondere durch zwei Effekte verursacht: zum einen die Einführung der Mandate für die Diaspora, die erwartungsgemäß an die HDZ gingen, zum anderen wirkte sich das Zusammenschneiden ländlicher und urbaner Wahlkreise positiv für die HDZ aus.

Die Resultate der direkt gewählten Abgeordneten in den 28 Wahlkreisen Kroatiens zeigten erhebliche regionale Unterschiede im Wahlverhalten. In fast allen unmittelbar vom Krieg betroffenen Wahlkreisen konnte die HDZ die absolute Mehrheit erringen. Die vereinte Opposition erzielte ihre besten Ergebnisse in Istrien, Rijeka, Zagreb, Medjimurje und Dalmatien, also in Gebieten, die von dem Krieg nicht direkt betroffen waren und die zu den reicheren Regionen Kroatiens gehörten. Innerhalb der Wahlkreise profilierte sich die HDZ als Partei der Provinz und des Dorfes, während die Opposition in den urbanisierten Landesteilen ihre Hochburgen besitzt. So gewann die Opposition die Wahlen in den Großstädten Zagreb, Split und Rijeka (vgl. Heilborn 1995, 316).

4.3.2 Die Kommunal- und Präsidentschaftswahlen 1997

Obwohl die HDZ die stärkste Partei im Parlament blieb, ging ihre Macht, gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder, Anhänger und Wähler, seit 1992 ständig zurück und wurde ihr Ruf in der Gesellschaft immer schlechter (vgl. Suvar 1996, 4f.). Sie blieb fest an der Macht, weil sie sich alle Zentren der Macht angeeignet und alle Institutionen der Gesellschaft infiltriert hatte. Ihr gehörte die Armee, die Polizei, die Justiz, die Banken, die Bildung und die Medien. Außerdem konnte sie über einen großen Teil der verstaatlichten Wirtschaft entscheiden, so dass die Direktoren fast aller besonders wichtigen Unternehmen HDZ-Mitglieder sind oder der HDZ gehorchen mussten.

Im April 1997 fanden in Kroatien die Kommunalwahlen statt, bei denen die Opposition, vor allem in größeren Städten, beachtliche Erfolge erzielen konnte. Die Opposition verspielte aber einen guten Teil ihrer Glaubwürdigkeit, als sich auf lokaler Ebene mehrere oppositionelle MandatsträgerInnen zur Zusammenarbeit mit der Regierungspartei umstimmen ließen, was innerhalb der einzelnen Oppositionsgruppen den parteiinternen Streit neu entfachte.

Kurz nach den Kommunalwahlen fanden am 16. Juni 1997 die kurzfristig angekündigten (kaum zwei Monate vor dem Wahltermin) Präsidentschaftswahlen statt, bei denen Präsident Tudjman erneut für die Regierungspartei kandidierte. Nach langen und mühsamen Verhandlungen einigte sich die Opposition auf zwei Alternativen: Die sozialdemokratische Partei schickte den Exkommunisten und Politologieprofessor Zdravko Tomac in den Wahlkampf, während die Sozialliberalen zusammen mit acht weiteren Oppositionsparteien auf Vlado Gotovac setzten, den angesehenen Schriftsteller und Dissidenten aus Zeiten des sozialistischen Jugoslawiens. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 57 %, was manche auf die Zusammenarbeit der Opposition mit der HDZ auf kommunaler Ebene zurückführten⁵⁴. Bei den Wahlen wurde Tudjman mit absoluter Mehrheit zum kroatischen Präsidenten wiedergewählt. Er bekam 61 % der Stimmen. Für Zdravko Tomac (SDP) stimmten 21 % und für Vlado Gotovac 18 % der WählerInnen (Statisticke Informacije 1999, 11).

Die internationalen Beobachter charakterisierten die Wahl als "frei jedoch unfair", während die sozialdemokratische Partei die Wahl als bislang "undemokratischste Wahl" bezeichnete. In welcher Atmosphäre die Wahlkampagne verlief, illustriert das folgende Beispiel: Zwei Wochen vor der Präsidentschaftswahl ist Tudjmans Gegenkandidat Vlado Gotovac während einer Wahlrede von einem Mitglied der Leibgarde Tudjmans brutal angegriffen und mit Ausrufen wie "Es lebe Ante Pavelic" (Führer der Ustascha), "Wir sind Ustascha" u.ä.

⁵⁴ Bei den Präsidentschaftswahlen 1992 lag die Wahlbeteiligung bei 75 Prozent.

beleidigt worden (Krizan 1997, 963). Gotovac entkam dem Attentat mit Kopfverletzungen. Nach diesem Vorfall musste er seine Wahlkampagne stark einschränken. Obwohl es unter diesen Umständen fair gewesen wäre, den Wahlkampf ruhen zu lassen oder den Wahltermin zu verschieben, ist nichts davon geschehen. Tudjman äußerte gegenüber Gotovac weder Bedauern über den Vorfall noch verurteilte er den Täter und seine faschistische Ausrufe – er erwähnte den Vorfall nicht einmal mit einem Wort. Auch der SDP-Kandidat Tomac erlitt Übergriffe, als während seiner Wahlkampfreise in Zadar und Varazdin sein Kombiwagen von “nichtidentifizierten Männern” mit Steinen beworfen wurde.

4.4 Die Opposition in Kroatien

4.4.1 Parlamentarische Opposition

In Kroatien sind seit 1989 rund sechzig politische Parteien gegründet worden. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre existierten noch ungefähr dreißig Parteien, wobei nur einige von ihnen das gesellschaftliche Geschehen beeinflussen konnten (vgl. Suvar 1996, 3). Von den ersten Mehrparteien-Wahlen in 1990 an entwickelte sich das Parteiensystem Kroatiens praktisch vom Zweiparteiensystem über ein System mit einer einzigen dominanten Partei zu einem eingeschränkten pluralistischen System. Neben der HDZ sind die folgenden Oppositionsparteien für das politische Leben Kroatiens relevant:

- 1.) Die sozialdemokratische Partei (*SDP - Socijal-Demokratska Partija*) ist die reformierte Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten Kroatiens. Der Parteivorsitzende ist Ivica Racan, dessen sozialdemokratische Strömung sich Ende der 80er Jahre gegen den orthodoxen Flügel von Stipe Suvar durchsetzte. Sie ist eine Partei des “linken Zentrums” und stützt sich auf die urbane Bevölkerung bzw. auf die Arbeiterschaft, die am meisten unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der postsozialistischen Transformation leidet und gelitten hat. Die Kritiker warfen den SozialdemokratInnen vor, dass sie “die wichtige Rolle der oppositionellen Wahlschwester der HDZ gespielt hat” bzw. dass sie für die HDZ nie eine “Partei gefährlicher Absichten” darstellte (Suvar 1996, 5).
- 2.) Die kroatische sozial-liberale Partei (*HSLŠ - Hrvatska Socijalno-Liberalna Stranka*), von der sich 1998 eine Fraktion der Liberalen (Liberalna Stranka) abgespalte, ist mit ihrem Vorsitzenden Drazen Budisa rechts-zentristisch, national-liberal und steht teilweise in der Tradition des “Kroatischen Frühlings”. Bei den Wahlen 1992 avancierte die Partei zur stärksten Oppositionspartei in Kroatien. Sie ist stärker im urbanen Milieu vertreten, ihre

WählerInnen sind vorwiegend jüngere, besser gebildete StadtbewohnerInnen. Wegen ihrer rechts-zentristischen Orientierung unterscheidet sie sich programmatisch kaum von der HDZ.

- 3.) Die kroatische Bauernpartei (*HSS – Hrvatska Seljacka Stranka*) ist eine historische, im Juni 1989 wiedergegründete Volkspartei, die besonders in den ländlichen Regionen des Nordens und Nordwestens verwurzelt ist und ebenfalls zum rechten Zentrum gehört. Sie setzte sich für Regionalisierung und Förderung der Landwirtschaft ein. Ihre WählerInnen sind weniger gebildet, kleinunternehmerisch, älter, traditionalistisch und katholisch. Die Partei ist ideologisch schwach profiliert, jedoch eher konservativ und autoritär als reformistisch und liberal.
- 4.) Die Kroatische Volkspartei (*HNS – Hrvatska Narodna Stranka*) bildete sich aus der Koalition bei den ersten Wahlen und konnte zunächst beachtliche Anfangserfolge aufweisen (1992: 6,6 %). Sie wurde als “HDZ im Feinen” – gleiche Ziele wie HDZ, nur ohne Affären – bezeichnet. In Umfragen ständig abnehmend, entschloss sich die Parteiführung unter der Alt- und Ehrenvorsitzenden Savka Dabcevic-Kucar sowie dem neuen Präsidenten und Wirtschaftsmann Radimir Cacic auf ökonomischen Sachverstand zu setzen. Der Wechsel der WählerInnenkielentel brachte die HNS in Existenzprobleme.
- 5.) Die Kroatische Partei des Rechts 1861 (*HSP – Hrvatska Stranka Prava 1861*) wurde von früheren Dissidenten Dobrosav Paraga gegründet. Sie hat sich explizit in die Tradition der “Ustascha-Bewegung” eingereiht, ist eine rechtsradikal-nationalistische Partei und arbeitete mit der HDZ zusammen.
- 6.) Mit einer regionalen bzw. regionalistischen und gegen die HDZ und Zagreb gerichteten Argumentation gewannen einige regionale Parteien beachtliche Bedeutung, allen voran die Istrische Demokratische Versammlung (*IDS – Istarski Demokratski Sabor*). Die unter Ivan Jakovic linksliberal-orientierte Partei hält in Istrien die absolute Mehrheit und hat viele junge Mitglieder. Ähnliches gilt für die Dalmatinische Aktion (*DA – Dalmatinska Akcija*), die in Split und Umgebung bemerkenswerte Erfolge erringen konnte.
- 7.) Die einzige serbische Partei mit einer gewissen Bedeutung ist die Serbische Volkspartei (*SNS – Srpska Narodna Stranka*) unter dem Vorsitz von Milan Djukic. Zunächst akzeptierte die Partei fast jede politische Wendung des kroatischen Präsidenten und wurde deshalb als “Tudjmans SerbInnenpartei” verhöhnt. wegen des Misserfolgs bei den SerbInnen Kroatiens wechselte plötzlich die Richtung und ging zu Tudjman auf Konfrontation.

Bei der Ausübung ihrer Macht hatten die HDZ und Franjo Tudjman keine wirklichen Schwierigkeiten mit der Opposition. Diese hat die herrschende Politik in all ihren größeren Anliegen und Vorhaben unterstützt, ausgenommen während des kroatisch-bosniakischen Krieges in Bosnien-Herzegowina. Wenn es in ihrem eigenen Interesse lag, hat die HDZ Erschütterungen und Spaltungen in den oppositionellen Reihen provoziert. Die Opposition hat sich als fügsam und bestechlich erwiesen und war größtenteils bereit, sich mit "Krümeln" der Macht zufriedenzugeben (vgl. Suvar, 1996, 5).

Die politische Schwäche der Opposition hat mehrere Gründe. Vor allem zeigte sie sich unfähig, überzeugende politische Alternativen vorzulegen und sich so gegenüber der HDZ klar zu profilieren. Dies gelang ihr nicht, weil sie, genauso wie HDZ, ihre *drzavotvornost* in den Vordergrund stellte (vgl. Kap. 4.2.2) und keine überzeugenden Programme für die Lösung akuter Probleme anbot. In den Augen von vielen Mitglieder der Oppositionsparteien, insbesondere der HSLŠ und der HSS, genoss Tudjman wegen seines Nationalismus sogar Ansehen (vgl. Krizan 1997, 964).

Aus der *drzavotvornost* der Opposition resultierte ihre Unfähigkeit, die Bevölkerung gegen die HDZ zu mobilisieren, da eine solche Mobilisierung – Streiks, Demonstrationen, Blockaden, ziviler Ungehorsam – von den Herrschenden prompt als "staatsfeindlich" denunziert wurde (vgl. Culic 1997).

Eine weitere große Schwäche der Opposition, war ihre Unfähigkeit, eine breite und dauerhafte Koalition zustande zu bringen, obwohl solche breiten Parteibündnisse im kroatischen Mehrheitswahlssystem besonders wichtig sind⁵⁵. Ein Beispiel dazu boten die Wahlen zu den Gemeinde- und Stadträten, zu den Bezirksversammlungen und zur Zweiten Kammer des Parlaments im Frühjahr 1997, bei denen sich HSLŠ und HSS geweigert hatten, mit der SDP zu koalieren.

Die PolitikerInnen der Opposition haben es die ganzen Jahre während Tudjmans Herrschaft versäumt, zwischen der *drzavotvornost* als Befürwortung des kroatischen Staates und dem tribalistischen Nationalismus klar zu unterscheiden und sich von letzterem zu distanzieren, und noch weniger ist es ihnen gelungen, diese Unterscheidung der Bevölkerung zu vermitteln. Nach Einschätzung von Prof. Dr. Zarko Puhovski⁵⁶, einem besonderen Kenner der politischen Verhältnisse in Kroatien, hat die Opposition gegen Tudjman und dessen Partei nichts Bedeutendes unternommen. Als z.B. die Mitglieder des kroatischen Helsinki-Komitees die

⁵⁵ Die Koalition, die im Herbst 1995 die Bezirkswahlen in der Hauptstadt Zagreb gewann, fiel auseinander, ohne dass es ihr gelungen wäre, aus dem Tudjmans undemokratischen Handeln, für sich die politische Vorteile zu erzielen.

⁵⁶ Zarko Puhovski war Mitbegründer der ersten jugoslawischen alternativen Bewegung im Jahr 1988 und des Kroatischen Helsinki-Komitees für Menschenrechte im Jahr 1993.

damalige Opposition aufforderten, sich gegen die schweren Menschenrechtsverletzungen in Kroatien auszusprechen, bekamen sie die Antwort, es sei zu früh, damit könnten nur Stimmen verloren gehen. Sie wollten sich erst dazu äußern, wenn sie an die Macht gelangt sind (vgl. Interview mit Zarko Puhovski, Anhang I).

4.4.2 Außerparlamentarische Opposition

Trotz ihrer schwierigen Lage waren es kleine Gruppen von Menschen in Nichtregierungsorganisationen, allen voran der Antikriegs-Kampagne und dem Kroatischen Helsinki-Komitee, die gegen das Tudjmans-Regime opponierten. Hinzu kamen einige unabhängige Medien wie *Feral Tribune* aus Split, *Novi List* aus Rijeka, sowie einige von der Regierung nicht kontrollierte Radiosender (ebenda). Nach der Meinung von Gesprächspartnern des Autors dieser Arbeit haben die Bürgerbewegungen, NGO und Medien viel mehr zur Demaskierung von Tudjman und seiner Partei beigetragen als die Opposition.

Dabei wurde die Freiheit öffentlicher Rede durch Einschränkungen im Medienbereich permanent verletzt. Das Fernsehen wurde vollständig von der regierenden HDZ kontrolliert, und es kam nicht selten vor, dass angekündigte Sendungen kurzfristig aus dem Programm gestrichen wurden. Die schwer kontrollierbaren lokalen Rundfunksender wurden oft schikaniert, z.B. indem ihnen Konzessionen nicht erteilt oder wieder entzogen wurden. Im Pressebereich standen eine unabhängige Tageszeitung (*Novi List*) und mehrere unabhängige Wochenzeitungen (allen voran *Feral Tribune*) unter ständigem staatlichen Druck, wie z.B. mittels hoher Besteuerung, Schikanen bei der Distribution, sowie Klagen vor Gericht wegen vermeintlicher öffentlicher Beleidigungen von einflussreichen Personen.

Die Lage der Opposition und der Medien wurde zusätzlich noch gesetzlich durch eine 1995 beschlossene Novelle erschwert, die die öffentliche Kritik an den Trägern hoher politischer Funktionen verbietet. Demnach ist gegen jene Personen strafrechtlich vorzugehen, die in öffentlichen Medien "eine Beleidigung oder Verleumdung gegen einen der fünf höchsten Repräsentanten der kroatischen Staatsmacht aussprechen: gegen den Präsidenten der Republik, des Parlaments, der Regierung, des Verfassungs- und des Obersten Gerichts" (Narodne Novine, 28/1996, 12.4.1996). Dieses Verbot steht im krassen Widerspruch zum demokratischen Prinzip, wonach hohe Funktionäre einen schwächeren Schutz vor öffentlichen Beleidigungen genießen als gewöhnliche BürgerInnen.

Ein klassisches Beispiel für die Diskriminierung der Medien in Kroatien war die Wochenzeitung *Feral Tribune* aus Split. Während der gesamten HDZ-Herrschaft war sie den

Regierenden ein Dorn im Auge, so dass diese mit verschiedenen Mitteln die Arbeit der Redaktion erschwerten und das Blatt zum Schweigen bringen wollten – z.B. durch zahlreiche Klagen wegen Beleidigung prominenter Politiker, die auf diese Weise beträchtliche Geldsummen aus der Kasse des Blattes in die eigenen Taschen umleiten konnten. *Feral Tribune* überlebte dank Hilfe aus dem Ausland⁵⁷ (vgl. Krizan 2000, 242).

Außerdem gehörte es zu den Praktiken Präsident Tudjmans, seine Gegner und “Feinde” des kroatischen Staats mit öffentlichen Beschimpfungen und Beleidigungen zu denunzieren. Die Opposition sowie unabhängige Zeitungen und Menschenrechtsorganisationen wurden, insbesondere in Wahlkämpfen, als “verräterisch, destruktiv, antikroatisch und vom Ausland bestochen beschimpft” (Krizan 1997, 966).

Durch alle diese Umstände war die Arbeit sowohl der parlamentarischen als auch der außerparlamentarischen Opposition erschwert oder lahmgelegt. Die während des Krieges und in der Zeit danach erzeugte Atmosphäre der – geschürter – Angst bei allen Gegnern des Regimes erklärt teilweise, wie Tudjman und seine Partei im Zuge ihrer absolutistischen Machtausübung in vielen Dingen ungestört bleiben konnten. Diese Tatsache kann aber keine Rechtfertigung für Passivität, Konformismus und Unfähigkeit der parlamentarischen Opposition liefern.

4.5 Der politische Umbruch Ende der 90er Jahre

4.5.1 Die Strömungen innerhalb der HDZ

Die HDZ war als eine breite nationale Bewegung gegründet worden, deren Ziel ein unabhängiger kroatischer Staat war. Die Partei vereinte am Anfang ein breites Spektrum von PolitikerInnen, deren gemeinsamer Nenner der Nationalismus, Antikommunismus und die Gegnerschaft zum alten Regime und zu Belgrad bzw. zu allem, was ein jugoslawisches Vorzeichen trug, war. Präsident Tudjman, während des Zweiten Weltkrieges selbst Partisan und nach dem Krieg General der Jugoslawischen Volksarmee (JNA), spielte den Vermittler zwischen den VertreterInnen des harten, radikalen und des weichen, mäßigen Parteiflügels⁵⁸.

⁵⁷ Die Strenge mit welcher der kroatische Staat gegen den JournalistInnen vorgegangen ist, hatte zur Folge, dass im Mai 1998 fast 500 Verfahren gegen kroatische JournalistInnen wegen Diffamierung anhängig waren. Dabei war “Feral Tribune” allein von 60 % dieser Verfahren betroffen (vgl. Grotzky, 2000, 44).

⁵⁸ In der Literatur wird oft zwischen dem “rechten” und dem “linken” HDZ-Flügel unterschieden, wobei für die VertreterInnen des linken Flügels die ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei Jugoslawiens bzw. des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens gehalten werden. Für mich erscheint die Unterscheidung in den harten, radikalen und den milden, mäßigen Flügel viel angemessener.

Vladimir Seks, Jurist aus Osijek und der Verteidigungsminister Gojko Susak waren die typischen Vertreter des radikalen Flügels, während Stipe Mesic, letzter Vorsitzende des Jugoslawischen Präsidiums, und Josip Manolic, ehemaliger Geheimdienstchef, als Vertreter des mäßigen Flügel galten. Durch die letzteren kamen zahlreiche ehemalige KommunistInnen in die HDZ. Nach einem Streit mit Tudjman über Fragen der Rechtsstaatlichkeit sowie der Politik gegenüber Bosnien-Herzegowina spaltete sich diese Gruppe Anfang 1994 – mit neun Parlamentsabgeordneten – von der HDZ ab und gründete ihre eigene Partei Kroatische Unabhängige Demokraten (HND – Hrvatski Nezavisni Demokrati).

Die Mitte zwischen den beiden Parteiflügeln bildete eine Gruppe von Technomanagern, die vornehmlich aus Wirtschaftsleuten und Praktikern bestand. Schon im Selbstverwaltungssozialismus hatten sie führende Positionen inne. Ohne sie wäre die von der HDZ gewünschte Steuerung vor allem der Wirtschaft und Verwaltung Kroatiens kaum möglich gewesen. Viele dieser Technomanager kamen zur HDZ, weil die Karriere nur über eine Mitgliedschaft in der Partei gesichert

werden konnte. Typische Vertreter dieser Gruppe waren Nikica Valentic, Ivan Greguric, Mate Granic, Borislav Skegro etc. Im Laufe der Zeit besetzte Tudjman vor allem die Regierung mit Mitgliedern dieser Fraktion.

Tudjman wollte die HDZ zu einer konservativen christdemokratischen Partei nach westeuropäischem Muster machen und entschied sich, nach den erfolgreichen Militäraktionen 1995, die Rechtsextremisten, wie Tomislav Mercep, Sime Djodan und andere aus dem Parteivorstand zu entfernen⁵⁹ (vgl. Heilborn 1995, 311). Doch trotz dieser Trennung von radikalen Nationalisten gelang der HDZ die Evolution zu einer christlich-konservativen Partei im westlichen Sinne nicht. Die Partei spaltete sich in verschiedene Flügel, die nur über die Loyalität zu Tudjman zusammengehalten wurden. Die HDZ und damit der Staatsapparat wurde von ambitionierten Apparatschiks bestimmt, die die demokratischen Spielregeln nur dann achteten, wenn diese ihren persönlichen Interessen dienten. Sie schrieben sich selbst "ihre Verdienste" für die nationale Sache zu und leiteten daraus ihren Anspruch auf skrupellose Bereicherung und Sicherung persönlicher Vorteile ab. Sie kritisierten "die Herrschaft der Kommunisten" und proklamierten politischen Pluralismus, anstelle dessen in der Wirklichkeit das Monopol der HDZ als Staatspartei entstand. Eine einflussreiche Lobby der Technomanager und der "Herzegowiner" besetzte die entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft, zeigte sich dabei ausschließlich an eigenen Privilegien interessiert und fügte dadurch dem Land enormen materiellen und moralischen Schaden zu. Die politische und wirtschaftliche Macht war – mit teilweise legalen und teilweise illegalen Mitteln – in den Händen einer dünnen und höchst korrupten Schicht von ProfiteurInnen konzentriert. Tudjmans Herrschaftsstil ermöglichte und begünstigte eine solche Entwicklung.

Die HDZ hatte nie ein klares politisches Konzept. Als die Partei 1990 die ersten Mehrparteien-Wahlen in Kroatien gewann, nutzte sie die soziale Unzufriedenheit der BürgerInnen, setzte auf die nationalistische Karte und potenzierte die Gefährdung Kroatiens durch "großserbische Aggression" (vgl. Teil I). Dabei bot sie den BürgerInnen kein ausgearbeitetes politisches Programm an, sondern ein Programm, das nur symbolische Werte beinhaltete, wie z.B. Souveränität und Unabhängigkeit. Mit diesen Werten konnten Tudjman und die HDZ die Menschen lange Zeit manipulieren und Scheinergebnisse erzielen, die in der Realität nicht existierten und de facto keine Bedeutung haben (vgl. Interview mit Zarko Puhovski, Anhang I). Das gesamte Vorgehen wurde durch eine starke Kontrolle und Instrumentalisierung der Medien zu Zwecken der eigenen Politik verstärkt.

⁵⁹ Bereits beim Parteikongress im Oktober 1993 entschied sich die HDZ zu einer programmatischen Umwandlung von einer breiten Bewegung für die Unabhängigkeit in eine christlich-demokratische Volkspartei mit bürgerlicher, nationaler Orientierung.

4.5.2 Demaskierung des Regimes und Vorbereitung des Machtwechsels

Als der Krieg vorbei war und die militärische Bedrohung nicht mehr zur Erreichung eigener Ziele instrumentalisiert werden konnte, war die eigentliche Machtbasis der HDZ gefährdet. Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechterte sich, die Privatisierung der Betriebe wurde zu einer Farce, die Arbeitslosigkeit stieg dramatisch an, und der Lebensstandard der KroatInnen fiel stark ab. Im Jahre 1998 kam es zum ersten Mal zu massiven Protesten und Streiks der unzufriedenen oder entlassenen ArbeiterInnen. Im darauffolgendem Jahr spitzte sich die wirtschaftliche und soziale Krise dramatisch zu. Kriminelle Affären, in denen hohe Staatspersonen verwickelt waren, kamen immer mehr an das Licht der Öffentlichkeit (Bank von Dubrovnik, Tageszeitung *Vecernji List* und Monopolunternehmen bei der Distribution der Zeitungen „*Tisak*“ waren nur die größten unter vielen anderen Affären). Das Land war hoch verschuldet, international isoliert und mit der HDZ ohne jede Zukunftsperspektive. Zudem veröffentlichten einige unabhängige Medien in Kroatien zuverlässige Berichte über die gegen SerbInnen begangenen Kriegsverbrechen in der Zeit zwischen 1991 und 1995, die vom Tudjman-Regime permanent geleugnet und verharmlost wurden. Die öffentliche Meinung richtete sich gegen die HDZ, und der Machtwechsel war nur noch eine Frage der Zeit.

Obwohl die oppositionellen Parteien ihre Position in den Regionen und Kommunen in der Vergangenheit aufbauen konnten, waren sie bei den beiden vergangenen Parlamentswahlen noch zu zersplittert, um die HDZ landesweit zu gefährden. Ihre politische Programme waren sehr vage gehalten, und realistische Lösungsvorschläge fehlten gänzlich.

Im Sommer 1997, auf Bestreben der IDS (Istrische demokratische Versammlung) formierte sich im Sommer 1997 ein Parteienbündnis mit dem Ziel, die Oppositionsparteien im Kampf gegen die HDZ zu vereinen. Die sog. „Porec-Gruppe“ – genannt nach dem Ort ihres Zusammentreffens in Istrien – bestand ursprünglich aus vier Parteien: der IDS, der HSLS (Sozialliberale Partei), der HSS (Bauernpartei) und der HNS (Volkspartei).

Im Januar 1998 ging durch Spaltung aus der Sozialliberalen Partei die Liberale Partei (LS – Liberalna Stranka) hervor, derer Vorsitzende Vlado Gotovac wurde. Nach einigen Hin und Her formierte sich Mitte 1988 aus der ursprünglichen Konstellation ein neues Oppositionsbündnis, das jetzt aus sechs Parteien bestand und die „Opposition der Sechs“ (opozicijska sestorica) genannt wurde. Die Sozialdemokratische Partei (SDP) war neu hinzugekommen, womit das Bündnis aus HSLS, SDP, LS, HSS, IDS und HNS bestand (vgl. Eicher 1999, 684).

Die durch die herrschende Partei hervorgerufenen ständigen und willkürlichen Reformen der Wahlgesetzgebung, schweren Brüche des demokratischen Wahlrechts sowie beispiellose Instrumentalisierung der staatlichen Medien in den vorherigen Wahlkämpfen zeigten deutlich, dass die Änderung des Wahlsystemmodus die erste Bedingung für einen Machwechsel darstellt. Bereits nach den Wahlen 1995 forderten die Oppositionsparteien einen grundsätzlichen Umbau des gesamten Systems: die Ablösung des Präsidialsystems durch ein parlamentarisches Regierungssystem, die Einführung eines Verhältniswahlrechts, die Dezentralisierung des Staates und erweiterte Vollmacht für die zweite Kammer (vgl. Kasapovic 1996, 4).

Anfang März 1999 wurde durch den stellvertretenden Sprecher des Parlaments (Sabor), Vladimir Seks, eine unabhängige "Arbeitsgruppe Wahlen" gegründet, die Vorschläge zur Wahlrechtsänderung ausarbeiten sollte. Obwohl die Opposition bei der Ausarbeitung des Wahlsystem involviert war, verweigerte sie ihre weitere Zusammenarbeit, weil die kroatische Regierung die Wahlrechtsänderungen nicht gleichzeitig mit einer Revision der Regelungen in bezug auf das staatliche Fernsehen verabschieden wollte. Die Regierung wollte nämlich die Kontrolle über das wichtigste Propagandainstrument nicht verlieren. Offen blieb auch die Frage über die Einrichtung und den Zuschnitt der Wahlkreise. Da die Opposition ihre weitere Zusammenarbeit verweigerte, wurde das neue Wahlgesetz ohne die Stimmen der wichtigsten Oppositionsparteien im Oktober 1999 verabschiedet (vgl. Eicher 1999, 682).

Die wichtigsten Änderungen bestanden in folgenden Punkten: Das Land wird in zehn territoriale und zwei nicht-territoriale Wahlkreise eingeteilt. Die Anzahl der Abgeordneten kann zwischen 145 und 159 variieren. 140 Abgeordnete sollen in zehn nahezu gleich großen Kreisen durch Verhältniswahl ermittelt werden. Einzelne Parteien und Parteibündnisse müssen eine Fünf-Prozent-Hürde in einem Wahlkreis überspringen. Der erste nicht-territoriale Wahlkreis ist für die VertreterInnen der Diaspora reserviert (14 Plätze) und der zweite garantiert den heimischen Minderheiten das Recht auf eine parlamentarische Vertretung. Dabei stellten die SerbInnen anstelle der bisher drei im neu zu wählenden Abgeordneten-Haus nur noch eine(n) Abgeordnete(n)⁶⁰.

4.6 Das Ende der HDZ-Ära

⁶⁰ Wenn berücksichtigt wird, dass das Abgeordnetenhaus um mindestens 1/6 bzw. um 18 bis 32 Mandate vergrößert wurde, stellte dies einen deutlichen Einschnitt dar.

Obwohl Präsident Tudjman und seine Partei im Jahr vor den Wahlen mit all ihrer verbliebenen Kraft versuchten, die Bevölkerung zu überzeugen, dass die Ergebnisse ihres beinahe zehnjährigen Regierens doch nicht so miserabel waren, wie es jedoch ein großer Teil der Bevölkerung am eigenen Leib spürte, prognostizierten die Meinungsumfragen einen deutlichen Sieg der Opposition bei der Parlamentswahl. Zur gleichen Zeit setzte eine breite Distanzierungsbewegung vom "Tudjmanismus" ein. Einige führende HDZ-PolitikerInnen äußerten öffentlich Kritik an den Zielen und Herrschaftsmethoden Tudjmans und der eigenen Partei und demonstrierten ihre – bis dahin völlig verborgene – Bereitschaft, künftig demokratische und bürgernahe Politik zu betreiben.

Die wirtschaftliche Lage im Lande verschlechterte sich weiter, und es drohte sogar ein völliger ökonomischer und sozialer Kollaps, der einen Fall der Regierung und vorzeitige Wahlen verursachen konnte. Anbetrachts dieser Lage bekam die HDZ-Regierung im Sommer 1999 von der Dresdner Bank einen kurzfristigen Kredit in Höhe von 350 Millionen Euro, der in sechs Monaten, also ungefähr kurz nach den vorgesehenen Wahlen, zurückgezahlt werden sollte (Feral Tribune, 26.7.1999). Mit diesem Kredit sollten vorläufig die sozialen Unruhen und somit eventuell vorgezogene Wahlen verhindert werden. Dies entsprach auch den Interessen der westlichen Kreditgeber, die eine unklare Lage bzw. die Unruhen, die vorzeitige Wahlen mit sich bringen konnten, verhindern wollten. Eine unklare politische Situation in Kroatien konnte nämlich das ökonomische Interesse und bereits in Gang gebrachte Geschäfte der westlichen Investoren gefährden (mehr dazu im Kapitel 5).

Die Taktik der Opposition war darauf ausgerichtet, abzuwarten und im Wahlkampf keine großen Fehler zu machen. Die wichtigsten Parteien wollten sich nicht detailliert über ihre politischen Programme äußern. Im Laufe des Jahres 1999 verstärkten sich die Tendenzen, insbesondere seitens der Sozialdemokraten, aus dem Bündnis auszutreten. In den einzelnen Wahlkreisen kam es zu offenen Streitigkeiten und Absagen der Kooperation zwischen den oppositionellen Parteien, und deren mangelnde Professionalität aus vergangenen Wahlkämpfen schien sich zu wiederholen. Peter Münch urteilte zur damaligen politischen Lage in Kroatien folgendermaßen:

“ (...) die Opposition sieht vor allem deshalb so gut aus, weil die Regierung so schlecht dasteht. Mit dem greisen Tudjman an der Staats- und Parteispitze wird die Vergangenheit beschworen, während die Kroaten acht Jahre nach der Staatsgründung immer verzweifelter einer besseren Zukunft hinterherlaufen. Die HDZ scheint ihr Thema verloren zu haben, weil die alten Feindbilder verblassen und der Hass seine eigene Kraft verloren hat” (Münch 1999).

Zusätzlich versuchte Tudjman mit allen Mitteln, die Uneinigkeit der größeren Oppositionsparteien zu seinen und zu Gunsten seiner Partei auszunutzen und seine Gegner gegeneinander auszuspielen. So traf er sich zu bilateralen Gesprächen mit den Vorsitzenden der SDP, der HSLS und der HSS (Racan, Budisa und Tomcic), was in der Öffentlichkeit Gerüchte um Geheimabsprachen schürte (vgl. Feral Tribune, 10.5.1999).

Am Ende einigte sich die Opposition auf eine "2 + 4"-Koalition: Die erste, stärkere Koalition bestand aus der Sozialdemokratischen Partei (SDP) und der Kroatischen Sozial-Liberalen Partei (HSLS). In der zweiten haben sich vier kleinere Parteien zusammengeschlossen: die Kroatische Bauernpartei (HSS) als die dominierende Partei des Vierer-Bündnisses ("cetvorka"), die Liberale Partei (LS), die Kroatische Volkspartei (HNS) und die Istrische Demokratische Versammlung (IDS).

Am 1. November 1999 wurde der an Krebs leidende Tudjman mit einer Darmperforation ins Krankenhaus eingeliefert. Er fiel bald in Koma und starb vierzig Tage später, am 10. Dezember. Die HDZ setzte die Parlamentswahl auf den 3. Januar 2000 an und brachte den Wahlkampf auf Hochtouren in der Absicht, Tudjmans unerwarteten Tod propagandistisch auszunutzen. Gleichzeitig wurde die Wahl des neuen Präsidenten für den 24. Januar angesetzt. Diese Manöver der HDZ-Nomenklatura erwies sich jedoch als verspätet. Die Bevölkerung hatte sich in den letzten Jahren sowohl vom "Tudjmanismus" als auch von der HDZ als dessen Träger abgewendet. Während der Jahre seit dem Ende des Krieges bildete sich in Kroatien eine Art außerparlamentarische Bürgergesellschaft, die den wahren Charakter der HDZ-Herrschaft erkannte und auf Gelegenheit wartete, sie zu beenden.

In der Zeit vor den Wahlen haben die unabhängigen Medien sowie zahlreiche NGOs eine beachtenswerte Rolle gespielt. Die NGOs erlebten, teilweise auch dank finanzieller Hilfe aus dem Ausland, einen Boom. Hier ist besonders GONG (später "Glas 99" und "Glas 2000" (Glas = Stimme) hervorzuheben, eine Vereinigung von rund 140 solcher Organisationen, die sich das Ziel gesetzt haben, einen einwandfreien Verlauf der Wahlen und eine hohe Wahlbeteiligung zu sichern. Darüber hinaus hat diese Vereinigung erreicht, dass im neuen Wahlgesetz zum ersten Mal unabhängige Wahlbeobachter festgeschrieben wurden (vgl. Krizan 2000, 244).

Bei der am 3. Januar durchgeführten Parlamentswahl gewann die Oppositionskoalition beinahe zwei Drittel der Mandate (SDP/HSLS 71 Sitze, HSS/LS/HNS 24 Sitze), während die

HDZ lediglich 46 gewinnen konnte. Auf die anderen Parteien entfiel die 5 restlichen Sitze⁶¹ (vgl. Eicher/Heilborn 2000, 32).

Bei der am 24. Januar durchgeführten Präsidentenwahl lagen die beiden Oppositionskandidaten Stipe Mesic (41 % der Stimmen) und Drazen Budisa (28 % der Stimmen) gegenüber Mate Granic (22 % der Stimme), dem Kandidaten der HDZ, eindeutig vorn (vgl. Statisticke Informacije 2000). Bei der Stichwahl am 7. Februar siegte Stipe Mesic, der Kandidat der zweiten an der Regierung beteiligten Koalition von vier kleineren Parteien überzeugend – mit einem Stimmenverhältnis von rund 56 zu 44 % – über Drazen Budisa, den Kandidaten der stärkeren SDP-HSLS-Koalition (ebenda). Dieses Ergebnis ermöglichte eine Ausbalancierung der Macht zwischen diesen beiden an der Regierung beteiligten Koalitionen. Anfang 2000 war eine fast zehnjährige Tudjman- und HDZ-Ära in der kroatischen Geschichte beendet. Die HDZ erlebte nach dem Tod Tudjmans und nach den verlorenen Wahlen einen politischen Kollaps. An das Tageslicht kamen frühere, nur durch Tudjmans Autorität unterdrückte Machtkämpfe. So verließ der frühere Außenminister und Präsidentenkandidat Mate Granic die HDZ und gründete eine neue Partei.

Die neue Regierungsoption gewann die Wahlen mit den Proteststimmen und ohne ausgearbeitetes politisches Programm. Sie übernahm ein wirtschaftlich ruiniertes und hochverschuldetes Land. Mit der Machtübernahme steht die Regierung vor einer zweifachen Aufgabe: Einerseits muss sie kurzfristig einige ihrer Wahlverspre-

⁶¹ In den verschiedenen Wahlbezirken gab es unterschiedliche Koalitionsbildungen insbesondere mit Regionalparteien.

chen bezüglich der Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Lage erfüllen, andererseits muss sie die tiefen Spuren der HDZ-Herrschaft beseitigen und gleichzeitig eine langfristige Entwicklungsstrategie für Kroatien – die bei der HDZ völlig fehlte – finden.

5. Wirtschaftliche Transformation

5.1 Ökonomie und Politik der Transformation - Einige theoretische Vorklärungen

Ökonomie und Politik der Transformation sind neue Begriffe in den Sozialwissenschaften. Damit werden die Prozesse der Pluralisierung und Demokratisierung, also die Entwicklung pluralistischer Demokratien in den ehemaligen sozialistischen Ländern bezeichnet. Der Begriff *Transformation* unterscheidet sich qualitativ von dem Begriff *Reform*. In der Vergangenheit wurden sowohl in Jugoslawien als auch in den anderen sozialistischen Ländern verschiedene Reformen durchgeführt. Die Aufgabe dieser Reformen war, die Effizienz sozialistischer Wirtschaften mit Hilfe von Marktelementen zu erhöhen. Transformation meint dagegen die Schaffung einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft nach dem bestehenden Muster der westeuropäischen Industriestaaten. Die drei Komplexe des Pluralismus sind dabei besonders wichtig: Erstens, *Einführung des privaten Eigentums über Produktionsmittel*; zweitens, *Einführung des marktwirtschaftlichen Produktionssystems* und drittens, *Einführung des Mehrparteiensystems in der Politik* (vgl. Vojnic 1993, 33 f.).

5.1.1 Privatisierung

Die Einführung des Privateigentums über staatliche bzw. gesellschaftliche Produktionsmittel ist dabei die zentrale Frage der Ökonomie und Politik der Transformation. Die Regierungen aller Transformationsländern standen vor einer historisch völlig neuen Aufgabe. Der Begriff der Privatisierung wurde quasi als Zauberformel für die Anpassung der Wirtschaftssysteme der ehemals sozialistischen Staaten an die Bedingungen der Marktwirtschaft verstanden. Daraus resultierte die trügerische Hoffnung, Privatisierung könne das Allheilmittel sein, mit dem man alle Akkumulationsdefizite im ökonomischen System zu lösen in der Lage ist.

Ganz allgemein kann Privatisierung “als der vollständige bzw. teilweise Wechsel der Eigentümerfunktion vom Staat bzw. der Gesellschaft hin zu privaten natürlichen oder juristischen Personen bezeichnet werden” (vgl. Boric 1996, 181). Die Neugestaltung der eigentumsrechtlichen Verhältnisse bildet den Kern der Transformation der gesamten Wirtschaftsordnung. Dies setzt allerdings von Seiten des Staates eine Zieldefinition voraus, um Klarheit über den künftigen Eigentümer zu schaffen. Wer das Eigentum über die gesellschaftlichen bzw. staatlichen Produktionsmittel erhalten soll, unterliegt einer politischen

und ideologischen Beurteilung, die wiederum davon abhängen wird, welche Bedeutung der Funktion des Privateigentums beigemessen wird. Die Antworten auf diese Frage fielen in den einzelnen Transformationsländern unterschiedlich aus, je nachdem, ob der juristischen, der gesellschaftspolitischen oder der ökonomischen Funktion des Eigentums Vorzug eingeräumt wurde (vgl. ebenda, 182).

Die Privatisierung der Produktionsmittel in den Transformationsländern war im vergangenen Jahrzehnt das entscheidende Kriterium für den Aufbau einer neuen, marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaftsordnung. Eine schnell vollzogene Privatisierung war gleichzeitig diejenige Bedingung, von der der Zugang der Transformationsländer zum nötigen Kapital sowie zur europäischen Integration abhängig gemacht wurde. Dabei wurden in vielen dieser Länder schwerwiegende Fehler ökonomischer und sozialer Art begangen, die später überhaupt nicht oder nur teilweise kompensiert werden können. Diesbezüglich stellt sich berechtigterweise die Frage, warum gerade bei den verstaatlichten bzw. vergesellschafteten Unternehmen der ehemals sozialistischen Staaten, die durch die Verflechtung von Staat, Wirtschaft und Politik bzw. Partei gekennzeichnet waren, der Privatisierungsprozess schneller vorangehen sollte als in den westlichen Staaten, die auf eine lange Tradition mehr oder weniger ausgebauter marktwirtschaftlicher Strukturen zurückgreifen können. Würde der Privatisierungsprozess in Ost- und Südosteuropa genau so lange andauern wie in Westeuropa, würde diese Phase möglicherweise auch in den nächsten 50 Jahren noch nicht abgeschlossen sein. Selbst in den Kernstaaten der EU gibt es Widerstände gegen eine umfassende Privatisierung. In vielen EU-Staaten – etwa Frankreich, Italien oder Skandinavien – ist die Privatisierung nur vorsichtig und teilweise vorangetrieben worden. Es bleibt also fraglich, warum und auch auf welche Art und Weise dann in den Transformationsländern, die nicht über ausreichende Infrastruktur im technologischen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bereich verfügten, dieser Prozess schneller abgeschlossen werden sollte.

5.1.2 Freie Marktwirtschaft und ökonomischer Neoliberalismus

Ähnliches gilt für die Einführung des freien Marktes in der gleichen Form, wie dieser in den westlichen Industrieländern besteht. Vorausgesetzt ist die Schaffung von Marktinstitutionen und -mechanismen, die eine marktwirtschaftliche Formierung der Preise von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit ermöglichen. Einige Transformationsländer, wie Jugoslawien, kannten einen funktionsfähigen Waren- und Dienstleistungsmarkt, aber in keinem der Länder bestanden Märkte für Kapital und Arbeit.

Die Ökonomie und Politik der Transformation entwickelte sich seit dem Ende 80er und Anfang der 90er Jahre aber anders als erwartet, und bis heute existiert keine theoretisch begründete Konzeption und Strategie der Transformation. In einer solchen Situation hat jedes Land für sich eigene Strategien und Konzepte definiert. Die größten Irrtümer lagen in der Annahme, dass die Einführung der Marktmechanismen und -institutionen die Probleme dieser Gesellschaften von selbst lösen würden. Dazu trugen auch die Beratungen bei, die von den größten und einflussreichsten internationalen Institutionen, wie Weltbank und IWF, geleistet wurden und die auf dem neoliberalen "Washington Consensus" basieren. Es wurde vernachlässigt, dass die Umsetzung neoliberaler Wirtschaftskonzepte die Existenz eines kapitalistischen Rechts- und Sozialstaates, der auch die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit praktisch berücksichtigt, als Mindestvoraussetzung hat. Hier muss nicht besonders betont werden, dass es solche Voraussetzungen in keinem der ehemals sozialistischen Ländern gab und dass die angewendete Schocktherapie bei der großen Mehrheit der Bürger in den meisten Transformationsländern enorme soziale Unsicherheiten zur Folge hatte.

Im neoklassischen (neoliberalen) Konzept wird die Rolle des Marktes hervorgehoben. Demnach wird die Entstehung des Marktes – nach zunächst auftretenden Schwierigkeiten – mittelfristig automatisch zum Gleichgewicht auf dem Waren-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Finanzmarkt führt. Das Konzept stellt Liberalisierung und Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben, Privatisierung, harte monetäre und Fiskalpolitik, niedrige Inflationsrate, stabile Preise und Währungskurs sowie Einschränkung des Budget-, Handels- und Zahlungsdefizits in den Vordergrund. Dabei wurden sowohl unterschiedliche Entwicklungsniveaus als auch spezifische makroökonomische und politische Umstände in den einzelnen Transformationsländern vernachlässigt.

Das ökonomische Neoliberalismus ist auf die radikale *free market*-Politik von Margaret Thatcher in Großbritannien und von Ronald Reagan in den USA in den 80er Jahren zurückzuführen. Viele westeuropäische Regierungen führten später eine ähnliche Politik

durch, wie z.B. bezüglich der Deregulierung und der Privatisierung in der Wirtschaft. Seit Anfang der 90er Jahre zeigten sich in den meisten westeuropäischen Industriestaaten die negativen Implikationen einer solchen Politik: Rückgang der Industrieproduktion, regionale Entwicklungsunterschiede bzw. ungleiche Entwicklung von Zentrum und Peripherie, Massenarbeitslosigkeit, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, hohe Unsicherheit der ArbeitnehmerInnen und zunehmende soziale Ungleichheit. Außerdem kam es in den entwickelten Ländern Asiens, wie Japan und Korea, wegen der Deregulierungsmaßnahmen zu schwerwiegenden Krisen und Zusammenbrüchen (vgl. Horvat 1999 (2), 497 f.).

Die blinde Anwendung der neoliberalen Prinzipien und der von IWF und Weltbank empfohlenen “Schocktherapie” führten in den meisten Transformationsländern zu schweren Produktions- und Beschäftigungsrückgängen, einem dramatischen Fall des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten sowie zu schweren gesellschaftlichen Deformationen und Mafiaregimen. In der Literatur werden solche Erscheinungen oft als “wilder Kapitalismus”, “ursprüngliche Kapitalakkumulation” und “lateinamerikanisches Syndrom” bezeichnet (vgl. Vojnic 1999, 223)

Im Gespräch mit dem Autor dieser Arbeit betonte Prof. Dr. Dragomir Vojnic, einer der bekanntesten kroatischen Ökonomen und ehemaliger Direktor des Ökonomischen Instituts in Zagreb, dass in Kroatien Anfang der 90er Jahre, neben Slowenien, die besten makroökonomische Voraussetzungen von allen Transformationsländern herrschten. Während der 90er Jahre und der HDZ-Herrschaft kam es aber zu katastrophalen politischen und ökonomischen Deviationen, die die ursprünglichen Vorteile Kroatiens schell wettmachten und das Land an den Rand einer ökonomischen und sozialen Katastrophe brachten. Die wichtigsten ökonomischen Fehler lassen sich nach Vojnic in zwei Gruppen unterteilen (vgl. Interview mit Dragomir Vojnic, Anhang III): 1.) die strenge Anwendung der Prinzipien neoliberaler Wirtschaftspolitik bzw. der *free market*-Prinzipien und 2.) die Art und Weise der durchgeführten Privatisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel. Im folgenden werden die wichtigsten Phasen und Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung Kroatiens dargestellt. Gleichzeitig wird versucht, die Ursachen der Fehler zu beleuchten.

5.2 Die Lage der kroatischen Wirtschaft in der ersten Hälfte der 90er Jahre

5.2.1 Der Wirtschaftskollaps Anfang der 90er Jahre

Wirtschaftlich war Kroatien, wie in Teil I dargelegt wurde, eine eindeutig überdurchschnittlich entwickelte Republik innerhalb Jugoslawiens. Zwar konnte Kroatien das Entwicklungsniveau Sloweniens nicht erreichen, doch war es weniger als Slowenien auf die jugoslawischen Märkte ausgerichtet. Anfang der 90er Jahre erlebte die kroatische Wirtschaft, wie alle Volkswirtschaften in den ehemals sozialistischen Ländern Ost- und Südost-Europas, eine tiefe Krise beim Übergang vom sozialistischen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem. Die typischen Merkmale dieser Krise waren drastischer Rückgang der industriellen Produktion, erheblicher Anstieg der Arbeitslosigkeit, sinkende Produktivität und Exporte, sinkendes Realeinkommen und damit verbundener Fall des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten, hohe Inflation und steigende Lebenskosten.

Sicherlich war in Kroatien der Krieg für einen großen Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich. Ein Drittel bis ein Viertel des kroatischen Territoriums stand nicht unter Kontrolle der kroatischen Behörden. Direkte und indirekte Kriegsschäden beliefen sich auf 23 Milliarden Dollar, was deutlich mehr ist als das Bruttoinlandsprodukt vor dem Krieg (15 Mrd. Dollar). 25 % der Produktionskapazitäten und ein Viertel der Produktion wurden vernichtet (vgl. Reuter 1993, 475). Eine der wichtigsten Einnahmequellen für Kroatien – der Tourismus –, der in Friedenszeiten rund 2 Mrd. Dollar brutto erbrachte, kam wegen des Krieges fast ganz zum Erliegen. Durch die Kriegereignisse wurden für die kroatische Wirtschaft lebenswichtige Verkehrsverbindungen sowie die Energieversorgung durch die Krajina nach Dalmatien und Ostslawonien unterbrochen.

1989 lag das Bruttoinlandsprodukt bei mehr als 15 Mrd. Dollar. Davon stammten etwa 40 % aus der Industrie, 15 % aus dem Transportwesen, 12 % aus der Landwirtschaft, 6 % aus der Bauindustrie und 5 % aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe, vor allem aus den Urlaubsregionen an der Adria. Die wichtigsten Ausfuhr Güter vor dem Krieg waren Schiffe, Maschinen, Produkte der Elektrotechnik, Holz- und Holzprodukte, chemische Grundstoffe, Nahrungsmittel und Textilien. Die wichtigsten Abnahmeländer Kroatiens waren 1990 Italien, die Sowjetunion, Deutschland, Liberia, USA, Österreich, Frankreich, Holland, England und die Tschechoslowakei (vgl. Reuter 1993, 476).

Das Bruttosozialprodukt erreichte im Jahre 1992 in Kroatien nur noch 60 % des Vorkriegsniveaus. Die Untersuchungen zeigten, dass der Rückgang der Produktion zu 50 % auf die Kriegereignisse und zu 50 % auf die Verluste des jugoslawischen wie auch des osteuropäischen Absatz- und Beschaffungsmarktes zurückzuführen ist (vgl. Vojnic 1993, 133). Vor dem Kriege wurden 69 % der kroatischen Güter auf dem Binnenmarkt verkauft, 20 % im ehemaligen Jugoslawien und 11 % im Ausland (vgl. Djekovic 1993, 31).

Zwischen 1990 und dem Jahresende 1993 verzeichnete die Industrie einen drastischen Rückgang von -42,6 %. Davon gab es den größten Rückgang beim Maschinenbau (-72,9 %) und den geringsten bei der Produktion elektrischer Maschinen und Apparate (-40,1 %). Besonders dramatisch war die Situation bei dem traditionell stärksten Exportzweig Kroatiens, dem Schiffbau, wo der Produktionsrückgang in der gleichen Periode -53,4 % betrug (vgl. Privredna kretanja i ekonomska politika, Nr. 26/1993, 5). Die Lage der Schiffbauindustrie hatte besonders negative Implikationen für die Reproduktionskette (d.h. die Nachfrage an Vorprodukten) sowie für die Geschäftstätigkeit der Regionalbanken. Der Export in konvertiblen Währungen sank um 56,8 % und die Investitionen deckten lediglich 80 % der Abschreibungen (d.h. die Investitionsrate war negativ). Die Arbeitslosenquote lag 1993 bei 17,8 % (vor dem Krieg 9,3 %). (Privredna kretanja i ekonomska politika, Nr. 26/1993, 5f).

Im Land befanden sich knapp 600.000 Flüchtlinge, deren Unterstützung monatlich etwa 80 Millionen Dollar aus der Staatskasse erforderte (vgl. Djekovic 1993, 31). Die Inflationsrate in Kroatien stieg von 223 % im Jahre 1991 auf 765 % im Jahre 1992. Zwischen März 1992 und März 1993 stiegen die Verbraucherpreise um 1446 % (vgl. Reuter 1993, 476). Im Laufe des Jahres 1993 überstieg die Inflationsrate die 1500 %-Marke.

Auch im Jahre 1993 setzte sich die Negativentwicklung des Wachstums des Bruttosozialprodukts fort. Tabelle 6 zeigt, dass dieses im Vergleich zum Vorkriegsjahr 1990 halbiert wurde. Die Industrieproduktion fiel ebenfalls, wenn auch nicht so drastisch. Alarmierend war der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Verschlechtert haben sich Außenhandelsbilanz, Investitionen und Nettolöhne. Dies alles wurde von einer Hyperinflation begleitet, die allein im Monat Oktober 30 % betrug.

Tabelle 6: Wirtschaftliche Grundindikatoren in Kroatien 1990-1993:

Indikatoren	1991/1990	1992/1991	1993/1992	1993/1990
Bruttosozialprodukt	71,3	76,4	95,4	50,7
Industrieproduktion	71,5	85,4	96,3	57,5
Beschäftigung	88,4	88,7	95,9	75,2
- Staatssektor	87,0	87,5	93,7	71,3
- Privatsektor	136,1	108,8	122,1	180,9
Arbeitslosigkeit	157,9	101	90	153
Export	81,9	104,3	84,9	-
Import	73,8	91,9	104,6	-
Netto-Löhne	72,6	47,3	80,9	27,5
Öffentliche Einnahmen	65,9	75,8	89,5	44,7

Ausgaben der Bevölkerung	76,8	70,5	81,1	43,9
Investitionen	60,0	40,9	68,0	16,7
Preise in der Industrie	246,3	925,2	1612,4	36742,8
Preise im Einzelhandel	223,0	766,5	1617,5	27611,8

Quelle: Veselica/Vojnic 1999, 204

Der Internationale Währungsfond (IWF), mit dem Kroatien Ende 1992 seinen Beitritt aushandelte, drängte auf ein Stabilisierungsprogramm. Eine Mitgliedschaft in dieser internationalen Organisation war allerdings die Voraussetzung für den Zugang zu anderen internationalen Finanzorganisationen und Finanzmärkten.

5.2.2 Das Stabilisierungsprogramm des Jahres 1993

Angesichts der dramatischen Verschlechterung der Wirtschaftslage wurden in Kroatien zwei alternative wirtschaftspolitische Strategien diskutiert, die sich weniger in ordnungspolitischer als in prozesspolitischer Hinsicht unterschieden (vgl. Dobias u.a. 2000, 59). Beide unterstellen eine konsequente Privatisierungspolitik und das Funktionieren des Wettbewerbs und des Waren- und Finanzmarktes im Sinne der westeuropäischen kapitalistischen Staaten. Für beide Strategien sind Wirtschaftswachstum und ein hoher Beschäftigungsgrad wichtig, jedoch setzen sie unterschiedliche zeitliche Präferenzen für die Erreichung dieser Ziele. Die erste Strategie, der die neoklassische ökonomische Theorie zugrunde liegt, ging davon aus, dass Beschäftigung und Wirtschaftswachstum langfristig nur dann erreicht werden können, wenn makroökonomische Voraussetzungen wie Preisniveaustabilität, Rückführung des Budgetdefizits, produktivitätsorientierte Lohnpolitik und Abbau des Leistungsbilanzdefizits gegeben sind. Das Risiko mittelfristiger Einbußen des Produktionsniveaus und damit verbundener hoher Arbeitslosigkeit und eventueller sozialer Konflikte wird in Kauf genommen. Diese Strategie wurde von der HDZ-Regierung propagiert.

Für die zweite Strategie, die sich an die keynesianische ökonomische Theorie anlehnt, sind die niedrige Kapazitätsentlastung, hohe Arbeitslosigkeit sowie niedrige Investitionen und Exporte die Hauptprobleme einer Volkswirtschaft, die durch eine aktive Wirtschaftspolitik zu beseitigen sind. Diese Strategie setzt auf eine expansive Geld- und Finanzpolitik. Eine restriktive Geldpolitik und eine Politik der harten Landeswährung werden für die realökonomischen Werte als schädlich erachtet. Demgegenüber werden die hohe Staats-, Verschuldungs- und Abgabenquote und ein durch die Produktivitätsentwicklung begrenztes

Nominallohnniveau als weniger problematisch bzw. weniger wichtig angesehen. Nach diesem Ansatz besteht die Aufgabe der Wirtschaftspolitik darin, in Zeiten der Rezession durch kräftige Nachfragerhöhungen die Produktion zu beleben, wobei mittelfristig höhere Preisniveausteigerungen und auch Budgetdefizite in Kauf genommen werden. Diese Strategie vertraten in ihrem Anfang der 90er Jahre ausgearbeiteten Konzepten die Ökonomen des Ökonomischen Instituts Zagreb (vgl. auch Dobias u.a. 2000, 59).

Die erste Strategie setzte sich unter anderem auch deshalb durch, weil sie seitens des IWF als Gegenleistung für den Zugang zu ausländischen Krediten vorausgesetzt wurde. Die kroatische Regierung unterzeichnete im September 1993 das erste Stand-by-Arrangement mit dem IWF. Gleichzeitig erhielt sie vom IWF strikte Empfehlungen: Die Privatisierung musste beschleunigt werden, die großen Schuldner im Lande – d.h. die im Staatsbesitz befindlichen Großbetriebe – mussten saniert bzw. liquidiert werden. Die Kosten für Verteidigung sollten gesenkt und die Geschäftsbanken saniert werden. Gleichzeitig hatte Kroatien für ein Minimum an sozialer Stabilität zu sorgen, damit die positiven Effekte der Maßnahmen nicht gefährdet werden, was offenkundig im Widerspruch zu den ökonomischen Zielsetzungen stand (vgl. Reuter 1995, 455 f.).

In enger Anlehnung an diese Empfehlungen beschloss die kroatische Regierung am 3. Oktober 1993 ein Stabilisierungsprogramm, das zwei Hauptziele beinhaltete: 1.) Bekämpfung der Hyperinflation und Erreichen der Preisstabilität 2) Sanierung der Wirtschaft sowie Erhöhung des Wirtschaftswachstums, des Beschäftigungsniveau und des Exports (vgl. Privredna kretanja i ekonomska politika 32/1994, 26 ff.). Das Programm wurde auf Betreiben des Ministerpräsidenten Valentic und seines Stellvertreters Skegro kurzfristig verabschiedet und in Kraft gesetzt, und zwar gerade zu einem Zeitpunkt, als sich der Finanzminister und der Zentralbankchef im Ausland befanden⁶². Valentic und Skegro hatten für ihre Absichten die Unterstützung des Präsidenten gewonnen, dem die Aussicht zusagte, schnellmöglichst eine neue Währung einzuführen, die stabil und konvertibel sein sollte⁶³ (vgl. Schönfelder 1996, 125 f.).

Zum Zeitpunkt der Verkündung des Programms betrug der Wechselkurs 3.700 Kroatische Dinar (HRD)/DM, und die Zentralbank Kroatiens kündigte an, im Fall einer Abwertung des Dinar unter 4.444 HRD/DM zu intervenieren (vgl. ebenda, 126).

Das Stabilisierungsprogramm zeigte bei der Bekämpfung der Inflation sofort seine Wirkung: Während noch im November 1993 die monatliche Inflationsrate 38,7 % betrug, lag sie ein

⁶² Diese beiden erfuhren von dem Programm auf dem Rückflug von New York aus der Zeitung.

⁶³ Am 30. Mai 1994 wurde mit der Kuna eine neue Währung eingeführt, die denselben Namen wie die Währung des kroatischen faschistischen Staates von 1941 bis 1945 trägt.

Monat später bei -0,5 %. In der darauffolgenden Zeit präsentierten sich Dinar und nachfolgend die Kuna als stabil. Die monatliche Inflationsrate schwankte zwischen plus oder minus 1 %, und der IWF stellte fest, Kroatiens Erfolge beim Kampf gegen die Inflation seien “bemerkenswert” (vgl. Reuter 1995, 455).

Die Devisenreserven Kroatiens, die 1992 noch bei bescheidenen 167 Millionen Dollar gelegen hatten, konnten 1994 auf 1,4 Mrd. Dollar gesteigert werden (vgl. Veselica/Vojnic 1999, 358). Die Auslandsverschuldung Kroatiens betrug 1994 2,8 Mrd. Dollar⁶⁴ (ebenda, 356). Zum ersten Mal seit Kriegsbeginn wuchs das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 % (Statisticke Informacije 1997, 17).

Die Antiinflationpolitik folgte einem strikt monetaristischen Kurs: Die kroatische Währung floatete zwar, wurde jedoch durch Maßnahmen der Nationalbank entscheidend beeinflusst. Die FachökonomInnen waren sich darüber einig, dass die Kuna zu hoch bewertet war, und zwar um 30 % bis 40 %. Sie legte wertmäßig gegenüber der D-Mark um 2,2 %, gegenüber dem Dollar um 8 % zu. Obwohl die Regierung in Zagreb behauptete, Löhne, Renten und Lebensstandard seien – gemessen in DM – im Anstieg begriffen, bestritten die Gewerkschaften dies und drückten ihre sozialen Forderungen in Kuna aus.

5.2.3 Die Wirtschaftspolitik der kroatischen Regierung bei der Durchführung des Stabilisierungsprogramms

Die kroatische Wirtschaftspolitik hielt sich auch in den weiteren Jahre streng an das in enger Zusammenarbeit mit dem IWF herausgearbeitete Stabilisierungsprogramm. Das Programm sah eine restriktive monetäre und Finanzpolitik, eine Beschränkung des öffentlichen und privaten Verbrauchs, die Einfrierung der Löhne und Gehälter sowie eine stabile Landeswährung vor. Die Inflation konnte damit vermindert und stabilisiert werden, so dass die Inflationsrate 1995 auf nur 2,0 % fiel. Auch in den darauffolgenden Jahren blieb sie stabil: 1996 betrug sie 3,5 %, 1997 3,6 %, und 1998 lag sie bei 5,7 % (vgl. Veselica/Vojnic 1999, 205). Gleichzeitig konnte der Kurs der Landeswährung Kuna gegenüber der DM und dem Dollar stabilisiert werden und betrug im Zeitraum 1993-1998 zwischen 3,5 und 3,9 Kuna/DM (ebenda). Das Antiinflationprogramm war aber nur eines der beiden Ziele des Stabilisierungsprogramms. Das andere Ziel war die Initiierung von wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung. Dieses Ziel geriet aber völlig in den Hintergrund. Die kroatische Wirtschaftspolitik folgte in diesem Punkt den Ratschlägen des IWF und anderer

⁶⁴ Dieser Betrag enthält jedoch noch nicht den kroatischen Anteil an den Schulden des ehemaligen Jugoslawiens.

Finanzinstitutionen, deren Lehre der Logik folgte, Preisstabilität und eine stabile Währung unterstützten von selbst Wirtschaftswachstum und Entwicklung. So geriet auch Kroatien in die gleiche Falle wie die meisten Transformationsländer, die die sog. Schocktherapie von IWF- und Weltbank-BeraterInnen umgesetzt haben: Mittel und Ziele der Wirtschaftspolitik wurden verwechselt. Deshalb lautet die berechtigte Frage, was für einen Wert ein Stabilisierungsprogramm hat, das nur in bezug auf Preisniveau und Währungskurs positive Ergebnisse hervorgebracht hat.

Die vom IWF empfohlene und ideologisch motivierte Schocktherapie macht ökonomisch gesehen wenig Sinn. Bereits der Ausdruck "Schocktherapie" weist auf eine ihrer negativen Wirkungen für eine Volkswirtschaft hin. Eine Volkswirtschaft ist ein gewachsenes System mit historisch gegebener Struktur und Funktionsweise. Die unvorsichtige Anwendung der "Schocktherapie" verursacht zwangsläufig einen Schock in diesem System mit unvorhersehbaren Folgen für seine weitere Funktionsweise. Niemand kann sagen, wann und wie sich eine Ökonomie von einem solchen Schock erholen wird.

Hinter dieser Schocktherapie steckt die Theorie des Monetarismus und *laissez-faire*. Demnach kann eine Regierung durch die richtige Kontrolle mancher *Finanzvariablen* entscheidend die *realen ökonomischen Variablen* beeinflussen. Dabei ist monetäre Politik für das Preisniveau und den Währungskurs, und die Finanzpolitik für das Budgetgleichgewicht verantwortlich. Alles andere wird dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen. Die Investitionen sind durch verfügbare Ersparnisse determiniert, und restriktive monetäre Politik sorgt für stabile Preise. Die Preise sind durch das Angebot bestimmt, und die Nachfrage ist unabhängig vom Angebot (vgl. Horvat 1999 (1), 11). Auf dieser Theorie basierten die Handlungen der kroatischen Regierung.

Dabei wurde vergessen, dass die Realität etwas anders aussieht. Investitionen bestimmen die Ersparnisse und nicht umgekehrt. Eine restriktive monetäre Politik, die den Rückgang der Produktion verursacht, bewirkt gleichzeitig den *Anstieg* der Preise, weil die Unternehmen ihre gleichgebliebenen fixen Produktionskosten von einem geringeren Umsatz bzw. Erlös decken müssen (ebenda). Wenn jetzt die Regierung künstlich Inflation verhindert, wie in Kroatien, machen die Unternehmen Verluste und entlassen Beschäftigte. Es ist also nötig, die Produktion zu steigern, damit die gesamten Produktionskosten gesenkt werden. Die Erhöhung der Produktion kann aber nicht ausschließlich mittels monetärer Politik erreicht werden, insbesondere nicht, wenn die Grenzen für Fremdprodukte offen sind und die Zölle, die die heimische Industrie schützen sollen, ebenfalls gefallen sind (eine weitere Bedingung von IWF und Weltbank für die Schocktherapie).

Ähnliches geschieht durch die Umsetzung einer restriktiven Finanzpolitik, die sich negativ auf die Produktion und günstig auf die Preissteigerung auswirkt. Die Industriekapazitäten bleiben unausgelastet, und die Produktion kann nur dann erhöht werden, wenn sich die Nachfrage erhöht. Das ist aber in Zeiten wirtschaftlicher Rezession nicht der Fall. Wegen des Anstiegs der Arbeitslosigkeit sinkt auch die individuelle Nachfrage, was die Rezession noch verstärkt. Außerdem wird die restriktive Monetär- und Finanzpolitik begleitet von einer hohen Zinsrate, die wiederum eine höhere Investitionstätigkeit unterbindet.

Der Teufelkreis kann nur durch institutionelle Intervention gebrochen werden: durch Belebung der Nachfrage, Senkung des Zinsniveaus und Förderung der Investitionstätigkeit. Dadurch wird auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage erhöht, höhere Beschäftigung wirkt sich wiederum auf die Erhöhung der Nachfrage aus usw. (vgl. Stojanov 2000 (1), 124). Dabei wird die Gefahr einer kontrollierbaren Inflation im Kauf genommen. Die Regierung Kroatiens, wie übrigens die Regierungen vieler anderer Transformationsländer, unternahm aber das Gegenteil.

Ein Land, wie Kroatien, das mittels currency board seine Währung zwecks Währungsstabilität an eine harte fremde Währung gekoppelt hat, kann die Inflationsrate nicht kontrollieren. Die Inflationsrate in Kroatien musste auf dem Niveau der Inflationsrate des Hartwährungslandes bleiben, in diesem Falle Deutschlands. Das betreffende Land genießt einerseits eine stabile Währung, opfert aber andererseits damit seine monetäre Souveränität, was ihm bezüglich der aktiven Wirtschaftspolitik die Hände bindet (ebenda).

Eine solche Implementierung der neoklassischen ökonomischen Theorie, verbunden mit der Art und Weise der Privatisierung, hat in der kroatischen Wirtschaft und Gesellschaft verheerende Schäden hinterlassen. Mittlerweile haben auch hohe institutionelle Vertreter dieser ökonomischen Theorie aus IWF und Weltbank ihre "Fehler" eingestanden. So betonte J.E. Stiglitz, Ökonomie-Professor an der Stanford University (USA) und bis Januar 2000 Berater des Weltbankpräsidenten Wolfensohn, dass die Transformationsländer einen hohen Preis für die Umsetzung dieser Politik der Umstrukturierung gezahlt haben. Dieser manifestiert sich durch einen starken Rückgang der Produktion, der Beschäftigung und des Lebensstandards (vgl. Veselica/Vojnic 1999, 226). Über die Privatisierung schrieb Stiglitz folgendes:

"(...) Ein anderer Fehler dieser Dekade bestand in der Fokussierung auf eine rasche Privatisierung. Dabei wurden die Methoden sowie die institutionellen Voraussetzungen für ihre Durchführung völlig vernachlässigt. Theoretische Grundlage für die Privatisierung war

die Hypothese von Prof. Coase (aus dem Jahr 1937, Bemerkung des Autors), dass die Übertragung des Eigentums in private Hände die einzige Voraussetzung für ökonomische Effizienz ist. Danach wird das Motiv der Profiterzielung automatisch sichern, dass die fähigsten Menschen über das Kapital verfügen. (...) Die Ereignisse zeigten jedoch, dass die Motive wichtig sind, aber dass der freie Markt ohne eine institutionelle Infrastruktur zu “asset stripping” oder “Ausverkauf des Eigentums” führen kann” (zitiert nach: Stojanov, 2000 (2)).

5.3 Die Privatisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel

5.3.1 Das Konzept der Privatisierung in Kroatien

Wie bereits ausführlich dargestellt, befanden sich die Produktionsmittel in Kroatien nicht wie in den meisten ehemaligen sozialistischen Ländern Osteuropas in Staatsbesitz, sondern sie gehörten den in den jeweiligen Unternehmen beschäftigten ArbeiterInnen. In der Verfassung vom Dezember 1990 wird Kroatien als ein marktwirtschaftlicher, demokratischer und Sozialstaat verstanden (Art. 1) (Verfassung Republik Kroatien, in: Narodne Novine Nr. 56/1990). Diese Verfassungsprinzipien sind den Ordnungsmerkmalen führender westlicher Industriestaaten, insbesondere Deutschlands, nachempfunden. Sie waren Ausgangspunkt und Grundlage der kroatischen Eigentumspolitik. Damit wurden die Prinzipien der Arbeiterselbstverwaltung sowie des Gesellschaftseigentums abgelöst. Anerkannt wurde jetzt nur noch eine Form des Eigentums, nämlich das Privateigentum.

Meinungsverschiedenheiten traten über die praktische Umsetzung dieses Eigentumsprinzips auf. Es kam darauf an, überhaupt erst mal Eigentumsrechte festzulegen und diese dann privaten Trägern zuzuordnen. Das Mitte 1991 erlassene kroatische Privatisierungsgesetz (Zakon o pretvotrbu drustvenih poduzeca) sah zwei zeitliche Phasen im Privatisierungsprozess vor. Im ersten Schritt, d.h. in der Phase der Bestimmung von Eigentumsrechten, sollte das bisherige Gesellschaftseigentum faktisch in Staatseigentum umgewandelt werden. Diese Phase wurde als “Umwandlung” (pretvorba) bezeichnet. In der zweiten Phase, die “Privatisierung” (privatizacija) genannt wurde, sollte dann dieses staatliche Eigentum auf PrivateigentümerInnen übertragen werden (vgl. Boric 1996, 185 f.).

Das erklärte Ziel der Phase I war, den Selbstverwaltungssozialismus abzulösen und eine “kroatische Marktwirtschaft” zu schaffen. Die Umwandlungsphase sollte ursprünglich am 30.6.1992 abgelaufen sein. Bis dann konnten die Unternehmen autonom über ihre Umwandlung entscheiden, d.h. ob sie eine GmbH oder eine AG werden. Als sich jedoch

herausstellte, dass das Ziel nicht erreicht werden konnte, wurde die Frist bis zum 21.12.1992 verlängert. Die Phase II beinhaltete zunächst die Privatisierung (privatizacija) der kleineren und mittleren Unternehmen im Jahre 1993. Mit Inkrafttreten des Privatisierungsgesetzes 1996 wurde dann die Privatisierung der großen Unternehmen eingeleitet. Diese Phase dauert noch bis heute an (vgl. Bendekovic 1999, 67 ff.).

In der ersten Phase der Privatisierung wurde der größte Teil ehemals gesellschaftlichen Eigentums praktisch in Staatseigentum überführt. Unter dem Vorwand, im strategischen Interesse dieser Unternehmen vorzugehen, ging es der kroatischen Regierung vor allem darum, möglichst großen ökonomischen Einfluss auf diese zu erlangen. Vergleichbar der Treuhandanstalt in Ostdeutschland entschied sich Kroatien, die Privatisierung einer vom Staat kontrollierten Organisation zu übertragen, die als alleiniger Verwalter des zu privatisierenden Vermögens auftritt. Diese Aufgabe übernahm der kroatische Privatisierungsfonds (Hrvatski fond za privatizaciju), der 1993 durch Fusion der noch 1990 gegründeten Agentur für Umstrukturierung und Entwicklung (Agencija za restrukturiranje i razvoj) und des Kroatischen Entwicklungsfonds (Hrvatski fond za razvoj) entstanden war (vgl. Kusic 1996, 605).

Für die Bewertung des Vermögens war das Management des Unternehmens verantwortlich. Bis zu einem Substanzwert von 5 Millionen DM war ein selbstständiger Verkauf möglich. Die Umwandlung in eine AG oder GmbH konnte durch Verkauf, Kapitalerhöhung mit entsprechender Beteiligung, Umwandlung von Forderungen in Beteiligungen oder eine Kombination dieser Methoden erfolgen. Insbesondere in diese ersten Phase kam es, infolge des großen Einflusses des Managements bei gleichzeitig geringen gesetzlichen Beschränkungen, zu vielen Unregelmäßigkeiten, an denen oft auch Regierungsmitglieder beteiligt waren.

Neben dem Privatisierungsfonds ging ein Drittel der Unternehmensanteile an die Rentenversicherung der Arbeiter und Landwirte. Darüber hinaus wurde 1994 das Ministerium für Privatisierung und Vermögensverwaltung (Ministarstvo za privatizaciju i upravljanje imovinom) gegründet. Seine Aufgabe ist es, die Privatisierung strategisch zu leiten, die Privatisierungsprozesse kontinuierlich zu begleiten und die entsprechende Gesetzgebung zu aktualisieren (vgl. Dobias u.a. 2000, 88). Da zu diesem Zeitpunkt die HDZ den Staatspräsidenten und die Regierung stellte und beide Kammern des Parlamentes kontrollierte, konnte sie einen entscheidenden Einfluss auf den gesamten Ablauf des Privatisierungsprozesses nehmen.

Die zweite Phase des Privatisierungsprozesses – die eigentliche Privatisierung – erfolgte grundsätzlich nach der Verkaufsmethode. Gemäß dem Privatisierungsgesetz ist der Kroatische Privatisierungsfonds verpflichtet, in sein Eigentum übertragene Aktien, Anteile, Sachen und Rechte bei öffentlichen Auktionen und öffentlichen Ausschreibungen zu verkaufen. Die Erlöse gingen in den Haushalt ein und sollten gemäß Entscheidungen der Regierung verwendet werden (ebenda, 90 f.).

ArbeitnehmerInnen und ehemals langjährig Beschäftigten des Unternehmens sowie den bei den anderen juristischen Personen und staatlichen Organen in Kroatien tätigen ArbeitnehmerInnen wurde bei Anteilskäufen ein Discount von 20 % plus 1 % für jedes Jahr der Betriebszugehörigkeit eingeräumt. Auf diese Weise konnte ein Nachlass bis zu 60 % des Aktienwertes höchstens aber bis 20.000 DM des Nominalwertes zustande kommen. Darüber hinaus erhielten die kroatischen Kriegsinvaliden sowie die Familien gefallener Soldaten einen Anspruch auf Zuteilung kostenloser Aktien im Wert zwischen 5.000 DM und 20.000 DM. Seitens der Regierung wurde dies als eine Art “Aktienverteilung an die Bevölkerung” propagiert. Diese Regelung stieß aber auf scharfe Kritik in der Öffentlichkeit, denn viele Berechtigte waren nicht in der Lage, den ihnen angebotenen Discount in Anspruch zu nehmen. Der sinkende Lebensstandard zwang die große Mehrheit der kroatischen BürgerInnen, sich um ihren und den Unterhalt ihrer Familien zu kümmern statt um Einkauf der Aktien (vgl. Reuter 1993, 482).

Außerdem waren diejenigen, die die Aktien gekauft haben, vom Staat in gewisser Weise betrogen worden, wie Prof. Dr. Andjelko Bilusic von der Ökonomischen Fakultät Zagreb schon 1993 verdeutlichte:

“Ich würde nicht sagen, dass man sie bewusst betrogen hat, doch es kommt auf das gleiche hinaus. Sie alle haben Wertpapiere gekauft, die sich “Aktien” nennen. Doch diese Papiere haben nicht einmal die grundlegenden Attribute von Aktien, denn sie sind verschiedenen Restriktionen unterworfen, d.h. man darf sie nicht verkaufen und man kann sie nicht verkaufen. Wenn jemand z.B. ein Papier für 100 DM gekauft hat und will es jetzt verkaufen, dann erfährt er jetzt, dass dieses Papier jetzt nicht einmal 10 DM wert ist” (Globus, 6.8.1993).

5.3.2 Ergebnisse der Privatisierung

Der Privatisierungsprozess in Kroatien begann 1991 und dauert immer noch an. In den Jahren 1992 und 1993 war dieser Prozess sehr intensiv, seitdem hat sich das Tempo der Privatisierung verlangsamt, und sie kam im Jahre 1995 zwischenzeitlich zum Stillstand. Bis dahin waren die kleinen und ein Teil der mittleren Betriebe privatisiert worden. Seitdem wurde die sog. Couponprivatisierung⁶⁵ sowie die Privatisierung der großen öffentlichen Betriebe vorbereitet, die im Laufe des Jahres 1998 begonnen hat.

Nach Angaben von Prof. Vojnic bestehen keine zuverlässige Daten über den Umfang der Privatisierung in Kroatien (Interview mit Dragomir Vojnic, Anhang III oder auch: Veselica/Vojnic 1999, 216). Im folgenden lehne ich mich an Daten an, die vom Kroatischen Privatisierungsfonds stammen.

Der Umwandlungsprozess war bis Ende Oktober in 2.553 Unternehmen beendet. Das entspricht einem Anteil von 70 % der insgesamt 3.692 Unternehmen, die in den Prozess involviert waren. In den restlichen 1.139 Unternehmen (30 %) war der Prozess noch nicht beendet. 62 % des im Jahr noch gesellschaftlichen Eigentums kam in staatliche oder private Hände (vgl. Bendekovic 1999, 67 f.). Wenn noch die Beteiligungen der Banken hinzugerechnet werden, die in der ersten Phase ebenfalls vom Staat kontrolliert wurden, erhöht sich dieser Anteil auf etwa 80 % (vgl. Dobias u.a. 2000, 95).

Tabelle 7 zeigt die Ergebnisse des Privatisierungsprozesses in Kroatien. Von 2.553 umgewandelten Unternehmen waren 1.174 oder 46 % vorwiegend kleinere Unternehmen vollkommen privatisiert. 1.119 überwiegend mittlere Unternehmen mit einem durchschnittlichen Kapitalwert von etwa 12 Millionen DM sind mehrheitlich privatisiert, d.h. dass bei ihnen die Privatisierungsfonds (Kroatische Privatisierungsfonds und Rentenfonds) einen Anteil von weniger als 50 % innehatten. Bei den 260 überwiegend großen Unternehmen mit einem durchschnittlichen Kapitalwert von 34 Millionen DM hielten die Privatisierungsfonds über 50 % der Anteile. Diese großen

⁶⁵ Im Zuge der Coupon- bzw. Massenprivatisierung bekamen 350.000 Menschen, vor allem Kriegsoffer, insgesamt 7.000 Privatisierungspunkte, die sie nach der Registrierungspflicht (2. Oktober 1997) im Verlauf von drei Aktionsrunden direkt oder über Investmentfonds in Aktien umtauschen können.

Unternehmen machten einen Anteil von 10 % der umgewandelten Unternehmen mit einem Kapitalwertanteil von 36 % aus.

Tabelle 7: Ergebnisse der Privatisierung in Kroatien (Stand Oktober 1995)

	100% privatisiert	Mehrheitlich privatisiert	Mehrheitlich bei den Privatisie- rungsfonds	Insgesamt
Anzahl der Unternehmen	1.174 (46%)	1.119 (44%)	260 (10%)	2.553
Gesamtkapital (in Mio. DM)	2.143 (9%)	13.369 (55%)	8.824 (36%)	24.336
Anzahl der Anteilseigner	103.403	391.108	98.832	589.343
Durchschnittliches Kapital pro Unternehmen (in DM)	1.824.992	11.946.982	33.940.380	9.532.314
Durchschnittliche Anzahl der Anteilseigner pro Unternehmen	88	350	361	231

Quelle: Privatizacija - Hrvatski fond za privatizaciju, 60

Der Zufluss ausländischen Kapitals war in der Phase 1991-1995 wegen des Krieges und der unklaren Situation in Kroatien eher bescheiden. Ausländische Investoren haben ihre Anteile an kroatischen Firmen meistens durch die Umwandlung der kroatischen Schulden und durch zusätzliche Investitionen erworben. In den Jahren 1994 und 1995 kam es vermehrt zu direkten Firmenkäufen. Die ausländischen Investoren stammten aus insgesamt 15 Ländern, wobei der größte Teil des in Kroatien investierten Kapitals aus drei Ländern kam: Österreich, Schweden und der Schweiz. Das Hauptziel des aus dem Ausland stammenden Kapitals in diesem Zeitraum waren kroatische Brauereien, Zement- und Glasfabriken sowie die Telekommunikation (vgl. Bendekovic 1999, 71). Tabelle 8 zeigt die ausländischen Investitionen in Kroatien von 1991-1995.

Tabelle 8: Ausländische Investitionen in Kroatien 1991-1995:

Land	Anzahl der Investitionen	Investiertes Kapital in DM	Investiertes Kapital in %
1. Österreich	7	100.808.500	21,90
2. Belgien	1	40.415.800	8,78
3. Deutschland	8	38.021.690	8,26
4. Schweden	1	70.000.000	15,21
5. Schweiz	7	97.059.006	21,08
6. USA	6	37.399.687	8,13
7. andere Länder	31	44.369.986	10,11
Insgesamt	61	460.369.268	100,0

Quelle: Bendekovic 1999, 71

Das kroatische Privatisierungsmodell wird von dubiosen Praktiken durchdrungen. Im Zusammenhang mit Firmenverkäufen kam es sehr oft zu Betrugsvorwürfen. Der Wert der zu veräußernden Firmen war von den Privatisierungsagenturen viel zu niedrig angesetzt worden. Häufig kam es auch vor, dass Manager Unternehmen bewusst herunterwirtschafteten und die ArbeiterInnen entließen, um sie später billig anzukaufen. Hiervon waren in besonderer Weise kleine und mittlere Betriebe betroffen. Etwa 200 Parteigänger der damals regierenden HDZ kauften die wichtigsten Betriebe des Landes auf. Dabei hatten sie das Geld für diese Transaktionen von den staatlichen Banken geliehen und die gekauften Firmen wurden gleich mit einer entsprechenden Hypothek belastet (vgl. Reuter 1993, 483).

Als Antwort auf die in der Bevölkerung anwachsende Unzufriedenheit und verstärkte Proteste, wurde 1996 das Privatisierungsgesetz verabschiedet, in dem die Prüfung und teilweise Wiedergutmachung der Privatisierung angekündigt worden war. Während der HDZ-Herrschaft kam es aber eher zur Einfrierung der bestehenden Verhältnisse.

5.3.3 Eine Kritik der Privatisierung

Eine große Mehrheit der kroatischen BürgerInnen akzeptierte die Art und Weise der durchgeführten Privatisierung nicht, da der nationale Reichtum an den Staat und an eine kleine Gruppe der herrschenden Partei (HDZ) nahestehenden Personen umverteilt wurde. Die so konzentrierte ökonomische Macht entsprach ganz genau der neu geschaffenen Struktur gesellschaftspolitischer Macht. Aus sozialer Sicht verschärfte der Privatisierungsprozess die Interessengegensätze zwischen dem Staat und einer schmalen Schicht von Technomanagern (sog. Tycoons – tajkuni) auf der einen und der breiten Bevölkerung auf der anderen Seite. Es

kam bei der Privatisierung nicht zu einem Mindestmaß an Gerechtigkeit, welches die kroatischen BürgerInnen mit Recht erwarteten. Insbesondere wurden die gegenwärtigen und ehemaligen Beschäftigten betrogen, die Jahrzehnte lang in ihren Firmen gearbeitet und zur Prosperität Kroatiens im sozialistischen Jugoslawien entscheidend beigetragen hatten. Statt sie zu den eigentlichen Eigentümern des gesellschaftlichen Vermögens zu machen, wurde über Nacht eine neue Klasse zu dessen InhaberInnen. Als Antwort darauf kam es ab Mitte der 90er Jahre zu zahlreichen Streiks und anderen Widerstandshandlungen der Bevölkerung.

Die wichtigsten Kriterien, nach denen die staatlichen Privatisierungsfonds Firmen an Privatpersonen veräußerten, waren nicht – wie in der Öffentlichkeit propagiert – die Kriterien marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und ökonomischer Effizienz, sondern die Kriterien der Parteizugehörigkeit und Loyalität gegenüber den neuen Machtinhabern. Die neuen FirmeninhaberInnen waren nicht an der Erhöhung von Produktion und Beschäftigung, sondern hauptsächlich an persönlicher Bereicherung interessiert. So schöpften sie finanzielle und andere Mittel aus den bereits erworbenen Firmen, um damit neue Unternehmen für sich zu erwerben. So kam es innerhalb weniger Jahre zu einer massiven Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen einer geringen Anzahl von Personen. Obwohl keine genauen statistischen Daten darüber bestehen, wird geschätzt, dass sich ein großer Teil des privatisierten Eigentum in den Händen von nicht mehr als 200 kroatischen Familien befindet (vgl. Veselica/Vojnic 1999, 216). Ein großer Teil des kroatischen nationalen Eigentums landete auf Privatkonten dieser Personen im Ausland (vgl. Interview mit Branko Horvat, Anhang II). Nach Angaben der Zeitschrift Globus verließen während neunjähriger HDZ-Herrschaft etwa 15 Milliarden Dollar das Land illegal in Richtung Ausland (vgl. Globus, 9.6.2000). Währenddessen überstieg die offizielle Arbeitslosenquote 20 % und es kam zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Dazu ist die Meinung von Prof. Dr. Branko Horvat interessant, einem der prominentesten Ökonomen des Balkans. Ihm zufolge wurde in Kroatien unter dem Namen der Privatisierung ein epochaler Diebstahl an den kroatischen BürgerInnen und ArbeiterInnen begangen. Horvat betont dabei die spezifische Ausgangslage in Kroatien und in den anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken, die sich von der Lage der ehemals staatssozialistischen Ostblockländer wesentlich unterschied. In diesen Ländern gehörten vor der Transformation die Produktionsmittel dem Staat. In Jugoslawien hingegen, waren die in den jeweiligen Unternehmen beschäftigten ArbeiterInnen die gesetzlichen InhaberInnen der Produktionsmittel (vgl. auch Teil I). Der kroatische Staat hat zwei illegale Handlungen vorgenommen: In der ersten Phase (Umwandlung) wurden vom Staat die Unternehmen, die

den kroatischen ArbeiterInnen gehörten, durch einen Gewaltakt vereinnahmt, ohne dass die ursprüngliche InhaberInnen in irgendeiner Art und Weise dafür entschädigt worden sind. In der zweiten Phase (Privatisierung) veräußerte der Staat durch seine Privatisierungsfonds sein auf unzulässige Weise gewonnenes Eigentum an inländische und ausländische KäuferInnen, was, nach Horvat, eine weitere illegale Handlung darstellte (vgl. Horvat 1999 (2), 496). Deshalb fordert er eine komplette Revision der Umwandlung und der Privatisierung und die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands.

Weiter bezeichnet er die Transformation in Kroatien als Restaurierung des Staatsozialismus und des Kapitalismus, was einen historischen Schritt zurück darstelle. In Jugoslawien wurde der Kapitalismus 1945 durch den Sozialismus abgelöst. Zwischen 1945 und 1950 durchlief Jugoslawien eine Periode des administrativen bzw. des Staatssozialismus. Diese Phase wurde durch die Einführung der ArbeiterInnenselbstverwaltung im Jahr 1950 abgelöst (vgl. Teil I). Da sich diese Phase gleichzeitig durch Einführung marktwirtschaftlicher Elemente auszeichnete, bezeichnet Horvat sie als "wahre Transformation". In den nachfolgenden Jahrzehnten hatte sich, nach Horvat, die Einführung der Selbstverwaltung – trotz all ihrer Schwierigkeiten und Schwächen - als berechtigt erwiesen. Das zeigte sich in den hohen Wachstumsraten der jugoslawischen Wirtschaft sowie im stets ansteigenden Lebensstandard seiner BürgerInnen. Im unabhängigen Kroatien wurden Anfang der 90er Jahre die Prozesse der Transformation und Privatisierung in Gang gesetzt, ohne dass jemand von den Verantwortlichen den BürgerInnen erklärt hätte, welche Vorteile für sie dadurch entstehen werden. Für Horvat ist die Antwort klar: Der Kapitalismus wurde in Kroatien restauriert, damit sich die an die Macht gelangten Personen auf Kosten der Mehrheit bereichern konnten. Die herrschende Partei und ihre AnhängerInnen betrogen in den 90er Jahren offenbar das Volk: Sie schützten angeblich die gefährdeten *nationalen Interessen* der kroatischen BürgerInnen, gleichzeitig aber kümmerten sie sich lediglich um ihre *Klasseninteressen*, indem sie die Ende der 80er Jahre noch bestehende Mittelschicht verschwinden und die Bevölkerungsmassen verarmen ließen (vgl. Horvat 1996, 69 ff.).

Gegen die Behauptungen der Regierung, in Kroatien werde eine funktionsfähige Marktwirtschaft nach dem Muster der erfolgreichen westlichen Industrieländer entstehen, argumentiert Horvat wie folgt:

“Der erste Schritt der Umwandlung war: Aufhebung der eigenen Marktunabhängigkeit durch Aufhebung der ArbeiterInnenselbstverwaltung mit gleichzeitiger Anwendung von Staatsgewalt und Einführung der Staatsverwaltung in die Wirtschaft. Wenn die Regierung wirklich eine Marktwirtschaft gewollt hätte, dann hätte sie es dem Wettbewerb überlassen sollen, welche Unternehmen effizienter und besser organisiert sind. Dadurch

wären die nicht-effizienten Unternehmen eliminiert worden. Also hätte der Markt in jedem Einzelfall entschieden, welche Organisation besser ist. Stattdessen hat die Regierung grob in die Wirtschaft interveniert und dort ihre Präferenzen mit Hilfe staatlicher Gewalt aufgedrängt” (Horvat 1999 (1), 17, eigene Übersetzung).

Im Interview (Anhang III) erklärte Dragomir Vojnic, dass im Jahre 1990/1991 am Ökonomischen Institut Zagreb, dessen Direktor er selbst damals war, eine analytische Studie ausgearbeitet wurde, auf deren Basis die Privatisierung erfolgen sollte. In dieser Studie wurde ein “Konzept der offenen Privatisierung” vorgelegt. Im Konzept wurden die besseren Möglichkeiten des Gesellschaftseigentums im Vergleich zum Staatseigentum berücksichtigt, die in dezentralisierten Entscheidungen, der Existenz des Güter- und Dienstleistungsmarktes sowie eines relativ gut entwickelten Management- und Marketingsystem liegen (vgl. Veselica/Vojnic 1999, 197 f.). Der damalige kroatische Premierminister Josip Manolic äußerte sich sehr positiv über das Konzept, betonte aber seine Sorge bezüglich der Durchführungsmöglichkeiten. Das Konzept des Ökonomischen Instituts Zagreb blieb von der kroatischen Regierung bei ihrer Privatisierungspolitik unberücksichtigt, obwohl sich nach der Ansicht der AutorInnen, eine wesentlich bessere Lösung des Übergangs ergeben hätte.

Damals verstanden die AutorInnen der Studie nicht, um welche Schwierigkeiten es sich hätte handeln können. Erst später, nach dem bei der Durchführung der Privatisierung schwere Fehler begangen worden sind, folgerten sie aus der Aussage des damaligen Premierministers, dass zu diesem Zeitpunkt – 1991/1992 – über die Art und Weise der Privatisierung in den engsten Machtkreisen bereits entschieden worden war und dass die späteren “Fehler” praktisch absichtlich begangen worden sind.

Selbst die AnhängerInnen der klassischen Marktwirtschaft, wie der Ökonom Prof. Dr. Drazen Kalogjera, übten massive Kritik an dem Privatisierungsmodell. Als Mitglied der ersten HDZ-Regierung 1990 (ohne Parteizugehörigkeit) war Kalogjera an der Ausarbeitung des Privatisierungskonzeptes beteiligt. Nachdem er aber seine Unzufriedenheit mit dem Privatisierungskonzept offen geäußert hat, musste er nach nur fünf Monaten seinen Ministerposten räumen. In einem Interview in Feral Tribune (10.1.2000) gab er zu diesem Thema folgendes an:

“Ich war der Meinung, dass wir darauf aufbauen sollten, was wir bis damals erreicht haben. Unsere Wirtschaft wurde bereits in den 50er Jahren reformiert, als wir die zentralistische Planung aufgehoben haben. Seitdem wurden die Unternehmen immer mehr selbstständig, markt- und exportorientiert. Niemand hatte ihnen diktiert, was und wie sie produzieren und wem sie ihre Produkte verkaufen sollten. Die internationalen Institutionen haben unsere

Wirtschaft als 50 % besser als in den anderen kommunistischen Ländern und 50 % schlechter als in den entwickelten kapitalistischen Ländern beurteilt. Wir hatten vor uns also nur eine Hälfte des Weges wie andere ehemals kommunistische Länder. Konkret, wir sollten das Privateigentum einführen sowie den Finanzmarkt herzustellen. Mein Standpunkt war, dass wir uns auf keinen Fall den Schritt rückwärts in Richtung Staatseigentum machen dürfen, sondern, dass das gesellschaftliche Eigentum direkt an diejenigen übertragen werden soll, die dieses auch erzeugt haben. Das was das gesellschaftliche Eigentum umfasste, wurde nicht von dem Staat sondern von den kroatischen BürgerInnen erzeugt, und nur sie hätten es als ihr privates Eigentum erhalten sollen. Ich schlug vor, eine Massenprivatisierung, die Verteilung der Aktien mit der gleichzeitigen Einführung des Finanzmarktes. So hätten wir eine Konzentration des Eigentums nach den Marktprinzipien und nicht nach den Tycoonprinzipien” (eigene Übersetzung).

Nach allem, was im Laufe des Privatisierungsprozesses in Kroatien geschehen ist, war klar, dass die HDZ-HerrscherInnen nicht an einer solchen Art der Privatisierung interessiert waren. Ihr Hauptziel war, wie sie sich unter dem Motto der Einführung der Marktprinzipien in die Wirtschaft persönliche Vorteile sichern können. Die Ergebnisse der Privatisierung sind politisch, ökonomisch und auch rechtlich nicht haltbar, so dass in Kroatien nach dem Abtritt der HDZ von der Macht die Stimmen immer lauter werden, die eine Revision der Privatisierung sowie die strafrechtliche Verfolgung ihrer Hauptakteure verlangen.

5.4 Die wirtschaftliche Lage in Kroatien in der zweiten Hälfte der 90er Jahre

5.4.1 Ökonomische Ergebnisse der Transformation

Ende des Jahres 1996 verfasste die kroatische Regierung ein weiteres Memorandum über die Wirtschaftspolitik für die Periode 1997-1999. Dieses wurde wieder in enger Absprache mit dem IWF abgestimmt ("extended arrangement"). Im Vordergrund standen wiederum die Sicherung der Preisniveaustabilität (Beschränkung der Inflationsrate auf Werte zwischen 3 % und 4 %) und die Fortsetzung einer restriktiven monetären und Finanzpolitik. Damit die Währungsstabilität erhalten bleibt, mussten die Devisenreserven erhöht werden. Das Lohnniveau in staatlichen Unternehmen sollte auf dem Niveau des dritten Quartals 1996 eingefroren werden (vgl. Sirotkovic 1998, 396). Angesichts des Anstiegs der Arbeitslosigkeit wurden einige soziale Maßnahmen beschlossen sowie Anstrengungen in Richtung einer Produktionssteigerung im Land angekündigt. Das Memorandum verfolgte die Ziele des IWF und wurde auch diesmal nicht auf den realen Zustand der kroatischen Wirtschaft und die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmt.

Tabelle 9 zeigt die wichtigsten wirtschaftlichen Indikatoren in Kroatien von 1994 bis 1999:

Tabelle 9: Die wichtigsten wirtschaftlichen Indikatoren in Kroatien 1994-1999:

	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Wirtschaftsleistung						
BIP (Mio. HRK)	87.441	98.382	107.981	123.811	138.392	143.500
BIP, real, Veränd. gg. Vorjahr in %	5,9	6,8	5,9	6,8	2,5	-0,3
BIP/Kopf, USD, Wechselkurs	3.139	4.029	4.422	4.398	4.833	4.485
BIP/Kopf, USD, Kaufkraftparität	5.030	5.590	6.330	6.780	7.090	7.120
Produktionsentwicklung						
Industrieproduktion (Index 1990=100)	55,9	56,1	57,8	61,7	64,0	
Landwirtschaft (Index 1990=100)	68,8	67,0	69,1	72,9		
Bauwesen (Index 1990=100)	44,0	41,8	56,8	73,3	75,5	
Investitionen						
Brutto (reale Veränd. Gg. Vorj. in %)	15,2	-25,1	20,0	14,1	-	-
Investitionsquote (% des BIP)	17,4	17,6	22,1	-	-	-
Zufluss von Direktinvest. (Mio. USD)	113	101	533	385	560	860
Beschäftigte (Jahresdurchschnitt in 1.000)	1.437	1.417	1.329	1.310	1.385	1.338
Industriebeschäftigte (in 1.000)		349	315	320	309	294
Arbeitslose (in 1.000)	243	269	287	302	341	318
Arbeitslosenquote (in %)	15,1	15,9	17,6	18,1	20,8	19,1

Einnahmen (Mio. HRK)	23.143	27.981	31.368	33.846	43.809	46.356
Ausgaben (Mio. HRK)	22.599	28.696	31.502	35.006	42.552	48.879
Budgetsaldo (Mio. HRK)	543	-715	-134	-1.160	1.257	-2.523
Export (Mio. USD)	4.260	4.633	4.512	4.171	4.541	4.280
Import (Mio. USD)	5.229	7.510	7.788	9.104	8.383	7.777
Handelsbilanzsaldo	-969	-2.877	-3.276	-4.933	-3.842	-3.497
Außenverschuldung (Mio. USD)	4.804	3.809	5.308	7.452	9.588	9.925
Wechselkurse						
HRK/USD	6,00	5,23	5,43	6,16	6,36	7,11
HRK/DM		3,65	3,61	3,56	3,62	3,88

Quellen: 1.) Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW): WIIW Database (www.wiwi.ac.at).

2.) Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (Hrsg.): Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa, Sammelband 1999, Nr. 459.

3.) Statisticke Informacije 1999 und 1997 (Drzavni zavod za statistiku - Staatliches Statistisches Amt).

Das Niveau des Bruttoinlandsproduktes erreichte im Jahr 1997 86 % des Vorkriegsniveaus. 1998 wurde ein realer Anstieg um 2,5 % registriert⁶⁶. Der Krieg und die Kriegsschäden können nur teilweise als Ursache eines solchen Niedergangs angenommen werden. Die Industrieproduktion erfuhr einen dramatischen Rückschlag. Im Jahr 1999 erreichte sie nur knapp 62 % des Vorkriegsniveaus. Nur eine wenig bessere Situation besteht in der Landwirtschaft und im Bauwesen. Kroatien hat in den günstigen Vorkriegsjahren 1,4 Millionen Tonnen Weizen und 2,7 Millionen Tonnen Mais erzeugt und Teile davon auch exportiert. Im Jahr 1998 wurden 1 Million Tonnen Weizen und 2 Millionen Tonnen Mais produziert (Statisticke informacije 1999, 33).

Verantwortlich für den drastischen Fall der Industrieproduktion sind die im Kapitel 5.2 beschriebenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der kroatischen Regierung, aber auch der Verlauf des Privatisierungsprozesses. Die neuen FirmenbesitzerInnen waren weniger an einer Erhöhung des Produktions- und Beschäftigungsniveaus interessiert, als an der Abschöpfung des Unternehmenskapitals zwecks persönlicher Bereicherung. In all den Jahren der HDZ-Herrschaft wurde kein bedeutendes Unternehmen neugegründet! Zu welchen Ergebnissen ein solch destruktives Verhalten führte, zeigt das Beispiel der Metallindustrie, vor dem Krieg eine der wichtigsten Industrie- und Exportbranchen in Kroatien: Vor dem Krieg belegte der jugoslawische (in Kroatien angesiedelte) Schiffbau Rang drei in der Welt und beschäftigte 21.000 ArbeiterInnen. Während der Transformationszeit schrumpfte die Anzahl der Beschäftigten auf 12.500 ArbeiterInnen, die Produktion verringerte sich um zwei Drittel. Die vor dem Krieg weltbekannte Werft in Split musste ihre Beschäftigtenzahl von 7.500 auf rund 3.000 reduzieren. Ein ganzes Jahrzehnt lang wurde im kroatischen Schiffbau nicht in moderne Technologie investiert, so dass die Branche auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig ist. In allen fünf großen Werften werden zur Zeit Sanierungsprogramme durchgeführt (vgl. Horvat 1999 (1), 19).

Ein anderes Beispiel ist der vor dem Krieg weltweit tätige Hersteller von Elektroanlagen, Firma "Rade Koncar" aus Zagreb. Vor dem Krieg waren im Unternehmen 23.800 ArbeiterInnen beschäftigt. Im Jahr 1999 sind davon nur 4.600 übrig geblieben. Das Forschungsinstitut des Unternehmens wurde stillgelegt. Die Firma wurde von dem deutschen

Unternehmen Siemens gekauft für eine erheblich unter ihrem realen Wert liegende Summe (vgl. Interview mit Branko Horvat, Anhang II). Das Eisenwerk in der Stadt Sisak hatte vor der “marktwirtschaftlichen Transformation” 13.000 Beschäftigte, von denen bis 1999 10.000 ihren Job verloren. Während der acht Jahre Transformation verloren in der Metallindustrie von insgesamt 188.000 Beschäftigten mehr als 110.000 ihre Arbeit. Von 280 Unternehmen in der Metallindustrie wurden in 65 die Löhne nicht regelmäßig ausgezahlt, während 51 bankrott gingen. Auch in den anderen Industriebranchen ist die Lage kaum besser.

Vom Verlust des jugoslawischen Binnenmarkts wurden insbesondere die großen Unternehmen betroffen, die vor dem Krieg ihre Produkte auf diesem Markt absetzten. Für den Staat war es schwierig, für solche Unternehmen eine(n) KäuferIn zu finden. Um sie dennoch verkaufen zu können, wurden sie in bis zu zehn oder zwanzig einzelne Betriebe aufgeteilt, ohne dass dabei ökonomische Kriterien beachtet wurden. So wurde allerdings auch die Tatsache missachtet, dass viele dieser neuen Betriebe alleine gar nicht funktionsfähig sind (vgl. Interview mit Branko Horvat, Anhang II). Ein klassisches Beispiel dafür ist die Firma “Jugoturbina”, die vor dem Krieg 12.000 Beschäftigte hatte. Die Firma ist in einige kleine Betriebe zerlegt worden, die heute insgesamt kaum 2.000 Leute beschäftigen.

Eine logische Konsequenz der Wirtschaftslage ist die hohe Arbeitslosigkeit. Im Jahr 1999 waren offiziell fast 318.000 Arbeitslose gemeldet, was einer Arbeitslosenquote von 19 % entspricht.

Die Budgetausgaben überstiegen 1999 die Einnahmen um 2.5 Milliarden Kuna (etwa 650 Millionen DM). Ein großer Teil dieser Ausgaben entfiel auf nichtproduktive Kosten des kroatischen Staates, wie überteuerte Unterbringung des Militärs, der Polizei, hohe Gehälter der Staatsbeamten und -funktionäre, sowie Luxusausgaben der PolitikerInnen. Tudjman wollte aus Kroatien eine “regionale Macht” machen, so dass die Militärausgaben in Kroatien prozentual doppelt so hoch wie im sozialistischen Jugoslawien und dreimal so hoch wie in den EU-Ländern sind. Auf der Einnahmeseite ist die Gewinnsteuer niedriger als in der EU, ohne dass eine progressive Besteuerung praktiziert wird, während die Umsatzsteuer hohe 22 % beträgt.

Die bereits erwähnte restriktive monetäre Politik wirkte hinderlich auf Wirtschaftswachstum und Investitionen. Das Zinsniveau betrug zwischen 15 und 20 Prozent und lag damit deutlich höher als in der EU. Die Investitionen konnten kaum die Amortisierungsrate decken, geschweige denn ein Wachstum der Wirtschaft ermöglichen. Das führte zu einem technologischen Rückstand der kroatischen Wirtschaft, der in den nächsten Jahren kaum

⁶⁶ Nach der Meinung vieler kroatischer Ökonomen sind die offiziellen Angaben der HDZ-Regierung über die

aufzuholen ist. Die Landeswährung (Kuna) wurde um etwa 30 % aufgewertet, was die Exporte behinderte und auf die Importe förderlich wirkte⁶⁷. Daraus resultiert eine negative Handelsbilanz (1999 3,5 Mrd. Dollar) und eine Verdoppelung der Bruttoauenverschuldung zwischen 1994 und 1999 (von 4,8 Mrd. auf 9,9 Mrd. Dollar).

Eine weitere negative Wirkung der restriktiven monetären Politik ist die hohe Nichtliquidität der kroatischen Wirtschaft. Bei fast 30.000 kroatischen Unternehmen – und das ist fast die Hälfte der Gesamtzahl – waren im Jahr 1999 die Konten blockiert, und diese Firmen hätten nach dem Gesetz in Konkurs gehen müssen. Die noch offenen Rechnungen in der kroatischen Wirtschaft belaufen sich auf über 20 Milliarden Kuna, was die Geldmasse M1 doppelt übersteigt (vgl. Horvat 1999 (2), 499).

Lediglich im Tourismus nähert sich Kroatien langsam dem Vorkriegsniveau an. Im Jahr 1997 betrug die Zahl der Übernachtungen über 30 Millionen, was ein Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr um 42 % bedeutete. 1998 nahm die Zahl der Übernachtungen um 3,2 Millionen zu wobei es 5,5 Millionen Besuchern gab. über 80 % der Übernachtungen entfielen auf ausländische Besucher (Statisticke informacije 1999, 45). Zum Vergleich lag die Zahl der Übernachtungen im Vorkriegsjahr 1990 bei 52,5 Millionen und in den 80er Jahren bei knapp 70 Millionen Übernachtungen jährlich.

Höhe des BIP schätzungsweise um etwa 15 % künstlich “aufgepumpt” (vgl. Horvat 1999 b, 499).

⁶⁷ Um auf dem Weltmarkt einigermaßen konkurrenzfähig zu sein, haben einige Transformationsländer, ihre Währungen abgewertet. So hat z.B. die Tschechische Republik den Kurs ihrer Währung um 30 % abgewertet. Wenn also kroatische und tschechische Produkte auf dem Weltmarkt aufeinander treffen, dann sind die Produkte aus der Tschechischen Republik, bei gleicher Produktivität der Arbeit, praktisch um 60 % konkurrenzfähiger.

5.4.2 Die kroatische Wirtschaft und das Ausland

Die militärischen Aktionen der kroatischen Streitkräfte im Jahr 1995 hatten auf die außenpolitischen Beziehungen äußerst negative Wirkungen. Nach der Eroberung der serbischen Gebiete wurde das Land starkem internationalen Druck ausgesetzt⁶⁸. Im Herbst wurden die Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Kroatien übereilt abgebrochen. Bis auf weiteres wurde Kroatien aus dem PHARE-Programm ausgeschlossen, der Zugang zu internationalen Krediten wurde erschwert, bereits bewilligte Kredite zum Aufbau der Infrastruktur seitens des IWF und der Europäischen Investitionsbank (EIB) eingefroren. Die für den 4. September 1995 vorgesehene Aufnahme Kroatiens in den Europarat wurde ausgesetzt. Als Investitionsstandort hat sich Kroatien 1995 im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. In der Bonitätsrangliste, die von der Londoner Zeitschrift "Euromoney" veröffentlicht wird, lag Kroatien 1995 auf Platz 128, während es im Vorjahr noch Platz 113 einnahm (vgl. Kusic/König 1999, 241). Die Verhandlungen über die Aufnahme Kroatiens in die WTO wurden 1999 fortgesetzt. Nach dem Regierungswechsel Anfang 2000 erstellte die Europäische Kommission im Mai 2000 einen Bericht über die Aussichten von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Kroatien. Nachdem dieser Bericht vom Rat "Allgemeine Angelegenheiten" gebilligt wurde, richtete die Kommission im Juli 2000 eine Empfehlung an den Rat zur Eröffnung der Verhandlungen. Das Abkommen mit der neuen kroatischen Regierung wurde offiziell beim EU-Gipfel in Zagreb am 24. November unterzeichnet. Damit wurde in Kroatien eine Ära der fünfjährigen außenwirtschaftlichen Isolation unterbrochen.

Ungeachtet dieser Isolation betrieben die EU-Länder Handel mit Kroatien, und ihre Konzerne beteiligten sich an der Privatisierung der kroatischen Betriebe. Wie Tabelle 10 zeigt, entfiel bis 1998 der Löwenanteil der Exporte an die EU-Länder (1998 2,1 Mrd. Dollar oder 47,6 % des Gesamtexports). Die wichtigsten europäischen Absatzmärkte Kroatiens sind Italien und Deutschland (1998 802 bzw. 767 Millionen Dollar). Danach kommt Bosnien-Herzegowina mit 654 Millionen Dollar im selben Jahr.

Noch stärker als bei den Ausfuhren dominiert die EU die kroatischen Einfuhren. Die Importe aus diesem Bereich erreichten 1998 knapp 60 % der Gesamteinfuhren. Die wichtigsten Bezugsmärkte Kroatiens sind Deutschland und Italien. Der Wert der Importe aus diesen Länder betrug 1998 1,6 (Deutschland) bzw. 1,5 Milliarden Dollar (Italien). Es folgte

⁶⁸ Bis zu diesem Zeitpunkt war Kroatien bereits das Mitglied der Vereinten Nationen, der KSZE, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds.

Slowenien mit 721 Millionen Dollar (vgl. Botric u.a. 1999, 498). Die wichtigsten Bezugsmärkte Deutschland und Italien verloren in der zweiten Hälfte der 90er Jahren an Gewicht, stark angestiegen sind dagegen die Einfuhren aus Finnland, Frankreich und Irland. Tabelle 11 zeigt den deutschen Handel mit Kroatien im Zeitraum 1994-1998.

Tabelle 10: Anteile wichtiger Handelspartner am kroatischen Außenhandel:

	1994	1995	1996	1997	1998
Export nach (% der Exporte)					
EU	52	57,7	51,0	49,7	47,6
Deutschland	22,1	21,5	18,6	17,9	16,9
GUS	4,1	4,0	3,8	-	-
Russland			2,9	3,9	3,6
CEFTA			17,5	16,6	13,3
Import aus (% der Importe)					
EU	50,8	62,1	59,4	59,4	59,4
Deutschland	21,2	20,1	20,6	20,2	19,3
GUS	4,9	3,0	3,2	-	-
Russland			2,7	5,0	4,3
CEFTA	-	-	16,9	15,2	15,1

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi): Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Sammelband 1999, Nr. 459, 99.

Tabelle 11: Handel Kroatiens mit Deutschland (in Mio. DM)

	1994	1995	1996	1997	1998
Deutsche Ausfuhr	2.168	2.223	2.483	2.983	2.839
Deutsche Einfuhr	1.400	1.354	1.299	1.289	1.328
Deutsches Handelssaldo	768	869	1.184	1.694	1.585

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi): Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Sammelband 1999, Nr. 459, 99.

Im Jahr 1999 kam es zu einem Anstieg der Direktinvestitionen aus dem Ausland. Der Grund für die relative Zurückhaltung des Fremdkapitals bei der Privatisierung der kroatischen Wirtschaft ist auf folgende zwei Ursachen zurückzuführen: Erstens war bis 1995 die politische Lage noch unklar und Investitionen in Kroatien waren mit hohem Risiko

verbunden. Zweitens wurde erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 mit der verzögerten Privatisierung der Groß- und Infrastrukturunternehmen sowie einiger Banken begonnen⁶⁹.

Die meisten Direktinvestitionen kamen aus Deutschland, Italien und Österreich. Angesichts des zwischen der EU und der kroatischen Regierung unterzeichneten Assoziierungseinkommen ist zu erwarten, dass sich die Anteile der Direktinvestitionen aus der EU in Zukunft erhöhen.

Einer der ersten deutschen Konzerne, der in Kroatien Geld investierte, war Siemens. So kaufte Siemens bereits 1993 kroatische Staatsobligationen (staatliche Schuldscheine) im Wert von ca. 5 Mrd. Dollar, mit der Absicht, diese später gegen profitable Anlagen, vor allem im Energiesektor, einzutauschen (vgl. Thörner 1999, 164 f.). Siemens kaufte den bekannten kroatischen Hersteller von Elektroanlagen "Rade Koncar" zu einem Preis, der dem realen Wert des Unternehmens nicht entsprach (Vgl. Interview mit Branko Horvat, Anhang II).

Die Deutsche Telekom kaufte 1999 35 % des profitträchtigsten kroatischen Unternehmens, der Telekom-Gesellschaft HTP (Hrvatske Telekomunikacije i Posta). Interessant ist, dass dabei der schwedisch-norwegische Telekom-Konzern Telia AB – Telenor AS der kroatischen Regierung ein finanziell viel günstigeres Angebot unterbreitete. Die kroatische Regierung entschied sich nach langen Verhandlungen jedoch für die Deutsche Telekom. Nach inoffiziellen Angaben zahlten die Deutschen für 35 % Anteile des HTP 850 Millionen Dollar (Nacional, 6.10.1999). Entscheidend für den "Erfolg" der Telekom waren die Überzeugungsgespräche, die im Sommer 1999 die ehemaligen deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel jeweils getrennt mit Franjo Tudjman und dem damaligen kroatischen Premierminister Zlatko Matesa führten. Sie "erinnerten" dabei die HDZ-Regierung an die Unterstützung und Verdienste der damaligen deutschen Regierung im Hinblick auf die Unabhängigkeit Kroatiens. Nach Angaben der Wochenzeitschrift

⁶⁹ Darunter große Teile der Telekom-Gesellschaft HTP, der kroatischen Elektrizitätsgesellschaft HEP, des Mineralöl- und Mischkonzerns INA (Industija Nafta Zagreb) etc.

Nacional, war die HTP eine der nun einzulösenden Versprechen, die die HDZ-Regierung damals für diese Unterstützung machte (vgl. Nacional, 15.9.1999). Als noch zusätzliche Gegenleistung bekam im selben Jahr die HDZ-Regierung durch Vermittlung der Telekom einen Kredit von der Dresdner Bank in Höhe von 350 Millionen Dollar (ebenda; vgl. auch Kapitel 4.6). Das geschah zu einer Zeit, zu der der Abgang der HDZ von der politischen Szene Kroatiens schon vorhersehbar war und die kroatische Regierung von niemandem sonst einen Kredit bekommen konnte.

Im Frühjahr 2000 entschied sich die neue kroatische Regierung, angesichts der schwierigen finanziellen Lage der Staatskasse, für den Verkauf weiterer 28 % der HTP-Anteile an die Deutsche Telekom. Das Geschäft sollte bis Ende des Jahres 2000 abgeschlossen werden. Damit hätte die Telekom 63 % Anteile an diesem "Sahnestück" der kroatischen Wirtschaft (vgl. Nacional, 23.3.2000).

Anschaulich für die Geschäfte der westlichen Investoren mit den heimischen Tycoons bei der Privatisierung der kroatischen Wirtschaft ist der Fall der größten Tageszeitung in Kroatien "Vecernji List". Inhaber von "Vecernji List" ist die Firma "Caritas fund", ein sog. Briefkastenunternehmen aus dem Ausland. Hinter dem "Caritas fund" steckte die regierende Partei HDZ, wodurch sie die Kontrolle über die Zeitung hatte. Während der HDZ-Herrschaft wusste die kroatische Öffentlichkeit jedoch nichts davon. Nach dem Machtwechsel wollte die HDZ "Vecernji list" verkaufen, um mögliche Konsequenzen abzuwenden. Schnell wurde ein Käufer gefunden, nämlich der deutsche Medienkonzern WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung), der bereits 50 % der Anteile von "Europapress", einem weiteren kroatischen Medienunternehmen, hatte. Durch den Kauf von "Vecernji List" hätte der WAZ ein absolutes Monopol auf dem kroatischen Pressemarkt und würde alle wichtigen überregionalen Zeitungen kontrollieren. Bereits in Ungarn und Bulgarien kontrolliert der WAZ die Pressemedien, indem der Konzern durch eine Preissenkung bei den von ihm kontrollierten Zeitungen andere Anbieter zwang, ihre Unternehmen ebenfalls an den WAZ zu verkaufen. Am 19. Januar 2000 wurde ein Vertrag unterzeichnet, wonach der WAZ 60 % der Anteile an "Vecernji list" erhalten sollte (Nacional, 10.2.2000). Nachdem sich aber im April 2000 herausstellte, dass die HDZ die eigentliche Inhaberin der Zeitung ist, annullierte die neue Regierung bis auf weiteres dieses Geschäft und reichte den ganzen Fall an das zuständige Gericht weiter.

Die neue kroatische Regierung plant den Verkauf von weiteren Unternehmen, die sich noch in ihren Händen befinden an ausländische Konzerne. Angesichts des katastrophalen Zustands der kroatischen Wirtschaft ist das für sie der einzige Weg, an finanzielle Mittel zu kommen

und einen Teil der brennenden sozialen Probleme zu lösen. Das stimmt mit den Interessen der ausländischen Investoren überein, die jetzt freien Zugang zu den profitabelsten kroatischen Unternehmen haben. Der Wert dieser Firmen sinkt wegen der schweren Krise und Geldmangels in Kroatien immer tiefer ab. So wird geschätzt, dass der Preis des ehemals in Europa respektablen Mineralöl-Konzerns INA (Industrija Nafta Zagreb) 700 Millionen DM nicht überschreitet. Der Versicherungs-Monopolist "Croatia osiguranje" (Kroatien Versicherung) befindet sich ebenfalls in einer bedrohlichen Finanzkrise. Im Sommer 2000 lag der Wert des Unternehmens bei etwa 200 Millionen DM (Nacional, 23.3.2000).

6. Die sozialen Folgen der Transformation

6.1 Soziale Polarisierung der Gesellschaft

Ähnlich wie in anderen postsozialistischen Staaten fand auch in Kroatien eine Polarisierung der Gesellschaft statt. Die noch in Zeiten des ehemaligen Jugoslawiens formierte Mittelschicht ist verschwunden, die Gesellschaft ist in eine kleine Gesellschaft der Reichen und die Masse der Armen gespalten. Die ArbeiterInnen und RentnerInnen, die jahrzehntenlang in ihren Firmen arbeiteten, wurden über Nacht zu SozialhilfeempfängerInnen. Eine der Ursachen dieser so rasch stattfindenden Zerstörung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen war auch der durch Krieg verursachte Ausnahmezustand im Land. Bereits 1993 wurde dieses Phänomen in der Tageszeitung *Slobodna Dalmacija* mit den folgenden Worten beschrieben:

“Es gibt von uns eine schmale Schicht von Menschen, die Geld zu vergeuden hat, doch andere haben kaum Geld zum Überleben. Die einen besitzen geräumige Wohnungen, die anderen sind obdachlos. Die einen dürsten und leben in Dunkelheit, die anderen baden jeden Tag und haben Strom in Hülle und Fülle. Manche haben im Krieg alles verloren, sogar ihre engsten Angehörigen, und manche haben im Krieg soviel zusammengerafft, wie sie im Frieden in Jahrzehnten nicht bekommen hätten. Die meisten Menschen bei uns müssen sich mit den Gedanken trösten, dass es andere gibt, denen es noch schlechter geht. Wenn nicht in Kroatien, dann noch in Somalia” (Slobodna Dalmacija, 1.9.1993).

1993 lag der kroatische Durchschnittslohn bei etwa 180 DM bei einer Hyperinflation und einem Preisniveau für Nahrungsmittel und kommunale Dienstleistungen wie in Deutschland (vgl. Reuter 1993, 488 f.). Auf der anderen Seite genoss eine schmale Schicht von skrupellosen Neureichen materielle und andere Privilegien in ihrem neuen Staat.

“Umtriebigkeit, Korruption, das Verschmelzen mit den mächtigen politischen Strukturen und ein hoher Grad an Amoral bieten die Gewähr dafür, dass ein neuer Menschentyp im sozialen und gesellschaftlichen Leben gleichermaßen Erfolg hat. (...) Diese Leute, die das Königreich ihrer Privilegien sorglos genießen, sind jederzeit bereit, aus dem verarmten Volk noch das eine oder andere Geld herauszupressen, um es in den eigenen Wohlstand zu investieren. (...) Zwischen den Privilegierten und den Erniedrigten, den Reichen und den armen

Schwarzbrotessern, den Unternehmern und den Menschen, denen man alles genommen hat, klappt ein unüberbrückbarer sozialer Abgrund" (ebenda).

Die Folgen dieser Zerschlagung der sozialen Strukturen sind wachsende Kriminalität und Drogenkonsum, Abwanderung der jungen Menschen aus Kroatien und rapide Senkung der Lebenserwartung der Bevölkerung. So stieg die Zahl der begangenen Straftaten bei Kindern und Jugendlichen 1993 um 50 % über das Vorkriegsniveau. Begünstigt wurde diese negative Entwicklung durch den Aufenthalt von ca. 600.000 Flüchtlingen in Kroatien, von denen etwa ein Viertel keine Rechte oder Schutz genossen, weil sie keinen Heimatschein (domovnica) hatten. Obwohl nach offiziellen Angaben der kroatischen Behörden die Kriminalitätsrate Mitte der 90er Jahre sank (1995 um 18 % im Vergleich zum Vorjahr), lag sie immer noch deutlich höher als in den Vorkriegszeiten (vgl. Osteuropa Archiv, Oktober 1995, A603). Zur gleichen Zeit gab es in Kroatien 10.000 registrierte Drogensüchtige, die meisten von ihnen in den großen Städten. Besonders problematisch war die Situation in der Hafenstadt Split, die auch sonst unter die Gebiete mit der geringsten Sicherheit in Kroatien fällt. In dieser einst friedlichen und angenehmen touristischen Stadt kam es oft zu Explosionen in Caféhäusern und anderen Einrichtungen sowie zu bewaffneten Auseinandersetzungen von Drogenbanden. Bis 1997 wanderten schätzungsweise zwischen 100.000 und 200.000 junge, meistens ausgebildete und risikobereite Menschen aus Kroatien aus (vgl. Krizan 1997, 969). Während die Männer im sozialistischen Jugoslawien im Durchschnitt 72 Jahre lebten, leben sie heute in Kroatien durchschnittlich 68 Jahre ⁷⁰ (vgl. Interview mit Branko Horvat, Anhang II).

In den darauffolgenden Jahren kam es kaum zu Verbesserungen dieser sozialen Lage. Nach den offiziellen Angaben betrug im August 1997 der Durchschnittslohn in Kroatien 2.402 Kuna (675 DM), während der Warenkorb monatlicher Lebensmittel für eine vierköpfige Familie bei 4.500 Kuna (1264 DM) lag. Das Verhältnis zwischen den niedrigsten und den höchsten Einkommen war 1:50. Gleichzeitig erhielten rund 100.000 Beschäftigte seit Monaten ihren Lohn nicht (vgl. Knezevic 1998, 351). Die offizielle Arbeitslosenquote betrug 1997 über 18 %, und die Arbeitslosenhilfe lag im September desselben Jahres zwischen 479 und 900 Kuna (135 DM-247DM) (ebenda, 349).

Mit der Einführung des politischen Pluralismus kam es gleichzeitig zum Pluralismus bei den kroatischen Gewerkschaften⁷¹. Es kam zur Konkurrenz untereinander, was ihre gemeinsame Verhandlungskraft vermindert hatte. Dies gefiel den regierenden Kreisen, die aus eigenem

⁷⁰ Die Lebensqualität vor Ort hat sich in jeder Hinsicht verschlechtert. Untersuchungen zufolge ist die Lebenserwartung der KroatInnen heute im Durchschnitt um zehn Jahre geringer als in Westeuropa.

Interesse diese Entwicklung noch zusätzlich unterstützen. Für die führenden GewerkschaftlerInnen waren die Kontakte mit den Mitgliedern der Regierung sowie die eigene Medienpräsenz wichtiger als die Erreichung der Ziele und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Basis. Die uneinigen Gewerkschaften waren nicht in der Lage, die Regierung bei der Durchführung ihrer Politik und der Privatisierungsmaßnahmen ernsthaft zu gefährden. Heute gibt es in Kroatien fünf große Gewerkschaften mit über 300.000 registrierten Mitgliedern. Es besteht eine Gewerkschaftszentrale, der die Vorsitzenden der fünf unabhängigen großen Gewerkschaften angehören.

6.2 Der soziale Verfall geht weiter

Die neuesten Entwicklungen zeigen, dass für den sozialen Niedergang in Kroatien noch kein Ende abzusehen ist. Im Februar 2000 erhöhte sich die offizielle Zahl der Arbeitslosen auf 357.700, tatsächlich sind darüber hinaus noch einige Zehntausende kroatischer BürgerInnen arbeitslos, aber nicht beim Arbeitsamt angemeldet. Die Arbeitslosenquote überschritt damit die 22 %-Marke. Allein im Januar und Februar 2000 verloren 34.856 Menschen ihre Arbeit, davon 22 % in der verarbeitenden Industrie, 21 % im Handel und 14 % in der Gastronomie. In dem gleichen Zeitraum gingen 1.308 Unternehmen in Konkurs, während 260 Firmen liquidiert wurden. Anbetrachts des Trends zu Firmenstillegungen wird erwartet, dass bis Ende 2000 noch zusätzliche 200.000 ArbeiterInnen arbeitslos werden (Globus, 21.4.2000). Sie werden kaum neue Beschäftigung finden können, da äußerst wenig neue Arbeitsplätze entstehen⁷². Zusätzlich sind schätzungsweise etwa 200.000 Beschäftigte in die Frührente geschickt worden. Von denjenigen, die noch Arbeit hatten, erhielten im Jahr

⁷¹ Im sozialistischen Jugoslawien existierte eine zentrale Organisation der Gewerkschaft: Verband der Syndikate Jugoslawiens (Savez sindikata Jugoslavije).

⁷² Die meisten neuen Arbeitsplätze entstehen im Handel sowie im Dienstleistungsbereich. So baut zur Zeit die Österreichische Firma Billa in Kroatien 40 Megamarkts. Dadurch sollen 6.000 neue Arbeitsplätze entstehen (vgl. Globus, 21.4.2000). Der Nettoeffekt ist aber viel geringer, da in dieser Warenhauskette ausländische Ware verkauft wird. Dadurch werden zusätzlich kroatische Firmen vom Markt verdrängt werden.

1999 knapp 100.000 ihre Löhne nicht regelmäßig (vgl. Horvat 1999 (1), 20).

160.000 ArbeiterInnen haben im März 2000 gearbeitet, ohne dass sie ihre Löhne ausbezahlt bekommen haben, was einen Anteil von 13,5 % aller Beschäftigten ausmacht. Davon sind 21 % der Industriearbeiter betroffen. Die Schulden der Unternehmen für die Löhne der ArbeiterInnen beliefen sich im Frühjahr 2000 auf 1,8 Milliarden Kuna (ca. 450 Millionen DM) (Globus 21.4.2000). Insgesamt sind zwischen 1990 und 2000 in Kroatien etwa 700.000 Arbeitsplätze, die meisten davon in der Industrie, verlorengegangen (ebenda). Der Handel hat den Verlust von Industriearbeitsplätzen nur teilweise kompensieren können. Dies hat allerdings Schwarzarbeit, Schwarzmarkt und eine unkontrollierte Erhöhung des Importes begünstigt.

Neben dem Handel ist der Anteil der sog. "grauen Ökonomie" besonders in der Baubranche relativ hoch. In dieser Branche gingen allein im Jahr 1999 1.500 Arbeitsplätze verloren. Im Bauwesen ist auch die Rate der Arbeitsunfälle sowie der Sterblichkeit durch Arbeit am höchsten, weil auf Arbeitsschutz überhaupt nicht geachtet wird.

Die Transformation in Kroatien zeigte nicht nur in materieller, sondern auch in bildungspolitischer, kultureller, geistiger und moralischer Hinsicht schlechte Ergebnisse. Die Bildungsinhalte in den Geistes- und Sozialwissenschaften wurden verengt und der nationalistischen Sichtweise unterordnet. Die kroatischen Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen sind sowohl materiell als auch hinsichtlich ihres Personals ruiniert. Während in Kroatien zwischen 1960 und 1975 die wissenschaftliche Produktion höher als in allen anderen Balkanstaaten war, gehört sie heute zu den niedrigsten in Europa.

Beinahe katastrophal ist die Lage auf dem Büchermarkt. Die radikale Reduzierung des Marktes für serbokroatische Bücher von 22 Millionen auf 4,5 Millionen Personen hat den Preis von Büchern in die Höhe getrieben. Gleichzeitig ist die Bevölkerung verarmt und eine neue Elite entstanden, in der kaum Lesepublikum zu finden ist. So sind die Kaufbereitschaft, Lesetätigkeit und damit auch Verlagsaktivitäten beinahe gleich null. Hinzu kommt der Kahlschlag in den Bibliotheken, aus denen viele serbische und in kyrillischer Schrift gedruckte Bücher beseitigt worden sind.

Die ganze Entwicklung in Kroatien hat tiefe Spuren im geistigen Leben der Bevölkerung hinterlassen. Es kam zu einer allgemeinen gesellschaftlichen Rückentwicklung der Moral. Ein Jahrzehnt lang bereicherte sich die neue Elite auf eine skrupellose und kriminelle Art und Weise und bleibt dabei nicht nur rechtlich unbestraft, sondern avancierte sogar auf der Gesellschaftsskala. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung konnte diesen Deviationen nur hilflos zusehen und bangte gleichzeitig um ihr Existenzminimum. Ihr mühsamer Kampf

um materielle Existenz in einem Zustand des materiellen Notstands konnte so gar nicht demokratieförderlich wirken und wird auch Spuren für die zukünftige Entwicklung Kroatiens hinterlassen.

Insgesamt kann gesagt werden, dass die gesellschaftliche Struktur Kroatiens durch die beschriebenen Ereignisse materiell, kulturell und moralisch schwer beschädigt ist und dass sich in dieser Situation keine geradlinigen und breiten Lösungswege abzeichnen.

7. Perspektiven nach dem Machtwechsel

Mit dem Wahlergebnis vom Januar 2000 haben sich die BürgerInnen Kroatiens eines schweren Ballasts entledigt, den sie seit Jahren auf ihren Schultern spürten und nicht mehr zu tragen gewillt waren. Das wichtigste Ergebnis des Machtwechsels ist die neue Hoffnung, die die kroatischen BürgerInnen gefasst haben. Gleichzeitig besteht gerade darin eine Gefahr für die neue Regierung. Die neue Koalition kam durch Proteststimmen an die Macht. Im Unterschied zur HDZ, die 1990 ein Programm hatte, das nur symbolische Werte beinhaltete – wie z.B. Souveränität, Unabhängigkeit, Patriotismus und Nationalismus – also Werte, die nicht klar messbar sind und mit denen die Menschen lange manipuliert werden konnten, ist das Versprechen der neuen Regierung die Verbesserung des Lebensstandards, der Lebensbedingungen und der katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Das sind klar messbare Werte, die nicht lange verschleiert werden können (vgl. Interview mit Zarko Puhovski, Anhang I). Im Verlauf des Jahr 2000 blieb jedoch alles zunächst nur ein Versprechen.

Angesichts der schwierigen Lage, in der sich das Land nach neunjähriger HDZ-Herrschaft befand, war das auch zu erwarten. Der neuen Regierung bleibt kurzfristig nicht viel Spielraum. Nach den Aussagen der Regierungsmitglieder übertraf die Situation, die sie nach der Machtübernahme vorfanden, ihre schlimmsten Befürchtungen. Die Staatskasse ist leer und das Land hochverschuldet; und das kann sich nicht über Nacht ändern. Mit der Machtübernahme steht die neue Regierung vor zwei Aufgaben, die sie gleichzeitig zu bewältigen hat: Einerseits muss sie auf der taktischen Ebene mit kurzfristigen Maßnahmen versuchen, die großen Schäden, die die HDZ-Herrschaft angerichtet hat, vor allem wirtschaftliche und soziale, zu mildern. Andererseits muss sie auf der strategischen Ebene eine langfristige Entwicklungsstrategie für das Land suchen und auf diese Weise Wege aus der Perspektivlosigkeit, in die die HDZ das Land gebracht hat, finden.

Bereits im Frühjahr, nach einer kurzen Pause nach den Wahlen, setzten sich die Proteste der ArbeiterInnen fort, die ihre nicht ausgezahlten Löhne einforderten. Der Regierung wurde vorgeworfen, sie habe nichts gegen die schlimmen Lage der kroatischen Wirtschaft unternommen. Die Gewerkschaften betonen, die Regierung habe immer noch nicht versucht, eine Entwicklungsstrategie vorzulegen. Außerdem habe sie keine Schritte zur Bewältigung der Nichtliquidität der kroatischen Wirtschaft und der Auszahlung der verspäteten Löhne unternommen.

Um die Probleme zu lösen, braucht die Regierung finanzielle Mittel. Sie können realistischerweise nur aus dem Ausland kommen, und zwar als direkte Hilfe, günstige Kredite

oder als direkte Investitionen. Obwohl die langjährige internationale Isolation Kroatiens nach dem Machtwechsel aufgebrochen wurde, ist es nicht realistisch zu erwarten, dass diese Mittel schnell und im Überfluss kommen werden. Im Sommer 1999 wurde Kroatien in den Stabilitätspakt für Südosteuropa integriert. Die EU versprach dadurch, den Ländern Südosteuropas in den nächsten Jahren umfassende finanzielle Hilfen für Infrastrukturprojekte und den Wiederaufbau zu geben. Dadurch ist jedoch auch deutlich geworden, dass die EU Kroatien als Teil des Balkans betrachtet, für den sie eine – trotz Anerkennung der Unterschiede der einzelnen Ländern – gemeinsame Strategie entwickelt hat.

Nach dem Machtwechsel ist Kroatien wieder in das PHARE-Programm aufgenommen worden, und die EIB verpflichtete sich im Herbst 2000, dem Land eigene Kredite zu geben sowie bei Krediten außerhalb der EU eine Garantie zu übernehmen. Im November ist in Zagreb mit Kroatien das Abkommen über die Aufnahme der Verhandlungen über die Assoziierung unterzeichnet worden. Durch alle diese Maßnahmen ist die Absicherung der ausländischen Investitionen besser geworden. Trotz allem ist nicht zu erwarten, dass es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommen wird.

Die ausländischen KreditgeberInnen und InvestorInnen sind ausschließlich an ihrem eigenen Interesse orientiert, und bei der Geldanlage heißt das vor allem Erzielung einer hohen Profitrate. Deshalb werden sie hauptsächlich in die profitabelsten Teile der kroatischen Wirtschaft investieren, wie es bereits im Telekommunikations-, Energie- und Tourismussektor geschehen ist. Angesichts der prekären finanziellen Lage wird die kroatische Regierung auch in Zukunft gezwungen sein, weitere Teile dieser Sektoren verkaufen zu müssen. Aber diese zu verkaufen, ist nur ein einziges Mal möglich. Das heißt, die Regierung verliert einerseits die Kontrolle über diese für die Entwicklung Kroatiens strategischen Branchen, und andererseits wird sie langfristig gesehen nicht über mögliche Profite verfügen können, weil diese jetzt in die Zentren der westlichen Industrieländer fließen werden. Die ökonomischen Unterschiede zwischen Westeuropa und Kroatien werden sich dadurch vergrößern. Damit wird deutlich, dass in der nächsten Zeit die im Kapitel 3 angesprochene Angliederung sowohl Kroatiens als auch der anderen südosteuropäischen Ländern an das westeuropäische Zentrum vollendet sein wird.

Die heute herrschende neoklassische (neoliberale) ökonomische Theorie empfiehlt den Transformationsländern bei ihrer Entwicklungsstrategie drei grundlegende Bausteine: Erstens, den *Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben* und *Freilassung der marktwirtschaftlichen Kräfte*, was mit dem Stichworten *Deregulierung*, *Liberalisierung* und *Privatisierung* zusammengefasst werden kann; zweitens, *Exportorientierung* bei gleichzeitiger *Öffnung der*

Grenzen für ausländische Waren und Dienstleistungen; und drittens, die Schaffung günstiger Bedingungen für *direkte ausländische Investitionen*. Diese Strategie ist sehr fragwürdig, was auch die historischen Erfahrungen der heute entwickelten Industrieländern belegen können.

Den freien Markt, wie dieser in den ökonomischen Lehrbüchern beschrieben wird, gab es in der Wirklichkeit nirgendwo. Die heute entwickelten Industrieländer behielten in der Vergangenheit große Sektoren in staatlicher Hand, die für die private Initiative eine gute Basis geschaffen haben (z.B. Infrastruktur). Diese Sektoren wurden und werden noch immer oftmals bewusst subventioniert. Dadurch wurde die Entwicklung in einer bestimmten Richtung gezielt gesteuert.

Die Entwicklung eines Landes auf seine Exporte zu stützen, ist höchst fragwürdig. Bei einem Rückgang der Industrieproduktion sowie der Arbeitsproduktivität, gibt es kaum Produkte, die ein Land wie Kroatien auf dem Weltmarkt erfolgreich anbieten könnte. Um auf dem Weltmarkt etwas zu verkaufen, müsste Kroatien unter dem Preis exportieren, was Verluste hervorruft. Eine gleichzeitige Öffnung der Grenzen für die in den meisten Fällen billigere ausländische Ware bedeutet weitere Rückgänge für die heimische Industrie und ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Es wird bewusst vernachlässigt, dass die heute entwickelten Industrieländer ihre Märkte in der Vergangenheit durch Einfuhrzölle und andere nichttarifäre Importhemmnisse geschützt haben.

Das dritte Argument, durch ausländische Investitionen würde im Lande das Wirtschaftswachstum angekurbelt und entstünden neue Arbeitsplätze, stimmt nur teilweise. Die InvestorInnen aus dem Ausland orientieren ihre Kapitalanlage an der potenziellen Profitrate und wählen dabei diejenigen Länder, in denen eine hohes Maß an Rechtsicherheit vorhanden ist und die sich im wirtschaftlichen Aufschwung befinden. Diese Voraussetzungen treffen zur Zeit für Kroatien nicht zu. Außerdem sind die ausländischen Investitionen für die Entwicklung eines Landes ein höchst unsicheres Instrument. Niemand kann voraussagen, wann und wie viel Kapital in ein Land kommt, und niemand weiß genau, wann und wie plötzlich dieses das Land wieder verlässt. Auf einem so unsicheren Faktor sollte eine Entwicklungsstrategie nicht basieren (vgl. Interview mit Dragoljub Stojanov, Anhang IV).

All diese Empfehlungen der neoklassischen ökonomischen Lehre sind ideologisch motiviert und ausschließlich auf das Interesse der entwickelten Industrieländer bzw. ihrer Unternehmen ausgerichtet. Von einer Liberalisierung und Freisetzung der Marktkräfte versprechen sich diese Länder bzw. Unternehmen aufgrund ihrer viel besseren Ausgangslage, die in ihrer ökonomischer Überlegenheit begründet liegt, große Vorteile. Der freie Markt macht nur Sinn,

wenn hier gleichrangige Partner agieren. Andersfall werden die bestehenden Entwicklungsverhältnisse konserviert bzw. die Unterschiede weiter verschärft.

Auf die Frage, ob Kroatien, um seine ökonomische Lage zu verbessern, gar keine andere Wahl hat, als auf das Ausland zu setzen und die Integration in die EU zu forcieren, antwortete Branko Horvat im Interview mit dem Autor dieser Arbeit wie folgt:

“Kroatien kann heute nicht nach Westeuropa oder auf den Weltmarkt exportieren, aber sehr wohl auf dem Balkan. Dies gilt auch für die Nachbarländer. Aber die Bemühungen der kroatischen Politiker gehen nicht in diese Richtung. Ihr Hauptziel ist die Mitgliedschaft in der Nato und die Integration in die EU.

Der freie Handel hat aber nur bei gleich entwickelten Wirtschaften oder Partnern einen Sinn. Wenn Daimler und Chrysler eine Fusion machen, dann ist das ein Geschäft zwischen gleich starken Partnern. Wenn aber Daimler nach Kroatien oder Bosnien-Herzegowina kommt, dann ist das ein Verhältnis von Herr zu Diener” (vgl. Interview mit Branko Horvat, Anhang II).

Fazit und Ausblick

Im Teil I dieser Arbeit wurde der „jugoslawische Sonderweg“ zwischen zwei großen Hegemonieblöcken vom Zweiten Weltkrieg bis zum endgültigen Zerfall 1991 beschrieben. Die jugoslawische Führung schlug nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges den Weg der nachholenden Modernisierung ein. Das Auseinanderbrechen des jugoslawischen Staatswesens hat seinen wichtigsten Grund im Scheitern des gesamtjugoslawischen Modernisierungsprozesses. Die Möglichkeiten der Durchführung einer Modernisierungspolitik hing nicht nur von innerstaatlichen sondern auch von geopolitischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Die Geschichte Jugoslawiens zeigte, dass es nicht möglich war, eine moderne Arbeitsgesellschaft aufzubauen und gleichzeitig die Eingliederung in die arbeitsteilige Abhängigkeit des Weltmarktes suchen.

“Die Suche der jugoslawischen Führung nach einem ‚dritten Weg‘ jenseits von Staatssozialismus und Kapitalismus entpuppt sich ... als das permanente Zurückweichen vor der nie durchschauten und nie thematisierten Markt- und Geldlogik” (Lohoff 1996, 68f.)

Weiter wurde gezeigt, wie die schwindende ökonomische Basis in Jugoslawien bereits bestehende Konfliktpotenziale verschärfte und zur Eskalation führte. Das Ergebnis war der Staatszerfall und ein blutiger Bürgerkrieg.

Die internationale Gemeinschaft war zunächst an eine Lösung der Krise innerhalb des jugoslawischen Gesamtstaates interessiert. Im Laufe der Zeit änderte sich dies und die EU, vor allem auf Druck Deutschlands, unterstützte die separatistischen Tendenzen der westlichen Republiken Slowenien und Kroatien, obwohl dadurch eine kriegerische Lösung der Krise mit katastrophalen Folgen vorhersehbar war. Hinter dieser Strategie steckte die Überführung der neuen, wirtschaftlich lebensunfähigen neuen Staaten in eine neue Ordnung Europas.

In Europa wurde der Sieg der Demokratie und der Marktwirtschaft in Slowenien und Kroatien gefeiert. Obwohl die pluralistische Demokratie und die Marktwirtschaft zur offiziellen Staatsdoktrin ausgerufen wurden, nahm die Realität in Kroatien eine andere Entwicklung. Unter der Führung der neuen nationalen Eliten kam es zu einer Plünderung des verbliebenen Volksvermögens. Unter dem Präsidenten Franjo Tudjman und der regierenden Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) etablierte sich eine Diktatur, die ihre politischen GegnerInnen, Medien und institutionelle Opposition unterdrückte und missachtete. Die Einführung der Marktwirtschaft und die Privatisierung realisierte sich in der Form der

Verwandlung von gesellschaftlichem Eigentum in das Privateigentum der Staatsmafia. Es kam zur Verarmung breiter Bevölkerungsmassen, die früher existierende Mittelschicht verschwand über Nacht.

Wenn Kroatien – neben Slowenien – nach den wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren von allen ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transformation hatte, stellt sich die berechtigte Frage, wie die Zukunft der anderen Nachfolgerstaaten des ehemaligen Jugoslawiens aussieht? Von den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken hat nur Slowenien eine gewisse Zukunftsperspektive, die allerdings mit einem großen Fragezeichen versehen werden muß. Als die entwickeltste jugoslawische Teilrepublik, erzielte das kleine Land (1,9 Millionen Einwohner) auf dem jugoslawischen Binnenmarkt (22 Millionen Einwohner) große wirtschaftliche Vorteile. Dementsprechend groß waren die Einbussen, die Slowenien nach dem Verlust des gesamtjugoslawischen Binnenmarktes hinnehmen musste. Obwohl Slowenien zu den Ländern der ersten EU-Erweiterungsrunde zählt, hat es heute erst etwa 90 % des Niveaus des Bruttosozialproduktes aus den Zeiten Jugoslawiens erreicht.

Die Lage in den anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, die südöstlich von Kroatien liegen, ist noch schlechter als jene in Kroatien. Bosnien-Herzegowina hat noch größere menschliche und materielle Kriegsschäden als Kroatien zu verkraften. Durch die ethnische Teilung des Landes ist die Situation noch viel komplizierter als in Kroatien (vgl. Interview mit Dragoljub Stojanov, Anhang IV). Das Land befindet sich unter einem Halbprotektorat der Internationalen Gemeinschaft, deren hoher Repräsentant mit weitreichenden politischen Befugnissen praktisch das Land regiert.

Durch die NATO-Angriffe 1999 erlebte die BR Jugoslawien große materielle und infrastrukturelle Schäden. Noch vor diesem Krieg war die Wirtschaft des Landes durch das Handelsembargo schwer betroffen und befand sich in einem miserablen Zustand. Die Privatisierung fand bis jetzt noch nicht statt, angesichts des eingeschlagenen Kurses der neuen prowestlichen Regierung steht diese jedoch unmittelbar bevor. Die politische Lage in der BR Jugoslawien ist durch die separatistischen Tendenzen der montenegrinischen Regierung zusätzlich erschwert.

Makedonien war noch vor dem Zerfall Jugoslawiens weit weniger entwickelt als Kroatien. Obwohl das Land keinen Krieg erlebte, wurde seine Wirtschaft durch die Ereignisse in den Nachbarländern schwer erschüttert. Die periphere geographische Lage des Landes weist darauf

hin, dass das Interesse der Zentren an ihm viel geringer als das mit Slowenien und Kroatien der Fall ist.

In allen diesen Ländern dient die Landwirtschaft als Zuflucht vor der wirtschaftlichen Katastrophe. Das kann aber die wachsende existentielle Gefährdung der Bevölkerungsschichten, vor allem der RentnerInnen nicht auffangen. Durch den Krieg und die tagtäglichen Schwierigkeiten in den letzten zehn Jahren hat die Abwanderung insbesondere von jungen Menschen deutlich zugenommen. 400.000 junge Menschen aus der BR Jugoslawien, 600.000 aus Bosnien-Herzegowina und 80.000 aus Makedonien haben die Region verlassen (vgl. Vukadinovic 2000, 5). Insgesamt machen sie mehr als die Hälfte der vier Millionen "Flüchtlinge" und "Vertriebenen" aus, die beim Flüchtlingshochkommissariat der UNO (UNHCR) erfasst sind (ebenda).

Der "Stabilitätspakt für Südosteuropa" – eine Entwicklungschance für die Länder des ehemaligen Jugoslawiens?

Am 10. Juni 1999 wurde auf Initiative der EU die Erklärung zugunsten eines "Stabilitätspakts für Südosteuropa" vorgelegt. Im Juli 1999 wurde in Sarajevo auf einer Versammlung der betroffenen Institutionen und Länder der Stabilitätspakt vorgestellt. Die Teilnehmer der Konferenz⁷³ verpflichteten sich, die Länder im Südosten Europas – Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Makedonien, Ungarn, Rumänien, Slowenien und die Türkei – zu unterstützen: bei der Durchsetzung von Menschenrechten, bei der Demokratisierung, der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit sowie bei Sicherheit und Stabilität. (vgl. Brkic 1999, 11).

Durch den Stabilitätspakt hat die EU den Balkanländern die Aussicht auf einen Beitritt gestellt, lehnte es aber ab, sich auf genaue Termine festzulegen. Dies wird mit nicht näher erklärten wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten begründet.

Die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen werden als Schritt in Richtung eines zukünftigen Beitritts dargestellt. Von dem am Stabilitätspakt beteiligten Ländern haben Slowenien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien bereits ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet. Die übrigen gehören der Gruppe der "nicht assoziierten" Länder an, die Brüssel mit dem Begriff "Westbalkan" bezeichnet.

⁷³ Für EU, Russland, USA, Kanada, Japan ist der Vertrag bindend. Daneben sind die Vertreter der OSZE, der Vereinten Nationen, des Flüchtlingshochkommissariats der UNO (UHHCR), der Nato, der OECD, der

In dieser unterschiedlichen Ausgangslage liegt der Hauptwiderspruch des Stabilitätspakts. Diejenigen betroffenen Staaten, die am weitesten entwickelt sind, möchten sich nicht dem "Westbalkan" zugeschlagen sehen. Derselbe Prozess spielte sich bereits im ehemaligen Jugoslawien ab, als sich Slowenien und Kroatien über die "Last" der restlichen Republiken beklagten.

Das konkrete Ziel des Paktes sind vereinzelte und teure Infrastrukturprojekten in den einzelnen Ländern, *nicht aber die Ausarbeitung einer Gesamtstrategie für die Entwicklung der Region*. Eine Art der "Marshall-Hilfe", die Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA erhielt und die den Weg für seine spätere Entwicklung ebnete, steht gar nicht erst zur Debatte. Zudem hat die heutige Situation mit den Bedingungen in Europa zur Zeit des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg wenig gemein. Die damals unter dem Druck des Kalten Krieges verfolgte Politik der Einmischung und Abschirmung passt nicht zu den aktuellen Dogmen der Liberalisierung, der Privatisierung und des Abbaus von Subventionen. Was die EU betrifft, so ist wenig vorstellbar, dass sie einen Marshallplan befürworten kann, wenn sie doch in der im März 1999 ausgehandelten Agenda 2000 festlegte, ihre Budgetausgaben auf 1,27 Prozent des gemeinsamen BIP zu begrenzen. Die Konferenz der rund fünfzig Geberländer, die am 29. und 30. März 2000 in Brüssel tagte, stellte rund 1,8 Mrd. Euro (3,6 Mrd. Mark) (taz 31.3.2000) als Starthilfe im Rahmen des Stabilitätspakts bereit – ein Betrag dem die zahlenmäßig erfasste Kosten des Krieges in der BR Jugoslawien (30 Mrd. Euro) gegenüberzustellen sind (vgl. Vukadinovic 2000, 5).

Die während der Vorbereitung des Stabilitätspakts angesprochene Frage einer Balkan-Zollunion wird heute auch nicht mehr diskutiert. Eine Strategie der Förderung der gegenseitigen Kooperation der Balkanländer ist nicht in Sicht. Während der Handel zwischen der EU und dem Balkan immer mehr liberalisiert wird, gibt es innerhalb der Balkanregion nach wie vor eine ganze Menge Hindernisse und Beschränkungen. Das Ergebnis davon ist, dass für praktisch keinen einzigen Balkanstaat heute ein anderer Balkanstaat der Haupthandelspartner ist. Für viele Balkanstaaten sind die anderen Länder des Balkans keine wichtigen Handelspartner, und für einige von ihnen stellen andere Länder der Region überhaupt keine Handelspartner dar (vgl. Gligorov 1998, 32). Die wichtigsten Handelspartner für die Balkanstaaten sind die Länder der EU. Darüber hinaus stellt kein Balkanstaat eine optimale Währungsregion dar. Auf dem Balkan gibt es keine lokale Währung, die die Funktion einer Ankerwährung übernehmen und als Integrationsvehikel dienen könnte

(ebenda). Wenn man auf dem Balkan von Geld spricht, meint man Deutsche Mark. Durch die neoliberale Schocktherapien haben die meisten Länder der Region die Währungssouveränität verloren. Zynisch kann man sagen, dass mit der Einführung der Deutschen Mark als lokaler Währung in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo und in Montenegro die "Europäisierung" des Balkans im Grunde bereits vorweggenommen ist.

Vieles deutet darauf hin, dass der Westen tatsächlich kein Interesse an der Unterstützung der selbsttragenden Entwicklung dieser Länder hat. Als wirtschaftlich nicht lebensfähige, dazu noch zersplitterten Einzelstaaten, passen sie ganz gut in die ihnen, seitens der Zentren zugewiesene und im Kapitel 3 dieser Arbeit diskutierte Rolle der europäischen Peripherie. Sie werden den Zentren billige Arbeitskräfte für die verarbeitende Industrie anbieten sowie Absatzmärkte für westliche Waren und Dienstleistungen darstellen. Die zukunftsfähigen - und das heißt profitträchtigen - Wirtschaftsstücke dieser Länder werden schrittweise in die Hände der weltweit agierenden transnationalen Unternehmen übergehen. Dabei ist eine Erhöhung des Beschäftigungsniveaus und dadurch die Steigerung des Lebensstandards der heimischen Bevölkerung nicht in Sicht.

Diese Länder werden abhängig von Entscheidungen, die in den Zentren getroffen werden und auf die sie kaum Einfluss nehmen können. Überdies werden sie von Krisen betroffen sein, die sie nicht verursacht haben. Trotz ihrer formalen politischen Unabhängigkeit werden sie ökonomisch von den Zentren abhängig sein, weil ihnen einfach die finanziellen Mittel für die eigene Entwicklungsstrategie fehlen. Ihre Zersplitterung in ökonomisch nicht überlebensfähige Einzelstaaten vermindert ihre politische Kraft bei Verhandlungen mit viel stärkeren Partnern. Ökonomisch wirkt sich diese Zersplitterung negativ auf ihre wirtschaftliche Kraft aus und auch auf die – so unterbundenen – wechselseitigen Synergieeffekte bei einer langfristigen Entwicklungsstrategie, ohne die eine selbsttragende Entwicklung nicht denkbar ist.

Die Arbeit möchte ich mit einer Aussage des Professors für Ökonomie, Dragoljub Stojanov von der Universität in Sarajevo, über die Perspektive des Balkans in den Zeiten des Globalisierung abschließen:

"Heute haben wir in Bosnien eine konvertible an DM gebundene Währung und damit sind wir völlig von dem Westen anhängig. Diese Konvertibilität der Währung ist aber mit einem hohem Niveau der Arbeitslosigkeit und mit sozialem Elend erkaufte. Das ist der Preis der Währungskonvertibilität. Ich bin für eine andere Variante. Man

sollte z.B. den Balkan-Staaten eine gewisse Unabhängigkeit lassen, ihre gegenseitige Kooperation fördern, wie z.B. eine Zollunion und freien Handel zwischen diesen Staaten. Die Staaten sollten aber eigene Währungen haben mit floatenden Wechselkursen gegenüber dem Euro. So könnte jeder dieser Staaten eine gewisse ökonomische und damit auch politische Freiheit haben und könnte sich, entsprechend ihren Möglichkeiten und Wünschen, der Welt anpassen. So könnten sie ihre eigene Wege durch Transformation gehen, was die Existenz eines gemeinsamen Zieles nicht ausschließen muss.

Was aber bis heute geschah, ging und geht in eine ganz andere Richtung. Wenn sich bald nichts ändert, werden wir in allen diesen Staaten eine Gruppe von Autokraten haben, die keine Demokratie respektieren, weil es die Demokratie unter so hohem Arbeitsloseniveau und sozialer Elend nicht geben kann. Man wird sich bei uns um sozialen Frieden kümmern müssen. Das heißt, wir werden eine Gruppe der Autokraten haben, die für die Ordnung in diesen Ländern sorgen werden” (Interview mit D. Stojanov, Anhang IV).

Literaturverzeichnis

Altvater, Elmar; Hübner, Kurt, 1988: Ursachen und Verlauf der internationalen Schuldenkrise, in: Altvater, Elmar; Hübner, Kurt (Hrsg.), 1988: Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire (2. Auflage). Rotbuch Verlag, Berlin, S. 14-28.

Analyse und Kritik (ak), Monatszeitschrift, 1992: Jugoslawien: Selbstverwaltungssozialismus versus Weltmarktintegration. Hamburg, Nr. 340, 11. März 1992, S. 16-18.

Bendekovic, Jadranko, 1999: Privatizacija u Hrvatskoj (Privatisierung in Kroatien), in: Ekonomski Institut Zagreb (Ökonomisches Institut Zagreb) (Hrsg.), 1999: Hrvatsko gospodarstvo u tranziciji (Die kroatische Wirtschaft in Transformation). Ekonomski Institut, Zagreb, S. 63-81.

Bonac, Vladimir, 1976: Jugoslawien. Fackelträger-Verlag, Hannover.

Boric, Tomislav, 1996: Eigentum und Privatisierung in Kroatien und Ungarn – Wandel des Eigentumsrechtssystems und Entwicklung der Privatisierungsgesetzgebung. Verlag Österreich, Wien; Berlin-Verlag Spitz, Berlin. (ROW-Schriftenreihe; Bd. 15).

Botric, Valerija; Ladavac, Jelena; Skuflic, Lorena, 1999: Problemi, ostvarenja i perspektive tranzicijskih procesa u zemljama srednje i istocne Evrope (Probleme, Verwirklichungen und Perspektiven der Transformationsprozesse in den Ländern Mittel- und Osteuropa), in: Hrvatski Institut Zagreb (Hrsg.), 1999: Hrvatsko gospodarstvo u tranziciji (Die kroatische Wirtschaft in der Transformation). Ekonomski Institut Zagreb

Brey, Thomas, 1991 (1): Jugoslawien: Der Vielvölkerstaat zerfällt. I Erosion der staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen, in: Osteuropa, Jg. 41, H. 5/1991, S. 417-430.

Brey, Thomas, 1991 (2): Jugoslawien: Der Vielvölkerstaat zerfällt. II Zentrifugale Kräfte und ihre Wirkung, in: Osteuropa, Jg. 41, H. 7/1991, S. 709-724.

Brkic, Zeljko, 1999: Heiteres Balkanbasteln, in: Jungle World, Nr. 32, 4.8.1999, S. 11.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWI) (Hrsg.), 1999: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa, Sammelband 1999, Nr. 459, Berlin.

Calic, Marie-Janine, 1999: Europa als Drei-Klassen-Union, in: Le Monde Diplomatique, Juli 1999, S. 17.

Calic, Marie-Janine, 1996: Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina, erweiterte Neuausgabe. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.

Chossudovsky, Michael, 1999 (1): Die Ökonomische Rationalität hinter der Zerschlagung Jugoslawiens, in: Hofbauer, Hannes (Hrsg.), 1999: Balkankrieg: die Zerstörung Jugoslawiens. Promedia, Wien (Brennpunkt Osteuropa), S. 223-242.

Chossudovsky, Michael, 1999 (2): Die Zerschlagung des ehemaligen Jugoslawien und die Rekolonialisierung Bosniens, in: Marxistische Blätter Spezial 1 vom 01.05.1999: NATO-Krieg und Kosovo-Konflikt. Hintergründe, Zusammenhänge, Perspektive, S. 19-26.

Conert, Hansgeorg, 1988: Jugoslawien: Die "sozialistische Marktwirtschaft" in der Schuldenkrise, in: Alvtar, Elmar; Hübner, Kurt (Hrsg.), 1988: Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire (2. Auflage). Rotbuch Verlag, Berlin, S. 182-192.

Conert, Hansgeorg, 1982: Bedingungen und Konsequenzen der Weltmarktorientierung nachkapitalistischer Volkswirtschaften – Dargestellt am Beispiel der Auslandsverschuldung Jugoslawiens nach der Wirtschaftsreform von 1965, in: Prokla – Probleme des Klassenkampfes, Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, Jg. 12, H. 3/1982, S. 91-118.

Culic, Marinko, 1999: Tudjman. Anatomija neprosvijecenog apsolutizma (Tudjman. Anatomie der unaufgeklärten Absolutismus). Bibliothek Feral Tribune, Split.

Culic, Marinko, 1997: Pokretom na pokret, in: Feral Tribune, 21.4.1997.

Die Ethnisierung des Sozialen (ohne AutorIn). Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 6 (ohne Autor), 1993: Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges (URL: <http://www.nadir.org/nadir/archiv/jugoslawien/materialien>).

Djekovic-Sachs, Liliana, 1993: Die Nachfolgestaaten Jugoslawiens zwischen Stabilisierung und Zusammenbruch, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Jg. 33, H. 1/1993, S. 25-34.

Djekovic, Liliana, 1991: Der kurze Atem der Selbstverwaltung. Eine Volkswirtschaft zwischen Dauerkrise und gescheiterten Reformen, in: Furkes, Josip; Schlarp, Karl-Heinz (Hrsg.), 1991: Jugoslawien: Ein Staat zerfällt. Der Balkan – Europas Pulverfass. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

Djekovic, Liliana, 1988: Wirtschaftskrisen in Südosteuropa: Jugoslawien, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Jg. 28, H. 2/1988, S. 176-184.

Djekovic, Liliana, 1983: Jugoslawiens wirtschaftliche Fatalitäten, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Jg. 23, H. 4/1983, S. 20-28.

Djekovic, Liliana, 1982: Jugoslawien zwischen EG und RGW. Im Westen überschuldet – vom Osten zunehmend exportabhängig, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Jg. 22, H. 2/1982, S. 3-12.

Dobias, Peter; Mehic, Ahmed; Rohmann, Angelika, 2000: Marktwirtschaftliche Transformation in Kroatien. Drucker und Humblot, Berlin. (Schriftenreihe zu internationalen Wirtschaftsfragen, Band 27).

Domaschke, Cornelia; Schliewenz, Birgit, 1994: Spaltet der Balkan Europa? Aufbau Taschenbuch, Berlin.

Eger, Thomas, 1987: Ökonomische Anreizstrukturen und Wirtschaftskrise in Jugoslawien, in: Osteuropa-Wirtschaft, Jg. 32, H. 3/1987, S. 213-228.

Eicher, Joachim; Heilborn, Andreas, 2000: Kroatiens wende in die Zukunft, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 40, H. 1/2000, S. 22-42.

Eicher, Joachim, 1999: Kroatien vor dem politischen Umbruch?, in: Südosteuropa, Jg. 48, H. 11-12/1999, S. 674-686.

Fischer, Gero, 1999: Die Jugoslawisierung einer Region. Vom Königreich SHS bis zum Selbstverwaltungssozialismus, in: Hofbauer, Hannes (Hrsg.), 1999: Balkankrieg: die Zerstörung Jugoslawiens. Promedia, Wien (Brennpunkt Osteuropa), S. 26-46.

Fischer Weltalmanach 1993. Frankfurt am Main.

Furtak, Robert, K., 1975: Jugoslawien. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hoffmann und Campe, Hamburg.

Gester, Jochen, 1995: Wirtschaftliche Hintergründe des Jugoslawienkonflikts, in: Marxistische Blätter, H. 1/1995, S. 8-17.

Gligorov, Vladimir, 1998: Der Handel auf dem Balkan, in: Osteuropaperspektiven, Nr. 3/Mai 1998, S. 31-36.

Göbel, Rüdiger, 1997: Die Rolle der BRD bei der Zerschlagung Jugoslawiens. Institut fachübergreifenden Studierens und Forschens (IfSF), Trier (Schriftenreihe interdisziplinäre Studien, Skript 7).

Goldstein, Slavko, 1996: Drzava to sam ja! (Der Staat bin ich!), in: Feral Tribune, 22.4.1996, S. 20-22).

Gräfin-Razumovsky, Dorothea, 1978: Titos Erbe. Jugoslawien zwischen gestern und heute. Ploetz, Friburg/Würzburg.

Grdesic, Ivan, 1993: The Dynamics of Cratian Electorate, in : Südosteuropa, Jg. 42, H. 5/1993, S.289-300.

Grotzky, Johannes, 2000: Medien und Medienpolitik in Kroatien, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 40, H. 1/2000, S. 43-46.

Hartmann, Ralph, 1998 : "Die ehrlichen Makler". Dietz-Verlag, Berlin.

Heilborn, Andreas, 1995: Die Parlamentswahlen in der Republik Kroatien 1995, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 35, H. 4/1995, S. 310-321.

Herbert, Gabrielle, 1988: Das selbstverwaltete Jugoslawien in der Wirtschaftskrise, in: Mehrwert. Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie Nr. 30, Januar 1988, S. 141-153.

Herbert, Gabrielle, 1982: Das Einfache, das schwer zu machen ist: Selbstverwaltung in Jugoslawien. Ein Beispiel für die Probleme von Übergangsgesellschaften. Verlag Neue Kritik, Frankfurt a.M.

Hofbauer, Hannes, 1999: Neue Staaten, neue Kriege. Die Zerstörung Jugoslawiens (1991-1999), in: Hofbauer, Hannes (Hrsg.), 1999: Balkankrieg: die Zerstörung Jugoslawiens. Promedia, Wien (Brennpunkt Osteuropa), S. 47-196.

Höpken, Wolfgang; Sundhausen, Holm (1987): Jugoslawien von 1914 bis zur Gegenwart, in: Fischer, Wolfram et al. (Hrsg.), 1987: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 6. Klett-Cotta, Stuttgart, S. 817-915.

Hoppe, Hans-Joachim, 1997: Die neue politische Elite Kroatiens. (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 7-1997).

Hort, Peter, 1991: Europas Außenpolitik – ein Fernziel, in: Europa Archiv, Zeitschrift für internationale Politik, 20/1991. S. 577-582.

Horvat, Branko, 1999 (1): Tranzicija i restauracija: Dvije alternativne strategije (Die Transformation und die Restauration: Zwei alternativen Strategien), in: Ekonomija / Economics, Jg. 6, 1/1999, S. 1-30.

Horvat, Branko, 1999 (2): Obnova hrvatske privrede i drustva (Wiederaufbau der kroatischen Wirtschaft und Gesellschaft), in: Ekonomija / Economics, Zagreb, Jg. 6, 4/1999, S. 495-503.

Horvat, Branko, 1996: Ekonomska Politika u 1996. godini (Die Wirtschaftspolitik im Jahr 1996), in: Ekonomija / Economics, Jg. 3, 1/1996, S. 69-75.

Janingro, Nicole, 1992: "Jugoslawismus" – Geschichte und Scheitern eines Modells, in: Prokla, Jg. 22, H. 87, 2/1992, S. 207-224.

Kasapovic, Mirjana, 1999: Die politische Entwicklung Kroatiens von 1990-1997, in: Melcic, Dunja (Hrsg.) 1999: Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. Westdeutscher Verlag Opladen/Wiesbaden, S. 455-462.

Kasapovic, Mirjana, 1996: Moze li predsjednik Tudjman u Okucanima dobiti bitku protiv zagrebackih biraca? (Kann Präsident Tudjman in Okucani den Kampf gegen die Zagreber Wähler gewinnen?), in: Globus, 10.5.1996, S. 4.

Kinkel, Klaus, 1993: Verantwortung, Realismus, Zukunftssicherung, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.3.1993.

Knezevic, Ana, 1998: Gospodarski razvoj i socijalno partnerstvo u Hrvatskoj (Die Wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Partnerschaft in Kroatien), in: Ekonomija / Economics Jg. 4, 3/1998, S. 347-352.

Kovac, Oskar, 1988: Wege zur Überwindung außenwirtschaftlicher Schwierigkeiten Jugoslawiens, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Jg. 28, H. 2/1988, S. 154-169.

Krizan, Mojmir, 2000: Kroatien 2000 – ein Erfahrungsbericht, in: Osteuropa, Jg. 50, H. 3/2000, S. 241-248.

Krizan, Mojmir, 1997: Kroatien unter Tudjman: Die Missverständene Europäisierung, in: Osteuropa, Jg. 47, H. 7, 1997, S. 959-974.

Kusic, Sinisa; König, Michael, 1999: Zwei ungleiche Brüder auf dem Weg nach Europa. Die Entwicklung Sloweniens und Kroatiens seit der staatlichen Unabhängigkeit und die Annäherung an die Europäische Union, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 39, 3/1999, S. 230-246.

Kusic, Sinisa, 1996: Privatisierung in Kroatien – Auslandskapital als Hoffnungsträger, in: Südosteuropa, Jg. 45, H. 8/1996, S. 601-614.

Lazic, Mladen 1992: Krieg und Wirtschaft im ehemaligen Jugoslawien, in: Gaisbacher, Johann u.a. (Hrsg.), 1992: Krieg in Europa: Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien. DIPA-Verlag, Frankfurt a.M.

Lohoff, Ernst, 1996: Der dritte Weg in den Bürgerkrieg. Horlemann, Bad Honef.

Lovric, Jelena, 1997: Maraton idolatrije (Der Marathon der Idolatrien), in: Novi list, 17.5.1997, S. 2.

Marx, Karl, 1969: Manifest der kommunistischen Partei. Hrsg., eingel. und erl. Von Theo Stammen. Fink, München (Studentexte 4).

Meier, Viktor, 1999: Der Titostaat in der Krise: Jugoslawien nach 1966, in: Melcic, Dunja (Hrsg.), 1999: Der Jugoslawien Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden, S. 198-207.

Meier, Viktor, 1991: Der jugoslawische Staat hat ausgedient, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.6.1991.

Moneta, Jakob, 1992: Die Arbeiterselbstverwaltung ist nicht die Ursache der Krise. Interview mit Gabrielle Herbert, in: Samary, Catherine, 1992: Krieg in Jugoslawien. Vom titoistischen Sonderweg zum nationalistischen Exzess. Neuer ISP Verlag, Köln, S. 102-115.

Monnesland, Swein, 1997: Land ohne Wiederkehr. Ex-Jugoslawien: Die Wurzeln des Krieges. Wieser Verlag, Klagenfurt/Celovec.

Münch, Peter, 1999: Der Großvater der Nation, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.1999.

Oschließ, Wolf, 1992: Einführung oder: Jugoslawien – Nekrolog auf ein unsterbliches Land, in: Rathfelder, Erich (Hrsg.), 1992: Krieg auf dem Balkan. Die europäische Verantwortung. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, S. 13-44.

Rathfelder, Erich, 1991: Erzwungene Familienbande, in: die Tageszeitung (taz) vom 26.6.1991.

Reuter, Jens, 1995: Die wirtschaftliche Lage in Slowenien und Kroatien, in: Südosteuropa, Jg. 44, H. 8/1995, S. 449-459.

Reuter, Jens, 1993: Wirtschaftliche und soziale Probleme Kroatiens, in: Südosteuropa, Jg. 42, 9/1993, S. 475-490.

Schönfelder, Bruno, 1996: Schmerzlose Stabilisierung? Erfolge und Risiken der kroatischen Stabilisierungspolitik., in: Südosteuropa, Jg. 45, H. 2/1996, S. 120-137.

Schmidt, Fred, 1998: Die Krise in Russland. Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, isw-Spezial-Nr. 11.

Schwarz, Hans-Peter, 1994: Die Zentralmacht Europas – Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Siedler Verlag, Berlin.

Semanov, Peter, 1998: Krise und Zerfall Jugoslawiens. Arbeitspapiere des Instituts für Internationale Politik und Regionalstudien der Freien Universität Berlin, Nr. 21.

Sirotkovic, Jakov, 1998: Strukturni poremećaji makroekonomske ravnoteže hrvatskog gospodarstva i mogućnosti ostvarivanja više razine proizvodnje i zaposlenosti (Strukturelle Störungen des makroökonomisches Gleichgewichtes der kroatischen Wirtschaft und die Möglichkeiten der Erreichung des höheren Produktions- und Beschäftigungsniveau), in: Ekonomija / Economics, Zagreb, Jg. 5, 3/1998, S. 387-403.

Statisticke Informacije 2000 (Statistische Informationen 2000), Hrsg. von: Državni Zavod za Statistiku (Staatliches Statistisches Amt) (URL: <http://www.dzs.hr/Hrv/Stat.Informacije/Stat.info2000>).

Statisticke Informacije 1999, 1998, 1987 (Statistische Information 1999, 1998, 1997), Hrsg. von: Državni Zavod za Statistiku (Staatliches Statistisches Amt), Zagreb.

Stihl, Hans-Peter, 1993: Chance Europa. Die Europäische Einigung aus der Sicht der deutschen Wirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 1.1.1993, S. 23-33.

Stojanov, Dragoljub, 2000 (1): Ekonomija i podjela (Die Ökonomie und die Teilung). SaVart, Sarajevo.

Stojanov, Dragoljub, 2000 (2): Koncept je dobar, samo ništa ne valja (Das Konzept ist gut, aber nichts ist gut), in: Dani, Sarajevo, 13.10.2000.

Ströhm, Carl Gustav, 1976: Ohne Tito – Kann Jugoslawien überleben? Graz/Wien/Köln, Styria.

Sundhausen, Holm, 1993: Experiment Jugoslawien: von der Staatsgründung bis zum Staatszerfall. BI-Taschenbuchverlag, Mannheim u.a.

Sundhausen, Holm, 1992: Zu den Ursachen von Nationalismus und Krieg im ehemaligen Jugoslawien, in: Johann Gaisbacher et al. (Hrsg.), 1992: Krieg in Europa. DIPA-Verlag, Frankfurt a.M.

Sundhausen, Holm, 1982: Geschichte Jugoslawiens: 1918-1980. Kohlhammer, Stuttgart u.a.

Suvar, Stipe, 1996: Povodljiva i Potkupljiva opozicija (Fügsame und bestechliche Opposition), in: Hrvatska ljevica, 1.-31.10. 1996, S. 3-5.

Thörner, Klaus, 1999: Jugoslawien: Geschichte eines anticolonialen und antifaschistischen Staates, in: Khella, Karam (Hrsg.), 1999: Der Fall Jugoslawien (Zweite, aktualisierte und erweiterte Auflage). Theorie und Praxis Verlag, Hamburg, S. 55-180.

Überlegungen zur Europäischen Politik. Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September 1994, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1994, S. 1271-1280.

Ugresic, Dubravka, 1995: Die Kultur der Lüge. Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Veselica, Vladimir; Vojnic, Dragomir, 1999: Misli i pogledi o razvoju Hrvatske (Gedanken und Anblicke über die Entwicklung Kroatiens). Hrvatska akademija znanosti i umjetnosti; Hrvatsko drustvo ekonomista, Zagreb (Radovi Odsjeka za ekonomska istrazivanja Zavoda za povijesne i drustvene znanosti, sv. 32).

Vojnic, Dragomir, 1993: Ekonomija i Politika Tranzicije (Ökonomie und Politik der Transforation). Ekonomski Institut - Zagreb; Informator, Zagreb.

Vucic, Novica, 1988: Die Rolle der Auslandsverschuldung in der jugoslawischen Wirtschaft, in: Osteuropa, Jg. 38, H. 4/1988, S. 289-299.

Vukadinovic, Nebojsa, 2000: Die Wirtschaftsregion Balkan, in: Le Monde diplomatique, November 2000, S. 4-5.

Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), 2000: WIIW Database (www. Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW): WIIW Database (URL: <http://www.wiwi.ac.at>).

Verwendete Zeitungen und Zeitschriften

Dani, Sarajevo

Der Spiegel

Die Tageszeitung (taz)

Feral Tribune, Split

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Frankfurter Rundschau

Globus, Zagreb

Handelsblatt

Narodne Novine, Zagreb

Nacional, Zagreb

Neue Züricher Zeitung (NZZ)

Osteuropa Archiv

Privatizacija - Hrvatski fond za privatizaciju, Zagreb

Privredba kretanja i ekonomska Politika, Zagreb

Slobodna Dalmacija, Split

Stuttgarter Zeitung

Wirtschaftswoche

Anhang

Anhang I

Interview mit Prof. Dr. Zarko Puhovski

(geführt am 17. April 2000 in Zagreb)

(Das Interview wurde in dieser Form in der Tageszeitung "Junge Welt" aus Berlin vom 28.10.2000 veröffentlicht)

Dr. Zarko Puhovski, 1946 in Zagreb geboren, ist Professor der politischen Philosophie an der Universität Zagreb. Lehrtätigkeit an Universitäten in Großbritannien, Österreich und Deutschland. Fellow des Wissenschaftskollegs zu Berlin. Wissenschaftlicher Kodirektor der European Peace University, Stadthlaining. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter fünf Bücher, über die Kritische Theorie, Kommunismus, Liberalismus sowie Philosophie der Kultur und Ethik.

Puhovski war Mitbegründer der ersten jugoslawischen alternativen Bewegung im Jahr 1988 und des Kroatischen Helsinki-Komitees für Menschenrechte im Jahr 1993. Preisträger des Europäischen Rektorenklubs für seine Friedensaktivitäten und sein Engagement gegen Xenophobie.

F: Im Januar dieses Jahres kam es nach fast zehnjähriger Herrschaft der HDZ (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) zum Regierungswechsel in Kroatien. Überall war Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu spüren. War dieser Optimismus berechtigt?

Die neue Hoffnung ist mit Sicherheit das wichtigste Ergebnis des Machtwechsels. Gleichzeitig ist das aber auch eine große Gefahr für die neue Regierung. Sie besteht aus sechs Koalitionsparteien und hat die Wahlen mit den Proteststimmen gewonnen, ähnlich wie die HDZ 1990. Mit dem Unterschied, dass die HDZ damals ein Programm hatte, das nur symbolische Werte beinhaltete, wie zum Beispiel Souveränität und Unabhängigkeit. Mit diesen Werten konnte man die Menschen lange manipulieren und Scheinergebnisse erzielen, die in der Realität nicht existierten und de facto keine Bedeutung hatten.

F: Was war das wichtigste Wahlversprechen der heutigen Regierung?

Die neue Regierung hat in ihrem Programm die Verbesserung des Lebensstandards und der Lebensbedingungen versprochen, Werte also, die klar messbar sind und mit denen man nicht lange manipulieren kann. Bis jetzt blieb das nur ein Wahlversprechen. Wir haben heute schon zwei bis drei große Streiks der unzufriedenen Arbeiter täglich.

F: Kroatien hat eine Dekade Herrschaft der HDZ hinter sich. Was sind die wichtigsten Ergebnisse dieser Diktatur?

Die HDZ-Herrschaft führte zu einer starken Militarisierung des Landes, die auch durch die objektive Lage - Angriff und Krieg n Kroatien - verursacht worden war. Zudem kam es unter dem HDZ-Regime zu enormen Zivilopfern in Kroatien. Damit denke ich vor allem an die Menschen, die nur deshalb ums Leben kamen, weil sie nicht Kroaten waren - also Serben, Juden oder andere. Drittens kam es durch die sogenannte Privatisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel zu einer gigantischen Plünderung der kroatischen Bürger und Gesellschaft, die zum sozialen Elend einer großen Mehrheit der Bevölkerung und zur großen Spaltung der kroatischen Gesellschaft in Arm und Reich geführt hat.

F: Kann die neue Regierung diese »Fehler« rückgängig machen?

Tatsächlich sprechen heute alle über die wirtschaftlichen und sozialen Schäden der Privatisierung, praktisch niemand aber über die Tötung unschuldiger Zivilisten. Man versucht zu vergessen, als wäre es nicht passiert. Dies hängt auch damit zusammen, daß viele der heute führenden Politiker vormals Mitglieder der Regierung der Demokratischen Einheit waren - zu Kriegszeiten, als viele schlimme Menschenrechtsverletzungen in Kroatien begangen worden sind. Was die wirtschaftlichen Folgen der HDZ-Herrschaft betrifft, so betonen die regierenden Politiker immer wieder, dass die Situation, die sie bei der Machtübernahme vorfanden, ihre schlimmsten Erwartungen überschritten hat. Daher mussten ihre Wahlversprechen relativiert werden. Das glaube ich ihnen zum großen Teil sogar. Die HDZ hat im Prinzip jede Perspektive einer zukünftigen Entwicklung zunichte gemacht. Kroatien ist nicht nur in einer schlimmen wirtschaftlichen Lage, sondern auch von der Außenwelt politisch total isoliert. Experten stellen sich die Frage, wovon Kroatien in Zukunft leben kann. Obwohl ich kein Wirtschaftsexperte bin, sehe ich für Kroatien einzig Chancen im Bereich Tourismus und Verkehr. Dafür braucht man aber gute und stabile politische Verhältnisse vor allem mit seinen Nachbarn. Heute sind diese Verhältnisse leider noch nicht vorhanden.

F: Was hat die damalige Opposition - diejenigen also, die nun in der Regierung sitzen - gegen die HDZ-Herrschaft unternommen?

Die ersten, die gegen das Tudjman-Regime opponierten, waren kleine Gruppen von Menschen in Nichtregierungsorganisationen, allen voran die Antikriegskampagne und das Kroatische Helsinki-Komitee. Hinzu kamen einige unabhängige Medien wie Feral Tribune aus Split und Novi List aus Rijeka. Tatsache ist aber, dass die Opposition all die Jahre nichts bedeutendes gegen die herrschende Partei Tudjmans unternommen hat! Als das Kroatische Helsinki-Komitee die damalige Opposition aufforderte, sich zu den schweren Menschenrechtsverletzungen in Kroatien zu äußern, antwortete man uns, es sei zu früh, damit könne man nur Wählerstimmen verlieren. Sie wollten sich äußern, wenn sie an die Macht gekommen sind.

F: Wie beurteilen Sie als ehemaliges Mitglied des Helsinki-Komitees die Menschenrechtsslage in Kroatien heute und damit verbunden auch die Möglichkeit der Rückkehr der serbischen Flüchtlinge?

Es gibt keinen Zweifel, dass die Situation heute weniger schlimm ist als noch vor einigen Jahren. Vor allem gibt es keine politischen Mordanschläge, keine Drohungen, keine Vertreibungen und keine Plünderungen mehr, wie das zu den schlimmsten Zeiten von 1991 bis 1993 der Fall war. Geblieben sind aber die Folgen dieser Taten: In den letzten zehn Jahren haben allein 400 000 Serben Kroatien verlassen, hinzu kommen noch mindestens 200 000 Kroaten und andere Angehörige von nationalen Minderheiten. Die wenigsten sind weggegangen, weil sie keine berufliche oder soziale Perspektive in Kroatien hatten. Der

Großteil verließ Kroatien unter Druck und aus Angst. Bis jetzt sind erst 50 000 bis 70 000 von ihnen zurückgekehrt. Im besten Fall werden für die Zukunft noch einmal so viele zurückerwartet. Die maximale Zahl der Rückkehrer dürfte also zwischen 100 000 und 150 000 Menschen liegen. Das sind aber gerade einmal 20 bis 25 Prozent der Menschen, die Kroatien verlassen haben. Damit ist in Kroatien das erreicht, was das Hauptziel und kein Nebeneffekt aller Kriege in den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien war - nämlich die ethnische Säuberung.

Der Bevölkerungszählung im Jahr 1991 zufolge waren 76 Prozent der Menschen in Kroatien Kroaten. Heute machen sie 95 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Es gibt im ganzen ehemaligen Jugoslawien nur drei Gebiete, die noch multiethnisch sind: Die Region um die Stadt Tuzla in Bosnien- Herzegowina, die Vojvodina im Norden Serbiens und die Stadt Belgrad. Alle andere Gebiete sind heute praktisch »ethnisch sauber«.

F: Welche Zukunft haben die ethnisch homogenen Zonen?

Die Probleme dort sind nicht nur historisch-moralischer, sondern auch alltäglich-wirtschaftlicher Natur. So verließen Anfang der 90er Jahre während der Angriffe der jugoslawischen Armee zuerst Kroaten die Region Lika, die zwischen Zagreb und der Adria liegt. Die kroatische Offensive im Sommer 1995 hatte den Massenexodus der Serben zur Folge. Lika ist aber, was den Verkehr, den Tourismus und die Landwirtschaft betrifft, eine sehr wichtige Region für Kroatien. Ähnliches gilt auch für Regionen wie Banija und Kordun. Jemehr Zeit vergeht, desto aussichtsloser ist der Versuch der aktiven Sanierung dieser Regionen.

F: Was sind die größten Probleme bei der Rückkehr der Flüchtlinge?

Die Rückkehrer in diese Gebiete sind meist nur ältere Menschen, die - zynisch gesagt - ihre ewige Ruhe finden wollen auf den gleichen Friedhöfen, wo ihre Eltern und Großeltern ruhen. Das andere Problem ist, dass in vielen Fällen in den Häusern der Rückkehrer nun Kroaten wohnen, die aus dem benachbarten Bosnien-Herzegowina vertrieben worden sind. Bei der Rückkehr der ursprünglichen Bewohner treffen die eigentlichen Opfer und nicht Opfer und Täter aufeinander. Eine moralisch richtige Entscheidung fällt da sehr schwer. Die Menschen stehen zudem immer noch unter dem starken Einfluss von Nationalismen und sind zu keinen Kompromissen bereit. Nach wie vor gibt es schließlich keine organisierte Rückkehrerpolitik.

F: Wo liegt die Perspektive Kroatiens einerseits als Teil Europas, andererseits als Teil des Balkans?

Tudjman hat immer wieder gerne gesagt, Kroatien sei ein Teil von Europa, aber nicht des Balkans. Andererseits wiederholte er immer wieder, Kroatien sei eine regionale Macht. Damit widersprach er sich selbst: Kroatien kann nur auf dem Balkan eine regionale Macht sein. Geographisch gehört ein großer Teil von Kroatien zum Balkan. Die Balkanfrage war und ist in unserer Geschichte überbewertet, genauso wie die Europafrage: Alle reden über Europa und Europas Grenzen, niemand aber kann Ihnen genau sagen, wo diese Grenzen verlaufen. Die geographischen Grenzen der Balkanhalbinsel sind klar definiert, nur viele tun so, als ob sie diese nicht kennen würden. Ein Beispiel: Die weltbekannte Touristenstadt Dubrovnik liegt geographisch zweifellos auf dem Balkan, das Dorf Cepin in der Nähe von Osijek zweifelsohne in Mitteleuropa. Jetzt frage ich Sie, in welchem dieser beiden Orte würden Sie aus kultureller Sicht lieber wohnen, wenn fälschlicherweise Mitteleuropa Symbol der Kultur ist, der Balkan aber für Barbarei steht? Kroatien liegt sowohl in Europa als auch auf dem Balkan, vor allem aber am Mittelmeer.

F: Sehen Sie die Zukunft Kroatiens in der Europäischen Union?

Kroatien befindet sich schon jetzt sowohl politisch als auch ökonomisch auf einem höheren Niveau als potentielle EU-Beitrittskandidaten wie Rumänien oder Bulgarien. Nach diesen Kriterien gehört Kroatien also auf jedem Fall zur EU. Mich stört aber sehr, dass man im offiziellen Wortgebrauch immer über die »Euro-Atlantische Integration« spricht. Darunter versteht man gleichzeitig und zwangsläufig auch eine Mitgliedschaft in der NATO. Es ist mir als Friedensaktivist jedoch völlig unklar, warum die ehemals sozialistischen Staaten der NATO beitreten sollen? Mir ist auch unklar, warum die NATO nach 1990 überhaupt noch fortexistiert? In der Präambel der NATO ist klar geschrieben, dass das Bündnis eine Partnerschaft ist, die »die freie Welt vor der Gefahr des Kommunismus verteidigen soll«. Nach dem Fall des Kommunismus mussten neue »Diktatoren« wie Saddam Hussein, Muammar el Ghaddafi oder Slobodan Milosevic als Gefahr für die »freie Welt« erfunden werden, um die weitere Existenz der NATO zu rechtfertigen. Und schließlich dienten die Interventionen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo dazu, der NATO neue Aufgaben zuzuschreiben.

Die sogenannte Partnerschaft für den Frieden ermöglicht ein Weiterfunktionieren der Kriegsindustrie. Alle potentiellen NATO-Beitrittskandidaten müssen ihre veraltete Ausrüstung komplett erneuern. Ohne dass ihre »Sicherheit« tatsächlich erhöht wird, entstehen für die Beitrittsländer enorm hohe Kosten. Europa muss endlich aus seiner Festung ausbrechen und sich für neue Länder auf der Basis einer gleichberechtigten politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Integration öffnen. Aber es ist völlig falsch, wenn dieser Weg über die NATO oder andere militärische Integrationen führt.

F: Wie sehen Sie die Perspektive der kroatischen Nachbarn auf dem Balkan?

Bosnien-Herzegowina ist praktisch kein Staat. Das Abkommen von Dayton war ein guter Kriegsbeendigungsvertrag. Als Basis für das Entstehen eines neuen Staates ist es ungeeignet. Die Zukunft von Bosnien- Herzegowina hängt sehr von der Zukunft des Kosovo ab: Wenn die USA und ihre Verbündeten kurzsichtig sind und Kosovo, früher oder später, als einen unabhängigen Staat anerkennen, dann sehe ich keinen vertretbaren Grund, warum sich nicht auch die Republika Srpska und die - überwiegend von Kroaten bewohnte - Westherzegowina von Bosnien- Herzegowina ablösen dürfen. Dasselbe gilt für den von überwiegend von Albanern bewohnten Teil von Mazedonien. Das würde katastrophale Folgen für den Balkan haben.

Die »internationale Gemeinschaft« macht große Fehler. Ich kann nicht sagen, ob sie dies mit Absicht tun oder nicht. Sie organisierten ein Jahr nach dem Vertragsschluss in Dayton demokratische Wahlen in Bosnien-Herzegowina und verschafften damit den schlimmsten Nationalisten eine demokratische Legitimation ihrer Herrschaft. Dasselbe wiederholen sie nun im Kosovo. Die größte Gefahr für die Zukunft Bosnien-Herzegowinas und es Balkan stellen allerdings nicht die großen Nationalisten dar, sondern Washington und Madeleine Albright.

Anhang II

Interview mit Prof. Dr. Branko Horvat

(geführt am 19.4.2000 in Zagreb)

(Das Interview wurde in gekürzter Form in der Wochenzeitung "Jungle World" aus Berlin, Nr. 49 vom 29.11.2000, S. 4-5, veröffentlicht.)

Prof Dr. Branko Horvat ist einer der bekanntesten Ökonomen auf dem Balkan. Er lehrte an den Universitäten in Belgrad und Zagreb und war Direktor des jugoslawischen ökonomischen Instituts in Belgrad sowie Autor zahlreicher Bücher und Veröffentlichungen in serbokroatischer, englischer und deutscher Sprache, unter anderen: "The results of backward transition in the Republic of Croatia" in: Gligorov, Vladimir: "On the way to normality" Wien, S. 37-43; "Privatisation vs. De-etatization" in: Ekonomika pregled, Zagreb, Nr. 48/1997; "The theory of value, capital and interest: a new approach", Elgar 1995; "The Political Economy of Socialism" Elgar 1982; "Die jugoslawische Gesellschaft. Ein Essay." Suhrkamp Verlag 1969 etc. Heute lebt er als Rentner in Zagreb und ist der Berater des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW).

F: Privatisierung der gesellschaftlichen bzw. staatlichen Produktionsmittel ist neben der Einführung von mehrparteiischer Demokratie, der wichtigste Bestandteil der Transformation der ehemals sozialistischen Länder. Welche Erfahrungen hat Kroatien mit der Privatisierung gemacht?

In unseren ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken hatten wir mehr privatisierte Wirtschaftsbetriebe als in allen anderen europäischen Ländern. Dort gab es, einschließlich Westeuropa und Deutschland, neben privaten auch viele staatliche Unternehmen, insbesondere im Schwerindustriebereich. Wir haben nach 1950 alle staatliche Unternehmen in "private" umgewandelt, indem diese den dort beschäftigten Arbeitern zur Selbstverwaltung übergeben worden sind. Und diese Arbeiter waren keine staatlichen Angestellten. Sie konnten über die Arbeitsbedingungen und die Verteilung des Mehrwerts in ihren Unternehmen selbst entscheiden. Nachdem Anfang der 90er Jahre die "Privatisierung" der Wirtschaft proklamiert wurde, war in Kroatien der erste Schritt die Verstaatlichung von damals selbstverwalteten Unternehmen.

F: War das nicht ein historischer Schritt zurück, weil die Unternehmen bereits vor der Einführung des Selbstverwaltungssozialismus im Zeitraum von 1945 bis 1950 dem Staat gehörten?

Richtig. Erst nachdem alle Unternehmen in der staatlichen Hand waren, begann die Privatisierung und zwar nur eines Teils dieser Unternehmen. Auf welche Art und Weise die Privatisierung durchgeführt wurde, erfahren wir seit der Wahlniederlage von Tudjmans Partei

Anfang des Jahres jeden Tag aus der Presse. Die Firmen wurden nach den Kriterien, die die herrschende Partei HDZ (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) für richtig hielt – und das heißt ohne jegliche ökonomische Kriterien - an die Personen übergeben, die der Partei nahe standen. In vielen Fällen haben die neue Inhaber für wertvolle Unternehmen entweder nur einen symbolischen oder gar keinen Betrag bezahlt. Weiterhin, haben sich die neue Besitzer überhaupt nicht um die Produktion und die Arbeiter gekümmert. Ihre Hauptsorge war, wie das Kapital der Unternehmen auf ihre Privatkonten ins Ausland verlagert werden kann. Ein großer Teil dieser Gelder landete in Deutschland.

F: Die damalige HDZ-Regierung behauptete, sie führte die nötigen Reformen durch, um die kroatische Wirtschaft auf “gesunde Beine zu stellen”.

Mit wirtschaftlichen Reformen hatte dies wenig zu tun. Das war, vereinfacht gesagt, eine skrupellose Plünderung des Volksvermögens. Der geschätzte Wert der veräußerten Unternehmen war sehr niedrig und hatte mit dem realen Wert der Unternehmen nichts zu tun. Die Unternehmen wurden bewusst als “nicht rentabel” dargestellt, die Arbeiter wurden entlassen. Erst nachdem auf dieser Art und Weise der Preis der Unternehmen in den Keller sank wurden sie verkauft.

F: Was sind die größten “Fehler” der so durchgeführten Privatisierung?

Der Umgang mit den kleineren Betrieben war weniger problematisch als der mit den großen. Solche Großbetriebe gab es viele in Kroatien, weil den kroatischen Firmen zu Zeiten Jugoslawiens ein Binnenmarkt zur Verfügung stand, der fünf Mal so groß ist wie heute. Für solche, damals erfolgreiche große Unternehmen war es schwer, einen Käufer zu finden. Die zuständige Agentur für die Privatisierung hat deshalb diese Firmen aufgeteilt und zwar nicht in zwei, drei sondern in zehn oder zwanzig Teile. Sie missachteten die Tatsache, dass die so entstandenen neuen Unternehmen nicht funktionsfähig waren. Ihr Hauptanliegen war es, diese Unternehmen an nach ihren Kriterien geeignete Personen zu verkaufen.

F: Welche Unternehmen meinen Sie konkret?

Solche Fälle gab es viele, ich nenne Ihnen nur einige, wie z.B. das Stahlwerk in Sisak oder das Schwerindustriewerk “Djuro Djakovic” aus Slavonski Brod. Diese Unternehmen beschäftigten vor dem Krieg mehrere Tausend Arbeiter. Welche sinnlosen Sachen gemacht wurden, zeigt auch deutlich das Beispiel der Leichtmetall-Fabrik aus Sibenik: Da sie vor dem Krieg die Rohstoffbasis des Aluminium-Kombinats aus Mostar, Bosnien-Herzegowina, benutzte, musste sie während des Krieges stillgelegt werden. Letztes Jahr nahm das Unternehmen aus Mostar die Produktion wieder auf, wodurch sich gleichzeitig die Chance der Wiederinbetriebnahme der Fabrik aus Sibenik ergab. Inzwischen wurde dieses Unternehmen aber in dreizehn neue und selbstständige Wirtschaftssubjekte aufgeteilt. Bevor man überhaupt mit der Produktion neu anfangen konnte, mussten diese dreizehn Teile wieder in ein System integriert werden, was einen enormen Zeit- und Ressourcenaufwand mit sich brachte. Vom Standpunkt der ökonomischen Rationalität sind das erstklassige Dummheiten, nicht aber vom Standpunkt der politischen Motive der Täter, die diesen Zustand herbeiführten.

F: Wie schätzen Sie die Rolle des ausländischen Kapitals bei der Privatisierung in Kroatien ein?

Bei den Veräußerungen großer Firmen an ausländische Investoren handelte es sich um einen Ausverkauf des Vermögen der kroatischen Arbeitern und Bürgern. Insbesondere wird das ausländische Kapital zum Besitzer jener Unternehmen, die für die Infrastruktur des Landes

von großer Bedeutung sind, wie z. B. Telekommunikation, Post oder Energie. Außerdem passiert in Kroatien dasselbe, was in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung geschah: Große Unternehmen kaufen die kleineren auf) und legen dann deren Produktion still, wodurch sie ihre Konkurrenten auf dem heimischen Markt einfach beseitigen.

F: Haben Sie Beispiele dafür?

Ein sehr anschauliches Beispiel dafür ist die Keramikfabrik aus Zapresic. Vor dem Krieg wurden in ihr sehr gute und gleichzeitig preisgünstige Erzeugnisse aus Keramik hergestellt. Nach dem Krieg ist diese Fabrik von einem italienischen Keramikhersteller gekauft worden. Das Ergebnis: Heute können sie in ganz Kroatien keine heimischen Keramikprodukte finden. Der Markt ist von italienischen Waren überschwemmt. Der italienische Käufer hat die Fabrik in Zapresic nach dem Kauf bewusst stillgelegt und somit die Türen des kroatischen Markts für seine eigenen Produkte breit geöffnet.

Ein anders Beispiel ist das Schicksal der modernen Turbinenfabrik in der Stadt Karlovac, die von einem ausländischen Investor für eine lächerlich niedrige Summe erworben wurde. Der neue Käufer kümmerte sich aber nicht um Produktion und Beschäftigung, sondern hat die modernen Maschinen einfach im Ausland für eine viel höhere Geldsumme verkauft, als die, die für das gesamte Unternehmen bezahlt wurde.

Oder "Rade Koncar" aus Zagreb, ein Unternehmen, das Weißtechnik und Elektrogeräte produzierte und zu jugoslawischen Zeiten weltweit tätig war. Heute gehört es zu "Siemens". Mir wurde seitens der Beschäftigten erzählt, dass selbst die technischen Skizzen und Pläne, die zur Zeit des Kaufes in den Schubladen des Unternehmens lagen, teurer waren als die Summe, die Siemens für das gesamte Unternehmen bezahlt hatte.

Alles in allem handelt es sich um eine systematische Vernichtung bzw. den Ausverkauf der kroatischen Volkswirtschaft. Alles, was wir während der fast fünfzig Jahre nach dem zweiten Weltkrieg mühsam erzeugt haben, hat die HDZ skrupellos zunichte gemacht.

F: Welche anderen deutschen Konzerne haben sich an der Privatisierung in Kroatien beteiligt?

Ein großer Teil kroatischer Banken befindet sich heute im Besitz der westeuropäischen Banken, wobei die deutschen Banken daran einen großen Anteil haben. Die Deutsche Telekom verfügt heute über mehr als fünfzig Prozent der Anteilsrechte an dem Kroatischen Post- und Telekommunikationsunternehmen HPT. Bei den Verhandlungen um den Verkauf von HPT hat der skandinavische Konzern Telia AB–Telenor AS das beste, viel günstigere Angebot als die Telekom gemacht. Überraschenderweise hat sich die zuständige Kommission jedoch für die Telekom entschieden. Vor kurzer Zeit stellte sich heraus, dass die Deutsche Telekom eine große Bestechungssumme an die Kommission bezahlt hat. Diese Summe floss danach durch verschiedene Kanäle an die damals herrschende Kroatische demokratische Gemeinschaft (HDZ).

F: Wie verlief eigentlich der Prozess der Zerstörung der kroatischen Wirtschaft im einzelnen?

Die kroatische Wirtschaft war Anfang der 90er Jahre – bedingt durch den Krieg, den Verlust der jugoslawischen Märkte etc. - schwer angeschlagen, was in einer Hyperinflation zum Ausdruck kam. Die Inflation konnte durch ein Stabilisierungsprogramm der damaligen Regierung, das in Absprache mit dem IWF zustande kam, 1993 erfolgreich besiegt und die kroatische Währung (Kuna) stabilisiert werden. Die kroatische Nationalbank hat einfach den Geldzufluss reduziert, die Preise stiegen nicht mehr an und der IWF war zufrieden. Seitdem erleben wir einen systematischen Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben bzw. aus der Verantwortung für die kroatische Wirtschaft. Begründet wird das mit der neoklassischen Doktrin, wonach monetäre Politik absoluten Vorrang vor Entwicklungspolitik hat. Die kroatische Regierung richtete seitdem ihre Aufmerksamkeit auf die Preisstabilität und

kümmerte sich überhaupt nicht darum, was mit der realen Wirtschaft passiert. Die Folgen einer solchen einseitigen Politik sind katastrophal: Die Konten einer Hälfte der heute in Kroatien registrierten Unternehmen sind blockiert, weil die Unternehmen verschuldet sind. Die Nichtliquidität der kroatischen Wirtschaft übersteigt zweifach die Geldmasse M1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen inländischen Banken bei inländischen Kreditinstituten; Anmerkung: Zeljko Brkic).

F: Welche soziale Folgen hatte eine solche Politik?

Katastrophale. Heute haben wir in Kroatien eine offizielle Arbeitslosenquote von 22%, die tatsächliche Arbeitslosigkeit ist noch höher. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt heute unterhalb der Armutsgrenze. Die Mittelschicht existiert nicht mehr, die Lebensqualität hat sich in jeder Hinsicht verschlechtert. Nach einigen Angaben ist die Lebenserwartung der Kroaten heute im Durchschnitt zehn Jahre kürzer als die der Menschen in Westeuropa. Während die Männer zur Zeit des ehemaligen Jugoslawiens im Schnitt 72 Jahre alt wurden, beträgt die Lebenserwartung heute in Kroatien im Durchschnitt 68 Jahre.

F: Kann die neue, im Januar 2000 gewählte Regierungskoalition, die Probleme lösen?

Die Probleme sind lösbar, wobei diese nicht ökonomischer sondern politischer und psychologischer Natur sind. Bis jetzt aber verfolgt die neue Regierung die gleiche Politik wie die HDZ und tatsächlich hat sich nicht vieles geändert. Die Arbeiter werden weiter entlassen, der Stellvertretende des Ministerpräsidenten kündigte neue Konkurse an, was eine weitere Verschlechterung der sozialen Lage bedeutet. Die neue Regierung hat kein ausgearbeitetes Konzept, um die Probleme zu lösen.

F: Was würden Sie ihnen raten?

Ich habe ihnen schon zur sofortigen Gründung einer Planungskommission geraten, welche zuerst die Daten über den Zustand der kroatischen Wirtschaft erfassen sollte. Aufgrund einer solchen Analyse würde deutlich werden, in welche Richtung die ersten Schritte zur Verbesserung der Lage gemacht werden sollten. Die neue Regierung hat überhaupt keine Informationen darüber und es ist klar, dass der wirtschaftliche Niedergang nicht gestoppt werden konnte. Die Folgen sind weitere massive Streiks der unzufriedenen Arbeiter. Aber das Wort Planung klingt ihnen "sozialistisch" und hat angeblich mit der Marktwirtschaft wenig zu tun. Das ist aber absurd, denn die großen Konzerne planen bis ins Details ihre künftigen Schritte.

F: Inwieweit ist Kroatien auf ausländische Hilfe angewiesen?

Die Lage ist sehr schlimm, aber sie war in Jugoslawien 1945 nach dem zweiten Weltkrieg noch viel, viel schlimmer. Wir haben aber geschafft, ohne großartige fremde Finanzhilfen und mit viel geringerem Stand der Bildung der Menschen, aus eigener Kraft, ein angemessenes Entwicklungsniveau zu erreichen. Ich wiederhole, dass die Probleme heute weniger ökonomischer sondern viel mehr politischer und psychologischer Natur sind. Um den Verlust des jugoslawischen Markts ausgleichen zu können ist Kroatien aber auf seine Nachbarländer, vor allem auf diejenigen des Balkans angewiesen. Kroatien kann heute nicht nach Westeuropa oder in die Welt exportieren, aber wohl in die Staaten auf dem Balkan. Dasselbe gilt für alle Balkanländer. Aber die Bemühungen kroatischer Politiker gehen überhaupt nicht in diese Richtung. Ihr Hauptziel ist die Mitgliedschaft in NATO und in der EU. Wir brauchen aber keine NATO-Mitgliedschaft. Vor wem soll uns die NATO schützen? Der einzige richtige Weg für alle Balkanländer ist die Entmilitarisierung des ganzen Raumes. Das würde die ganze NATO-Balkan-Erweiterung sinnlos machen.

F: Inwieweit brauchten Kroatien und andere ehemals jugoslawische Länder eine “marktwirtschaftliche Transformation”?

In den 80er Jahren wurde an der Universität Oxford eine Studie über die optimale Preisstruktur aufgrund der intersektoralen Wirtschaftsanalyse in verschiedenen Ländern der Welt gemacht. Nach dieser Studie lag Jugoslawien ziemlich oben in der Rangliste, zusammen mit Deutschland Japan und Schweden. Niemand kann behaupten, Deutschland, Japan und Schweden seien keine marktwirtschaftlichen Länder. Also in Jugoslawien gab es schon damals einen entwickelten realökonomischen Markt. Zwar hatten wir keine Wallstreet und Finanzderivate, aber wozu brauchen wir diese überhaupt? Diese Institutionen führten zur absurden Situation heute, dass der Geld- und Finanzumsatz den realen Warenumsatz um ein hundertfaches übersteigt. Heute werden die Transformationsländer dazu gezwungen, die herrschende neoliberale Lehre zu befolgen und ihre Geld- und Warenmärkte zu öffnen. Wohin das führt, zeigt uns das Beispiel von Südkorea vor drei Jahren: Das Land öffnete seine Kapitalmärkte und erlebte eine schwerwiegende ökonomische und soziale Krise. Dasselbe geschieht mit der Öffnung der Märkte für ausländische Waren bzw. ausländische Investitionen: Der Freihandel macht nur bei gleich entwickelten Wirtschaften oder Partnern Sinn. Wenn Daimler und Chrysler eine Fusion machen, dann ist das ein Geschäft zwischen gleichstarken Partnern. Wenn aber Daimler nach Kroatien oder Bosnien Herzegowina kommt, dann gibt es ein Verhältnis wie zwischen Herr und Diener.

Anhang III

Interview mit Prof. Dr. Dragomir Vojnic

(geführt am 25.7.2000 in Zagreb)

Prof. Dr. Dragomir Vojnic von der Universität Zagreb ist einer der bekanntesten Ökonomen Kroatiens. Er ist Mitglied des kroatischen Helsinki-Komitees und war lange Direktor des Ökonomischen Instituts in Zagreb (Ekonomski Institut Zagreb). Anfang der 90er Jahre wurde am Institut von einer Arbeitsgruppe das Privatisierungskonzept sowie das Konzept über die Einführung der marktwirtschaftlichen Elemente in Kroatien ausgearbeitet. Die beiden Studien wurden von der damaligen kroatischen Regierung als Basis für die Privatisierung abgelehnt.

F: Was sind die Hauptursachen für die schwierige wirtschaftliche Lage in der sich Kroatien heute befindet?

Anfang der 90er Jahre, als die Transformation anging, wurden in Kroatien zwei großen Fehler begangen: Der erste Fehler war die Art und Weise mit der die Privatisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel durchgeführt wurde. Der zweite war die falsche Wirtschaftspolitik der Regierung seit 1993.

F: Was waren die Hauptcharakteristika des kroatischen Privatisierungsmodell?

Die Unternehmen wurden in der ersten Phase verstaatlicht und erst dann in der zweiten Phase wurden sie privatisiert oder besser gesagt tycoonisiert⁷⁴. Eine Gruppe von Fachleuten des Ökonomischen Instituts Zagreb machte 1991 im Auftrag der Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Kroatiens Josip Manolic ein strategisches Konzept ("Privatisierung im Konzept der wirtschaftlichen Entwicklung"), auf dessen Basis ein Gesetz über die Privatisierung erarbeitet werden sollte. Als Direktor des Instituts war ich der Leiter dieser Gruppe. Premier Manolic war mit der Studie zufrieden, äußerte aber direkt seine Zweifel an der Möglichkeit ihrer praktischen Umsetzung. Meinen Mitarbeitern und mir war damals nicht ganz klar, um welche Schwierigkeiten es sich bei der Durchführung des Konzeptes handeln könne.

F: An welche praktischen Hindernisse hat Premier Manolic gedacht?

Später war uns klar, dass führenden Personen der damals herrschenden Partei, der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ), bereits Konzepte zur Privatisierung vorlagen. Die ganze spätere dekadente Entwicklung der Ereignisse hat dies bestätigt. Das Ergebnis dieser Form der Privatisierung ist die Tatsache, dass sich das Reichtum und die Macht in Kroatien in den Händen von etwa zweihundert Familien konzentriert haben. Dabei konnte keine Rede von einer zivilisierten Gesellschaft geschweige denn von einer Demokratie sein. Premier Manolic war in der Gruppe, zusammen mit dem neuen Präsident Kroatiens Stipe Mesic, die die Politik von Tudjman in Bosnien-Herzegowina 1993 ablehnten und aus diesem Grund im darauffolgenden Jahr die HDZ verließen.

⁷⁴ Tycoon (tajkuni) wurden in Kroatien die Gruppe von "Manager" genannt, die sich zuerst durch den Krieg und dann durch die Privatisierung mittels mafioser Methoden skrupellos bereichert hat.

F: Inwieweit unterscheidet sich das Privatisierungskonzept aus ihrer Studie, von dem das praktiziert wurde?

In Kroatien bestanden Anfang der 90er alle Voraussetzungen für einen direkten Übergang vom Gesellschafts- zum Privateigentum. Deshalb haben wir vor einer Verstaatlichung der Produktionsmittel gewarnt. Wir haben genau vorhergesagt, sollte das passieren, werde es zu einer nicht kontrollierbaren und willkürlichen Privatisierung kommen. Mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel wurde praktisch der Weg für die Plünderung des Volksvermögens freigegeben.

F: Wie beurteilen Sie die Privatisierung in Kroatien?

Da gibt es nichts positives zu sagen. Alles was unter dem Deckmantel der Privatisierung geschah, war eine skrupellose Plünderung des Vermögens der kroatischen Bevölkerung: ein Diebstahl einfach gesagt. Wir haben heute noch nicht die genauen Daten über das Ausmaß dieses Diebstahls. Milliardenbeträge sind aus dem Land verschwunden. Inoffiziell wird von 10 Mrd. Dollar gesprochen. Man weiß noch nicht genau, wo diese Geldsummen abgeblieben sind und ob diese überhaupt zurückgegeben werden.

F: Worin sehen Sie die größten Fehlentwicklungen bei der Transformation in Kroatien?

Anfang der 90er Jahre hatte Kroatien, nach einer allgemein vertretenen Meinung, neben Slowenien die besten Voraussetzungen für die Transformation von allen ehemals sozialistischen Ländern Ost- und Südosteuropas. In der jugoslawischen Wirtschaft war der Markt bereits lange vorhanden und die ökonomischen Entscheidungen waren völlig dezentralisiert, d.h. von den einzelnen wirtschaftlichen Subjekten – Unternehmen – getragen. Außerdem bot das Gesellschaftseigentum viel günstigere Voraussetzungen für die Privatisierung als das Staatseigentum anderer realsozialistischer Länder. Leider hat man diese Vorteile nicht genutzt und Kroatien ist heute von vielen Transformationsländern überholt worden.

F: Worin bestand der zweite Fehler der kroatische Transformation, den sie erwähnt haben: die falsche Wirtschaftspolitik der kroatischen Regierung?

Durch das Stabilisierungsprogramm der Regierung von 1993 wurden die gesetzlichen Regeln an die Bedürfnisse der damals herrschenden Machtstrukturen und – Personen angepasst. Eigentlich war es nur ein Antiinflationsprogramm, obwohl es sich Stabilisierungsprogramm nannte. Theoretische Grundlage für das Programm war die ökonomische Theorie des Monetarismus, die auf stabile Währung, restriktive Monetäre- und Fiskalpolitik, Schließung der unrentablen Unternehmen etc abzielt. Vor der Verabschiedung des Programms kam es im Verhältnis zum Vorkriegsniveau zu einer Halbierung des Bruttosozialprodukts in Kroatien. Sehr schnell zeigte das Stabilisierungsprogramm seine positiven Effekte auf das Inflationsniveau, das sank und auch in der darauffolgenden Jahren niedrig gehalten werden konnte. Das Programm hatte aber sehr negative Auswirkungen auf die realen ökonomischen Variablen – wie Produktion, wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und Investitionsniveau. Aufgrund der überwerteten Währung war es rentabler, Produkte zu importieren, statt sie in Kroatien zu produzieren. Gleichzeitig war dadurch Export kaum möglich.

F: Zu diesen wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben die internationale Finanzinstitutionen allen Transformationsländer geraten?

Die Krisensituationen in allen Transformationsländern sind unter anderem auch das Ergebnis der blinden Anwendung der neoliberalen wirtschaftspolitischen Prinzipien (sog. "Washington Konsens"). Diese Fehler sind selbst von den härtesten Befürwortern dieser Maßnahmen, wie z.B. dem Ökonomen J.E. Stiglitz, der bis Januar 2000 Berater des Weltbankpräsidenten Wolfensohn war, eingestanden worden. Ein positives Gegenbeispiel dafür ist Polen, das von allen Transformationsländern die besten Ergebnisse vorweisen kann. Die polnischen Regierungen haben sich diesen Prinzipien nicht untergeordnet. Sie haben nicht alles den "freien Kräfte des Marktes" überlassen und waren nicht nur im Bereich der monetären Politik aktiv, wofür die neoliberale Doktrin plädierte, sondern betrieben eine sehr aktive staatliche Industrie-, Landwirtschaftspolitik etc. Diese Interventionen und aktiven Lenkungen der wirtschaftlichen Entwicklung stellten sich später für Polen als sehr positiv dar. Die neoklassischen Modelle in ihrer reinen Form bestehen nur in der ökonomische Theorie, wie diese in Büchern beschrieben und in der Praxis selten zu finden sind. Die Realität ist in der Praxis viel komplexer als in der Theorie. In der Praxis muss man den neoklassischen Monetarismus mit keynesianischen wirtschaftspolitischen Prinzipien je nach der gegebenen Situation miteinander kombinieren.

F: Zu welchen Ergebnissen führte die einseitige Anwendung des Monetarismus in Kroatien?

Alle heimischen Produkten wurden extrem teuer, sogar landwirtschaftliche Produkte wie Kartoffel etc. hat Kroatien importieren müssen. Die Industrieproduktion ging stark zurück. Alles war der Bereicherung einer kleinen Schicht Tycoons (tajkuni) untergeordnet. Es kam zur Herausbildung einer neuen kapitalistischen Klasse in Kroatien. Diese neuen Kapitalisten waren aber nicht an der Steigerung der Profite durch rationale Unternehmensführung interessiert, sondern ausschließlich an der Aneignung zusätzlicher Unternehmen zwecks persönlicher Bereicherung. Die Unternehmen haben nicht produziert und immer mehr Beschäftigten sind entlassen worden. Also die Stabilisierungspolitik, die nur auf die Preisstabilität gerichtet war und sich völlig negativ auf die Produktion auswirkte, stimmte mit den Interessen dieser neuen Klasse überein.

F: Was kann die neue Regierung machen, um das Land aus dieser Wirtschaftsmisere zu führen?

Der Weg wird nicht einfach sein. Das Bruttosozialprodukt in Kroatien hat heute etwa 80 % des Vorkriegsniveaus erreicht. Die ganze Wirtschaft hat sich mittlerweile an das falsche Stabilisierungskonzept angepasst. Viele Produktionsstätte sind stillgelegt worden, wohingegen der Handel auf Importbasis zu den wichtigsten Wirtschaftssektoren in Kroatien geworden ist. Auf dieser Basis kann keine Entwicklungspolitik gemacht werden. Die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung besteht darin, diesen Trend umzukehren: Die Expansion der Importe, die nur dem Handel dienen, müssen gestoppt werden. Gleichzeitig müssen die Voraussetzungen für eine Belebung der Produktion und Beschäftigung sowie die Steigerung der Exporte geschaffen werden. Das ist einfach gesagt, eine praktische Umsetzung indessen ist viel schwieriger. Es gibt einige Faktoren, die diese Umsetzung erschweren.

F: Welche Faktoren sind das?

Vor allem sind das die Liquiditätsprobleme der kroatischen Wirtschaft. Die Insolvenzen, das heißt die inneren Schulden der kroatischen Wirtschaft, übersteigen um das Doppelte die Geldmasse M1. Das sind Ausmaße, die für eine Volkswirtschaft katastrophal sind. Die Unternehmen haben gegenseitigen Schulden, die Löhne der Arbeiter können nicht ausgezahlt werden. Diese Liquiditätsprobleme sind Ergebnis der bereits erwähnten falschen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, bei denen die Ziele mit den Mitteln verwechselt werden. Preisstabilität und stabile Währung können lediglich Mittel zur Erreichung der wirtschaftlichen Entwicklung sein. Stattdessen sind sie aber von den HDZ-Regierungen zum Selbstzweck geworden. Alle anderen Maßnahmen waren diesem Ziel untergeordnet, was die großen wirtschaftlichen Deformationen – wie Produktionsrückgang, teurere Produktion, billiger Import und daraus resultierender Motivationsverlust für Produktion – verursacht hat. Diese Dinge lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen.

F: Wäre dabei eine sofortige Devaluation der Kuna (Landeswährung Kroatiens) als erster Reformschritt wirksam?

Eine Devaluation kann nur dann zu den gewünschten Ergebnissen führen, wenn sich die Verhältnisse zwischen einer Volkswirtschaft und dem Weltmarkt – im Bezug auf Außenverschuldung, Handelsbilanzdefizit, Budgetdefizit etc. – ungefähr in einem Gleichgewicht befinden. Bei den Verhältnissen, die wir heute in Kroatien haben, könnte es sogar zu einer Deflation führen. Aber eine vorsichtige Abwertung der Kuna, die etwa 30 % überbewertet ist, wäre notwendig. Diese würde die enormen Devisenmittel, die heute für die Aufrechterhaltung des nicht realen Kurses verwendet werden, für eine andere Verwendung frei machen. Ein viel größeres Problem ist es, den Investitionszyklus anzukurbeln. Das bestehende Zinsniveau ist ein großes Hindernis dafür. Die heimischen Ersparnisse existieren nicht. Kroatien ist also auf ausländische Investitionen angewiesen. Ob diese schnell und ob sie überhaupt kommen werden, ist sehr fraglich. Die Investitionen kommen in die Länder, in denen die makroökonomischen Bedingungen stimmen. Kroatien ist zur Zeit davon sehr weit entfernt.

F: Welche gesellschaftliche Folgen haben diese Fehlentwicklungen hinterlassen?

Diese Deviationen haben nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in der Gesellschaft schwerwiegende Spuren hinterlassen. Dabei denke ich an einen spezifischen Geisteszustand, der heute in Kroatien vorzufinden ist. Während der HDZ-Regierungszeit herrschte eine Lethargie im Lande und es wurde kein – wie angesichts der katastrophalen ökonomischen und sozialen Lage zu erwarten war – größerer Widerstand geleistet. Auch nicht – von einigen Ausnahmen abgesehen – bei den kroatischen Intellektuellen.

F: Wie erklären Sie das?

Es ist für mich schwierig, dieses Phänomen zu erklären. Kroatien war innerhalb Jugoslawiens hinter Slowenien die zweitentwickelteste Republik. Es gab vor der Unabhängigkeit eine stabile Mittelschicht und viele aktive Intellektuelle. Mir ist nicht erklärbar, wie sich ein solches Regime, welches das Land Jahrzehnte zurückgeworfen hat, praktisch widerstandslos etablieren konnte. Dieses Regime negierte alles was in Kroatien seit dem Ende des Zweiten Weltkrieg bis zum Anfang der 90er Jahre erreicht wurde: von den Menschenrechten bis hin zu seinen wirtschaftlichen Entwicklungen. Der Krieg in Kroatien Anfang der 90er Jahre kann nur teilweise eine Erklärung dafür anbieten.

F: Kamen der Machtwechsel im Januar 2000 und die damit eingeleiteten Veränderungen zu spät?

Man kann es so sagen. Es war gut, dass dieser Machtwechsel friedlich verlief. Während der ganzen HDZ-Herrschaft gab es im Lande eine latente Anspannung, ein Zustand zwischen Krieg und Frieden. Der Preis, den Kroatien dafür bezahlen musste, war aber zu hoch. In den anderen Transformationsländern kam es ebenfalls zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zu gesellschaftlichen Spaltungen in materieller Hinsicht und zur Krise der Moral. Aber nur Russland kann in dieser negativer Hinsicht mit Kroatien verglichen werden.

F: Welche Probleme muss die neue Regierung versuchen zuerst zu lösen, wo werden die größten Schwierigkeiten dabei liegen?

An erster Stelle kommen die wirtschaftlichen Probleme: Das Land befindet sich in einem katastrophalen wirtschaftlichen Zustand. Nicht weniger umfangreiche Aufgaben sind aber die Lösung der Krise der Moral in der Gesellschaft sowie die Zerschlagung der gebildeten Mafia-Strukturen, die sich durch die gesamte Gesellschaft ziehen. Man wusste bis zu diesem Frühjahr z.B. nicht, wer der Besitzer der größten und einflussreichsten Tageszeitung "Vecernji List" war, so undurchsichtig waren diese Verflechtungen. Jetzt hat sich herausgestellt, dass hinter der Firma, die pro forma Besitzer von "Vecernji List" ist, eigentlich die bis vor kurzem regierende Partei HDZ steckt.

F: Welche persönliche Erfahrungen hatten Sie als Mitglied des kroatischen Helsinki Komitee in der Vergangenheit?

Als Mitglied des kroatischen Helsinki Komitee hatte ich zum Beispiel die Gelegenheit die Aktivitäten der staatlichen Geheimpolizei kennen zu lernen, die auch ein Teil der genannten Mafiastrukturen sind. Nachts ist die Polizei in die Räume des Helsinki-Komitees eingebrochen, um an die für sie wichtige Informationen heranzukommen. Nach dem Machtwechsel wurde sogar entdeckt, dass die Geheimpolizei im kroatischen Helsinki-Komitee ihre Spione hatte, die unsere Informationen an sie weiterleitete. Auch einige Monate nach dem Regierungswechsel, kann die neue Regierung nicht behaupten, dass sie über die Kontrolle der Geheimpolizei verfügt.

F: Warum war das Helsinki-Komitee für die HDZ-Regierung so wichtig?

Wir hatten eine große Rolle bei der Koordination der Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen (NGO) in Kroatien, insbesondere bei der Durchführung und Organisation der Wahlen im Januar 2000. 140 NGOs arbeiteten im Rahmen der Organisation, die den Namen "Glas 99" und "Glas 2000" (glas = Stimme) trug, und die zusammen mit der Organisation "GONG" entscheidend zu einem fairen Verlauf sowohl der Parlamentswahlen im Januar als auch der Präsidentschaftswahlen im Januar und Februar beigetragen hat. Diese beiden Organisationen umfassten eine Vielzahl von jungen Menschen, die mit ihrem riesigen Engagement den Sieg der vereinigten Opposition geebnet haben. Es war wichtig, angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit mit der HDZ, die Menschen zu mobilisieren, dass sie wählen gehen. Dabei haben uns viel die Erfahrungen aus der Slowakei geholfen.

F: Können sie etwas über das negative Verhältnis von Tudjman und von der HDZ zu den reichen antifaschistischen Traditionen Kroatiens sowie über die Rehabilitierung der Kriegsverbrecher des faschistischen "Ustascha"-Staates 1941-1945 (Unabhängiger Staat Kroatiens – Nezavisna Drzava Hrvatska) sagen?

Tudjman kam 1990 mit großer finanzieller Unterstützung der extremistische "Ustascha"-Diaspora aus dem Ausland, insbesondere aus Kanada, an die Macht. Als

Gegenleistung für diese Hilfe kam es seitens der Regierungskreise zu einem Bruch mit der reichen kroatischen antifaschistischen Tradition und zu offener Rehabilitierung der Verbrecher des Ustascha-Staates. Die extremistische kroatische Diaspora hat sich schon seit 1977 – also lange bevor Jugoslawien zerfiel – auf die Machtübernahme vorbereitet. Der Zerfall Jugoslawiens war für sie ein günstiger Zeitpunkt für die Rückkehr nach Kroatien. Dieses Interesse stimmte mit Tudjans Machtansprüchen überein.

Anhang IV

Interview mit Prof. Dr. Dragoljub Stojanov

(geführt am 26.4.2000 in Sarajevo)

(Das Interview wurde in gekürzter Form in der Wochenzeitung "Jungle World" aus Berlin, Nr. 26 vom 21.6.2000, S. 4, veröffentlicht.)

Prof. Dr. Dragoljub Stojanov ist der Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität in Sarajevo. Er war 1989 und 1990 Berater des letzten jugoslawischen Präsidiums für ökonomische Fragen. 1993-1994 war er Minister für Internationale Beziehungen und 1996-1997 Minister ohne Portfolio in der Regierung von Bosnien-Herzegowina. Mehrmals war er Gastprofessor oder Fellow an den Universitäten Oxford, Cambridge sowie an den Universitäten Princeton, Boise und Boston College in den USA. Zur Zeit ist er Mitbegründer und Mitglied des Standing Comitee for Economic Affairs of UN for Bosnia and Herzegowina.

F: 1995 gingen die westlichen Garantiemächte des Dayton-Vertrags davon aus, dass die Teilung Bosniens in eine muslimisch-kroatische Föderation und die serbische Republika Srpska nur durch Einführung des freien Marktes überwunden werden könnte.

Schon damals habe ich gesagt, dass nicht möglich ist. Die Wirtschaft kann Bosnien-Herzegowina nicht vereinigen. Die Wirtschaft selbst kann keinen einzigen Staat vereinigen. Dafür müssen noch andere institutionelle Rahmen bestehen: der Staat und die Gesellschaft müssen existieren, damit die Ökonomie normal funktionieren kann. Und diese Institutionen gibt es heute in unserem Land nur auf dem Papier.

F: Mit der Privatisierung von gesellschaftlichen bzw. staatlichen Produktionsmitteln ist in allen ost- und südosteuropäischen Transformationsländern versucht worden, den Weg in die Marktwirtschaft zu ebnen. Wie beurteilen Sie diese Versuche in Bosnien-Herzegowina?

Unsere Transformation ist eine der größten Diebstähle des zwanzigsten Jahrhunderts. Der erste große Fehler wurde gemacht, indem das gesellschaftliche – das heißt unser - Eigentum über die Produktionsmittel durch staatliches Eigentum ersetzt wurde. Der zweite, noch größere Fehler war die Privatisierung des staatlichen Vermögens auf diese Art und Weise - und das heißt in Bosnien-Herzegowina, nach ethnischen – und nicht nach ökonomischen Kriterien. Das staatliche Vermögen endet in privaten Händen und dann, über dunkle Wege, auf privaten Konten im Ausland.

F: Welchen Anteil an diesem Prozess hatte die so genannte internationale Gemeinschaft?

Bei dem Verhalten der "internationalen Gemeinschaft" verstehe ich einiges nicht, manches dabei ist sogar verwirrend. Sie weiß genau, dass bei uns eine ethnische Privatisierung stattfindet, die mit vernünftigen ökonomischen Kriterien nichts zu tun hat. Das konnte man vorhersehen, sie wurde sogar darauf aufmerksam gemacht und trotzdem schaut sie weg. Das ist ein sehr merkwürdiges Verhalten der internationalen Gemeinschaft.

F: Warum verhält sich die "internationale Gemeinschaft" so?

Wegen einer unhaltbaren These aus neoliberalen Kreisen, die uns hier verkauft wird und an die unsere Politiker und einige meiner Kollegen glauben. Diese These lautet: Man soll die Kräfte des freien Marktes nur frei lassen und diese werden schon automatisch, zuerst zu ökonomischer und später zur politischen Reintegration von Bosnien-Herzegowina führen. Diese These ist unhaltbar aus folgenden Gründen: Erstens, weil es den freien Markt in dieser Form nie und nirgendwo in der Welt gab. Zweitens: Kein Land in der Welt hat sich auf der Basis des freien Markt entwickelt. Drittens: Insbesondere unter den heutigen Bedingungen in Bosnien-Herzegowina können diese imaginären Prinzipien nicht gelten. Es ist lächerlich, um dafür kein anderes schwerwiegenderes Wort verwenden zu müssen, eine Entwicklungsstrategie zu propagieren, die auf der Basis von Exporten beruht. In unserem Land wird heute kaum etwas produziert. Das Produktionsniveau beträgt dreißig Prozent des Vorkriegsniveaus. Ich habe zum Beispiel im Mai 1997 das Buch "Strategie der ökonomischen Entwicklung von Bosnien-Herzegowina" als Endbericht eines von mir geleiteten wissenschaftliches Projektes herausgegeben...

F: Was ist damit passiert?

Es gab eine öffentliche Präsentation und ich wurde sofort sowohl von der Weltbank und dem Internationalem Währungsfonds (IWF) als auch von meinen Kollegen und heimischen Politikern kritisiert.

F: Was ist denn Ihr Konzept?

Wir haben die Entwicklungsstrategie so konzipiert, dass sie stufenweise zum Produktions- und Beschäftigungswachstum führen sollte, begleitet von einer langsamen und vorsichtigen Liberalisierung. Also auf die Art und Weise, auf die auch die westlichen Industrieländer entwickelt wurden statt dieser sinnlose Schocktherapie, die allen Transformationsländern seitens der westlichen Berater empfohlen wurde. Ich wusste aber von Anfang an, dass die von uns entwickelte Strategie wenig Chancen auf Umsetzung haben würde.

F: Weil seitens der internationalen Institutionen der Wille dazu fehlte – oder aus anderen Gründen?

Weil wir heute heimische und internationale ökonomische Dogmatiker haben, deren Interessen sich in vielen Bereichen decken. Diese internationalen Dogmatiker, viele von ihnen weltberühmte Ökonomen, haben, was die Transformationsländer betrifft, in den letzten zehn Jahre so viele Fehler gemacht, dass man sich fragen muss, ob sie wirklich kein Wissen hatten diese Fehler absichtlich gemacht wurden. Wenn das zweite zutrifft, dann sind sie aber keine Fehler.

F: Welche Fehler meinen Sie?

Ich habe heute noch einen im Economist im Jahr 1990 veröffentlichten Artikel mit dem Titel: Reform im Russland in 500 Tagen. Das war der Plan von Satalin, nach dem die russische Marktwirtschaft in 500 Tagen funktionsfähig gemacht werden sollte. Selbstverständlich hat dies nicht geklappt, so dass der berühmte Weltökonom Jeffrey Sachs, der damals diese Idee unterstützt hatte, später sagte, dass Russland für so etwas mindestens 5000 Tage braucht. Also derselbe Mensch, änderte seine Meinung diametral. Heute ist er einer der größten Gegner des Verhaltens des IWF gegenüber den Transformationsländern.

F: Wie schätzen sie die Rolle des IWF in Bosnien-Herzegowina ein?

Das ist schwer zu sagen, weil der Staat bei uns nicht einmal annähernd so funktioniert wie in anderen osteuropäischen Transformationsländern. Wenn es den Krieg nicht gegeben hätte, würde ich die Arbeit des IWF wahrscheinlich negativ bewerten. Aber in der jetzigen Situation, wo Bosnien-Herzegowina ein nach ethnischen Prinzipien geteilter, nicht funktionierender und zudem noch von internationalen Organisationen verwalteter Staat ist, ist das nicht so einfach: die Einführung des currency board bzw. die Finanzierung des festen Wechselkurses (die bosnisch-herzegowinische Währung – konvertibilna Marka – steht im Verhältnis 1:1 zu DM, Anm. des Autors) jedenfalls war absolut notwendig. Ich bin mir sicher, wenn das nicht geschehen wäre, würden unsere Politiker heute grenzenlos Geld drucken.

F: Was hat der IWF in Bosnien-Herzegowina bzw. in anderen Transformationsländer falsch gemacht?

Nicht nur bei uns sondern auch in allen anderen Transformationsländern gilt ein Dogma, dass der freie Markt und ausländisches Kapital die einzigen Heilmittel und die einzigen Determinanten der Prosperität sind. Das ist einer der gefährlichsten Irrtümer der Weltökonomie heute. Und warum? Weil es in der Welt kein Land gibt, das sich auf diesen beiden Prinzipien entwickelt hat. Großbritannien wurde im 19. Jahrhundert auf der Basis strenger staatlicher Regulative entwickelt. Dem Facharbeiter wurde sogar das Verlassen des Landes untersagt. Heute redet niemand davon.

F: Die klassische ökonomische Theorie behauptet, dass ein Land, das kein eigenes Kapital besitzt, diesen Mangel nur durch ausländische Investitionen beheben kann. Wollen Sie sagen, dass Bosnien-Herzegowina das ausländische Kapital nicht braucht?

Im Gegenteil. Das fremde Produktionskapital ist in Bosnien-Herzegowina willkommen. Doch das ist nicht das Schlüsselproblem. Damit der freie Markt überhaupt funktionieren könnte – und ich wiederhole noch einmal: *den freien Markt aus den ökonomischen Büchern gab es noch nie* – müssen auch die Marktinstitutionen funktionieren, der Rechtsstaat muss einwandfrei funktionieren etc. In unserem Land gibt es heute nichts davon! Außerdem wird in der Theorie auch die volle Mobilität der Produktionsfaktoren unterstellt. Wir haben heute zwar die Mobilität der Faktoren Arbeit und Kapital, aber nur in einer Richtung: von Bosnien-Herzegowina in die ganze Welt. Die jungen und ausgebildeten Menschen aus dem Land arbeiten und leben heute in der ganzen Welt. Das Geld verlässt das Land und landet auf sicheren privaten ausländischen Konten. Das ist die Realität. Investoren aus dem Ausland

suchen nach Profit und legen ihr Kapital in den Ländern an, in denen eine gewisse Sicherheit herrscht, und die sich im Aufschwung befinden. Das ist aber nicht in Bosnien-Herzegowina der Fall. Außerdem ist das ein sehr unsicheres Instrument: Niemand weiß, wann und wie viel Kapital in ein Land fließt und niemand weiß, wann es das Land wieder verlässt. Wie kann eine Entwicklungsstrategie auf so einem unsicheren Faktor basieren?

F: Kann es sein, dass die sogenannte internationale Gemeinschaft gar kein Interesse an einer Stabilisierung Bosnien-Herzegowinas hat?

Wahrscheinlich. Es handelt sich dabei aber um eine globale Strategie, die nicht nur für Bosnien-Herzegowina gilt. Wenn die internationale Gemeinschaft wirklich an der Prosperität von Bosnien-Herzegowina Interesse hätte, dann müssten sie ein richtiges Protektorat einführen – und nicht so einen unhaltbaren Halbprotektorat-Zustand. In dem Fall müssten sie die Verantwortung für die ökonomische Entwicklung des Landes übernehmen, aber das wollen sie offensichtlich nicht. Der Zustand in dem sich das Land jetzt befindet passt gut zu ihren ökonomischen und militärischen Interessen. Sie wollen für die selbsttragende Entwicklung des Landes nichts tun.

Es wird ständig über ausländische Investitionen als Motor der Entwicklung in Transformationsländern geredet. Wie wir sehen können, gibt es Kredite, mittels denen diese Länder ihre eigene Entwicklung gestalten könnten - wie damals mit dem Marshal-Plan - überhaupt nicht mehr. Zur Zeit ist eine Doktrin für diese Länder aktuell, die besagt: Standard-Schock-Therapie, Konvertibilität der eigenen Währung, Liberalisierung des Außenhandels, schnelle Privatisierung...Jetzt, wenn es für viele Länder leider zu spät ist, reden die bekannten Ökonomen darüber, dass dies unrealistisch war, ein Irrtum. Diese Doktrin (Das Interview wurde in gekürzter Form in der Wochenzeitung "Jungle World" aus Berlin, Nr. 49 vom 29.11.2000, S. 4-5, veröffentlicht.)

Finanzinstitutionen im Interesse der TNU arbeiten und nicht im Interesse der Transformationsländer. Sehen Sie sich folgendes Beispiel an: Russland hat die Schocktherapie angenommen und dies führte das Land in den Ruin. Die Mafiaherrschaft und die verbreitete Korruption sind nur Folgen davon. Um ein anderes Beispiel zu nehmen: China wollte diese Illusionen nicht akzeptieren und rettete sich damit vor der Katastrophe.

F: Welche Perspektive sehen Sie für Bosnien-Herzegowinas in der globalisierten Welt?

Globalisierung ist ein Prozess der Abschaffung von Staaten. Wir Ökonomen befinden sich zur Zeit in einer Lage, dass vieles was wir wissen unter den neuen Bedingungen keine Gültigkeit mehr hat. Die keynesianische, monetaristische etc. Ökonomie gilt nicht mehr. Das war die Ökonomie, die auf einem nationalem Staat basierte und Maßnahmen der Wirtschaftspolitik entwickelte mit dem Ziel der Entwicklung eines nationalen Staates in einer zusammenhängenden Welt der Nationalstaaten. Heute aber dominieren die Transnationalen Unternehmen die Welt und jeder Staat, ob der deutsche, der italienische oder der kroatische oder der bosnische ist in Frage gestellt. Die Staaten werden vom Finanzkapital abhängig. Das heißt, dass auch die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, die für einen Staat gedacht sind, ihre Gültigkeit verloren haben. Der ganze Prozess der Monopolisierung der Weltwirtschaft wird früher oder später in einer Art postkapitalistischer Gesellschaft enden. Davor werden wir wahrscheinlich eine oder mehrere große Finanzkrisen haben. In einer solchen globalisierten Welt ist es wirklich schwer, über die Perspektive von Bosnien-Herzegowina zu reden.

F: Man muss trotzdem versuchen dem Trend entgegenzuwirken?

Das eine sind die Wünsche, aber die Realität sieht anders aus. Heute haben wir in Bosnien eine konvertible, an die DM gebundene Währung und damit sind wir völlig von dem Westen anhängig. Diese Konvertibilität der Währung ist aber mit einem hohem Niveau der Arbeitslosigkeit und mit sozialem Elend erkaufte. Das ist der Preis der Währungskonvertibilität. Ich bin für eine andere Variante. Man sollte z.B. den Balkan-Staaten eine gewisse Unabhängigkeit lassen, ihre gegenseitige Kooperation fördern, wie z.B. eine Zollunion und freien Handel zwischen diesen Staaten. Die Staaten sollten aber eigene Währungen haben mit floatenden Wechselkursen gegenüber dem Euro. So könnte jeder dieser Staaten eine gewisse ökonomische und damit auch politische Freiheit haben und könnte sich, entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten und Wünschen, der Welt anpassen. So könnten sie ihre eigene Wege durch Transformation gehen, was die Existenz eines gemeinsamen Zieles nicht ausschließen muss.

Was aber bis heute geschah, ging und geht in eine ganz andere Richtung. Wenn sich nicht bald etwas ändert, werden wir in all diesen Staaten eine Gruppe von Autokraten haben, die keine Demokratie respektieren, weil es Demokratie bei einem so hohen Niveau an Arbeitslosigkeit und sozialem Elend nicht geben kann. Man wird sich bei uns um den sozialen Frieden kümmern müssen. Das heißt, wir werden eine Gruppe von Autokraten haben, die für Ordnung in diesen Ländern sorgen werden.